Donnerstag, 16. Oktober 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 241 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H

Belgien 39,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

exklusiv in der WELT



Fürchtet Stiller um sein Leben?

Das „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hat gegen den einstigen Doppelagenten Werner Stiller ein Todesurteil erwirkt. Fürchtet er um sein Leben? Ist Werner Stiller überhaupt sein richtiger Name? Antworten darauf gibt Stiller in einem WELT-Interview – dem einzigen, das er jemals gegeben hat. Wir veröffentlichen es im heutigen Teil der Serie, die sich außerdem mit der Arbeitsweise der Hauptabteilung VI des MfS befaßt. Diese WELT-Serie ist ein Vorabdruck aus dem Stiller-Buch „Im Zentrum der Spionage", das Ende Oktober im v. Hase & Koehler Verlag erscheint. Seite 8

Heute in der WELT

Interview mit Franz Steinkühler

Werden die Gewerkschaften zum lebensunfähigen Dinosaurier? Wie stellen sie sich den Herausforderungen der neuen Techniken? Franz Steinkühler, einziger Kandidat für den Vorsitz der IG Metall auf dem Gewerkschaftstag in der kommenden Woche, nimmt im Interview mit der WELT Stellung zur Arbeitswelt der Zukunft. Seite 6

POLITIK

Kambodscha: Bei den chinesisch-sowjetischen „Normalisierungsgeprächen" ist erstmals auch das Kambodscha-Problem erörtert worden. Peking fordert, Vietnam solle seine Truppen aus dem Nachbarland abziehen.

Beziehungen: Der Diplomat Stefan Kwiatkowski hat die Leitung der neuen polnischen Vertretung in Israel übernommen. Es ist die erste seit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Störsystem: Israel hat ein Störsystem zur Ablenkung feindlicher Torpedos entwickelt. Die Forschungsarbeiten wurden forciert, als bekannt geworden war, daß die Sowjetunion an Syrien zwei Jagd-U-Boote liefern wolle.

Staatsbesuch: Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der sich seit Montag in Ungarn zu einem Staatsbesuch aufhält, hat den Distrikt Baranya im Südwesten des Landes besucht. Dort leben noch heute 200 000 Ungarndeutsche.

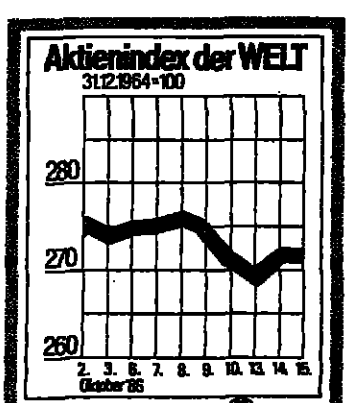
Neue Heimat: Die Betriebsräte der Neuen Heimat haben in einem offenen Brief an den DGB-Bundesvorstand kritisiert, beim Konzern-Verkauf seien gewerkschaftliche Zusagen an die Mitarbeiter nicht eingelöst worden. (S. 12)

Kernkraft: Die Türkei hat den Plan zum Bau des ersten Atomkraftwerkes verschoben. Industrieminister Aral erklärte, die Sicherheitssysteme sollten angesichts der Katastrophe von Tschernobyl überprüft werden.

WIRTSCHAFT

Ungarn: In Hannover beginnt morgen die ungarische Wirtschaftswoche, die bis zum 26. Oktober dauert. In der vergangenen Woche stellte der BDI seinen „Investitionsführer Ungarn" vor. In diesen Tagen weilt Bundespräsident Richard von Weizsäcker in diesem Land, das für Politik und Wirtschaft immer interessanter wird. Ein WELT Report.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern knapp behauptet. Am Rentenmarkt gaben öffentliche Anleihen nach. WELT-Aktienindex 272,02 (272,63). BHF-Rentenindex 106,508 (106,561). BHF-Performance-Index 107,976 (107,000). Dollarmittelkurs 1,9782 (1,9814) Mark. Goldpreis je Feinunze 422,00 (428,80) Dollar.



KULTUR

Wanderbühne: Mit Shakespeare durchs Land – die Royal Shakespeare Company hat Konkurrenz bekommen. Soeben wurde in England „The English Shakespeare Company" gegründet. Mit Mäzenatentum, Subventionen und Sponsorship. (S. 25)

Häßlich: Das ganze Elend ist gut und wirkungsvoll fotografiert worden. Jean-Jacques Annauds Film „Der Name der Rose" nach Umberto Eco läuft an – Der unbesiegbare Doktor im Kloster der Ratten; EG-Moritat aus dem „finsteren Mittelalter". (S. 25)

SPORT

Reiten: Der Österreicher Hugo Simon führt die neueste Weltrangliste des Reiter-Weltverbandes vor dem britischen Springreiter John Whitaker an. Europameister Paul Schockemöhle steht als bester Deutscher auf dem fünften Rang.

Handball: Morgen beginnt das 17. Vier-Länder-Turnier, ein wichtiger Test für das deutsche Team vor der B-WM 1987. In einem WELT-Interview kritisiert Bundestrainer Simon Schobel die Arbeit in der Bundesliga. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Schoenfelder: Er ist auf der Bühne und am Mikrophon weit mehr als ein „britischer Botschafter" oder ein „Romeo mit den grauen Schläfen". Doch mit dem Gentleman-Image muß er leben. Friedrich Schoenfelder wird 70. (S. 26)

„Süffelsaft": Der Wein wird nicht so gut, wie im August erhofft, aber besser, als im September befürchtet. Zum deutschen Wein gehört eben mehr als ein paar sonnige Wochen. Prognosen mit Ausschlägen nach beiden Seiten. (S. 26)

Physik-Nobelpreis für zwei Deutsche

Ruska und Binnig leisteten Pionierarbeit in der Elektronen-Mikroskopie / Riesenhuber: Es geht aufwärts

DW. Stockholm

Zum zweitenmal hintereinander ist der Nobelpreis für Physik in die Bundesrepublik Deutschland gegangen. Die Schwedische Akademie der Wissenschaften wählte gestern die beiden Deutschen Ernst Ruska und Gerd Binnig sowie den Schweizer Heinrich Rohrer zu den diesjährigen Preisträgern für ihre Pionierarbeit auf dem Gebiet der Elektronen-Mikroskopie. Erst im vergangenen Jahr hatte Klaus von Klitzing für die Entdeckung des „quantisierten Hall-Effektes" in der Halbleiterforschung den Preis bekommen.

Der Nobelpreis für Chemie wurde zwei US-Bürgern, Dudley Robert Herschbach und den aus Taiwan gebürtigen Juan T. Lee, sowie dem aus Berlin stammenden Kanadier John Charles Polanyi zuerkannt.

Der 79jährige Ruska arbeitete am Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin und wurde für die Entwicklung und Konstruktion des Elektronenmikroskops geehrt. Der 39jährige Binnig aus Frankfurt und der 53jährige Rohrer sind beim Forschungslaboratorium der IBM in Rüschlikon bei Zürich in der Schweiz beschäftigt und wurden für ihre Konstruktion des sogenannten Raster-Tunnelmikroskops ausgezeichnet.

Der Nobelpreis für Physik ist in diesem Jahr mit zwei Millionen Schwedischen Kronen (rund 580 000 Mark) dotiert. Die eine Hälfte erhält Ruska, die andere geht an die beiden Wissenschaftler in der Schweiz. Die Urkunden werden am 10. Dezember, dem Todestag des Stifters Alfred Nobel, vom schwedischen König Carl XVI. Gustaf in Stockholm überreicht.

In der Begründung der Akademie der Wissenschaften heißt es, das Elektronenmikroskop sei „eine der bedeutendsten Erfindungen dieses Jahrhunderts". Die Entwicklung hatte mit den Arbeiten begonnen, die Ernst Ruska Ende der Zwanziger Jahre als Student an der Technischen Hochschule in Berlin ausführte. Ruska fand, daß eine Magnetspule als Linse für Elektronen (sie bilden die Hülle des Atomkerns) fungieren konnte, und daß sich mit einer solchen Linse das Bild eines Gegenstandes erhalten ließ, der mit Elektronen bestrahlt wurde. Ruska setzte zwei solcher Linsen zusammen und hatte damit ein primitives Mikroskop gebaut. Er verbesserte verschiedene Einzelheiten, so daß er 1933 das erste Elektronenmikroskop bauen konnte.

Ruska trug zur Entwicklung der später in Serie hergestellten Elektronenmikroskope bei. Die Weiterentwicklungen, so urteilte die Akademie, beruhten auf den bahnbrechenden Arbeiten Ruskas.

Das von Gerd Binnig und Heinrich Rohrer entwickelte Rastertunnelmikroskop, so heißt es weiter, gründe sich auf das Prinzip, die Struktur einer Oberfläche mit Hilfe einer spitzen Nadel zu studieren, die in einem bestimmten Abstand über die Fläche geführt wird. Die Einstellung der Nadel erfolgt über den sogenannten Tunneleffekt, der dem Mikroskop den Namen gibt.

Den beiden Wissenschaftlern sei es gelungen, dieses Mikroskop aufgrund der außerordentlichen Präzision der mechanischen Konstruktion zu bauen. So wurden zum Beispiel störende Vibrationen aus der Umgebung dadurch beseitigt, daß das Mikroskop auf einen Magneten gebaut wurde, der frei in einer Schale aus supraleitfähigem Blei schwebte.

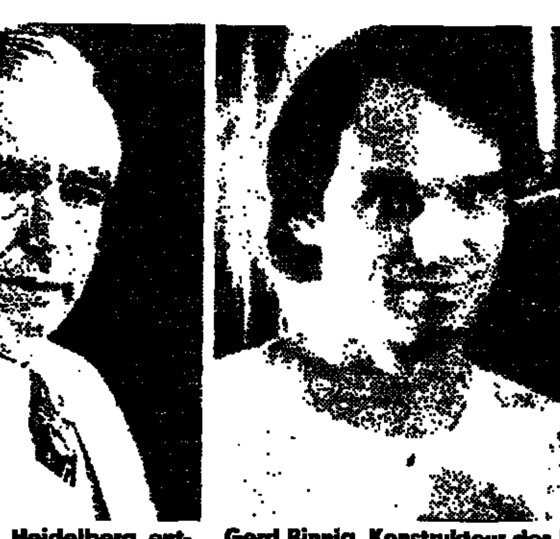
Es ist offensichtlich, daß die Weiterentwicklung dieser Technik außerordentlich vielversprechend sei, betont die Akademie der Wissenschaften. Das Studium von Flächen sei vor allem in der Halbleiterphysik, der Mikroelektronik und auch in der Chemie wichtig.

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber sagte, er sei stolz darauf, daß wieder Deutsche den Nobelpreis für Physik erhalten haben. „Es geht aufwärts mit der deutschen Wissenschaft. Der Leistungswille macht sich wieder bemerkbar." Der Berliner Wissenschaftssenator George Turner meinte, die Auszeichnung sei der „krönende Höhepunkt eines erfüllten Gelehrtenlebens" und unterstreiche die internationale Anerkennung der Physik in Berlin.

Ernst Ruska wurde 1906 in Heidelberg geboren. Er studierte an den Technischen Hochschulen in München und Berlin. 1959 wurde er an der TU Berlin Professor für Elektronenoptik und Elektronenmikroskopie. Er arbeitete später bei der Siemens AG und wurde 1955 Direktor des Instituts für Elektronenmikroskopie am Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin. 1974 wurde er emeritiert.

Gerd Binnig wurde 1947 in Frankfurt am Main geboren und studierte dort. Seit 1978 ist er am Forschungslaboratorium der IBM in Zürich tätig. Heinrich Rohrer wurde 1933 in Buchs in der Schweiz geboren. Er arbeitet seit 1963 ebenfalls im IBM-Labor.

Seiten 2, 3 und 10: Weitere Beiträge



Ernst Ruska aus Heidelberg entwickelte das Elektronen-Mikroskop. FOTO: KEYSTONE

Gerd Binnig, Konstrukteur des Raster-Tunnelmikroskops, stammt aus Frankfurt am Main FOTO: AP

DER KOMMENTAR

Kühles Moskau

HERBERT KREMP

Die Antwort des Politbüros ist moderat. Dort glaubt man nicht an den „schwarzen Sonntag" der Aufgeregten im Westen. Eine „qualitativ neue Situation" sei entstanden, was im Falle der gewählten Semantik heißt, auf der nördlichen Insel sei nichts verdorben worden. Im Gegenteil, Aussichten seien eröffnet worden. Die historische Chance ist also nicht vertan. Man wird nach den ersten substantiellen Verhandlungen andernorts, in Genf, weitersehen.

So ist alles wie bisher, wahrscheinlich sogar etwas besser. Vorrangig bleibt die Erkenntnis, daß die Sowjets sich in Maßen von ihren Macht-Ausgaben entlasten wollen, natürlich auf Konto des Westens. Sie sprechen zu den Europäern vom „gemeinsamen Haus"; Reagan (also die Amerikaner) ist ein „halsstarriger Mensch", Gorbatschow hingegen ist (noch) ein guter Mann. Das wird belegt, denn es wird gemeldet, die Sowjets hätten mit dem Rückzug aus Afghanistan begonnen.

Dort werden, wie der „gute Mann" angekündigt hatte, seit acht Uhr gestern morgen 6000 Mann abgezogen – von den mehr als einhundertausend Invasoren, die seit sechs Jahren morden. Was in einigen Köpfen als Signal der Entspannung spukt, ist in Wirklichkeit Zeichen für den Überdruß an einem nicht zu gewinnenden Krieg. 15 000 Zinksärge sind in die Provinzen des Imperiums zurückgekehrt. Das ist ein Datum, mit dem Wirklichkeit zur Wahrheit wird.

Ein versöhnliches Signal des Kreml an Washington

Moskau spricht von „neuer Qualität" nach Reykjavik

RMB/DW. Moskau/Bonn

Das Moskauer Politbüro hat den bisher deutlichsten Hinweis dafür gegeben, daß der Kreml nach wie vor an einem Abrüstungsdialog interessiert ist und weiterhin Möglichkeiten für eine Einigung sieht. Die „Prawda" berichtete, daß das oberste Führungsgremium der Sowjetunion die Abrüstungsangebote, die Parteichef Gorbatschow während des Gipfels von Reykjavik gemacht hat, als Grundlage für eine Fortsetzung der „Kontakte und Gespräche" mit den USA ansehe. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Sitzung des 12 Mitglieder starken Gremiums vor der Fernsehrede Gorbatschows einberufen worden war.

Die „Tätigkeit des Genossen Gorbatschow" in Reykjavik sei gebilligt worden, schrieb die „Prawda". Nach dem Treffen mit Präsident Reagan habe sich eine „qualitativ neue" Situation ergeben. „Die Bemühungen um Abrüstung haben ein neues Niveau erreicht, das weitere Anstrengungen zu erheblichem Abbau und zu völliger Abschaffung von Atomwaffen erfordert", heißt es weiter. Das Politbüro habe die Haltung Reagans als „halsstarrigen Unwillen" kritisiert. Es wäre jedoch ein fataler Schritt, die historische Chance für eine Lösung der Probleme von Krieg und Frieden zu vergeben.

In dem Bericht fehlt so gut wie jede Kritik an den USA. Selbst zu den SDI-Plänen Washingtons heißt es auffallend vorsichtig, daß sie offenbar nicht friedlichen Zielen dienten.

Das Politbüro hat durch seine Rückendeckung für Gorbatschow Gegnern militärischer Zugeständnisse zunächst einmal den Spielraum weitgehend eingeengt. Die Tatsache, daß Gorbatschow nicht den Chefunterhändler in Genf, Viktor Karpow, sondern Generalstabschef Sergej Achromejew an die Spitze der in Island eingesetzen Arbeitsgruppe gestellt hatte, erweist sich jetzt als kluger Schachzug. Das Militär steht nun voll in der Verantwortung.

In Genf haben unterdessen die USA und die Sowjetunion ihre Verhandlungen fortgesetzt. Der amerikanische Chefunterhändler Kampelman erklärte, es sei das Ziel Washingtons, „über Reykjavik hinauszugehen". Beide Seiten seien sich viel näher gekommen, „selbst was SDI anbelangt". Es bleibe aber eine „bedeutende Differenz" hinsichtlich des ABM-Vertrages.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Rudolf Seiters, hat die SPD als führungslos bezeichnet, weil ihr Kanzlerkandidat Rau zu Reykjavik schweige, während ihr Fraktionschef Vogel die USA für ein angebliches Scheitern verantwortlich mache und sein Stellvertreter von einem schwarzen Sonntag der Weltgeschichte spreche. Außerdem widerspreche ihre negative Beurteilung des Gipfels sowohl der sowjetischen als auch der amerikanischen Interpretation. „Einzig die SPD glaubt, der deutschen Bevölkerung einreden zu müssen, das Treffen sei ein Mißerfolg gewesen. Diese Art von Destruktion sollte die SPD den Grünen überlassen."

Seite 5: Weitere Beiträge

FDP: Fahndungsdruck auf Terroristen erhöhen

Trauerfeier für von Braunmühl / Arbeitsgruppe gebildet

DIETHART GOOS, Bonn

Vor dem Hintergrund der Ermordung des Ministerialdirektors Gerold von Braunmühl haben gestern führende Koalitionspolitiker Verbesserungen der Terroristenbekämpfung und der Abwehr neuer Anschläge eingeleitet. Auf Verlangen von FDP-Chef Bangemann wurde in der Koalitionsrunde beim Kanzler eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der unter Leitung von Kanzleramtsminister Schäuble die Staatssekretäre Neusel und Kinkel, die Fraktionsgeschäftsführer Seiters (CDU), Bötsch (CSU) und Wolfgramm (FDP) sowie die Abgeordneten Miltner und Kleinert angehören. Sie sollen noch in dieser Woche prüfen, welche gesetzlichen und praktischen Möglichkeiten notwendig sind, um den Terrorismus wirkungsvoll zu bekämpfen.

FDP-Chef Bangemann sprach sich im Anschluß an die Sitzung dafür aus, den Fahndungsdruck auf die Mörder von Braunmühls und auf den harten Kern der RAF-Terroristen weiter zu verstärken. Dazu müßten unter anderem Personal und Ausstattung der Sicherheitsbehörden erweitert werden. Es dürfe keine Maßnahme ausgelassen werden, um den harten Kern der Terroristen zu sprengen. Deshalb befürwortet die FDP die offensive Diskussion einer Kronzeugen-Regelung.

Bundesinnenminister Zimmermann hatte gestern nach dem Kabinett auch den Innenausschuß über die Fahndung nach den Mördern von Braunmühls unterrichtet. Der CSU-Politiker sprach sich für eine Intensivierung des Personen- und Objektschutzes aus. Zugleich bemängelte er, daß die Diskussion um den Datenschutz zu einer „gewissen Verunsicherung" bei Anwendung der Rasterfahndung geführt habe.

Das am Dienstagabend im Bonner Stadtteil Endenich entdeckte Fluchtauto der Mörder von Braunmühls ist nach Angaben der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe am 22. September dieses Jahres in Leverkusen gestohlen worden. Kriminaltechniker machten nach einer ersten Spurensicherung den Fahndern allerdings keine Hoffnung, daß Fingerabdrücke gesuchter RAF-Mitglieder festgestellt werden.

In der Bonner Beethovenhalle gedachte gestern das gesamte Bundeskabinett mit den Hinterbliebenen und zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens des ermordeten von Braunmühl. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nannte den Ermordeten einer seiner engsten Mitarbeiter, „mit dem mich Vertrauen und ein gegenseitiges Verstehen verband, das oft keiner Worte bedurfte". Genscher fügte hinzu: „In ihm vereinte sich in einem seltenen Maße die Fähigkeit zur Analyse, zum konzeptionellen Denken und zur entschlossenen Durchsetzung der als richtig erkannten Auffassung ... Das ist der Mann, den die Terroristen ermordeten, heimtückisch und feige aus dem Dunkeln. Sie ermordeten Gerold von Braunmühl nicht obwohl, sondern weil er für den Frieden arbeitete."

Seite 4: Weitere Beiträge

300 Millionen für Küstenländer

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat gestern eine Finanzhilfe von über 300 Millionen Mark für die vier norddeutschen Küstenländer beschlossen. Zudem sollen Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein 120 Millionen Mark für die Jahre 1987 bis 1989 im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA) erhalten. Damit wird diesen Ländern ein finanzieller Ausgleich für deren Maßnahmen zugunsten der krisengeschüttelten Werftenindustrie und zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen gewährt. Das Kabinett setzte sich auch für eine verstärkte Förderung von Umschulungsmaßnahmen ein.

Seite 13: Millionen von Bonn

Kinnock bekräftigt Loyalität zur NATO und zu Berlin

DW. Berlin

Der Führer der britischen Labour-Opposition, Kinnock, hat bekräftigt, daß seine Partei zu den Pflichten Großbritanniens in der NATO und in Berlin steht. Die Labour-Partei gehe davon aus, daß es die erste Aufgabe sei, die Sicherheit des eigenen Landes zu gewährleisten und im Zusammenhang damit den Verpflichtungen innerhalb der NATO nachzukommen, sagte er gestern in Berlin.

Er sei davon überzeugt, daß sich an den Aufgaben und der Zusammenarbeit der drei Alliierten in Berlin solange nichts ändern werde, wie es nicht eine heute unvorstellbare Veränderung in den Ost-West-Beziehungen gebe. Die Verteidigung der Stadt beruhe nach wie vor auf den Truppen, die Großbritannien, Frankreich und die USA in der „freien Stadt Berlin" stationiert hätten. Kinnock nahm an einer britischen Militärübung teil und traf mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen (CDU) zusammen. Anschließend flog er zu einem Treffen der Sozialistischen Internationale nach Bonn.

Seite 2: Erfahrung nachher

Von Ondarza wird neuer Inspekteur des Heeres

rmc. Bonn

Neuer Inspekteur des Heeres soll am 1. Oktober 1987 Generalleutnant Henning von Ondarza werden, der jetzt NATO-Befehlshaber für die Alliierten Landstreitkräfte in Schleswig-Holstein und Jütland (Landjut) in Rendsburg ist.

Der jetzige Heeres-Inspekteur, Generalleutnant Hans-Henning von Sandrart, könnte zu diesem Termin Nachfolger von General Leopold Chalupa werden, dem NATO-Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa-Mitte im Hauptquartier Brunssum in den Niederlanden. Diese Entscheidung ist nach Informationen der WELT von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner jetzt getroffen worden.

General Chalupa geht dann in den Ruhestand. Noch offen ist, ob der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Eberhard Eimler, am 1. April 1988 Nachfolger von General Hans-Joachim Mack wird, einem der beiden Stellvertreter des Obersten NATO-Befehlshabers Europa, des US-Generals Bernard Rogers.

Gläubigerbanken der NH sind sehr skeptisch

cd. Frankfurt

Nach Bekanntwerden des zwischen der Gewerkschaftsholding BGAG und Horst Schiesser geschlossenen Vertrags über den Besitzwechsel der Neuen Heimat (NH) gehen die 13 größten Gläubigerbanken heute mit gemischten Gefühlen zu ihrem ersten Gespräch mit dem Berliner Brotfabrikanten.

Der Vertrag zwischen der BGAG und Schiesser sei in wesentlichen Punkten nicht wasserdicht, betonten Bankiers der WELT gegenüber. Als besonders kritisch wird angesehen, daß die BGAG die Bereitstellung der zur Verhinderung eines Konkurses der Neuen Heimat nötigen 300 Millionen Mark für eine Kapitalerhöhung von der Mitwirkung der Gläubigerbanken bei der Sanierung des Konzerns abhängig macht.

Einige Banken bezweifeln, daß Schiesser überhaupt ein schlüssiges Sanierungskonzept vorlegen kann und ob die Einzelgewerkschaften die Mittel in Milliardenhöhe bewilligen, die von der BGAG dem Käufer zugesagt worden sind.

Seite 12: Weitere Beiträge

In Barcelona ein „Anschlag gegen die Olympischen Spiele"

Bürgermeister: Kein Einfluß auf Vorbereitung / ETA verdächtigt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Zwei Tage bevor das Internationale Olympische Komitee (IOC) in Lausanne entscheiden muß, ob Barcelona oder Paris den Zuschlag für die Olympiade 1992 erhält, richtete ein Terroranschlag im Zentrum von Barcelona schweren Schaden an. In einem vor dem Polizeihauptquartier an der Plaza de Espana abgestellten Ford Fiesta explodierte am Dienstag abend kurz nach 22 Uhr eine mit mehreren Kilo Schrauben und Kettengliedern präparierte Plastikbombe von 20 bis 25 Kilo.

Ein Polizist wurde getötet, drei Passanten schwer und 15 weitere Passanten leicht verletzt. Mehrere geparkte Wagen wurden zerstört, Fassaden und Fensterscheiben in weitem Umkreis beschädigt und zertrümmert.

„Wir wehren uns gegen die Olympiade in Barcelona, weil sie die katalanische Hauptstadt verspanisieren soll", erklärten wenige Tage vor dem Attentat Mitglieder der anarchokommunistischen Terrororganisation Kataloniens „Terra Lliure" (Freies Land). Der Polizeichef von Barcelona hält jedoch ein Kommando der baskischen ETA für die Täter, denn „nur sie verfügt über die nötige Infrastruktur für einen derartigen Anschlag, der lange vorbereitet werden muß".

Zu einem ganz ähnlichen Anschlag am 13. September dieses Jahres hatte sich die ETA erst kürzlich bekannt. Nach Auffassung des Polizeichefs hat die ETA die „Terra Lliure" in ihrer gegen die olympischen Spiele gerichtete Zielsetzung unterstützen wollen.

Das Bombenattentat löste bei der spanischen Delegation in der IOC-Vollversammlung Erschütterung aus. Außerdem wurden Befürchtungen laut, dieses Attentat könne Einfluß auf die Chancen Barcelonas bei seiner Bewerbung um die Olympischen Spiele 1992 nehmen.

„Es ist traurig, daß es geschehen ist", erklärte Pasquale Maragall, der Bürgermeister von Barcelona in Lausanne, „aber es wird unsere Strategie nicht beeinflussen. Das Attentat hat keinen Einfluß auf unser Programm und unsere Vorbereitungen." (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Erfahrung nachher

Von Enno v. Loewenstern

Neil Kinnock, der britische Oppositionsführer, hat die Gelegenheit einer Deutschland-Reise genutzt, um erst einmal Berlin aufzusuchen. Als der Mann, der Großbritanniens neuer Regierungschef zu werden hofft, hat er mit Recht den Ort besichtigt, wo Großbritanniens eigene Sicherheit und seine Verpflichtungen im Rahmen seines Bündnisses sich wie im Brennpunkt bündeln.

An der Mauer sagte Kinnock, daß sich an den Aufgaben und der Zusammenarbeit der drei Westalliierten in Berlin so lange nichts ändere, wie es nicht eine Veränderung in den Ost-West-Beziehungen gebe von einer Art, die heute nicht vorstellbar sei. Die Verteidigung der „freien Stadt Berlin" beruhe nach wie vor auf den NATO-Truppen. Alle Äußerungen führender Sowjetpolitiker über die Entspannung blieben unglaubwürdig, solange die Mauer in Berlin stehe.

Das alles ist so richtig, daß man ihm nur danken und sich wünschen kann, daß Kinnock auch nach einem eventuellen Einzug in Downing Street Nr. 10 unerschütterlich bei diesen Einsichten bleibt. Denn während er konstatierte, daß sich an den Aufgaben der Westalliierten in Berlin nichts geändert hat, hat seine Partei zuvor tiefgreifende Änderungen in den Mitteln gefordert, mit denen die drei Westalliierten und die NATO mit ihnen die Verteidigung der Stadt garantieren. Wenn Labours Vorstellungen von einseitiger atomarer Abrüstung in die Praxis umgesetzt würden, dann wäre nicht nur Großbritanniens Verteidigung beeinträchtigt, sondern die ganz Europas, und der erste Ort, der es spüren würde, wäre die freie Stadt Berlin.

Es mag sein, daß Kinnock entschlossen ist, die Politik zu verhindern, die seine Partei eben erst auf ihrem Parteitag proklamiert hat. Aber es gab einen sozialdemokratischen Regierungschef näher an Berlin, der diese Kraftprobe mit seiner Partei wagte und vor vier Jahren daran scheiterte. Schade, daß Kinnock nicht die Labour-Delegierten vor dem Parteitag nach Berlin einlud. Vielleicht wäre mancher Beschluß anders ausgefallen, der im Vertrauen auf die Äußerungen führender Sowjetpolitiker über die Entspannung gefaßt wurde.

Sachverstand für Hamburg

Von Uwe Bahnsen

Tschernobyl ist überall – diesen Schlachtruf der Antikernkraft-Bewegung hatte der Hamburger Senat sich in der Hoffnung zu eigen gemacht, auf diese Weise für die Bürgerschaftswahl vom 9. November ein Stimmenpotential zu mobilisieren. Der politischen Absicht sollte die juristische Attacke folgen, in Form einer Klage gegen die von der schleswig-holsteinischen Landesregierung erteilte endgültige Betriebserlaubnis für das Kernkraftwerk in Brokdorf.

Nun hat die Hamburger SPD mit dem Thema Ausstieg aus der Kernenergie so manche schmerzliche Erfahrung machen müssen; der frühere Bürgermeister Hans-Ulrich Klose kann ein Lied davon singen. Sein Amtsnachfolger Klaus von Dohnanyi wählte denn auch eine vorsichtige Gangart und bemühte „externen Sachverstand". Dieser Sachverstand in der Person des Frankfurter Staats- und Atomrechtlers Professor Steinberg hat dem Senat nun mit einem Gutachten klar gemacht, worauf er sich einließe.

Nicht nur, sagt Steinberg, hat eine Klage Hamburgs gegen Kiel in Sachen Brokdorf keine Aussicht auf Erfolg. Darüber hinaus hat der Gutachter klargestellt, daß die verheerende Havarie im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl und ihre Auswirkungen auch in der Bundesrepublik nichts an der Beurteilung der gegenwärtig anhängigen atomrechtlichen Genehmigungsverfahren geändert haben. Diese Aussage ist die juristische Konsequenz aus dem Faktum, daß Tschernobyl eben nicht überall ist und daß wir es in der Bundesrepublik mit einem ganz anderen Kernkraftwerkspark zu tun haben.

Daß den sozialdemokratischen Wahlkämpfern um Klaus von Dohnanyi eine solche Einsicht erst per Gutachten eines Atomrechtlers beigebracht werden mußte, ist kein Ausweis für souveräne Sachkompetenz in der Energiepolitik. Wie der Senat vor diesem Hintergrund seinen Ausstiegskurs weiterfahren, sich für die „vorzeitige Stillegung des Kernkraftwerkes Stade einsetzen" und zudem die Satzung der Hamburgischen Electricitätswerke so ändern will, daß dieses Unternehmen sich an Kernkraftwerken nicht mehr beteiligen darf – das bleibt zunächst sein Geheimnis.

Nachdenk-Pause

Von Peter Schmalz

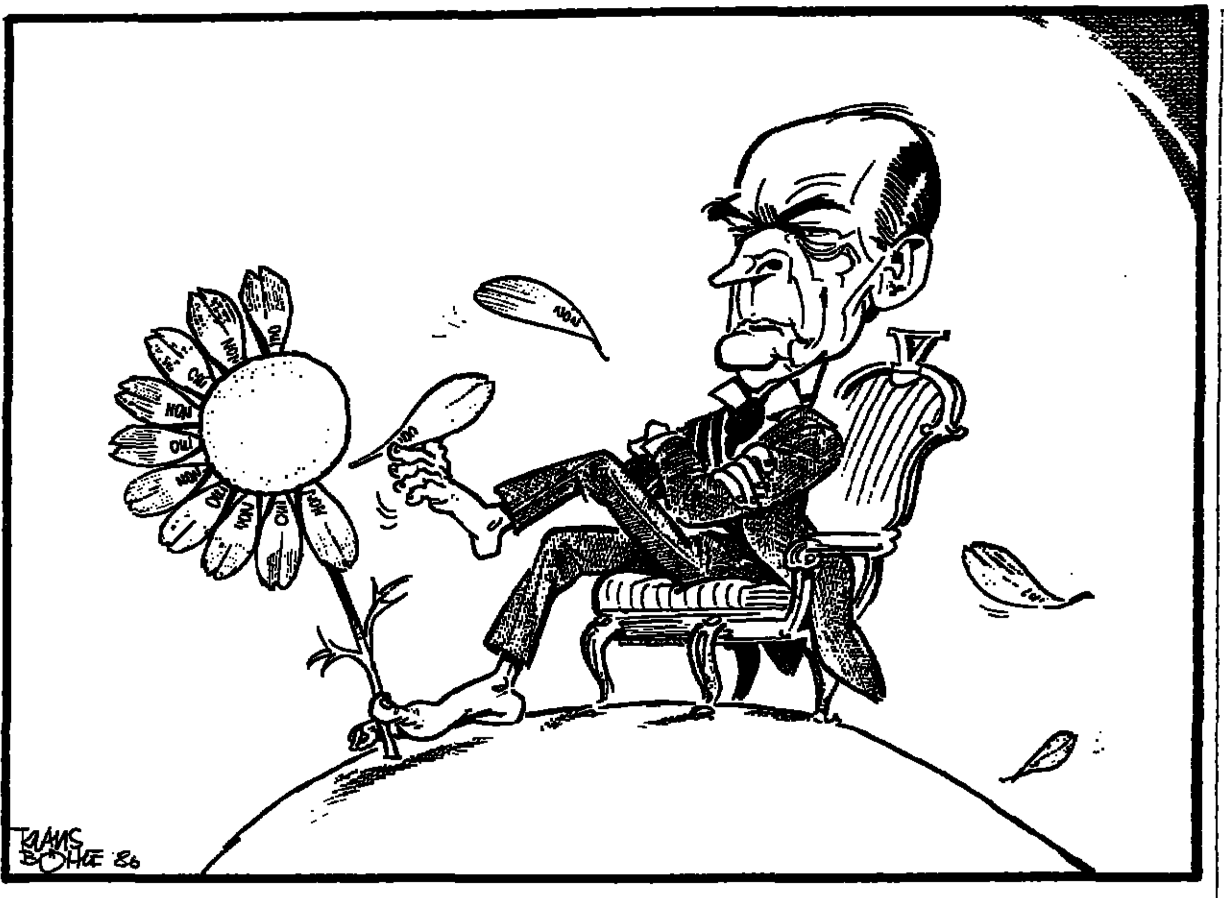
Nach dem Schock beginnt in der bayerischen SPD das Nachdenken: Wo liegen die Gründe für das Desaster? Was kann die Bonner Baracke daraus lernen?

Einige sind hausgemacht; sie aufzuspüren und zu analysieren, bringt wenig Erkenntnis für den Wahlkämpfer Johannes Rau. Dazu zählt die Frage, ob Rudolf Schöfberger, der in den siebziger Jahren Münchens SPD in ihr größtes Tief stürzte, *tatsächlich die Eignung besitzt, eine Partei zu führen.*

Wichtiger aber sind andere Fehler, die den Genossen nun langsam dämmern. Ohne die erhoffte Kettenreaktion blieb die Kernenergie: Abgesehen von einem SPD-Plus in unmittelbarer Nähe des WAA-Geländes, ließ das Thema die Bayern kalt. Und es fragt sich, ob die CSU auch in Schwandorf und selbst in Wackersdorf nicht sehr viel besser abgeschnitten hätte, wenn sie nicht den Fehler gemacht hätte, viele Monate keine führenden Persönlichkeiten in diese Gegend zu entsenden und so das Feld der anderen Seite zu überlassen. Wer nicht Flagge zeigt, kommt allemal unter die Räder.

Im Lande allerdings, wo dieser Erscheinungsmangel nicht offenkundig wurde, zeigen die dramatischen Einbrüche in den Großstädten, die weit größer sind als der Zuwachs der Grünen: Als Aussteiger-Partei hat die SPD keine Zukunft bei den Aufsteigern in den modernen High-Tech-Betrieben. Wo der Micro-Chip Fortschritt und Wohlstand bringt, werden die Abschalter vor die Tür gesetzt.

Schlimmer für die SPD war, daß sie ausgerechnet im prosperierenden Bayern („Der Fortschritt spricht bayerisch") den Bürgern eine „neue Armut" einreden wollten. Kleinlaut gesteht der Münchner SPD-Vorsitzende Naumann jetzt ein: „Die Wirtschaftslage ist allgemein besser, als von uns prognostiziert." *Das hätte ihm* ein Blick in Bilanzen und Statistiken schon vor Monaten sagen können. Aber ausgerechnet jetzt, wo der Bundesbank-Bericht immer größeren Aufschwung und immer mehr in die Taschen der Bürger ansagt, ausgerechnet jetzt wendet sich die Bundes-SPD wieder dem Thema „neue Armut" und „Umverteilung von unten nach oben" zu. Das ist auch eine Form des Abschaltens.



KLAUS BÖHLE

Bahnbrechend

Von Dieter Thierbach

Es liest sich heute wie eine unbeabsichtigte Prophetie: „Ruska blieb zwar der Nobel-Preis versagt, doch wurde seine bahnbrechende Leistung durch eine Reihe anderer Preise ausgezeichnet." So steht es in einer Kurzbiographie, die ihn im übrigen schlicht als „Elektroingenieur" tituliert. Das galt bis gestern; seither befindet sich dieser Mann mit seinem deutschen Kollegen Binnig in der vornehmsten Gesellschaft, die die Wissenschaft kennt: in einer Reihe mit so klangvollen Namen wie Wilhelm Conrad Röntgen, Albert Einstein, Werner Heisenberg, Rudolf Mössbauer, Max Planck und – last not least – Klaus von Klitzing, dem des Solo-Preisträgers vom Vorjahr.

Bedacht mit der höchsten Auszeichnung, die der Geist erlangen kann, haben Ernst Ruska und Gerd Binnig als siebzehnter und achtzehnter Laureat mit ihren Arbeiten Meilensteine für unser Weltbild von der Materie gesetzt, aus der wir geschaffen sind und die uns umgibt. Seit nunmehr hundertfünfzig Jahren, seit John Dalton und Amedeo Avogadro Atome als kleinste Einheit definierten, haben Wissenschaftler *alles* darangesetzt, *diese* sichtbar zu machen. Mit ihren epochemachenden Erfindung, einer Atomlupe, die ohne Linsen auskommt, gelang beiden Physikern der Vorstoß zu den kleinsten Dimensionen.

Die Stockholmer Entscheidung, den Preis an drei Wissenschaftler zu vergeben, ist mehr als gerechtfertigt, markiert sie sie doch die lange Strecke einer kontinuierli*chen Entwicklung. Was der in Hei*delberg geborene Ernst Ruska Ende der zwanziger Jahre als Student begann, führte der Frankfurter Gerd Binnig zu einem (vorläufigen) Höhepunkt. Was man beim neunundsiebzigjährigen Ruska mit Fug und Recht als „krönenden Höhepunkt eines erfüllten Gelehrtenlebens" bezeichnen kann, wird beim vierzig Jahre jüngeren Binnig zur Reverenz an eine völlig neue Technik, bei der es, so die Juroren in Stockholm, jedoch bereits jetzt klar sei, daß diese beim Studium des Materieaufbaus völlig neue Gebiete eröffnet.

Wo Ruskas erstes funktionsfähiges Elektronenmikroskop 1933 die damals unvorstellbare Vergrößerung von 1 : 12 000 aufwies, erfüllt sich jetzt ein Traum von Physikern und Chemikern, einzelne Atome bei einer etwa zehnmillionenfachen Vergrößerung sichtbar zu machen. Beide Preisträger verbindet eines bei ihren Streifzügen durch die Mikrowelten: Sie holten sich ihre Erkenntnisse nicht mit Millionenaufwand in den kilometerlangen Tunneln der Hochenergiephysiker. Bei ihrer Jagd nach den Bausteinen der Materie, dem Drang, Atomen auf die Finger zu schauen, entschieden sie sich für den Weg, herauszufinden, „was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält".

Der Blick ins Innere des Mikrokosmos war so lange verschlossen geblieben, wie man sich mit Mikroskopen und Linsen aus Glas begnügte. Als Ruska Abschied vom Licht und optischen Linsensystemen nahm und zwei Magnetspulen als Linsen für Elektronen kombinierte, hatte er ein primitives Fernrohr für den Mikrokosmos konstruiert. Mit seiner Idee, sich ein Bild von der Materie zu veschaffen, indem er sie mit Elektronen bestrahlte, beschritt er einen Weg, ohne den Medizin, Biologie und Technik unendlich weit zurücklägen und manche Krankheit, manches Leid noch als unabänderliches Schicksal hingenommen werden müßte.

Wissenschaftler setzten mit neuer Ausrüstung – intensiver als je zuvor – ihren Vormarsch in unbekanntes Neuland fort. Man konnte jetzt Arzeimittel synthetisch herstellen, weil man mit Hilfe von Ruskas Erfindung ermitteln konnte, wie ihr Aufbau „in natura" aussieht. Aber das ist schier zu vordergründig, um das Epochale der Ruska-Erfindung zu würdigen: Beim Studium der Erbsubstanz und beim Studium des Materienaufbaus wurden völlig neue Gebiete eröffnet.



Wie alles anfing: Ruska vor seinem Elektronenmikroskop 1944 FOTO: AP

Nachholbedarf hin, späte Einsicht her: Hat man das Nobelpreiskomitee so manchesmal gescholten, wissenschaftlichen Exoten unnötige Reverenz zu erweisen, so hat es sich mit seiner gestrigen Entscheidung rehabilitiert. Rehabilitiert – doppelt rehabilitiert durch zwei Preisvergaben hintereinander, dreifach, weil es drei deutsche Wissenschaftler sind – wurde allerdings auch die deutsche Wissenschaft, die in der öffentlichen Meinung als längst abgeschlagen gilt hinter der überwältigenden technischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten. Rehabilitiert wurde auch die Wirtschaft, der so oft nachgesagt wird, von den Leistungen der Universitäten zu zehren und sie zum eigenen Vorteil zu vermarkten. Ruska entwickelte sein Mikroskop bei der AEG in Berlin, Binnig beim Computer-Multi IBM in Rüschlikon bei Zürich.

Ob die Zahl der Nobelpreisträger und der Export von Patenten ein *Gradmesser für die Leistungsfähigkeit* einer Volkswirtschaft und damit, letztlich, für die Leistungsfähigkeit eines Volkes sind, mag dahingestellt sein. Daß eine moderne Industriegesellschaft ohne Erfinder eines solchen Kalibers verkümmert, kann jedenfalls nicht strittig sein. Die Nobelpreise sind für unzählige junge Menschen Herausforderung und Ermutigung; sie geben vielen Wissenschaftlern Auf*trieb, denen manche einzureden suchen,* daß hierzulande nicht mehr effizient gearbeitet werde.

Auftrieb sollten auch unsere Universitäten fühlen – diejenigen Gelehrten in ihnen, die nach Jahren einer maßlosen Überbetonung der „Gesellschaftswissenschaften" und der „gesellschaftlichen Relevanz" den Rang der Naturwissenschaften wiederherstellen und das natürliche Interesse der Jugend an der Natur statt an toten Theorien über die Natur wecken möchten. Das Rezept, an das sich das Multitalent Ruska und der ehrgeizige Binnig hielten, mutet einfach an: Mut zu Freiheit und Wettbewerb. Ihr Preis bedeutet ihren Landsleuten weit mehr als Forschungsförderung im Wert von ein paar hunderttausend Mark; sie und alle ihre Kollegen sollen das wissen.

IM GESPRÄCH Klaus Rehder

Wettergeprüft

Von Rüdiger Moniac

Aus seiner bisherigen Aufgabe als Chef des Stabes beim Bonner Führungsstab der Streitkräfte, die ihn aufs Wirken im Hintergrund beschränkte, ist Vizeadmiral Klaus Rehder mit Beginn des Monats zum Befehlshaber der Flotte mit dem Kommandositz in Glücksburg auf- und auch ins öffentliche Interesse hervorgerückt. Rehder versteht den Chef des Stabes als major domus des Generalinspekteurs. Während dieser nach außen wirkt, hat sich der Chef des Stabes von „Fü S" um die Koordination von 50 Referaten mit insgesamt 530 Mitarbeitern zu kümmern und trägt Sorge dafür, daß die „gesamte Problematik der Streitkräfte", wie sie sich in dieser militärischen Dienststelle widerspiegelt, sich in harmonischem Prozeß immer wieder *entwirrt* und so die Voraussetzungen für die gesunde Weiterentwicklung der Bundeswehr geschaffen werden.

Am Kai des Marinestützpunktes in Flensburg, wo Rehder das Kommando über die Flotte von Admiral Mann, dem neuen Inspekteur der Marine, übernahm, lag während der Zeremonie als einziges „Dickschiff" mit Kampfaufgaben der Zerstörer „Rommel": ein sentimentaler Gruß seiner Kameraden, die wissen, daß Rehder sechs Jahre auf diesem „DG" (für guided missiles destroyer) in verschiedenen Funktionen bis zum Kommandant Dienst getan hat. Nicht nur Rehder sagt, daß Kommandant sein auf einem solchen Schiff für einen Seeoffizier die schönste Verwendung sei. Befehlshaber der Flotte kommt für ihn dann als zweitschönste.

Daraus spricht die Sehnsucht aller Offiziere nach einem Truppenkommando, das sie allemal der Arbeit am Schreibtisch vorziehen. Und der Posten des „Flottenchefs" bietet eben die höchste Stufe von Truppen- und operativer Führung, den die Marine vergeben kann. In der Flotte sind ihre schwimmenden und fliegenden Kampfverbände zusammengefaßt und dem Befehlshaber unterstellt.



Erfahrung auf Walfängern: Neuer Flottenchef Rehder FOTO: DIE WELT

Rehder, 1933 in Kiel geboren, hat die Seefahrt schon vor dem Eintritt in die deutsche Marine 1956 als Walfänger über Monate in quasi-arktischen Gewässeren kennengelernt.

Mit der „Rommel" überfiel ihn und die Besatzung einmal äußerst schweres Wetter. Wenn er davon in großer Bescheidenheit erzählt, bleibt dem Zuhörer dennoch nicht verborgen, wie stolz ihn das Erlebnis macht, damals das Vertrauen der Männer als ihr „Alter" erworben zu haben, und daß er davon in der neuen Aufgabe bei der Erziehung des Führernachwuchses zu zehren gedenkt.

In seiner „Fü S"-Position hatte er jeden Herbst die KSZE-Manöverbeobachter zu begleiten. Nicht nur die östlichen Militärs waren, wie Rehder berichtet, immer wieder beeindruckt, mit welchem Selbstvertrauen die Einheitsführer ihre Einheit und ihre Aufgabe darstellen, wie zuverlässig das Material ist, wie herzlich das Verhält*nis zur Bevölkerung und wie alle „bis* ins Innerste ihrer Herzen" die Bundeswehr zur Absicherung unserer politischen Ordnung wollen und „mit keiner Faser an Angriff denken".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

HEILBRONNER STIMME

Zur Olympia-Entscheidung über den Zweijahresturnus meint sie:

„Olympia war Olympia. Jetzt gibt es nur noch kleine und große Spiele." Wehmut und Sinn für Tradition steckt hinter diesen Worten von Josef Fendt, Silbermedaillengewinner im Rodeln bei der Olympiade 1976. Doch für Gefühlsduseleien und alte Werte ist beim Internationalen Olympischen Komitee spätestens seit Juan Antonio Samaranchs Dienstantritt als allgewaltiger Boß der Olympier kein Platz mehr. Der Spanier setzt seit Jahren auf das große Geld und den Kommerz. So gesehen ist die gestern in Lausanne getroffene Entscheidung, ab 1992 Sommer- und Winterspiele im Zwei-Jahres-Rhythmus durchzuführen, eine konsequente Fortführung der bisherigen Politik des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und vielleicht noch nicht einmal deren Höhepunkt. Zweimal antreten heißt eben auch zweimal abkassieren.

Westfälische Nachrichten

Die in Hamm erscheinende Zeitung sieht einen Themenwechsel bei der SPD:

Die SPD hat schnell reagiert – und sie muß es wohl auch. Denn die bittere Wahlschlappe in Bayern hat gezeigt, daß es mit den Wahlkampfthemen nicht ganz gestimmt hat. Stärker als der prozentuale Stimmenrückgang dürfte in der Parteispitze schokkiert haben, daß ausgerechnet in den *Großstädten und damit bei den* Arbeitnehmern ein fast vernichtender Einbruch erfolgt ist, an dem ablesbar wurde, wie wenig beispielsweise die Umstiegsvorstellungen der Sozialdemokraten in der Energiepolitik oder die Steuerpläne Raus auf Resonanz gestoßen sind. Das SPD-Präsidium hat daraus die Konsequenzen gezogen: Mit dem Themenschwenk und der Konzentration auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik nimmt Kanzlerkandidat Rau den Faden auf ... Wieder wird es also um die „Untätigkeit" der Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, wieder um die „Umverteilung von unten nach oben" und wieder um den „Streikparagraphen" gehen. Doch werden im Schachspiel Züge, die eher ein Reagieren als ein Agieren bedeuten, als „erzwungen" charakterisiert.

WESTFALENPOST

Das Hagener Blatt bemerkt zum Konjunkturbericht:

Der jüngste Konjunkturbericht offenbart neue Rekorde: die meisten Neuzulassungen bei den Autos, die höchsten Ausgaben für Auslandsreisen, 17 Milliarden mehr für den privaten Konsum, die investive Binnenwirtschaft mit neuem Schwung, die privaten Einkommen höher denn je, und das alles ohne jeden inflationären Hauch. Sogar die Zahl der neu besetzten Arbeitsplätze ist um 290 000 gestiegen ... Eine Regierung, die im Wahlkampf für alle negativen Entwicklungen haftbar gemacht wird, kann nun ein fast fleckenloses Gesamtbild vorweisen. Um so schwerer werden Behauptungen über eine angebliche neue Armut oder den unfähigen Sozialstaat.

l'Humanité

Die Pariser KP-Zeitung ärgert sich darüber, daß der kommunistische Vorschlag nicht akzeptiert wurde:

Die Königliche Akademie Norwegens zeichnet einen Mann aus, der niemals die Stimme gegen die Besetzung zahlreicher arabischer Gebiete durch Israel erhoben und auch nicht die wiederholten Verletzungen der UNO-Empfehlungen durch diesen Staat verurteilt hat. Sie bekundet somit eine selektive Konzeption vom Frieden. Dabei war das norwegische Komitee aufgefordert, den Friedensnobelpreis Nelson Mandela zuzusprechen.

Der lächerliche Monsieur Happart – das sind wir alle

Eine so alberne wie tragische Krise um einen Provinzpolitiker / Von Helmut Hetzel

Wie geht es weiter? Das fragen sich heute zehn Millionen Flamen und Wallonen. Die Krise macht das belgische Kabinett handlungsunfähig und lähmt das Land. Wird sie nicht rechtzeitig gemeistert, kann sie verheerende Folgen haben.

Premierminister Wilfried Martens und sein christlich-liberales, aus Flamen und Wallonen bestehendes Koalitionskabinett stolperten über ein Ereignis, das wie eine Provinzposse wirkt – wenn auch eine gut inszenierte. Sie rankt sich um den Bürgermeister der 4200 Seelen zählenden zweisprachigen Gemeinde Voeren/Fouron. Dort, „wo mehr Kühe als Menschen leben", wie Spötter sagen, tobt der Kampf um sprachliche und damit auch kulturelle Hegemonie inzwischen wieder so stark, daß Flamen und Wallonen sich sogar gegenseitig Morddrohungen zukommen lassen. Bürgermeister José Happart, ein belgischer Peppone ohne bremsenden Don Camillo, wurde vom Staatsrat, dem obersten belgischen Gericht, in der letzten Woche abgesetzt. Der Grund: Happart weigert sich seit Jahren, Flämisch zu lernen.

Flamen und Wallonen aber haben sich in ihrer gemeinsamen belgischen Verfassung darauf geeinigt, daß ein Amtsträger in einem zweisprachigen Gebiet beide Sprachen beherrschen muß.

Eine Provinzposse, aber mit genug innenpolitischer Sprengkraft, daß der belgische Regierungschef Martens seinen Rücktritt einreichen mußte. Seine flämischen und wallonischen Minister waren völlig zerstritten. Das Kabinett konnte sich nicht darauf einigen, was mit dem renitenten Verächter des Flämischen geschehen sollte. Happart könne geschäftsführend im Amt bleiben, meinten die Wallonen unter Führung von Innenminister Charles Nothomb. Happart muß gehen, wie das der Staatsrat entschieden hat, sagten demgegenüber die Flamen.

Ausgerechnet deswegen ist der alte Sprachen- und Kulturkampf zwischen den niederdeutsch sprechenden Flamen, die heute etwa sechzig Prozent der Bevölkerung Belgiens stellen, und den französisch sprechenden Wallonen erneut ausgebrochen und schürt den Separatismus. Der „belgische Zirkus", so spotten selbst wallonische Zeitungen, „gibt eine neue Vorstellung". Und die wallonische Presse kritisiert auch „ihren" Happart. Eine flämische Gazette dagegen meint: „Wenn Martens das angerichtete Unheil wieder beheben kann, dann darf er sich in Zukunft Wunderdoktor nennen."

Auf ein Wunder werden die Belgier allerdings vergeblich warten. Sie müssen die Sache in ihrem Land, das sie in der Septemberrevolution von 1830 vom Königreich der Großniederlande gewaltsam abtrennten, schon selbst in die Hand nehmen. Sie müssen handeln, müssen Lösungen suchen, wenn Belgien auf die Dauer nicht unregierbar werden soll. Zwar sind solche Lösungen in einem durch eine Sprachgrenze geteilten Land nicht einfach. Sie erfordern nicht nur Phantasie, Weitsicht und Toleranz, sondern auch einen langen Atem. Doch für Belgien steht auch viel auf dem Spiel.

Es ist jetzt fast auf den Tag genau ein Jahr her, daß der Flame und Christdemokrat Wilfried Martens, der aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Kompetenz auch bei den Wallonen hohes Ansehen genießt, durch die belgischen Wähler mit überwältigender Mehrheit im Amt als Regierungschef bestätigt wurde. Und das deshalb, weil Martens den Bürgern vor der Wahl klipp und klar gesagt hatte, daß er die maroden Staatsfinanzen sanieren, den (bei einer Staatsverschuldung von rund dreizehn Prozent des Nationaleinkommens) langfristig drohenden Staatsbankrott abwenden und die kränkelnde Ökonomie wieder ankurbeln will. Erste Schritte auf diesen mühevollen Weg sind zurückgelegt. Nun droht das ganze Sanierungsprogramm am Sprachenstreit zu scheitern.

Brüssel rühmt sich, „Europas Hauptstadt" zu sein. Belgien nennt sich manchmal „Europa im Kleinen". Und zwar nicht nur wegen des dort (auch) tagenden EG-Parlaments, sondern gerade wegen der Sprachenvielfalt. Wenn dem so ist, dann spiegelt das kleine zerstrittene Land Europa richtig wider.

Streitereien über Provinzpossen, Mangel an Selbstbewußtsein gegenüber den Supermächten – Jammern darüber, daß „die Supermächte" in Reykjavik wieder einmal über die europäischen Köpfe hinweg verhandelt hätten –, Unfähigkeit zu einer echten supranationalen Einigung, die Europa technologisch und schließlich militärisch gleichgewichtig neben USA und UdSSR stellen würde: das alles hat eine einzige Ursache: Man spricht nicht mit einer Zunge. Der lächerliche Monsieur Happart ist, so peinlich das für uns alle ist, Europas Symbol in aller Welt Augen.

Elektronenstrahlen sprengten die Grenzen des Sichtbaren

Der diesjährige Nobelpreis für Physik umspannt über 50 Jahre Forschung auf dem Gebiet der Elektronenmikroskopie. Die beiden Preisträger Gerd Binnig und Heinrich Rohrer setzten fort, was der dritte Preisträger, Ernst Ruska, in den 20er Jahren begann.

Von LUDWIG KÜRTEN

Eigentlich war es um ihn schon sehr still geworden. „Der Nobelpreis ist ihm stets versagt geblieben“, so stand es noch vor einigen Jahren in den Würdigungen seiner Person. Doch jetzt, völlig überraschend, zeigt sich, daß das Komitee in Stockholm seine Leistungen nicht vergessen hat: Professor Ernst Ruska, der vor über 50 Jahren das Elektronenmikroskop entwickelt hat, ist nun doch noch mit der höchsten Ehrung ausgezeichnet worden, die in der Wissenschaft zu vergeben ist.

Mit der Vergabe des diesjährigen Physik-Preises hat Stockholm gleichzeitig einen weiten Bogen gespannt zu der jüngsten, aufsehenerregenden Entwicklung auf dem Gebiet der Elektronenmikroskopie. Und wieder war es ein Deutscher, der 39 Jahre alte Dr. Gerd Binnig, der am Bau dieses „Raster-Tunnel-Mikroskops“ maßgeblich beteiligt war. Zusammen mit dem jetzt ebenfalls ausgezeichneten 53 Jahre alten Schweizer Dr. Heinrich Rohrer hat er in den IBM-Forschungslabors in Zürich mit diesem Gerät die Grenze des Sichtbaren bis in den Bereich einzelner Atome verschoben.

Die erste Reaktion von Ernst Ruska, als er gestern von der Ehrung hörte, war Überraschung und Stolz. Der Forscher, der am 25. Dezember sein 80. Lebensjahr vollenden wird, hatte wohl selbst nicht mehr so ganz daran geglaubt, daß er den Nobelpreis noch erhalten würde. Natürlich hat er auch nicht vergessen, wie schwierig es für ihn als Student der Ingenieurwissenschaften Ende der 20er Jahre war, seiner Entdeckung zum Durchbruch zu verhelfen. „Mir hat doch damals keiner geglaubt, daß so etwas funktioniert“, sagt er heute. Erst als er dann zwei funktionstüchtige Elektronenmikroskope gebaut hatte, setzte sich die neue Idee durch.

Ein begeisterter Tüftler und Bastler

Er war ein richtiger Tüftler und Bastler, sagen diejenigen, die ihn lange kennen, keiner von jenen Wissenschaftlern, die sich in ihrem Labor vergraben. Ein kontaktfreudiger und kollegialer Mensch, der sein Leben lang aufmerksam verfolgte, woran der Nachwuchs, sozusagen seine „wissenschaftlichen Kinder und Enkel“, arbeitete. Auch nach seiner Emeritierung 1974 pflegt er intensive Kontakte zu seinen vormaligen Wirkungsstätten, vor allem zum Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin, dessen Abteilung für Elektronenmikroskopie er nach dem Krieg aufgebaut hatte.

Begonnen hatte alles Ende der 20er Jahre in Berlin. Als Ruska an der Technischen Hochschule in Berlin daran arbeitete, wie man Elektronenstrahlen mit Hilfe magnetischer Linsen bündeln kann, befand sich die Mikroskopie in einer Sackgasse. Das Lichtmikroskop, das schon 1655 von Hooke erfunden und in den folgenden Jahrhunderten ständig verbessert worden war, hatte den Forschern ermöglicht, winzige, für das bloße Auge unsichtbare Objekte zu untersuchen. Doch wenn man noch weiter in die Struktur der Materie eindringen wollte, konnten die Lichtstrahlen nicht mehr weiterhelfen.

Die Idee, statt Licht Elektronenstrahlen zu verwenden, war alt. Doch wie sollte man sie in ein Mikroskop einbauen, in dem sie auf ein kleines Objekt gebündelt werden müssen. Der Durchbruch gelang Ruska zusammen mit seinen Kollegen Bodo von Borries und Max Knoll während ihrer Tätigkeit in der Entwicklungsabteilung der Fernseh AG in Berlin-Zehlendorf. Sie verwendeten Magnete, um die Strahlen zusammenzuführen und durch das Objekt zu schikken, das untersucht werden sollte.

Ab dem Jahr 1937 waren Ruska und Borries dann bei der „Siemens & Halske AG“ tätig. Hier bauten sie das erste serienreife Elektronenmikroskop, das bald Eingang in Forschungsinstitute auf der ganzen Welt fand. Ein Elektronenmikroskop besteht aus einer aufrechten Säule, an deren oberen Ende sich eine sogenannte Kathode befindet. Diese „Metallspitze“ sendet bei Erhitzung negativ geladene Teilchen (Elektronen) aus. Sie werden zunächst von einer positiv geladenen „Anode“ beschleunigt, in einem ringförmigen Magneten gebündelt („fokussiert“) und dann durch ein dünnes Objekt geschickt, das mitten im Strahlengang angebracht wird. Voraussetzung dafür ist, daß das Innere der Säule luftleer ist, daß dort also ein Vakuum erzeugt wird. Von Luftteilchen würden die Elektronen nämlich sehr schnell „eingefangen“.

Wenn die Elektronen ein dünnes Objekt durchfliegen, werden sie von dem Material abgelenkt und in verschiedene Richtungen gestreut. Wie stark die Streuung ist, hängt von der Dichte des Materials an der entsprechenden Stelle ab. Alle restlichen Elektronen werden im unteren Teil der Säule so fokussiert, daß sie auf einer für Elektronen empfindlichen Schicht ein „Bild“ ergeben. Es entspricht als „Negativ“ der Struktur des Objektes. In diesem Bild erscheinen alle Stellen des Materials, die eine besonders hohe Dichte ausweisen, als „elektronenarm“.

Mit Hilfe des Elektronenmikroskops wurde es möglich, winzige Strukturen sichtbar zu machen. Welche Bedeutung diese Entdeckung für die Naturwissenschaften hatte, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es wurde für die Biologen dadurch möglich, die Bausteine des Lebens zu studieren, sei es das Erbgut im Kern, aber auch viele andere Strukturen in einer Zelle.

Das Elektronenmikroskop ist in den letzten 50 Jahren laufend weiterentwickelt worden. Auch daran war Ruska führend beteiligt. Heute ist es mit dieser Technik möglich, noch Strukturen aufzulösen, die nicht weniger als etwa zwei Nanometer (millionstel *Millimeter*) auseinanderliegen. Theoretisch wäre sogar eine noch bessere Auflösung möglich, doch wird durch die schwierige Vorbehandlung des Materials diese Grenze in der Praxis nicht erreicht. Dennoch ist das Elektronenmikroskop damit immer noch 100mal besser als das stärkste Lichtmikroskop.

Tunnelelektronen steuern die Abtastnadel

Eine weitere revolutionierende Neuerung auf dem Gebiet der Mikroskopie ist das „Raster-Tunnel-Mikroskop“, das Gerd Binnig und Heinrich Rohrer erst in den letzten Jahren entwickelt haben. Es basiert auf dem Prinzip, daß die Oberfläche bestimmter Materialien mit Hilfe einer extrem feinen Abtastnadel untersucht werden kann. Die Nadel muß dabei einen Abstand von nicht weniger als einem Nanometer zur Oberfläche einhalten. Die Bewegung der Nadel über der „rauhen“ Oberfläche wird dabei von sogenannten „Tunnelelektronen“ gesteuert. Sie liegen quasi wie eine Teilchen-Wolke über der Oberfläche eines jeden Metalls. Die Wechselwirkungen zwischen den Atomen der Abtastnadel und den Tunnelelektronen kann man nun dazu verwenden, den atomaren Aufbau der Oberfläche zu untersuchen. Voraussetzung ist eine extrem genaue Steuerung der Nadel und eine absolut schwingungsgeschützte Aufstellung der Apparatur.

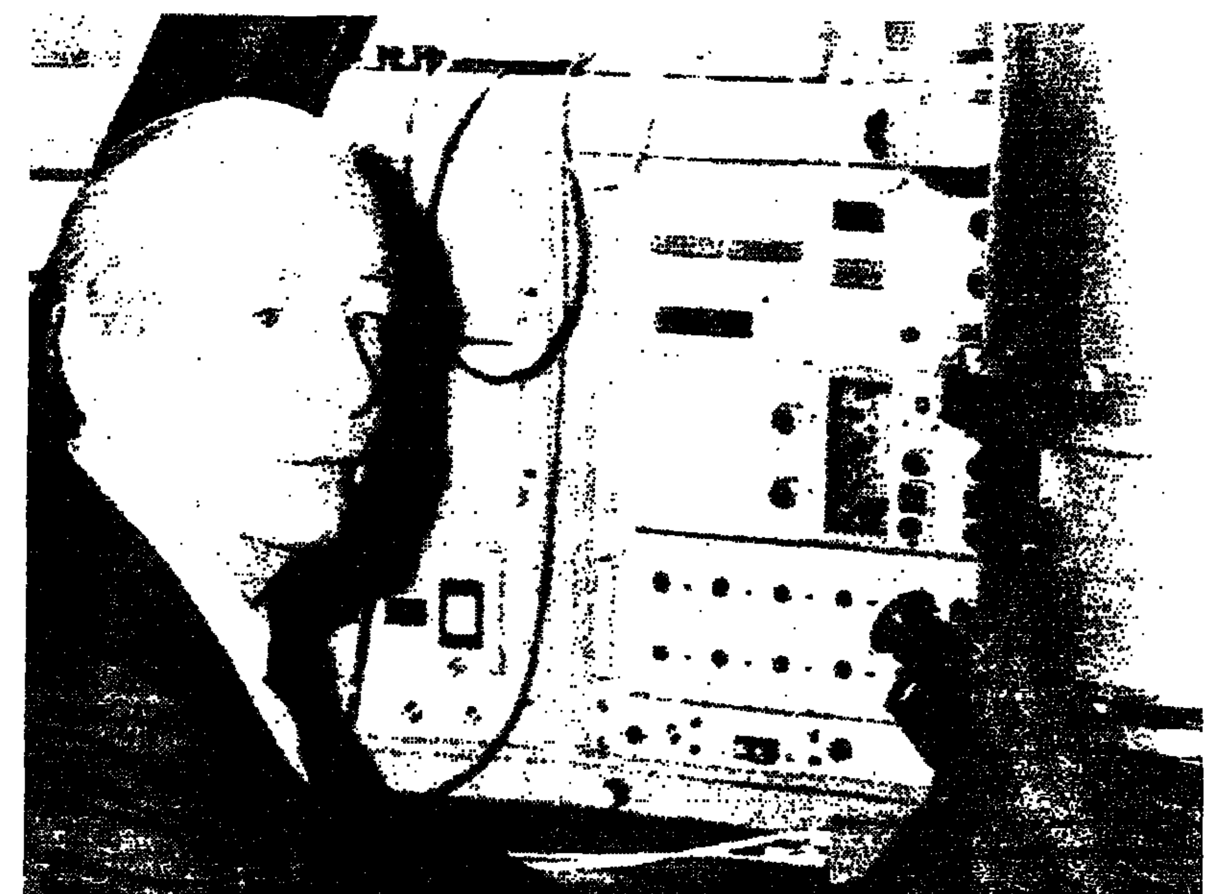
Als die Entwicklung der beiden Forscher vor über einem Jahr zum ersten Mal im deutschsprachigen Raum in einem Beitrag in der WELT vorgestellt wurde, war die wissenschaftlich interessierte Öffentlichkeit noch sehr zurückhaltend. Das ist ja eigentlich gar kein Mikroskop – und: Damit kann man ja nur Metalloberflächen untersuchen, so war die Meinung.

Seitdem hat sich überall herumgesprochen, welche Bedeutung das Verfahren in der Zukunft haben wird. Die feine Nadel kann nämlich auch als eine Art Mikro-Manipulator eingesetzt werden. Sie kann ganz gezielt Atome oder Moleküle auf Oberflächen bewegen. Damit rücken „molekular-elektronische“ Schaltungen in den Bereich des Möglichen, eine Vorstufe für den „Biocomputer“, der nicht mehr mit Silizium-Bausteinen, sondern mit „elektronischen Molekülen“ arbeitet.

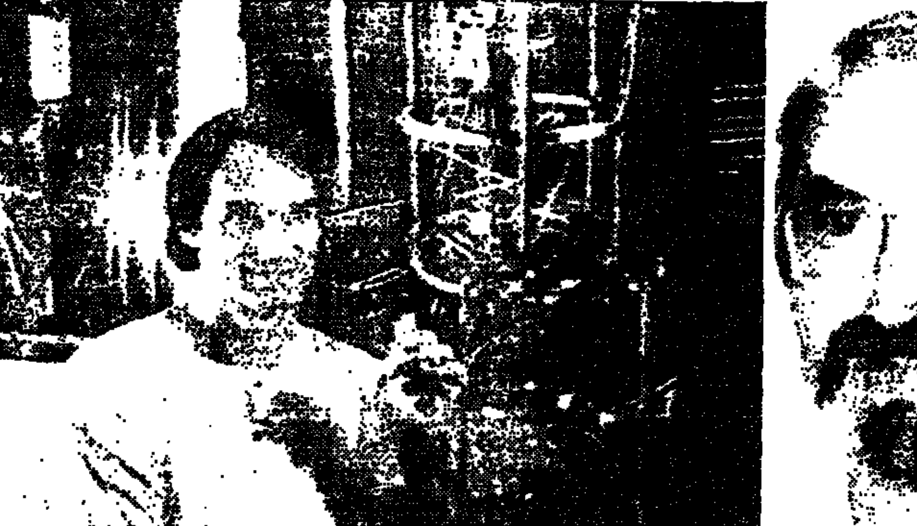
Inzwischen hat die Firma Ernst Leitz in Wetzlar die Aufgabe übernommen, das „Raster-Tunnel-Mikroskop“ bis zur Serienreife zu entwikkeln. „Wir müssen zwar noch steinige Wege beschreiten, sind aber zuversichtlich, daß wir es schaffen“, so der Leitz-Projektleiter Schlüter. Denn noch steht gar nicht endgültig fest, in welchen Bereichen das Verfahren tatsächlich eingesetzt werden kann. Hier wird zur Zeit noch intensiv geforscht. Leitz hofft, den ersten Prototyp Anfang des kommenden Jahres fertiggestellt zu haben. „Natürlich bedeutet dieser Nobelpreis auch für uns einen zusätzlichen Motivationsschub bei unserer Arbeit“, so Schlüter.

Die deutschen Nobel-Preisträger für Physik

Wilhelm C. Röntgen (1901)
Philipp von Lenard (1905)
Karl F. Braun (1909)
Wilhelm Wien (1911)
Max von Laue (1914)
Max Planck (1918)
Johannes Stark (1919)
Albert Einstein (1921)
James Franck (1925)
Gustav Hertz (1925)
Werner Heisenberg (1932)
Walter W. Bothe (1954)
Rudolf L. Mössbauer (1961)
Hans D. Jensen (1963)
Klaus von Klitzing (1985)
Ernst Ruska (1986)
Gerd Binnig (1986)



Späte Ehrung für die Erfindung des Elektronenmikroskops: Nobel-Preisträger Professor Ernst Ruska
FOTO: ULLSTEIN



Karriere bei IBM: Der deutsche Nobel-Preisträger Gerd Binnig (39) und der Schweizer Heinrich Rohrer (53)
FOTOS: DPA/AP

Der alte Herr von Zimmer 207

Von DIETER DOSE

Faradayweg 4 in Berlin-Dahlem. Seit zwölf Uhr gestern mittag eine gefragte Adresse. Es ist der Sitz des Fritz-Haber-Instituts der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Und es ist die ehemalige und noch zeitweilige Wirkungsstätte von Ernst Ruska, einem der beiden neuen deutschen Nobel-Preisträger für Physik. . . .

Kommen und Gehen wie immer, aber viele unbekannte Gesichter sind auf dem von der Straßenseite her durch alte Bäume verdeckten Gelände. Funk-, Fernseh- und Zeitungsreporter gaben sich die Klinke in die Hand. Ernst Ruska aber trafen sie nicht an. Zimmer 207 im zweiten Stock, in dem der emeritierte Professor noch gelegentlich anzutreffen ist, blieb verschlossen. Ruska weilt zur Kur im Schwarzwald.

Zwei total genervte Damen in der Anmeldung, zugleich Telefonzentrale, bekommen pausenlos Anrufe. „Knallen bei Ihnen schon die Sektkorken?“ will einer wissen. Ein anderer, wieviel Flaschen Sekt denn schon getrunken worden sind.

Dabei war eine Feier für nachmittags schon vorbereitet. Allerdings aus einem ganz anderem Grund. Professor Gerhard Ertel (München), der im Frühjahr 1987 den jetzigen geschäftsführenden Direktor Heinz Gerischer ablöst, war zum ersten Mal an seine künftige Wirkungsstätte gekommen. „Da wird natürlich auch auf Professor Ruska angestoßen“, berichtet eine Mitarbeiterin des Sekretariats. Ruhig ging es in den meisten Räumen zu. „Klar, wir feiern heute noch, aber kaltgestellt sind die Getränke noch nicht“, ist von anderen Mitarbeitern zu vernehmen. „Wir haben doch nicht im Traum daran gedacht, daß der alte Herr den Nobelpreis bekommt. Gerechnet haben wir nicht damit, aber ein klein wenig gehofft“, berichtet eine Wissenschaftliche Assistentin. „Wir wußten, daß der Professor auf der Vorschlagsliste steht.“ Erfahren habe man die Verleihung an Ruska aus dem Radio – „Minuten später kamen schon die ersten Anrufe“.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich dann die Nachricht im Institut für Elektronenmikroskopie. Es ist eines der ältesten in der Max-Planck-Gesellschaft und nach seinem ersten Direktor Fritz Haber benannt. Hervorgegangen ist es aus dem 1911 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie. Rund 300 Mitarbeiter sind hier beschäftigt.

„Wahrscheinlich weiß Ruska noch gar nichts von der Verleihung“, vermutete Institutschef Heinz Gerischer gegen Mittag. Doch wer versuchte, das Hotel in Bad Bellingen anzurufen, bekam zumindest Zweifel, daß der Preisträger noch nichts von seinem Glück ahnte. Pausenlos Besetztzeichen . . .

Schon wenige Minuten nach der ersten Nachricht aus Stockholm hatte Gerischer ein Telegramm an den früheren Mitarbeiter geschickt: „Wir freuen uns riesig über die Verleihung des Nobelpreises an Sie. Herzliche Glückwünsche im Namen des gesamten Instituts.“

Eine richtige Feier soll es am Faradayweg erst nach der Rückkehr von Ernst Ruska geben. Inzwischen aber weiß jeder im Institut, wer der alte Herr ist, den man hin und wieder ins Zimmer 207 gehen sieht.

Als den „krönenden Höhepunkt eines erfüllten Gelehrten-Lebens“ bezeichnete der Berliner Wissenschaftssenator George Turner die Verleihung an Professor Ruska. Er unterstrich zugleich auch die internationale Anerkennung, die damit der physikalischen Forschung in Berlin zuteil werde.

Professor Ernst Ruska, der schon zahlreiche Ehrungen erfahren hat, war zuletzt im November 1985 mit der Ernst-Reuter-Plakette des Landes Berlin für seine hervorragenden wissenschaftlichen Arbeiten ausgezeichnet worden.

Festreden wollte der Jubilar nicht hören

Von INGE ADHAM

Zumindest leicht angegraut waren sie eigentlich fast alle, die da im Saal des Altbaus der Deutschen Bank in Frankfurts Junghofstraße erschienen waren, um ihn zu ehren und zu feiern: Hermann Josef Abs, Ehrenbürger Frankfurts und Ehrenvorsitzender der Deutschen Bank sowie Träger zahlreicher weiterer Ehrentitel. Vertreten war eigentlich fast alles, was in dieser Republik über viel Geld und Macht verfügt – das politische Bonn ausgeschlossen. Rund 800 Menschen faßt der Saal – er war gepreßt voll.

Daß DGB-Chef Ernst Breit zu den ersten Gratulanten zum 85. Geburtstag von Abs zählte, war sicher nur Zufall. Breit, der sich an der Seite von Ex-Bundesfinanzminister Matthöfer (wie Abs jetzt ein Kronberger) hielt, fühlte sich sichtlich nicht ganz wohl in der Versammlung. Daß es Abs verstand, bei dieser Gratulation jene Miene aufzusetzen, in der sich mehr als Überlegenheit spiegelt, ist sicherlich nur eine spitze Bemerkung Umstehender.

Abs zeigte, wie immer, Stehvermögen: Neuerdings auf einen Stock gestützt, nahm er unermüdlich und mit sichtbarer Freude die Glückwünsche seiner Gäste entgegen und verblüffte mit seinem unglaublichen Namensgedächtnis. Selbst Wilfried Guth, Aufsichtsrats-Vorsitzender der Deutschen Bank und mit einem weltweiten guten Ruf hinsichtlich seiner Qualitäten als Bankier gesegnet, entfuhr ein neidvolles „Wenn man so so alt wird . . .“. In der Tat, der agile Abs weiß immer wieder zu verblüffen.

Dies tat er auch mit seinem Geburtstagswunsch: Das Magnificat von Bach begehrte er an diesem Tag zu hören. Hermann Rilling, Leiter der Internationalen Bachakademie Stuttgart und stellvertretender Vorsitzender der Neuen Bachgesellschaft Leipzig, dem Mäzen Abs freundschaftlich verbunden, bot es zur Freude des Jubilars und aller Gäste.

Er interpretierte einleitend das Werk (war damit einziger Redner des Tages, denn der Jubiliar hatte sich Festreden verbeten) und verknüpfte es mit dem Leben von Hermann Josef Abs. Das Heitere ohne Prunk, die Demut, eine Haltung, aus der Großes entsteht, und das Wissen um die Notwendigkeit der Barmherzigkeit nannte er Fixpunkte des Absschen Lebens, die sich in Bachs Werk wiederfinden, und unterlegte sie mit musikalischen Beispielen aus dem Magnificat, das – in Gänze dargeboten von der Gächinger Kantorei und dem Bach-Collegium Stuttgart – alle begeisterte.

Die zahlreichen Beziehungen zwischen dem Bach-Werk und Abs freilich brachten Rilling auf noch ganz andere Ideen. Auf der Suche für den ganz persönlichen Grund, der bei Abs Ursache für diesen Wunsch war, fand Rilling nämlich heraus, daß in der Bachschen Urfassung eine Es-Dur-Kadenz dominiert; sie, einen Halbton höher gespielt, was – wie das Beispiel zeigte – weitaus kühner klingt, ergibt die Tonfolge a – b – es. Eine kühn zu Ende gedachte Tonfolge, wie das Lebenswerk von Hermann Josef Abs, folgerte Rilling und erntete den begeisterten Beifall aller Anwesenden. Die sichtbare Freude des verehrten alten Herrn Abs war den Musizierenden freilich Lob genug.

Trauerfeier für Gerold von Braunmühl / Bundesregierung berät über Terroristen-Bekämpfung / Innenminister erläutert Fahndung

Zimmermann: Ein lange vorbereiteter Mord

gba. Bonn

Der Mord an dem Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Gerold von Braunmühl, ist von der „Rote Armee Fraktion" (RAF) von langer Hand vorbereitet worden. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gab am Mittwoch vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundetages einen Bericht über den Tathergang, seine Einordnung in die gegenwärtige Bedrohungslage und auch über die bisherigen Ermittlungsergebnisse sowie die von seinem Haus getroffenen Maßnahmen nach diesem Anschlag.

Alles deutet auf die RAF

In der vertraulichen Sitzung des Ausschusses erklärte der Minister dem Vernehmen nach, daß an der Täterschaft der RAF „nicht zu zweifeln" sei. Zum einen fänden sich die Ausführungen in dem Selbstbezichtigungsschreiben zur angeblichen „Krise des Systems" und zum „antiimperialistischen Kampf im Frontabschnitt Westeuropa" in ähnlicher Form auch in früheren RAF-Schreiben. Inhalt, Form und Wortwahl stimmten auch mit den Mörderbriefen der RAF nach den Anschlägen auf den MTU-Manager Zimmermann und an Professor Beckurts und seinem Fahrer Groppler im Februar 1985 und Juli 1986 überein.

Den Sicherheitsbehörden liegen Erkenntnisse vor, daß sich die RAF schon in der Vergangenheit mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) befaßt hat. In dem Mörderbrief, der in 300 Meter Entfernung vom Tatort in Bonn-Ippendorf gefunden worden war, hatte es geheißen, der getötete Ministerialdirektor von Braunmühl sei als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Politischen Komitee der EPZ eine der zentralen Personen innerhalb der imperialistischen „Restrukturierungsoffensive des Kapitals" in Westeuropa gewesen. Die EPZ bestimme unter Führung von Bonn und Paris Ausmaß und zeitlichen Ablauf von „Militarisierung und Restrukturierung" Westeuropas. In der konspirativen Wohnung in der Karlsruher Bahnhofstraße 1 waren Mitte Juli 1986 sowohl Zeitungsausschnitte als auch handschriftliche und mit Maschine geschriebene Notizen über die EPZ gefunden worden. Dabei waren auch Eintragungen mit den Namen der beiden Amtsvorgänger Gerold von Braunmühls. Schon in der im Juli 1984 in der Frankfurter Bergerstraße 344 entdeckten konspirativen Wohnung waren solche Unterlagen über die EPZ gefunden worden.

Über die bisherigen Ermittlungsergebnisse wurden die Abgeordneten vom Innenminister ebenfalls unterrichtet. Dabei wurde die schon öffentlich bekannte Schilderung des Tathergangs wiederholt. Die Mordzeit in der Bonner Buchholzstraße 34 a wird dabei mit 21.32 Uhr am letzten Freitag angegeben. Zunächst habe einer der Täter auf von Braunmühl geschossen; er sei dem flüchtenden Diplomaten mit einem weiteren Täter gefolgt. Nachdem der Beamte gestürzt war, sei er durch einen Kopfschuß aus nächster Nähe getötet worden. Die Obduktion hat ergeben, daß von Braunmühl durch zwei Steckschüsse im Unterleib, einen Herzdurchschuß und einen Kopfdurchschuß getötet wurde. Die beiden Täter seien nach dem Mord in ihr geparktes Fluchtfahrzeug gestiegen und ohne Beleuchtung mit normalem Tempo weggefahren. Sie hätten eine Tasche von Braunmühls mitgenommen, in der sich Lesematerial und einige Verschlußsachen befunden hatten.

Kennzeichen-Doublette

Diese Tasche, die auch einen Einschuß aufwies, fand die Polizei in dem Fluchtfahrzeug, das am Dienstagnachmittag in Bonn-Endenich gefunden wurde. Das verschlossene Fahrzeug wurde von der inzwischen 60 Beamte umfassenden Sonderkommission „Ippendorf" zum Bundeskriminalamt in Meckenheim transportiert und dort geöffnet. Die auf dem Rücksitz liegende Tasche von Braunmühls war leer. Es wurde festgestellt, daß das Kennzeichen die Dublette eines regulär zugelassenen Fahrzeugs war. Das Tatfahrzeug war vor drei Wochen in Leverkusen als gestohlen gemeldet worden.

Die Täterbeschreibung ist sehr ungenau, da beide vermummt waren. Nach den Größenangaben ist nicht auszuschließen, daß es sich um einen Mann und eine Frau handelt. Eine der Tatwaffen, ein Revolver Smith & Wesson 3.57 Magnum ist „mit hoher Wahrscheinlichkeit" schon beim Schleyer-Mord 1977 verwendet worden.



Bonn nahm Abschied von Gerold von Braunmühl

In der mit weißen Chrysanthemen geschmückten Beethovenhalle nahmen die Bundesregierung und das politische Bonn Abschied von dem Diplomaten Gerold von Braunmühl. Der 51jährige Chef der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes war von Links-Terroristen kaltblütig erschossen worden. Bundeskanzler Helmut Kohl geleitete die Frau des Ermordeten, Hilde von Braunmühl, Tochter Caroline und Sohn Patrick (hinter Bundesaußenminister Genscher) zur Trauerfeier. Genscher: Der Diplomat hat für den Frieden gewirkt. FOTO: DPA

Emmaus wirbt mit ‚Nichts ist unmöglich'

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Mittwoch vormittag bei „Emmaus" in der Nesenbachstraße: Die Kundschaft steht vor verschlossenen Türen. „Der Laden", verheißt ein Zettel am Eingang, „ist heute ab 14 Uhr geöffnet". Vor dem dreigeschossigen Gebäude steht der blaue Lastwagen der alternativen Gebrauchtwarenhandlung. Daneben füllt sich der Biergarten des Gasthauses „Tauberquelle". An der Hofmauer schräg gegenüber eine verwitterte Kampfparole: „Ulrike lebt". Bis vor wenigen Jahren war das Sanierungsviertel am Rande der Altstadt eine Hochburg der Stuttgarter Hausbesetzerszene.

Die verspätete Ladenöffnung ist notwendig, um die Ereignisse vom Vorabend publizistisch aufzuarbeiten. Zum dritten Mal innerhalb von fünf Jahren waren die Räume der als gemeinnütziger Verein anerkannten Arbeits- und Wohngemeinschaft (Motto: „Nichts ist unmöglich") einer polizeilichen Hausdurchsuchung unterzogen worden. Eine halbe Hundertschaft in Uniform und Zivil, angeführt von zwei Bundesanwälten, stellten das ehemalige Fabrikgebäude auf den Kopf, beschlagnahmten mehrere Schreibmaschinen, Adressbücher, Aktenordner, Bücher und, wie aus Polizeikreisen verlautet, „RAF-Schriften". Zuvor war auf dem Stuttgarter Hauptpostamt ein an „Emmaus" adressierter Brief abgefangen worden, der eine Kopie des Bekennerschreibens der mutmaßlichen Mörder Gerold von Braunmühls enthalten hatte. Daraus schloß der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof (BGH), daß „zwischen den Tätern oder ihren Gehilfen und ‚Emmaus' in Stuttgart Verbindungen bestehen". Schon nach dem Mordanschlag auf den Siemens-Manager Beckurts war in der Nesenbachstraße 52 ein Bekennerbrief eingegangen.

Obwohl das Schriftstück damals nicht der Polizei übergeben, sondern „gelesen und dann abgelegt" wurde, wußte die Bundesanwaltschaft von dem Vorgang und erwirkte gegen den Stuttgarter Verein diesmal einen „Postbeschlagnahmebeschluß".

Alexander Prechtl, Sprecher des Generalbundesanwalts, sieht ihn „Emmaus" eine potentielle „Anlaufstelle des Umfelds der RAF", die Polizei spricht von „nachvollziehbaren Verbindungen in verschiedenster Hinsicht". Auch einer der beiden Vorstandssprecher des Vereins ist einschlägig bekannt: Armin Newerla. Wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung war der heute 40jährige Jurist und Croissant-Sozius im Januar 1980 zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Drei Jahre zuvor hatte man in seinem Auto Lageskizzen der Kölner Wohnung des später ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer gefunden. Seit seiner Haftentlassung lebt und arbeitet Newerla nun im „Emmaus"-Haus. Kontakte zur Terrorszene bestreitet er.

FDP nähert sich einer „Kronzeugen-Regelung"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Regierungskoalition scheint sich neben einem verbesserten Konzept der Terroristenfahndung von der Einführung einer Kronzeugen-Regelung Erfolge bei der Terrorismusbekämpfung zu erwarten. Bundesinnenminister Zimmermann hat am Mittwoch diesen Gedanken sowohl in einer Koalitionsrunde unter dem Vorsitz des Kanzlers als auch im Bundeskabinetts und in einer Unterrichtung des Bundestagsinnenausschusses über die gegenwärtige Bedrohungslage vorgetragen. In der Koalitionsrunde zeigte sich auch die FDP geneigt, eine Kronzeugen-Regelung ernsthaft zu diskutieren. Bislang war das rundweg abgelehnt worden. Kritik allerdings übten die Freidemokraten, voran ihr Parteichef Bangemann, an der Warnung vor überzogenem Datenschutz in der Terrorismusbekämpfung, die Zimmermann in einem Interview mit der WELT (v.15. 10.) ausgesprochen hatte.

Im Kabinett berichtete der Bundesinnenminister, daß bereits vor dem Mordanschlag auf den Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Gerold von Braunmühl am vergangenen Freitag wegen der hohen terroristischen Bedrohung ein neues Fahndungskonzept entwickelt worden sei. Die Bundesländer hätten diesem „Konzept 106" zugestimmt. Es gehe im wesentlichen davon aus, daß Zugriffe bei der Fahndung und Anhaltspunkte für weiterführende Maßnahmen bei der Bekämpfung der Terroristen vor allem in der Phase der Tatvorbereitung und Ausspähung potentieller „Zielpersonen" der Rote Armee Fraktion (RAF) möglich seien.

Mehr Stellen für das BKA

Der Innenminister berichtete dem Kabinett, daß mit dem Finanzminister Einvernehmen über die Einrichtung von etwa hundert zusätzlichen Stellen beim Bundeskriminalamt und einer Stellenvermehrung beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sowie über zusätzliche Schutzmaßnahmen bei obersten Bundesbehörden, darunter auch bauliche Maßnahmen, erzielt worden sei.

Im Kabinett wie im Innenausschuß kritisierte Zimmermann, daß als Folge der Diskussion um den Datenschutz eine „gewisse Verunsicherung" zu verzeichnen sei, die in einigen Bundesländern zu größerer Zurückhaltung bei der praktischen Durchführung von rastermäßigen Fahndungsprogrammen geführt habe. Auch sei die Bereitschaft bei manchen Länderpolizeien gering, Datenbestände für Fahndungszwecke zur Verfügung zu stellen. Zwar sprach der Minister dies nicht direkt an, doch ist bekannt, daß Nordrhein-Westfalen weder den sogenannten Melderegister-Abgleich durchführt – eine Methode, mit der in der Vergangenheit erfolgreich gearbeitet worden war –, noch daß es Mitteilungen über reisende Gewalttäter bei Großdemonstrationen an andere Länder oder dem Bund weitergibt.

Vorbild Italien

Ein Gespräch zwischen Bundesinnenminister Zimmermann und seinem nordrhein-westfälischen Kollegen Schnoor allerdings hatte die Verstärkung von Objektschutzmaßnahmen in Bonn und nicht diese seit langer Zeit geführte Kritik zum Thema. Beide Minister vereinbarten Vertraulichkeit über das etwa halbstündige Gespräch.

In seinem Bericht vor dem Kabinett wandte sich der Bundesinnenminister auch gegen die restriktive Tendenz bei der Novellierung der Strafprozeßordnung. Der Handlungsspielraum der Polizei dürfe nicht unnötig eingeschränkt werden. Zur eventuellen Einführung einer Kronzeugen-Regelung verwies der Minister darauf, daß schon heute das geltende Recht die Möglichkeit vorsehe, unter kriminaltaktischen und staatspolitischen Gesichtspunkten bei Kooperationsbereitschaft eines Täters von einer Verfolgung einer Straftat abzusehen. Dies sei etwa im Bereich der Rauschgiftbekämpfung möglich. In allen Vorschriften zur Terrorismusbekämpfung allerdings finde sich keinerlei Möglichkeit, einen Zeugen Straffreiheit zuzusichern, unter dem Vorbehalt, daß er die Ermittlungsbehörden unterstützt. Zimmermann verwies darauf, daß die italienischen Behörden auf dem Höhepunkt der Terrorwelle dort mit ihrer zeitlich befristeten Kronzeugen-Regelung von Juni 1982 bis Februar 1983, die sich ausschließlich auf terroristische Aktionen bezog, Erfolg gehabt hätten.

Strauß konnte seinen Fabelrekord auch diesmal wieder übertreffen

Engültige Mandatsverteilung im Bayerischen Landtag / Haußleiter ist Alterspräsident

PETER SCHMALZ, München

Wahl-Uhren gehen in Bayern langsamer. Wegen des komplizierten Wahlsystems mit Erststimme für den jeweiligen Direktkandidaten in den 105 Stimmkreisen und mit Zweitstimme entweder für eine der Parteien oder jeden beliebigen Kandidaten auf der Liste liegt erst jetzt das Ergebnis vor, welche Politiker mit wie vielen Stimmen auf welchen Listenplatz gewählt wurden. Diese Reihenfolge entscheidet darüber, wer die 99 Abgeordneten sind, die über die Liste ins Paralament einziehen.

Allen anderen weit voraus auf dieser Kreuzerl-Hitparade Franz Josef Strauß, der auf Platz 1 der oberbayerischen Liste mit 635 434 Stimmen nicht nur absoluter bayerischer Spitzenreiter ist – an zweiter Stelle folgt in Mittelfranken trotz des Themas Wackersdorf Innenminister Karl Hillermeier mit 186 289 – , sondern der damit sogar noch seine Ergebnisse der beiden letzten Landtagswahlen übertreffen konnte. Ein untrügliches Zeichen für die weiter gestiegene Popularität des CSU-Chefs, nachdem dieser neue Rekord trotz erheblich geringerer Wahlbeteiligung möglich war.

Dem Wähler ist aber über die Zweitstimme nicht nur möglich, die Beliebtheit der Politiker zu bestimmen, er kann auch für Kuriositäten sorgen. So wurde auf der Oberbayernliste der Grünen der 81jährige Journalist August Haußleiter so weit nach oben gewählt, daß er den Sprung in den Landtag gerade noch schaffte und nun am kommenden Mittwoch als Alterspräsident die elfte bayerische Nachkriegs-Legislaturperiode eröffnen wird.

Keine Rückkehr gibt es für Richard Hundhammer, den Sohn des legendären Kultusministers Alois Hundhammer, der die Partei auf einen klerikalen Kurs einengen wollte. Auch der Sohn repräsentiert den streng katholischen Flügel der Partei, doch darauf nahm Münchens Exoberbürgermeister Erich Kiesl keine Rücksicht, als er Hundhammer energisch als Direktkandidat in München-Giesing ausbootete und dem Unterlegenen nur noch die Listen-Hoffnung blieb. In der Schlußabrechnung fehlten ihm 9000 Stimmen.

Selbst Münchens SPD-Vorsitzender Hans-Günter Naumann mußte um den Wiedereinzug ins Maximilianeum bangen und schaffte es gerade noch mit 143 Stimmen Vorsprung. Anderen blieb die Tür versperrt, so auch dem weit links agierenden Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Peter Kurz.

Daß ein Sozialdemokrat auch zum Ärger seiner Genossen ein Landtagsmandat erringen kann, bewies der Dachauer Rechtsanwalt Hans Hartl: Für mindestens eine halbe Million Mark verschickte er in ganz Oberbayern Briefe, in denen er mit einem Preisausschreiben um Zweitstimmen warb. Das Wildern hievte ihn von Platz 27 auf Platz 6. Doch Münchens SPD-Chef Naumann empörte sich über „diese schmierige Wähleraktion" und leitete ein Parteiordnungsverfahren gegen Hartl ein. Hartl, der vor Jahren der CSU angehörte und zwischendurch eine eigene Partei gründete, bliebe aber auch ohne Parteibuch Abgeordneter, und die Zahl der SPD-Politiker im 204-köpfigen Parlament würde auf 60 sinken.

Staatsrechtler monieren Verfall des Elternrechts

dpa, München

Die Kluft zwischen Verfassung und der alltäglichen Wirklichkeit von Ehe und Familie ist seit gestern Thema einer Tagung von Staatsrechtslehrern in München.

Die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer will prüfen, inwieweit der Grundgesetzartikel sechs: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung" eigentlich noch mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Das Grundgesetz gelte nun schon fast vier Jahrzehnte. Doch tauche die Frage auf, ob Verfassung und Verfassungsgericht gegen alle Realität auf dem Stand von 1949 beharren können, erläuterte der Vorsitzende der Vereinigung, Professor Hans F. Zacher.

So sei das Elternrecht im Zuge immer mehr scheiternder Ehen, neuer Formen der Partnerschaften oder außerehelicher Gemeinschaften mehr und mehr auf das Kindeswohl abgestellt worden. Was das Kindeswohl ausmache, bestimme jetzt die Allgemeinheit. Dadurch werde das Elternrecht ausgehöhlt, sagte Zacher und warnte vor zuviel Anpassung an gesellschaftliche Entwicklungen.

IG Druck verteidigt ‚Betriebsbesetzung'

Ferlemann als Vorsitzender bestätigt / An Rau wächst „Zweifel statt Zustimmung"

DW. Essen

Trotz der am Vortag geäußerten scharfen Kritik an der Gewerkschaftsführung bestätigten die Delegierten den Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Erwin Ferlemann, mit einem Ergebnis in seinem Amt, das mit 89,5 Prozent der Stimmen wesentlich besser ausfiel, als bei seiner ersten Wahl vor drei Jahren (77,7). Von den 258 gültigen Stimmen entfielen auf Ferlemann gestern 231. Mit Nein votierten 27 Delegierte, zehn Stimmen waren ungültig. Ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt wurden die beiden Stellvertreter, Detlef Hensche und Heinz Müller.

In seiner Rede auf dem 14. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Essen wies Ferlemann gestern den Vorwurf der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zurück, die IG Druck fordere mit der Ankündigung von Betriebsbesetzungen zum Rechtsbruch auf. Unter dem Beifall der Delegierten erklärte er, wenn die Aufforderung an die Beschäftigten, während einer Aussperrung im Betrieb zu bleiben und ihre Maschinen zu sichern, Rechtsbruch sein soll, dann bekenne er sich schuldig und werde weiter Rechtsbruch begehen. An die Adresse der Arbeitgeberverbände gerichtet, fügte er hinzu, Rechtsbruch sei für ihn vielmehr, wenn Arbeitnehmer „ausgesperrt und auf die Straße geworfen werden".

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hatte am Dienstag in Köln erklärt, Betriebsbesetzungen seien rechtswidrig und nach der Rechtsordnung der Bundesrepublik kein zulässiges Arbeitskampfmittel. Auch das Aussperrungsverbot in der hessischen Verfassung liefere der IG Druck keine Rechtfertigung dazu, erklärte der BDA unter Hinweis auf eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, in der das hessische Aussperrungsverbot für ungültig erklärt wurde. Dazu meinte Ferlemann, solche Entscheidungen seien Sache der Parlamente und nicht der Gerichte.

Ferlemanns Stellvertreter Hensche bestritt gestern morgen vor den Delegierten, daß es einen Streit der IG Druck und Papier mit der IG Metall in der Frage der flexiblen Arbeitszeiten gebe. Die Beschlüsse der IG Metall könne er persönlich in vollem Umfang unterschreiben. Die Ungereimtheiten kämen deshalb auf, weil die „aktuelle Beschlußlage" mit der „aktuellen Interviewlage" bei der IG Metall nicht übereinstimme.

Für seine Branche, die Druckindustrie, erklärte Hensche: „Wir werden noch einige Zeit mit Varianten der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung leben müssen." Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß das Ziel nach wie vor die fünftägige Produktionswoche Montag bis Freitag mit einer täglichen Arbeitszeit von sieben Stunden bleibe.

Neben der scharfen Rüge für die Gewerkschaftsspitze hatte es am Dienstag in Essen auch Kritik am Kanzlerkandidaten der SPD, Johannes Rau, gegeben. Der nordrhein-westfälische Landesbezirksvorsitzenden Franz Kersjes erklärte unter dem Beifall der Delegierten, bei den Arbeitnehmern wüchsen „Zweifel statt Zustimmung" an Rau. Auf die Äußerungen des Kanzlerkandidaten zum Verkauf der Neuen Heimat eingehend, er sei von deren Bossen „düpiert" worden, sagte Kersjes, in jüngster Zeit fühlten sich Gewerkschafter oft von Entscheidungen der SPD düpiert. Dazu gehörten das geplante Rundfunkgesetz der Regierung Rau in Nordrhein-Westfalen und die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen des stellvertretenden SPD-Chefs.

Nach dem Gipfel von Island: Beide Seiten zeigen starkes Interesse an der Fortsetzung des Dialogs

Moskau mußte seine Partner beruhigen

R. E. Bukarest

Mit einem Empfang bei Präsident Ceausescu ist gestern in der rumänischen Hauptstadt die unerwartet vorgeschobene Sitzung der Außenminister des Warschauer Paktes zu Ende gegangen. Ein Kommuniqué soll gleichzeitig in den Hauptstädten der sieben Warschauer-Pakt-Mitglieder herausgegeben werden. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse, der bereits am Dienstag eine Unterredung mit Ceausescu hatte, wird einen Tag länger in der rumänischen Hauptstadt bleiben, um einen offiziellen „Freundschaftsbesuch" auf Einladung seines neuen rumänischen Kollegen Ion Totu zu absolvieren.

Gorbatschow soll dem Vernehmen nach zu einer raschen Information der Verbündeten gedrängt haben, unter anderem, um die bereits weit verbreitete Atmosphäre der Enttäuschung unter Moskaus Verbündeten zu relativieren. In diesem Sinn hat die diplomatische Tätigkeit in Osteuropa nach Reykjavik fast dramatische Züge bekommen.

Osteuropäischen Quellen in Bukarest zufolge hat das Komitee der Außenminister die „Schuld an Reykjavik" massiv der „amerikanischen militärisch-industriellen Lobby" angelastet, gleichzeitig aber dem sowjetischen Außenminister empfohlen, was der sowjetische Regierungschef Ryschkow selbst gestern in Warschau erklärte: „Das Treffen von Reykjavik hat gezeigt, daß man weiter verhandeln soll: Man kann nicht aufhören, friedliche Lösungen zu suchen." Der Hauptinhalt des Treffens bestand praktisch in einem längeren Referat Schewardnadses, der seinen Kollegen über die Gespräche Gorbatschows mit Reagan berichtete.

Aus verschiedenen Gründen sollen nach Angaben westlicher Diplomaten die Warschauer-Pakt-Mitglieder an der Fortsetzung des Dialogs USA–UdSSR sich sehr interessiert gezeigt haben. Im Falle der CSSR und der „DDR" ist dieses Interesse besonders stark, da die „Antwort" auf die Nachrüstung sich in der Stationierung von Kurzraketen auf ihren Staatsgebieten konkretisiert hat. Ungarn erhofft sich von der Entspannung eine Fortführung des regen Westhandels. Und Polen fürchtet, daß sich ein gespanntes Ost-West-Verhältnis auf die inneren Verhältnisse auswirkt.

Gorbatschows vergebliche Jagd

Von W. HERTZ-EICHENRODE

In einem Interview mit „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" (Nr.9/86) hat der sowjetische Ministerpräsident Ryschkow ausführlich den Stand des Programms der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erneuerung dargelegt. Es ist aufschlußreich, diesen Text zur Beantwortung der Frage heranzuziehen, warum sich Gorbatschow in Reykjavik gegenüber Reagan so und nicht anders verhalten hat.

Ryschkow gibt Aufschluß über den analytischen Ansatz des Programms, das Gorbatschow eine „radikale Reform" nennt. Ausgangspunkt war demnach die Tatsache, daß in den siebziger Jahren das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums langsamer geworden sei, und damit der „Prozeß der sozialen Umgestaltungen". Die Ursache beschreibt der Ministerpräsident so: „Es wurde der Zeitpunkt übersehen, als sich die extensiven Faktoren der Volkswirtschaft praktisch erschöpft hatten und es darauf ankam, entschlossen die Intensivierung und die größtmögliche Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion anzustreben". Das schwere Versäumnis soll durch „Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung unseres Landes als strategischer Kurs" (Beschluß des XXVII. Parteitags Februar/März 1986) wettgemacht werden. Diesem Ziel dienen alle verkündeten Maßnahmen.

Das neue Programm ist eine Neuauflage von 1961

In der Rückschau stellt sich der Ablauf so dar: Das Programm Gorbatschows ist eine „Neufassung" des III. KPdSU-Programms von 1961, das in Chruschtschows revolutionärem Hirngespinst „die Partei verkündet feierlich: Die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben!" gipfelte. Die Sowjetmenschen sind vom Gulasch-Kommunismus als Vollendung des Marxismus/Leninismus so weit entfernt wie eh und je.

Das Kölner Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien kam in einer Analyse (Berner/Oldenburg/Timmermann) zu dem Schluß, Gorbatschows Entwurf bestehe weithin aus einer Überarbeitung des KPdSU-Programms von 1961, in einigen Punkten allerdings mit „Neuakzentuierungen", um von Chruschtschows peinlichem Hurra-Kommunismus wegzukommen. Die Notwendigkeit einer „radikalen Reform" war also schon zu Chruschtschows Zeiten erkannt.

Nach dem Sturz des Poltergeistes kam die Periode Breschnews. Sie brachte eine feudale Verbürokratisierung der Partei, des Staates und der Wirtschaft. Eine Zeitlang konnte die Wirtschaft aus den „extesiven Faktoren" des an Ressourcen reichen Landes leben. Doch die Zeit ist abgelaufen. Jetzt muß die Sowjetunion eine „Beschleunigung des Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung.... durch qualitative Wachstumsfaktoren" (Ryschkow) vorlegen. Das heißt: Sie muß den Sprung vom wirtschaftlichen Entwicklungsland zur modernen Industrienation schaffen.

Die Dramatik dieses Prozesses wird offensichtlich, wenn man das amerikanische SDI-Programm gegenüberstellt. Es ist ja nicht so, daß Reagan mit seiner SDI-Rede vom 23. März 1983 überhaupt erst den Befehl zum Aufbruch in eine neue Ära der Technologie geben mußte. Vielmehr hat sich die amerikanische Politik eines Aufbruchs bemächtigt, der im zivilen Bereich stürmisch im Gange war. Der Präsident nutzte ein bereits vorhandenes „intensives und effektives Wachstum im Bereich der Entwicklung ziviler Technologien" (Richard Perle, Pentagon) für seine politische Priorität, die Sicherheit Amerikas und seiner Verbündeten.

Dazu gibt es eine sowjetische Vorgeschichte. Schon 1962 begannen die Sowjets, bei Moskau ein Raketenabwehrsystem aufzubauen. Chruschtschow prahlte, die Sowjetunion sei in der Lage, „eine Fliege im Weltraum zu treffen". Allerdings scheint es nicht gelungen zu sein, das technologische Neuland ebenso erfolgreich zu beackern wie die zivilen Forscher in den USA zu einer Zeit, da Washington sich mit militärischen Projekten äußerst zurückhielt.

Mit Bremsmanövern sucht Moskau Zeit zu gewinnen

Nunmehr sucht Gorbatschow den Anschluß an die Industrienationen, indem er den „wissenschaftlich-technologischen Fortschritt" auf den Schwerpunkt Maschinenbau konzentriert, derweil die amerikanische Wirtschaft in der Sensor-Technologie, in der Computer-Technologie, der Telekommunikations-Technologie, der Antriebstechnologie vorwärts eilt.

Das ist die Lage zwischen den beiden Weltmächten. In Reykjavik hat Gorbatschow von Reagan verlangt, er müsse das SDI-Projekt fallenlassen. Selbst wenn der Präsident dies um der begrenzten Abrüstung willen täte, er könnte nur das militärische Programm stoppen, nicht den Fortschritt der zivilen Forschung, Technologie und Wirtschaft. Gorbatschow weiß das. Dennoch ließ er die Gipfelrunde straucheln, weil er einen Zeitgewinn erzwingen will. Er will das Entwicklungstempo in Amerika bremsen, um ein wenig mehr Zeit für die Aufholjagd der sowjetischen Wirtschaft herauszuholen.

Dabei ist das Resultat aller seiner Bemühungen vorherzusehen. Sagen wir es mit den Worten von Boris Meissner, eines exzellenten Kenners der sowjetischen Verhältnisse: „Insgesamt können sie (Gorbatschows begrenzte Reformmaßnahmen) nur zu einer gewissen Verbesserung des bestehenden Systems der zentralen Planwirtschaft, an dem ausdrücklich festgehalten werden soll, beitragen, nicht aber zu einer wesentlichen Verstärkung seiner Effektivität".

Peking ist vom Ergebnis nicht überrascht

JOCHEN HEHN, Peking

Die Volksrepublik China hofft, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ihren Dialog über die Abrüstungsfragen fortsetzen. „Dialog ist besser als Konfrontation", erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums gestern in Peking zum Ausgang des Gipfels von Reykjavik.

Ein Sprecher der US-Botschaft teilte mit, daßheute der Abrüstungsexperte Edward Rowny in Peking eintreffen werde, um eine Darstellung der Gespräche von Reykjavik aus amerikanischer Sicht zu geben.

Die Volkszeitung („Renmin Ribao"), das einflußreichste Organ der KP Chinas, kommentierte den Ausgang des Gipfels damit, daß die friedliebenden Völker der Welt weniger Vertrauen in die beiden Supermächte setzen, sondern sich eher auf ihre eigene Stärke verlassen sollten.

Das Scheitern der Gespräche zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow sei angesichts der scharf voneinander abweichenden Auffassungen beider Seiten nicht verwunderlich. Eine Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Washington und Moskau erwartet der Kommentator nicht. Beide Seiten seien über kurz oder lang auf Entspannung angewiesen.

Auf sowjetischer Seite hat der stellvertretende Außenminister Igor Rogatschow seinen chinesischen Amtskollegen Quian Quichen über Reykjavik informiert. Beide Politiker hatten vor wenigen Tagen die neunte Runde der Normalisierungsgespräche zwischen ihren Ländern beendet.

Die Volksrepublik China hat den Reykjavik-Gipfel vor allem deswegen aufmerksam verfolgt, weil ein Abkommen über die in Asien stationierten sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen direkt ihre Sicherheitsinteressen betreffen. Nach Angaben Pekings sind 171 Raketen dieses Typs vor allem auf Ziele in China, Japan und im westlichen Pazifik gerichtet.

Für Washington war das Treffen jetzt ein großer Erfolg

FRITZ WIRTH, Washington

In der bisher größten Informations-Kampagne ihrer Amtszeit hat die Reagan-Administration begonnen, sämtliche Details des elfeinhalbstündigen Gipfels von Reykjavik offenzulegen. Der Plan dazu entstand unmittelbar nach dem Abbruch der Verhandlungen im Auto des Präsidenten auf der Rückfahrt vom Hoefdi-Haus, als Reagan Anweisung gab, alle Fakten dieses Gipfels bekanntzumachen, so daß sich die Öffentlichkeit selbst ein Urteil bilden könne.

Wenige Minuten vorher hatte sich beim Abschied vor dem Hoefdi-Haus nach Auskunft des amerikanischen Sprechers Larry Speakes folgender Schlußdialog zwischen Reagan und Gorbatschow entwickelt. Gorbatschow: „Ich glaube, wir können immer noch handeln. Es ist noch Zeit dazu." Reagan: „Ich glaube nicht, daß Sie wirklich ein Abkommen wollen. Ich weiß nicht, wann wir uns wiedersehen werden." Gorbatschow: „Ich weiß nicht, was ich sonst noch hätte tun können." Reagan: „Sie hätten ‚Ja' sagen können."

Die gleiche Botschaft

Die amerikanischen Teilnehmer der Gipfelkonferenz von Reagan bis Staatssekretär Perle, der bisher einem Abrüstungs-Abkommen mit den Sowjets eher skeptisch gegenüberstand, haben gestern in einer bemerkenswerten Serie von öffentlichen Auftritten einheitlich die gleiche Botschaft verbreitet: Der Gipfel von Reykjavik war ein außerordentlicher Erfolg. Die Tür zu einer Einigung ist nach wie vor offen.

Ronald Reagan erklärte: „In der letzten Woche nannte ich Island das Basislager auf dem Weg zum Gipfel. In dieser Woche möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich glaube, daß die Möglichkeit besteht, eine dauerhafte Flagge des Friedens auf diesem Gipfel zu errichten."

Zugleich jedoch verteidigte Reagan mit Nachdruck sein SDI-Programm, gegen das die Sowjets in Reykjavik so unüberwindliche Hürden aufrichteten: „Amerika kann sich nicht das Risiko leisten, in zehn Jahren aufzuwachen und festzustellen, daß die Sowjets ein fortgeschrittenes Verteidigungssystem haben und bereit sind, noch mehr moderne Raketen zu installieren, und wir keine eigene Verteidigung besitzen."

Außenminister Shultz wies in der „Washington Post" darauf hin, daß der Vorschlag zum Abbau der ballistischen Raketen nicht unverzüglich wirksam geworden wäre, selbst wenn die Sowjets ihm zugestimmt hätten. Es sei vielmehr erst nötig gewesen, die Briten, Franzosen und Chinesen dazu zu bringen, auch ihre eigenen ballistischen Raketen zu verschrotten. Shultz erklärte jedoch, daß er von höchster chinesischer Stelle die Versicherung habe, daß sich die Chinesen einem derartigen Abkommen anschließen würden.

Vergeltung angekündigt

Inzwischen dauert die Kontroverse über die amerikanische Ausweisung von 25 sowjetischen US-Diplomaten an, die angeblich als Spione in New York arbeiten. Die letzten fünf dieser Beamten müssen bis zum 19. Oktober die USA verlassen haben. Die Sowjets haben für diese amerikanischen Aktionen „Vergeltungsmaßnahmen" angekündigt.

Weltkirchenrat fördert vor allem die SWAPO

idea, Genf

Untergrundorganisationen im südlichen Afrika, die marxistisch orientiert sind und ihre Ziele durch Gewalt erreichen wollen, sind nach wie vor die Hauptempfänger von Zuwendungen aus dem Sonderfonds des ökumenischen Anti-Rassismusprogramms. Wie die Zentrale des Weltkirchenrats in Genf bekanntgab, fließen fast 60 Prozent der Gesamtsumme von knapp 396 000 US-Dollar (rund 800 000 Mark) an Organisationen im südlichen Afrika.

Den größten Einzelbetrag erhält die von Angola aus in Namibia operierende Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) mit 218 000 Mark. Die Summe ist, wie es hieß, unter anderem für Informationsarbeit bestimmt, um „die unterdrückten Massen des namibischen Volkes zu mobilisieren". Der Zuschuß an den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) wurde auf 159 000 Mark erhöht. 52 000 Mark erhielt der Panafrikanische Kongreß von Anziania (PAC), 19 900 Mark der Südafrikanische Gewerkschaftsverband SACTU.

In der Bundesrepublik Deutschland werden vier Gruppen unterstützt, darunter der Zentralrat der Sinti und Roma.

Die Einnahmen des Fonds kommen, so die Genfer Zentrale, von Kirchen, örtlichen Gemeinden, Anti-Rassismusgruppen und Regierungen. Die Gelder sind für humanitäre Aufgaben und Bildungsarbeit bestimmt. Ihre Verwendung wird jedoch nicht überprüft.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Weniger Angst vor „Reagan-Magic"

Nach Reykjavik gehen die Demokraten beruhigter in die Kongreßwahl / Kritik Nunns

FRITZ WIRTH, Washington

Drei Wochen vor den Kongreßwahlen gab es einen politischen Alptraum für die amerikanischen Demokraten: Ronald Reagan könnte, so wie einst von Genf, in Siegerpose vom Gipfel in Reykjavik zurückkehren und eine neue Welle des Patriotismus schüren, die den Republikanern am 4. November massive Stimmengewinne in die Scheuern treiben würden. Es war mehr als ein Alptraum, es war eine sehr reale Möglichkeit.

Die Demokraten schlafen seit Sonntag abend etwas ruhiger. Die „Reagan-Magic", so glauben sie, wird bei dieser Wahl nicht so voll zur Wirkung kommen, wie sie befürchtet haben. Sie können – wahlstrategisch gesehen – mit dem Ausgang des Gipfels leben, denn sie befinden sich in der Rüstungskontrolldebatte nicht mehr so in der Defensive, wie es nach einem Gipfel mit greifbaren Ergebnissen der Fall gewesen wäre.

Es gibt keinen Zweifel, daß das Treffen von Reykjavik zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die Amerikaner bedeutende innenpolitische Dimensionen hatte. Um so bemerkenswerter ist es, daß Reagan sich über alle Wahlkalkulationen hinweg einem verführerischen Kompromiß mit Gorbatschow widersetzte. Er hätte sich, richtig verpackt, in erhebliche Stimmengewinne für die Republikaner am 4. November umwandeln lassen.

Angesichts mangelnder greifbarer Ergebnisse in Reykjavik sieht sich Reagan nunmehr gezwungen, mit rhetorischen Mitteln den Gipfel von Reykjavik wahlkampfgerecht zu vermarkten. Das war einer der Gründe für seine Fernsehrede an die Nation und für die intensiven Gespräche, die er und Außenminister Shultz in den letzten Tagen mit Mitgliedern des Kongresses führten. Haupttenor dieser Kampagne: Dies war kein gescheiterter Gipfel. „Die Abwesenheit von Ergebnissen bedeutet noch lange nicht die Abwesenheit von Fortschritten", erklärte Ronald Reagan.

In Washington nimmt man an, daß die Sowjets bis zu den Wahlen am 4. November nicht viel tun werden, was den Republikanern Wahlhilfe geben könnte. Das heißt: Es sind von ihnen in den nächsten drei Wochen in Genf keine signifikanten Initiativen zu erwarten, die die festgefahrenen Fronten von Reykjavik in Bewegung bringen könnten. Statt dessen rechnet man damit, daß die Sowjets zunächst ihre Propaganda-Kampagne gegen Reagan verschärfen werden, bevor sie wieder zur Sache kommen.

Dennoch bleibt der Gipfel von Reykjavik besonders für die Demokraten eine problematische und zweischneidige Sache. Eine zu scharfe Kritik an Reagan kann sie dem Verdacht ausliefern, zu nachgiebig und konziliant gegenüber den Sowjets zu sein. Die Position der Stärke und der Härte, die Reagan in den ersten Jahren seiner Amtszeit gegenüber dem Kreml zeigte, wurde von der Mehrheit der Amerikaner gutgeheißen. Der alte Vorwurf gegen die Demokraten, die Sicherheitsinteressen der Nation zu vernachlässigen, könnte bei zu scharfer Kritik Reagans wieder eine Rolle spielen.

Die ● ANALYSE

Deshalb ist die Reaktion der Demokraten auf den Gipfel höchst unterschiedlich. Sie ist polemisch scharf bei jenen, die keine direkte Rolle bei dieser Wahl spielen wie etwa den Senatoren Kennedy und Hart, die Reagan vorwerfen, eine historische Chance für seinen angeblichen SDI-Traum verschenkt zu haben. Sie ist dagegen betont zurückhaltend bei jenen, die in dieser Wahl ihre Sitze verteidigen müssen. Sie sind schon damit zufrieden, wenn es ihnen gelingt, das Thema der nuklearen Abrüstung aus dem Wahlkampf herauszuhalten und die Wahldiskussion auf jene Bereiche zu beschränken, in denen sie sich stark fühlen, auf innen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fragen.

Dagegen sind alle Demokraten höchst erleichtert darüber, daß sie Reagan unmittelbar vor dem Gipfel Konzessionen machten und in einer Reihe von abrüstungspolitischen Fragen ihre ursprünglich im Kongreß beschlossenen Forderungen nach einem nuklearen Test-Moratorium und dem Produktionsverbot von chemischen Waffen gelockert haben. Sie hätten sonst leicht in der Rolle der Sündenböcke von Reykjavik dastehen können mit dem Vorwurf, dem Präsidenten die Hände gebunden zu haben.

Im übrigen verdient unter den Demokraten die Reaktion des Senators Sam Nunn Beachtung, der in seiner Partei als der kenntnisreichste Abrüstungsexperte gilt. Anders als die meisten seiner Parteifreunde kritisierte Nunn Reagan nicht, weil er die historische Chance zunichte gemacht habe, bis 1996 alle ballistischen nuklearen Raketen der beiden Großmächte abzuschaffen, sondern dafür, daß er dies überhaupt vorgeschlagen hat.

„Wenn die Sowjets diesen Vorschlag nicht durch ihre SDI-Forderungen abgeblockt, sondern ihn akzeptiert hätten, wäre ich in der Tat besorgt gewesen", erklärte Nunn, der die Idee Reagans „schlecht durchdacht" nannte. „Wir und unsere Alliierten haben uns bisher auf die nukleare Abschreckung verlassen, um damit unseren Rückstand im konventionellen Bereich wettzumachen. Eine Abschaffung ballistischer Raketen ergäbe deshalb ein ernstes Ungleichgewicht zugunsten der Sowjets", sagte Nunn. Für ihn sei die Überlegenheit der Sowjets in konventionellen Waffen besorgniserregender als die Gefahr durch nukleare Raketen.

Stercken: IPU als internationalen Seismograph nutzen

E.N. Bonn

In der „Interparlamentarischen Union" (IPU), der 107 Parlamente der Erde angehören, würden so viele politische Entscheidungen „vorgedacht", daß diesem internationalen „Seismographen" mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müßte.

Mit dieser Beurteilung ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages Hans Stercken (CDU) von der Interparlamentarischen Konferenz, die vom 6. bis 11. Oktober in Buenos Aires stattfand, nach Bonn zurückgekehrt. Stercken ist Präsident des Interparlamentarischen Rates dieser Organisation und gleichzeitig Vorsitzender des Exvekutiv-Komitees, dem neben den USA und der UdSSR die Länder Korea (Süd), Zypern, Algerien, Indien, Zimbabwe, Dänemark, Kanada und Venezuela angehören.

Vor der Presse machte Stercken in Bonn deutlich, daß IPU-Resolutionen jüngster Konferenzen, darunter vor allem der vom 26. bis 31. Mai in Bonn zum KSZE-Komplex, deutlich die Abrüstungskonferenzen von Genf und Stockholm beeinflußt hätten. Mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die eine Anwendung der in Bonn gefaßten Beschlüsse bedeute, habe die IPU sich in Buenos Aires hinter diese Konferenz gestellt, in der die USA, Kanada und die europäischen Staaten sich mit den Bestimmungen der KSZE-Schlußakte von Helsinki befaßten.

Die IPU, die 1894 mit der Idee der friedlichen Schlichtung von Streitfällen auf Initiative britischer und französischer Politiker gegründet wurde, kehrt nach Ansicht Sterckens mehr und mehr zu ihrer ursprünglichen Aufgabe zurück. Wer diese „parlamentarische Wildbahn" beobachte, könne schneller die Entwicklung neuer politischer Konstellationen erkennen. Der IPU gehören acht deutsche Parlamentarier an.

Interview mit Franz Steinkühler, dem zweiten Vorsitzenden der Gewerkschaft IG Metall

Neue Techniken bieten auch Chancen gegen Entmündigung der Arbeitnehmer

Die Beschreibung der gegenwärtigen Situation der Arbeiterbewegung ist widersprüchlich wie selten zuvor. Da heißt es auf der einen Seite, die Gewerkschaften seien in der Krise, und auf der anderen, sie stünden vor großen Aufgaben ...

Steinkühler: Beides ist sicherlich richtig ...

Befinden Sie sich in einer Krise? Etwa durch die veränderte Mitgliederstruktur, die nicht mehr der Beschäftigtenstruktur entspricht? Oder liegt es an der technischen Herausforderung, die die Industriegewerkschaften alter Art wohl eines Tages an einen Punkt radikalen Umdenkens bringen wird?

Steinkühler: Ich sehe überhaupt keinen Grund, von einer Krise in der Struktur der Mitgliedschaft zu sprechen. Bei den Frauen nehmen wir überproportional zu. Bei den technischen Angestellten nehmen wir proportional zu. Nach wie vor haben wir allerdings bei den Neuaufnahmen noch kein ausgewogenes, der Beschäftigtenstruktur entsprechendes Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten erreicht. Aber da bin ich durchaus guten Mutes. Ich glaube, das ist zu schaffen. Und dafür gibt es viele gute Gründe.

Welche?

Steinkühler: Einer der Gründe dafür ist, daß die Gewerkschaften sich im Laufe ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte mehrmals gehäutet haben – was ihre Programmatik, ihre Ausdrucksweise, auch was ihre Ziele betrifft. Gewerkschaften sind ja eine sehr dynamische, eine sehr lebendige Organisation, und ich denke, diese IG Metall und auch der ganze DGB befinden sich in einer Umbruchsituation. Das hat nichts mit einer Kehrtwendung zu tun. Es hat damit zu tun, daß der Strukturwandel in der Gesellschaft sich auch in der Struktur der Organisation widerspiegelt, manchmal auch schmerzhaft, wie manche Diskussionen zeigen. Und deshalb denke ich, daß wir gute Chancen haben, in einiger Zeit in unserer Mitgliederstruktur auch die heute vorhandene Struktur der Beschäftigten widerzuspiegeln – und trotzdem schon wieder hintendran zu sein. Dies möchte ich als natürlichen Prozeß, durchaus nicht als eine krisenhafte Entwicklung darstellen.

Sie sprechen von Häutungen ...?

Steinkühler: Ein Beispiel für diesen Häutungsprozeß, diesen Wandel in Einstellungen ist die Frage der Tech-



In der Kartei der IG Metall steht Franz Steinkühler noch immer mit der alten Berufsbezeichnung „Werkzeugmacher". Das war er bei seinem Eintritt in die Gewerkschaft vor mehr als drei Jahrzehnten. Seither hat er eine steile Karriere innerhalb seiner Organisation hinter sich. 1972 wurde er Bezirksleiter der IG Metall in Stuttgart. Dort machte er sich in den beiden baden-württembergischen Tarifgebieten einen Namen als harter – aber fairer – Unterhändler um Lohn und um Arbeitsbedingungen. Außerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist Steinkühler vor allem durch seine oft radikale Rhetorik bekanntgeworden. Im Interview mit der WELT nimmt der Kandidat für den Gewerkschaftsvorsitz auf dem IG-Metall-Kongreß in der kommenden Woche zu Fragen nach der Arbeitswelt der Zukunft Stellung. Die Fragen an Steinkühler stellte Günther Bading.

> ***„Wir können heute feststellen, daß neue Techniken die Chance bieten, diese arbeitsteilige Fertigungsweise und die damit tatsächlich einhergegangene Entmündigung von Arbeitnehmern aufzuheben."***

nik. Während Technik früher oftmals nur mit Rationalisierungen in Zusammenhang gebracht worden ist und überwiegend negativ gesehen wurde, kann man heute in der IG Metall und auch in anderen Gewerkschaften feststellen, daß Probleme der technischen Veränderungen – ich rede nicht vom technischen Fortschritt – anders gesehen werden. Daß viel stärker als früher der Gestaltungsansatz betont wird, daß hervorgehoben wird, wie Technik auch eine Chance bietet, einen Teil unserer gewerkschaftlichen Ziele zu verwirklichen. Ich habe gerade vor wenigen Tagen noch einmal den alten Adam Smith gelesen, der vor 200 Jahren zu denselben Themen schon Forderungen aufgestellt hat, die heute noch aktuell sind. Nämlich, daß arbeitsteilige Fertigungsweise im Grunde zur Entmündigung der Menschen führt.

Und das ist heute anders?

Steinkühler: Wir können heute feststellen, daß neue Techniken die Chance bieten, diese arbeitsteilige Fertigungsweise und die damit tatsächlich einhergegangene Entmündigung von Arbeitnehmern aufzuheben. Diese Chance sollten Gewerkschaften aktiv nutzen. Das hat auch politischen Charakter. Es ist nicht nur tarifpolitischer Natur. Wenn Menschen durch Arbeitsorganisation gezwungen werden, jeden Tag nur einen Teil ihrer Fähigkeiten in Anspruch nehmen zu können, also ihr ganzes Arbeitsleben lang nur in kleinen Teilen zu denken, – wie sollen diese Menschen dann in der Gesellschaft in großen Zusammenhängen denken können? Ich denke, daß es auch etwas mit dem Fundament eines demokratischen Staates, einem demokratischen Selbstbewußtsein, zu tun hat, ob man Menschen in ihrer Arbeit Selbstbewußtsein gestattet. Selbstbewußtsein in der Arbeit kann man nicht entwickeln, wenn man im 1,5-Sekunden-Takt den ganzen Tag dieselben Handgriffe verrichten muß. Selbstbewußtsein kann man entwikkeln, wenn man in großen Arbeitszusammenhängen Selbstverantwortung und Kreativität einbringen kann. Ich muß sagen, diese neue Techniken bieten die Chance, genau solche Arbeitsformen durchzusetzen. Und ich kann nur sagen, diese Chancen wollen wir in Anspruch nehmen.

Damit ändert sich allerdings auch Ihre Mitgliedschaft.

Steinkühler: Es ist eine Veränderung. Und da sind auch unsere Chancen im Verhältnis zu den Angestellten. Es ist früher sicherlich ein schwieriges Spannungsverhältnis gewesen – auf der einen Seite standen die Gewerkschaften gegen die Technik. Auf der anderen Seite sollten jene organisiert werden, die auf dem Reißbrett genau das gestaltet haben, was abgelehnt wurde. Heute brauchen wir die Leute am Reißbrett, in den Konstruktionsbüros, damit sie uns helfen, genau diese beschriebenen Chancen der neuen Technik für eine humanere Arbeit zu nutzen. Deshalb bin ich eigentlich sehr optimistisch.

Sie sprachen bisher vom Produktionsablauf. Allerdings sind wir auf dem Wege in eine Dienstleistungsgesellschaft, in eine Kommunikationswirtschaft. Da wird zwar auch noch produziert, aber die Hauptlast wird mehr und mehr den Maschinen übertragen werden. Kann dann eine Industriegewerkschaft wie die Ihre dann noch überleben, oder wird sie irgendwann zum Dinosaurier?

Steinkühler: Diese Frage habe ich mir auch schon gestellt. Richtig ist, daß – in längeren Zeitabläufen – sich die Industrieschwerpunkte verschieben, daß der tertiäre Sektor größer und der primäre Sektor kleiner wird. Dies aber gibt noch keinen Anlaß zur Befürchtung, daß damit Industriegewerkschaften, typische Industriegewerkschaften wie die IG Metall, überholt würden. Vielleicht ist der Kulminationspunkt der organisierbaren Arbeitnehmer, Arbeiter und Angestellte, überschritten, daß also die Zahl der Beschäftigten in der Metallindustrie nicht mehr zunimmt oder vielleicht sogar zurückgeht. Genauso wie die Landwirtschaft auch stark geschrumpft ist. Dies heißt aber noch lange nicht, daß die IG Metall kleiner werden muß. Wir haben einen Organisationsgrad, der jetzt knapp über 50 Prozent liegt. Ich gehe davon aus, daß die Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmer in der Metallindustrie wesentlich höher sein könnte, so wie bei Beamtengewerkschaften, und daß wir deshalb trotz zurückgehender Beschäftigung in der Metallindustrie an Mitgliedern noch kräftig wachsen können. Also auch da habe ich keine Sorge.

Und ein anderer Punkt. Diese Frage habe Sie nicht direkt angesprochen, aber die wird auch manchmal mit Häme, manchmal sorgenvoll gestellt: Ob wir uns mit weiterer Arbeitszeitverkürzung denn nicht den eigenen Ast absägen, auf dem wir sitzen. Auch das sehe ich nicht so. Sehen Sie, als wir früher 60 Stunden gearbeitet haben in der Industrie, waren wir sicherlich nicht einflußreicher und stärker als mit 48 und dann mit 40 Wochenstunden. Der Grad der Organisierbarkeit, nämlich der Grad der Identifikation eines Arbeitnehmers mit den Zielen seiner Gewerkschaft, hängt nicht von der Quantität der Arbeitszeit ab, der hängt sehr viel mehr von der Qualität der Arbeitsinhalte ab. Deshalb meine ich: Alles spricht dafür, daß die IG Metall noch anziehender werden kann, als sie es heute schon ist.

Sie setzen, Herr Steinkühler, stark auf flexible Gestaltung von Arbeitszeit, von Arbeitsverhältnissen, auf die von der Erfassung des gesamten Arbeitssystems durch den einzelnen. Das sind völlig neue Arbeitsinhalte. Ist dies alles in den kollektiven Tarifverträgen herkömmlicher Art noch zu regeln, oder muß man zu mehr Einzelverträgen übergehen?

Steinkühler: Wir haben 1973 in Baden-Württemberg einen Streik geführt um bessere Arbeitsbedingungen, den sogenannten Lohnrahmen zwei. Da waren ein paar Forderungen – job enrichment und job enlargement, wie das heute heißt, also Arbeitsanreicherung. Wir haben das teilweise auch durchgesetzt, aber nicht über dieses Tarifgebiet hinaus. Der Stand der Technik hat es damals nicht im gewünschten Umfange ermöglicht, Arbeit vom Menschen zu entkoppeln, wie es heute möglich ist. Wir haben damals Gruppenarbeit gefordert, und zwar nicht, weil Einzelarbeit so langweilig sein könnte, sondern weil wir meinten, daß auch bei der Arbeit soziale Kommunikation möglich sein muß. Ja, daß der Mensch ein auf soziale Kommunikation angelegtes Wesen ist und seine Kreativität überhaupt nur entfalten kann im Kontakt – möglicherweise auch im Widerspruch – zu den anderen, daß davon auch Arbeit profitieren kann. Wir haben dazu Untersuchungen in Baden-Württemberg laufen lassen, die all unsere Wünsche und Forderungen im Grunde bestätigt und eigentlich gezeigt haben, daß auch die Arbeitgeber Interesse an solchen Arbeitsformen haben mußten. Heute, mit diesen modernen Techniken, ist es möglich, taktgebundene

> ***„Der Grad der Organisierbarkeit, nämlich der Grad der Identifikation eines Arbeitnehmers mit den Zielen seiner Gewerkschaft, hängt nicht von der Quantität der Arbeitszeit ab, der hängt sehr viel mehr von der Qualität der Arbeitsinhalte ab."***

Fließbandarbeit in Einzelfertigung aufzulösen, mit variablen flexiblen Fertigungen in derselben Produktionsstruktur. Und wenn das heute technisch möglich ist, dann muß es ja auch möglich sein, den Wünschen jedes einzelnen Menschen, auch jedes einzelnen Arbeitnehmers, nach mehr Selbstbestimmung in der Arbeit, nach mehr Autonomie im Arbeitsprozeß Rechnung zu tragen. Das ermöglicht Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Da muß man nicht mehr morgens um halb sechs anfangen und um halb fünf aufhören, da kann man auch um halb acht kommen und die Arbeit erledigen. All das ist heute möglich. Und deswegen denke ich, wir werden in dieser Sache in Zukunft besser vorankommen als in der Vergangenheit.

... noch einmal nachgehakt. Und dieses ist alles regelbar in kollektiven Arbeitsverträgen?

Steinkühler: Dies ist regelbar, und zwar allein in kollektiven Arbeitsverträgen. Denn der einzelne kann seine individuellen Wünsche, seine individuellen Ansprüche überhaupt nur durchsetzen auf der Basis eines kollektiv geregelten Vertrages. Kündigungsschutz, um ein einfaches Beispiel zu nennen, kann ein Arbeitnehmer nicht individuell einklagen, wenn er ihn nicht auf der Basis eines kollektiven Vertrages wirklich durchfechten und durchsetzen kann. Und ein Arbeitnehmer ist auch nicht in der Lage, seine Ansprüche bei Gruppenarbeit durchzusetzen, wenn sie nicht kollektiv geregelt sind. Gruppenarbeit kann ja auch eine große Belastung sein. Gruppenarbeit ist keine Neuerfindung. Aber früher wurden die ganzen Schwierigkeiten

> ***„Die Betriebsparteien werden mehr aushandeln müssen als in der Vergangenheit. Tarifverträge werden nicht aussehen können wie ein Kursbuch bei der Bundesbahn, wo jeder, der lesen kann, feststellt, wann um wieviel Uhr auf welchem Bahnsteig in welcher Richtung der Zug abfährt."***

der Arbeitsorganisation, denen das Unternehmen ausweichen wollte, auf die Gruppe delegiert. Die sollte damit fertig werden, ohne es bezahlt zu bekommen. Das alles ist heute regelbar durch kollektive Tarifverträge.

Bleibt denn da nicht ein Rest, der einfach in den Betrieben ausgestaltet werden muß?

Steinkühler: Die Betriebsparteien werden dann natürlich mehr aushandeln müssen als in der Vergangenheit. Tarifverträge werden nicht aussehen können wie ein Kursbuch bei der Bundesbahn, wo jeder, der lesen kann, feststellt, wann um wieviel Uhr auf welchem Bahnsteig in welcher Richtung der Zug abfährt. Das funktioniert nicht mehr. Die Tarifvertragsparteien werden Rahmenbedingungen setzen, kollektive Ansprüche, auf deren Basis dann der Betriebsrat zusammen mit dem Unternehmer durch Betriebsvereinbarung die individuellen Möglichkeiten auswählen kann. Dies wird der Tarifvertrag der Zukunft sein. Dafür gibt es bereits Ansätze, Beispiele. Nochmals – denken Sie an den Lohnrahmen zwei von 1973. Da waren über 20 Betriebsvereinbarungen notwendig, um ihn im Betrieb umsetzen zu können. Allein die Lage der Erholungszeit, die Zahl der Springer am Fließband, alles dies kann durch kollektiven Vertrag – wenn auch nicht im Detail, insoweit gebe ich Ihnen Recht – geregelt werden. Da kann nur vereinbart werden, daß Details im Betrieb geregelt werden müssen. Und es können die Mindestnormen gesetzt werden.

Sie haben einmal abgelehnt, das Wort von der Sozialpartnerschaft für das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern zu benutzen. Warum eigentlich?

Steinkühler: Ich habe damit deutlich machen wollen, daß der Begriff Sozialpartnerschaft in der täglichen Praxis ständig widerlegt wird, daß er eine Fälschung ist. Daß zur Partnerschaft eine wichtige Voraussetzung, nämlich die Gleichheit der Chancen, fehlt. Ohne Gleichheit der Chancen kann ich mir weder Sozialpartnerschaft noch eine sonstige Partnerschaft vorstellen.

HBV erwartet Konsequenzen für Teilzeitkräfte

dpa, Düsseldorf

Weitreichende Konsequenzen für die Arbeitsbedingungen aller Teilzeitbeschäftigten erwartet die DGB-Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zur betrieblichen Altersversorgung. Sie sieht darin ein Urteil von „grundsätzlicher Bedeutung" über den Bereich der betrieblichen Altersversorgung und des Einzelhandels hinaus, auch wenn Arbeitnehmerinnen aus dem Einzelhandel geklagt hatten.

In erster Linie würden allerdings wohl die Beschäftigten des Handels von dem Urteil profitieren, weil es dort gängige Praxis sei, was das BAG für unzulässig erklärt habe, meinte HBV-Sprecher Claus Eilrich gestern in Düsseldorf weiter.

Das Bundesarbeitsgericht hatte am Dienstag entschieden, daß Teilzeitbeschäftigte bei der betrieblichen Altersversorgung im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten nicht benachteiligt werden dürfen (Az.: 3 azr 66/83 u. a.). Dem lag eine Klage von drei Verkäuferinnen des Warenhauskonzerns Hertie zugrunde. Sie hatten sich dagegen gewehrt, daß die Versorgungsregelung des Unternehmens den Anspruch auf eine Betriebsrente von einer mindestens 20jährigen Betriebszugehörigkeit, davon mindestens 15 Jahre Vollzeitarbeit, abhängig machte. Nach HBV-Angaben sind ähnliche Klagen in erheblichem Umfang vor mehreren Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten anhängig. Sie seien bisher mit Rücksicht auf das BAG-Musterverfahren noch nicht entschieden worden.

Union berät über Wahlplattform

DW. Bonn

Helmut Kohl und Franz Josef Strauß wollen am 31. Oktober entscheiden, ob ihre Parteien mit einem gemeinsamen Programm in die Bundestagswahl 1987 gehen. Das Treffen der beiden Parteivorsitzenden schließt sich unmittelbar an die diesjährige Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth an.

Strauß hatte vor der Bayernwahl einen bereits von der CDU gebilligten Entwurf eines Wahlprogramms in Frage gestellt. Die CSU fordert inzwischen deutlichere Formulierungen zur Rolle der Bundesländer in der EG sowie zu Fragen der Innen-, Rechts- und Mittelstandspolitik.

Sollte es bei dem Treffen zwischen Strauß und Kohl zu keiner gemeinsamen Wahlplattform kommen, will die CDU dennoch an dem Entwurf festhalten.

Bonn unterstützt Selbsthilfegruppen

AP, Bonn

Die Bundesregierung hat eine Jugendpolitik mit dem Ziel angekündigt, die Mitwirkung und Mitverantwortung der Jugend in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth erklärte zum Beschluß des Kabinetts, die Regierung wolle Jugendinitiativen und Selbsthilfegruppen verstärkt fördern, soweit dies nach ihrer begrenzten Zuständigkeit für diese Aufgaben möglich sei. Dazu gehörten Maßnahmen zur Sicherung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Die sozialpädagogischen Modellprojekte mit arbeitslosen Jugendlichen sollen ausgebaut werden.

Auch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sollen in der Jugendarbeit besser genutzt werden. Eine Förderung sicherte die Ministerin auch für den innerdeutschen Jugendaustausch, den Jugendaustausch in Europa und den Einsatz Jugendlicher für Menschen in der Dritten Welt zu. Schließlich spricht sich die Bundesregierung dafür aus, im Jugendstrafvollzug noch mehr als bisher dem Grundsatz „Erziehung statt Strafe" zu folgen.

Die Jugendpolitik der von Bundeskanzler Helmut Kohl geführten Bundesregierung „will jungen Menschen helfen, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen". Ferner wolle sie die Familien und Erziehungsberechtigten in ihren Sorgepflichten und in ihren Erziehungsaufgaben unterstützen.

Aktuelle Stunden zu Gipfel und Brokdorf

dpa, Bonn

Der Bundestag wird an seinen beiden Sitzungstagen Donnerstag und Freitag jeweils zu Beginn um 8.00 Uhr morgens in Aktuellen Stunden über das Gipfeltreffen der beiden Supermächte in Reykjavik und die Atomenergie diskutieren. Zu dem ergebnislos gebliebenen Gespräch in Reykjavik hatten sowohl die Regierungsparteien als auch die SPD Aussprachen beantragt. Während die CDU/CSU und die FDP generell über das Treffen diskutieren wollen, hat die SPD die heutige Aktuelle Stunde ausdrücklich zum „Ergebnis" des Gipfels beantragt.

„Aufgalopp für die Wahl zum Bundestag"

Waigel: Union muß die Grundsatzposition betonen

DW. Bonn

Als Trendwende sieht der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Theo Waigel, den Ausgang der Landtagswahl in Bayern. Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn gab er folgende, von der WELT in Auszügen dokumentierte, Einschätzung:

„... ich bedanke mich für die Glückwünsche. Es ist in der Tat so, daß mit 55,8 Prozent erstens ein hervorragendes Ergebnis in Bayern erzielt worden ist und zum zweiten damit ein ausgezeichneter Aufgalopp für die Bundestagswahl stattgefunden hat. Es zeigt auch eines sehr deutlich: Man muß die politische Semantik von vornherein richtig gestalten. Hätten wir nicht gesagt, das Ziel ist 55 plus X, dann hätte sich die gesamte Presse und vielleicht sogar Teile der Koalition, vielleicht sogar der eine oder andere in der CDU, darauf beschränkt zu sagen, die CSU habe soundsoviel verloren ...

(Starke Zwischenrufe)

... also ich nehme das zurück. – Das Entsetzen auf allen Gesichtern hat mir deutlich gezeigt, daß meine Mutmaßung völlig verfehlt war. Aber es hätte der eine oder andere außerhalb von CDU und CSU vielleicht gesagt: Die haben soundsoviel verloren. Das hat kaum jemand gesagt, sondern: Jawohl, die sind über 55 Prozent gekommen und haben damit ein Ergebnis erzielt, das in Mitteleuropa und auch in der Bundesrepublik Deutschland sonst keine demokratische Partei mehr erzielen kann. Wenn man einmal in dieser Größenordnung ist – bei etwa 54, 55 Prozent –, dann ist das letzte Prozent nicht mehr programmierbar, nicht mehr herbeiführbar, das hängt von Imponderabilien ab und von Dingen, die man politisch nicht ohne weiteres beeinflussen kann.

Wir haben mit dieser Landtagswahl trotz einer nicht optimalen Wahlbeteiligung eine Trendwende herbeigeführt, wenn man sich überlegt, daß uns bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen in den letzten vier Jahren manchmal der Wind ins Gesicht blies. Ab dem Zeitpunkt wird niemand mehr – und bereits die Kommunalwahlen in Niedersachsen waren da ein sehr optimistisches Zeichen – sagen können, wir seien auf der Verliererstraße und die SPD hätte die Spur einer Gewinnchance.

Die Sachkompetenz bei allen Fragen, von der Arbeitslosigkeit bis hin zum Umweltschutz, war auf unserer Seite, und der Ministerpräsident hatte gegenüber seinem Gegenkandidaten einen Vorsprung bei der Präferenz der Wähler von 62 zu zwölf Prozent .. Es war übrigens eines interessant, daß noch vor der Sommerpause eine beachtliche Zahl der Bürger der Meinung waren, man solle innehalten bei der Wiederaufarbeitungsanlage, viele waren für Aufhören oder Nichtbauen. Demgegenüber war eine fast in der Minderheit befindliche Meinung für Weiterbau. Durch unser konsequentes Festhalten an dem für richtig Erkannten, das auch wissenschaftlich und technologisch durch ein Hearing erhärtet wurde, ist es uns gelungen, auch hier die Stimmung umzudrehen. Das zeigt sehr deutlich, daß überall, wo die Union seit den 50er Jahren und auch jetzt etwas für richtig erkannt hat und es begründen kann, es geboten ist, daran festzuhalten und sich nicht irremachen zu lassen. Nichts kommt bei der Wählerschaft schlechter an, als wenn man wankelmütig ist und sich seiner Sache nicht als sicher zeigt.

(Beifall)

... Dennoch, es waren natürlich auch einige Punkte, die wir ganz nüchtern bedenken müssen, die uns nicht überall Rückenwind beschert haben.

In Großstädten stark

Wir haben nach wie vor, nicht nur in Bayern, eine verständliche Unruhe bei den Landwirten. Es gab auch Diskussionen und Irritationen, zum Beispiel im Bereich der Heimatvertriebenen über die eine oder andere Äußerung.

... Hervorzuheben ist das hervorragende Abschneiden in den Großstädten. Wenn man sich vorstellt, daß wir nun in München, Würzburg, Augsburg und in Nürnberg – mit Ausnahme eines Stimmkreises in Fürth – diese Wahlkreise direkt erreicht haben, und die SPD nun, zum Beispiel in München, wo sie noch vor zwei Jahren die Oberbürgermeisterwahl gewonnen hat, teilweise um mehr als zehn Prozent hinter der CSU zurückliegt, dann spricht das Bände.

... Die Wahlbeteiligung hat uns natürlich etwas geschadet, das ist gar keine Frage. Wenn die Wahlbeteiligung insgesamt um etwa acht Prozent, teilweise um neun bis zehn Prozent zurückliegt, geht das mehr zu unseren Lasten. Auf der anderen Seite muß man aber darauf verweisen, daß die Wahlenthaltung bei der SPD – vor allen Dingen in Ballungsgebieten, im Arbeiterbereich, im Facharbeiterbereich – für sie viel verheerendere Folgen hatte als die kleineren Einbußen, die wir wieder wettmachen können, wenn wir den Landwirten und der ländlichen Bevölkerung weiterhin klar und glaubwürdig sagen, daß sie sich auf uns auch in den nächsten Jahren verlassen können.

Was wir aufmerksam registrieren müssen, ist der Stimmenanstieg einer neuen Gruppierung, der Republikaner. Handlos ist mit seiner Gruppierung gescheitert und hat nicht einmal im regionalen Bereich, dort wo er ein populärer Direktabgeordneter war, über zehn Prozent erreicht. Daß aber die Republikaner mit Schönhuber über drei Prozent gekommen sind, ist schon ein Signal, das man nicht überbewerten soll, aber über das wir in Bayern und über Bayern hinaus insgesamt nachdenken müssen. Denn, meine Damen und Herren, wer sich an die Situation der 60er Jahre, an das erste Ergebnis der NPD zurückerinnert – 1961 erstmals aufgetreten, 1965 stärker geworden und dann 1969 dazu beigetragen, daß wir die Regierung verloren haben –, der muß darauf achten, daß es – und das ist auch die Meinung von Franz Josef Strauß wie von Helmut Kohl – rechts von uns keine demokratisch legitimierte Gruppierung geben darf. Dies ginge auf Kosten von CDU und CSU.

Waterloo der SPD

Deshalb müssen wir auch sorgfältig überlegen, ob wir in den Feldern der Außenpolitik, der Deutschlandpolitik, der Ostpolitik auch auf die Gefühle der dort Beroffenen immer die notwendige Rücksicht genommen haben. Ich meine, die Betonung der Grundsatzpositionen ...

(Beifall)

... ist hier ganz wichtig für das weitere Schicksal der beiden Unionsparteien. Die SPD hat ein absolutes Waterloo erlitten, wenn man sich vorstellt, daß die Partei unter 28 Prozent gesunken ist, einem Prozentsatz, den sie bereits 1950 bei den Landtagswahlen überschritten hatte. Sie ist auf den eisernen Bestand ihrer Anhänger zurückgefallen, denen man alles zumuten kann: Jedes Progamm, jede Person, jede neue Kraft – ob durch Masse oder durch Klasse auffallend – spielt überhaupt keine Rolle mehr. Weniger als 27,5 Prozent kann natürlich die SPD in Bayern nicht bekommen. Sie hat nur noch zwei Direktmandate, das eine bedauerlicherweise in Schwandorf mit der dort stattgefundenen ungeheuren Verhetzungskampagne und das andere mit knapper Mehrheit in Fürth. Die Umverteilungsparolen, die Verharmlosung des Asylantenproblems – das Doppelspiel, daß die SPD-Oberbürgermeister gegen die Asylantenflut gewettert haben, aber in Bonn bei der SPD nicht einmal die Bereitschaft zum Gespräch erkennbar war –, der Zick-Zack-Kurs in der Kernenergiepolitik – all dies hat zu einem Glaubwürdigkeitsverlust geführt, dem die SPD mit ihrem extrem linken Kurs nicht mehr begegnen konnte. Johannes Rau hat noch 1980 gefordert, Bayern solle endlich auch ein Stück Last der Kernenergiepolitik, die er vorzugsweise in Nordrhein-Westfalen trage, übernehmen, und wir sollten die Zusage einlösen, eine Wiederaufarbeitungsanlage zu bauen! Eines ist daraus klar geworden: Wenn die SPD nicht wieder den Weg zurück zur Mitte geht, wenn sie nicht wieder auf den Godesberger Kurs zurücksteuert, und zwar in der Außen- und Verteidigungspolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, hat sie keine Chance. Links von der Mitte ist keine Mehrheit für die SPD. Sie ist in die Zangenbewegung der Grünen gekommen: Sie nimmt den Grünen nichts weg, verliert aber Facharbeiter.

... Ein Wort noch zu den Grünen. Die Grünen wären in den Bayerischen Landtag nicht gekommen, hätte die SPD die Grünen bekämpft. Und das ist ihr verhängnisvoller, staatspolitischer Fehler, daß sie das nicht begriffen haben. Und bevor sie nicht erkennen, daß sie die Grünen konsequent bekämpfen müssen – gerade als Arbeiterpartei –, haben sie nicht die Spur einer Chance, wieder eine ernsthafte politische Kraft in Bayern zu werden.

Zur FDP: In Bayern hat es niemand für notwendig befunden, die FDP zu wählen, damit Bayern weiter regiert werden kann. Insofern war es nicht notwendig, hier mit Leihstimmen oder ähnlichem auch nur zu argumentieren; die Kampagne der FDP hat hier nicht verfangen.

Eines ist seit dem Sonntag glasklar: Die Strategie von Johannes Rau ist wie eine Fata Morgana zerplatzt. Er hat nie und nimmer eine Chance, die absoute Mehrheit zu gewinnen. Ich meine, das war ein entscheidendes positives Signal für uns und eine entscheidende, auch psychologische Niederlage für die SPD, von der sie sich nicht mehr erholen wird. Für uns ist entscheidend, daß wir mit Geschlossenheit, mit Offenheit und Ehrlichkeit, aber auch mit der unverkennbaren Handschrift von CDU und CSU diesen Wahlkampf angehen und auch dort, wo es zu gemeinsamen Regelungen mit der FDP im Innen-, Rechts- oder anderen Bereichen nicht kommt, klar sagen, was wir für richtig halten. Dann werden wir in diesen Bereichen, wo die Wähler von uns Lösungskompetenz erwarten, nicht an Glaubwürdigkeit verlieren."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Für gezielte Sanktionen

„Doppelte Moral": WELT vom 23. September

Es ist immer sinnvoll, ein Dokument noch einmal sorgfältig durchzulesen, wenn man es zum Instrument gegen den politischen Gegner machen will. Hätte Herr von Habsburg den vom Europäischen Parlament 1982 verabschiedeten „Sanktionsbericht" noch einmal gelesen, so hätte er feststellen können, daß das Parlament sich gegen allgemeine und nicht spezifizierte Wirtschaftssanktionen gewandt hat, wohl aber gezielte und auf bestimmte Wirtschaftsbereiche konzentrierte Sanktionen durchaus für möglich und akzeptabel angesehen hat. Genau das hat jetzt der Ministerrat für die EG und der Kongreß für die Vereinigten Staaten beschlossen.

Ich habe damals begründet, daß Wirtschaftssanktionen nur dann Erfolg haben können, wenn sie sich „auf genau bestimmte Wirtschaftsbereiche und Produkte konzentrieren". Mein Bericht enthält eine Fülle von Beispielen hierfür. Außerdem hat das Parlament damals beschlossen, daß die zu ergreifenden Maßnahmen „schnell und zügig eingeleitet und durchgeführt werden". Leider ist dieser Rat bei den Sanktionen gegen Südafrika nicht beachtet worden. Es gibt also keine „doppelte Moral in gewissen Kreisen", wie Herr von



Dr. Hans-Joachim Seeler

Habsburg schreibt, sondern die jetzt eingeleiteten Wirtschaftssanktionen entsprechen den Beschlüssen, die das Parlament hierzu 1982 gefaßt hat. Die Polemik gegen meine Fraktion und ihren Vorsitzenden Rudi Arndt entbehrt also jeder sachlichen Grundlage.

Dr. Hans-Joachim Seeler, MdEP (SPD), Hamburg

NH Gewinne

Unternehmerisch tätig sein – warum nicht? Zu erwartende Gewinne nach dem Verkauf der Neuen Heimat könnten gesplittet werden. Das würde bedeuten: die Arbeitnehmer können auf eine Rückvergütung hoffen, die Banken bekommen ihr Geld zurück, der, beziehungsweise die Unternehmer können ihre Gewinne reinvestieren. Warum nicht mal was Neues?

K.-H. Averesch, Rheine 11

Größte Stadt

„WELT-Report: Wirtschaftsstandort Hamburg"; WELT vom 7. Oktober

Unter der schönen Luftaufnahme von Hamburg mußte ich lesen, daß Hamburg mit 1,6 Millionen Einwohnern die größte Stadt der Bundesrepublik Deutschland ist. Wohin gehört nun West-Berlin mit rund 1,9 Millionen Einwohnern?

Edith Olivia Meier, Berlin 28

Tschernobyl

Ich wäre letzte Woche bereit gewesen, auf die Straße zu gehen, um gegen die Einschaltung des Katastrophenreaktors von Tschernobyl zu demonstrieren. Schade, daß diese Demonstration nirgendwo stattfand.

Norbert Jungblut, Dortmund 1

Wort des Tages

„Die Bösewichter werden immer unkenntlicher, je mehr sie Erziehung gehabt haben, je mehr Ehrgeiz sie besitzen und je wichtiger die Gesellschaft war, mit der sie umgingen."

Georg Christoph Lichtenberg, deutscher Physiker und Autor (1742–1799)

Der Terrorismus

Wer terroristische Aktivitäten voreilig als kriminell, idiotisch und ideologisch verbohrt abtut, macht es sich zu einfach. Denn: Ein Mensch, der in der Lage ist, Anschläge zu planen und über mehrere Jahre auszuführen, besitzt von Natur aus eine gewisse Intelligenz und Intellektualität.

Martina Büschel, Engelskirchen

*

Solange nicht alle geeigneten Kräfte sich an der Terrorismusabwehr beteiligen und für manche Polizeiführer fragwürdige Verkehrskontrollen und das Aufstellen von Radarfallen wichtiger sind als Terror- und Verbrechensbekämpfung, hat die Republik genau die Sicherheit, die sie verdient.

Rudolf Wolber, Bonn

„Ausreisefieber"

„Für Volksgruppenrecht in deutschen Ostgebieten": WELT vom 6. Oktober

Bundesminister Manfred Wörner forderte zu Recht, sich für die Verwirklichung der Menschenrechte, auch für die der Deutschen, einzusetzen.

Die Tatsache, daß Deutsche in mehreren Orten Oberschlesiens, wie in Rybnik, Loslau, Oderthal, Ratibor und Heydebreck-Cosel, Anträge auf die Registrierung von eigenen Kulturvereinen stellten, muß als ein mutiges Bekenntnis zur deutschen Volksgruppe bezeichnet werden. Die Mitglieder dieser Initiativgruppen wurden daraufhin starken Repressalien und Verfolgungen ausgesetzt.

Bei der bestehenden Lage stellen sich Hunderttausende von Deutschen im polnischen Machtbereich die schicksalhafte Frage: Sollen wir bleiben, oder sollen wir ausreisen?

Während noch manche auf eine Änderung der Verhältnisse hoffen, ist die große Masse der Betroffenen illusionslos geworden, die Ausreisewilligkeit wächst.

Die Anerkennung von Volksgruppenrechten würde das „Ausreisefieber" merklich mildern und zu einer Entspannung im deutsch-polnischen Verhältnis führen.

Daniel Martin, München 80

Personen

BUCHPREMIERE

Gerhard Wettig, Wissenschaftlicher Direktor am Kölner Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, hat in Bonn sein neues Buch über die sowjetische Sicherheitspolitik vorgestellt. „Sicherheit über alles!" ist sein Titel. Es erscheint im Kölner Markus Verlag und bemüht sich, Krieg und Frieden in sowjetischer Sicht darzustellen. Wettigs Analysen, gemeinsam mit den amerikanischen Militärexperten **Philip A. Petersen** und **John G. Hines** geschrieben, verdeutlichen für einen westlichen Leser auf beunruhigende Weise, daß die Sowjetunion einen Krieg, wenn er ihr – aus ihrer Sicht – aufgezwungen werde, für führ- und gewinnbar hält und dementsprechend sich militärisch vorbereitet. Professor **Eberhard Schulz**, der stellvertretende Leiter des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, wie Wettig ein ausgewiesener Kenner der sowjetischen Politik, unterstrich während der Präsentation diese These, fügte aber hinzu, westliche Fachleute hielten sich bei der Deutung sowjetischer Verhaltensweisen zu sehr an die Logik. Nicht anders als im Westen habe aber auch im Kreml Irrationalität Einfluß auf die Entscheidungen.

GEBURTSTAGE

Hilde Spiel feiert am 19. Oktober ihren 75. Geburtstag. Die geborene Wienerin begann sehr jung als Erzählerin. Mit 20 Jahren schrieb sie



Hilde Spiel

ihren ersten Roman „Kati auf der Brücke". Sofort feierte und bekämpfte die Presse die junge Autorin, bewunderte sie einerseits als literarisches Talent und schmähte sie andererseits als Blaustrumpf. Mit dem zweiten Roman, „Verwirrung am Wolfgangsee", war der Erzählerin Hilde Spiel ihr Platz in der deutschsprachigen Literatur nicht mehr streitig zu machen. Die Zeitläufe verhinderten eine kontinuierliche Entwicklung. Doch als nach dem Zweiten Weltkrieg die deutschsprachige Fassung des Romans „Flöte und Trommeln" erschien, wurde klar, daß diese Erzählerin nicht verstummt war. 1936 emigrierte Hilde Spiel von Österreich nach Großbritannien, das ihr zur zweiten Heimat wurde. In London arbeitete sie als Korrespondentin beim „New Statesman". Von 1946 bis 1948 hatte sie ihren Wohnsitz in Berlin, wo sie als Theaterkritikerin für die WELT tätig war. Danach kehrte sie nach London zurück und schrieb als Kulturberichterstatterin für verschiedene Zeitungen und Rundfunkstationen. Ab 1965 war sie dann in Wien Kulturkorrespondentin der „FAZ".

*

Der in Staufen bei Freiburg lebende Publizist **Hoimar von Ditfurth** feierte gestern seinen 65. Geburtstag. Bekannt wurde der aus Berlin stammende Professor für Psychiatrie und Neurologie, seit Ende der 50er Jahre nebenberuflich als wissenschaftlicher Publizist für Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen tätig, insbesondere als Moderator der ZDF-Sendereihe „Querschnitt" in den 70er Jahren. Seit 1959 habilitiert, arbeitete er bis 1968 in der industriellen Forschung bei Boehringer Mannheim, ehe er sich entschloß, freier Publizist zu werden. 1967 war er zum Professor der Psychiatrie und Neurologie ernannt worden. Zu seinen in mehrere Sprachen übersetzten Büchern gehören „Im Anfang war der Wasserstoff", „Der Geist fiel nicht vom Himmel" und der seit Monaten in den Bestsellerlisten vertretene Band „So laßt uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen".

EHRUNG

Dem Vorsitzenden der Konrad Adenauer Stiftung, Bundesminister a. D. Dr. **Bruno Heck**, ist in der Residenz des kolumbianischen Botschafters in Bonn der Orden „Gran Cruz de la Orden San Carlos" verliehen worden. Die Ordensverleihung nahm der frühere Staatspräsident Kolumbiens, **Misael Pastrana**, vor. Das Großkreuz des San Carlos Ordens ist die höchste Auszeichnung, die Kolumbien verleiht. Bei der Ordensverleihung würdigte Pastrana die Verdienste, die sich Dr. Heck als Vorsitzender der Konrad Adenauer Stiftung um den Demokratisierungsprozeß in den Ländern Lateinamerikas erworben hat.

KIRCHE

Der Prior der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé, **Roger Schutz**, wird am Samstag nach Ost-Berlin kommen. Er nimmt in der evangelischen Marienkirche und in der katholischen Hedwigs-Kathedrale an Gottesdiensten teil, die als Stationen



Roger Schutz

auf seinem „Pilgerweg des Vertrauens" vorgesehen sind. Zur Vorbereitung auf diese Gottesdienste finden in der Ostberliner Sophienkirche an den vorangehenden Abenden ökumenische Gebetsandachten sowie am 18. Oktober ein ganztägiges Treffen junger Christen statt. Am Sonntag morgen wird Schutz in der von „Radio DDR" ausgestrahlten wöchentlichen Morgenfeier eine Meditation sprechen. In die Sendung werden auch Gesänge der Gemeinschaft von Taizé eingespielt.

VERANSTALTUNGEN

Mehrere hundert Gäste empfingen Spaniens Botschafter **Eduardo Foncillas** und Ehefrau **Beatrix** in ihrer Bad Godesberger Residenz zum Nationalfeiertag. Unter den deutschen Gästen waren: Minister **Jürgen Warnke**, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Lutz Stavenhagen**, und Ministerialdirigent Dr. **Immo Stabreit** vom Bundeskanzleramt, dazu zahlreiche Abgeordnete, unter ihnen **Peter Corterier** (SPD), der zu Beginn des nächsten Jahres Generalsekretär der Atlantischen Versammlung in Brüssel wird, und seine CSU-Kollegen Dr. **Günther Müller** und **Lorenz Niegel**. Ausländische Botschafter gratulierten, so der Belgier **Michel van Ussel**, der Franzose **Serge Boidevaix**, der Österreicher Dr. **Friedrich Bauer** und der Türke **Oktay Iscen**.

*

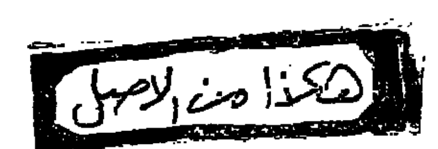
Hoher Besuch hatte sich in der Landesvertretung Berlins beim Bund in Bonn angesagt: „Erinnerung an einen König – Gedanken über Friedrich den Großen" betitelte Professor **Werner Knopp**, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, seinen ebenso launigen wie historisch fundierten Vortrag im Rahmen des „Berliner Salons für Wissenschaftskultur". Der umfassenden Charakterisierung des großen Preußenkönigs mit all seinen Facetten und Widersprüchen spendeten die Zuhörer, unter ihnen Minister, Staatssekretäre und Bundestagsabgeordnete, lebhaften Beifall.

UNIVERSITÄT

Dr. **Matthias Scheffler**, wissenschaftlicher Angestellter an der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Braunschweig, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Theoretische Festkörperphysik an der Technischen Universität Berlin erhalten.

GESTORBEN

Im Alter von 98 Jahren ist in Göttingen der Physiker Professor **Ernst Lamla** gestorben. Lamla, Professor für Didaktik des physikalischen Unterrichts, war einer der letzten Schüler Max Plancks. Der gebürtige Berliner promovierte 1912 bei Planck an der Universität seiner Heimatstadt und war danach bis 1921 Assistent von Planck und Max von Laue am Berliner Institut für Theoretische Physik. Danach ging Lamla in den Schuldienst. 1933 wurde er zwangsweise in den Ruhestand versetzt. Nach dem Krieg kehrte er in den Schuldienst zurück und wurde Direktor eines Göttinger Gymnasiums. Gleichzeitig lehrte er an der Universität Göttingen. Von 1950 bis 1966 war Lamla Herausgeber der Zeitschrift „Naturwissenschaften", einer Publikation der Max-Planck-Gesellschaft sowie der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte.



4. Folge: „Der BND wußte vor mir, wo mich das MfS einsetzen würde"



In der U-Bahn saßen auffallend viele gutgekleidete Fahrgäste. Stiller war nicht erstaunt, als die meisten von ihnen mit ihm den Zug am Bahnhof Magdalenenstraße verließen. Zum ersten Mal nahm Werner Stiller bewußt den riesigen Komplex der MfS-Zentrale wahr, der sich in Ost-Berlin entlang der Frankfurter Allee erstreckt.

Sie sagen Frieden und meinen Industriespionage


Mächtigster Apparat: Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin FOTO: DPA

Ich ging hundert Meter an einer hohen, mit einer Drahtkonstruktion bewehrten Mauer entlang – offensichtlich Teil einer elektronischen Sicherungsanlage – und bog nach links in eine Zufahrt ein. Dort war der Weg nach wenigen Schritten durch einen Schlagbaum und eine Fußgängerkontrollstelle versperrt, an der sich Posten in Uniformen der Nationalen Volksarmee (NVA) die Dienstausweise der zur Arbeit kommenden MfS-Mitarbeiter zeigen ließen. Ich nahm den Fußweg auf der anderen Straßenseite der Zufahrt und kam zu einem zweigeschossigen Gebäude, dessen Eingang sich in Höhe der Kontrollstelle befand. Vor mir versperrte ein Drahtgitterzaun den Weg. Neben dem Eingang des Flachbaues befand sich ein schwarzes Behördenschild mit weißen Buchstaben: DDR-Betriebspoliklinik. Drinnen nahm mir ein Posten den Personalausweis ab, ging eine lange Liste durch, auf der er auch meinen Namen fand, und verwies mich dann zur Anmeldung. Mit einem Laufzettel und einem umfangreichen Gesundheitsfragebogen zog ich weiter von Zimmer zu Zimmer, um mich fünf Stunden lang behorchen, beklopfen und befühlen zu lassen. Es ging alles sehr ernst und sachlich zu. Nach der Prozedur erhielt ich am Ausgang meinen Ausweis zurück und war entlassen.

Vierzehn Tage später teilte mir Werner mit, ich sei mit der festgestellten Gesundheitsstufe Eins voll diensttauglich. Er fügte hinzu, nun hänge alles nur noch von der „Attestierungskommission" ab. Er hoffe, daß nicht noch in letzter Minute ein Einstellungsstopp verfügt werde. Unter dem Begriff Attestierungskommission konnte ich mir damals nichts vorstellen. Mitte Juni bekam ich dann von Christian den definitiven Bescheid: „Kündige per Ende Juli in der Physikalischen Gesellschaft. Dienstantritt im MfS am ersten August. Wenn dich jemand fragt, so sagst du, du gehst als Zivilangestellter zur Volksarmee, weil du dort mehr verdienst."

Mein erster Tag als Hauptamtlicher

Knapp drei Monate nach der Einstellungsuntersuchung saß ich wieder in der U-Bahn Richtung Magdalenenstraße. Ich war neugierig und aufgeregt – vor mir lag mein erster Tag als hauptamtlicher Mitarbeiter im Geheimdienst der DDR. Zwar wußte ich nun schon einiges über die Tätigkeit eines inoffiziellen Mitarbeiters im Dienste des MfS. Aber wie mochte der Riesenapparat wohl organisiert sein? Nach welchen Prinzipien wurde innerhab der Zentrale gearbeitet? Wie hoch waren die Anforderungen an die Mitarbeiter? Welches Arbeitsklima herrschte dort? Welche Perspektiven harrten meiner und vor allem – welches spezielle Arbeitsgebiet würde mir wohl zugewiesen; würde die Voraussage des Freundes von „Küster" stimmen? Sie hat gestimmt, wie ich bald erfahren sollte.

Werners Rat entsprechend war ich korrekt gekleidet, so wie er und Christian bei den Treffs mit mir, also mit Krawatte. Diesmal benutzte ich den in Fahrtrichtung liegenden vorderen Ausgang des U-Bahnhofes und kam zur Einmündung der Magdalenenstraße in die Frankfurter Allee – ein Weg, den nur wenige MfS-Mitarbeiter nahmen.

Ich bemerkte eine Fernsehkamera, die offenbar die gesamte, nicht sehr lange Magdalenenstraße erfaßte.

Der Raum, in den ich kam, maß zwei mal drei Meter. Hinter mir fiel die Tür ins Schloß. Innen hatte sie keine Klinke. Zu meinem Erstaunen sah ich mich plötzlich selbst in Lebensgröße an der linken Wand – ein Spiegel, der nichts anderes zeigen konnte als mich, denn die „Zelle" war im übrigen gänzlich leer. Einerseits kam mir das alles albern vor. Zum anderen beschlich mich eine leichte Beklemmung. Was hatte man mit mir vor? Sollte ich die nächste Stunde hindurch mein Spiegelbild anstarren? Ich schnitt eine Grimasse – und hörte plötzlich Gelächter. Das Spiegelbild bewegte sich zur Seite und gab einen Schalter frei, hinter dem zwei Posten saßen. Sie grinsten mich an. Die bewegliche Platte war nur auf einer Seite Spiegel; von der anderen Seite konnte man hindurchsehen. „Sie wünschen?", fragte einer der Posten schließlich in dienstlichem Ton. „Ich komme zur Einstellung."

Nach einer Stunde erschien der mir schon bekannte Kaderkapitän Karl-Heinz und forderte mich auf, ihm zu folgen. Aus einem der Stahlschränke in seinem Arbeitszimmer zog er mehrere Blatt Papier. „Alles klar?" Ich bejahte. „Du bist also bereit, Offizier im Ministerium für Staatssicherheit zu werden?" Ich bejahte wiederum; Offizier – das klang nicht schlecht. „Hier ist der Text deiner Verpflichtung. Er ist obligatorisch. Lies ihn dir durch, anschließend können wir deine Fragen dazu klären."

Ich las sechs Schreibmaschinenseiten im DIN-A4-Format. Der Inhalt entsprach im wesentlichen meiner Verpflichtung als inoffizieller Mitarbeiter, war jedoch ausführlicher und in den Formulierungen schärfer. Allein auf drei Seiten wurde ausgeführt, was ich nicht dürfe und was ich bei welchen Gelegenheiten zu tun hatte.

Alles war eindeutig festgelegt: keine Preisgabe von Dienst- oder Staatsgeheimnissen; keine Verletzungen der Dienst-, Partei- und Staatsdisziplin; kein Verstoß gegen „die Gebote der sozialistischen Moral"; keine Auskunft über meine Tätigkeit gegenüber anderen staatlichen Einrichtungen; kein Besuch bei Ärzten außerhalb des MfS; keine nicht genehmigten Auslandsreisen; keine Westkontakte außer dienstlich angeordneten; Meldepflicht für alle Freundschaften und Bekanntschaften, natürlich auch Meldepflicht aller Kontaktversuche einer „imperialistischen Institution", besonders aber eines Geheimdienstes; Garantie für ständige Erreichbarkeit; Verpflichtung zur klassenmäßigen Erziehung der Familienmitglieder – und einiges andere mehr.

Vierzehn Patronen für die Dienstpistole

Ich anerkannte meine Unterstellung unter die Militärgerichtsbarkeit der DDR und nahm zur Kenntnis, daß mich die volle Härte der Gesetze des Arbeiter- und Bauernstaates treffen würde, falls ich meine Verpflichtung bräche.

Ich war von jetzt an hauptamtlicher Angehöriger des Referats I der Abteilung XIII des Sektors Wissenschaft und Technik (SWT) in der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS. Die HVA hat die Aufgabe, nachrichtendienstliche Informationen aus dem feindlichen oder neutralen Ausland für die DDR zu beschaffen. Der Sektor Wissenschaft und Technik konzentriert sich dabei auf wissenschaftlich-technisches Material und Unterlagen. Spezialgebiet der Abteilung XIII sind die Grundlagenbereiche Physik, Chemie und Biologie. Das Referat I befaßt sich mit Physik, besonders mit der Kernphysik.

Christian umriß die Aufgabe für seine Leute und nun auch für mich: „Unser Referat ist beauftragt, alle Bestrebungen des Gegners, im besonderen der Bundesrepublik, auf dem Gebiet der atomaren Rüstung aufzudekken und aufzuklären. Ein bestimmtes Kräftepotential müssen wir mit dem gleichen Ziel auf die USA konzentrieren. Darüber hinaus sind wir verantwortlich für die Beschaffung von Informationen über die Entwicklung neuer und die Herstellung und Stationierung bestehender Waffensysteme, die auf der Grundlage moderner physikalischer Wirkungsprinzipien arbeiten. Hierbei konzentrieren sich die sowjetischen Genossen vorwiegend auf ihren Hauptgegner, die USA. Mit Westdeutschland müssen wir weitgehend allein fertig werden. Und vergiß nicht: Wir sind in der DDR die einzigen, die das machen. Unsere Arbeit nimmt uns niemand ab." Das klang gewaltig. In den nächsten Jahren erkannte ich allerdings, daß es alles mehr oder weniger Theorie war. In erster Linie war das Referat damit beschäftigt, technische Unterlagen zu beschaffen, um der ineffektiven und unter den Mängeln des Systems leidenden DDR-Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Davon profitierten auch die Russen kräftig, die die meisten Informationen in Kopie erhielten.

Ich erhielt mein Petschaft – das Siegel mit dem Nummernaufdruck 6475, um den Stahlschrank sichern zu können. Ich würde immer sehen können, ob sich jemand an meinem Schrank zu schaffen gemacht hat. Im Ausweisbüro bekam ich meinen Dienstausweis mit Hülle und Lederbändchen, um ihn an der Innenseite meiner Jacke befestigen zu können.

In der Waffenkammer wurden mir eine Dienstpistole und vierzehn Patronen ausgehändigt. Im Wohnungsbüro stellte ich einen Antrag auf eine neue Bleibe, wobei mir allerdings gleich klargemacht wurde, daß ich mindestens zwei Jahre warten müsse – für DDR-Verhältnisse noch immer eine sehr kurze Zeit. Der normale Bürger der Republik muß im Durchschnitt mit einer Wartezeit von sechs Jahren rechnen. Werner machte mich mit den wichtigsten Gebäuden des Komplexes vertraut: der Abwehr-Zentrale an der Normannenstraße, dem Ministerbau im Zentrum der Anlage, dem HVA-Hauptgebäude, das sich südlich daran anschloß, der Kantine für die Stabsoffiziere – also vom Major oder Referatsleiter aufwärts –, unter den Mitarbeitern „Feldherrnhügel" genannt, und schließlich mit der MfS-eigenen Verkaufsstelle, wesentlich besser versorgt als die sonstigen Läden in Berlin.

Erst an diesem Abend eröffnete ich meiner Frau, daß ich Mitarbeiter des Geheimdienstes der DDR geworden war. Sie hatte vorher keine Ahnung von meiner Verbindung zum MfS gehabt. Es kam zu einer problematischen Aussprache.

Der Stasi wegen ein erster Ehekrach

Zwar war ihr Vater in Ungarn selbst Sicherheitsbeauftragter in einem Rüstungsbetrieb. Aber die Erfahrung in ihrer Heimat hatte bei ihr wie bei vielen Bürgern des sozialistischen Lagers Abneigung gegen die Staatssicherheit erzeugt. Zudem waren der Aufstand von 1956 sowie die Brutalität der sowjetischen Besatzungstruppen und ihrer ungarischen Helfer noch keineswegs vergessen. Als ich ihr dann auch noch beizubringen versuchte, die durchschnittliche Arbeitszeit in der Woche werde etwa 70 Stunden betragen, wie Christian mir vorgerechnet hatte, hatten wir unseren ersten Ehekrach. Ich beging nunmehr einen verhängnisvollen Fehler. Aus Angst, ihre Abneigung gegen meine Tätigkeit könnte sich verhärten und mir damit Schwierigkeiten bereiten, begann ich sie – im Grunde schon gegen meine eigene innere Überzeugung – politisch „umzuschulen" – und das mit unerwartetem Effekt. Sie wurde bald zur leidenschaftlichen Verfechterin der doktrinären Linie. Ab 1974 lebten wir in einem Mitarbeitern des MfS vorbehaltenen Wohnblock. Dort tat die gleichgeschaltete Nachbarschaft ein übriges. Nach einiger Zeit mußte ich verwundert feststellen, daß sie auf keinerlei Relativität mehr anzusprechen war. So war ich später natürlich gezwungen, meine Tätigkeit für den BND vor ihr geheim zu halten. Andere Erosionserscheinungen traten im Laufe der Zeit dazu, und als ich mich 1979 mit dem Übertritt in den Westen schließlich für immer von meiner Familie trennte, war die Entfremdung ohnehin schon weit gediehen.

Morgen in der WELT:

Der Fall „Sperber" und die Gepäckschleuse – Wie das MfS die Daten Einreisender durchkämmt

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

Das einzige Interview, das der Doppelagent jemals gegeben hat

„Ich heiße tatsächlich Stiller"

Sie leben mit neuem Gesicht, mit neuer Identität im Westen. Wie findet sich ein Mann wie Sie, der die Fronten gewechselt hat, in seiner neuen Umwelt zurecht?

Stiller: Ich hatte natürlich Eingewöhnungsschwierigkeiten, aber sicher nicht mehr, als sie viele andere „Umsiedler" auch haben. Mit neuer Identität zu leben ist für mich nichts besonderes, da ich mich während meiner hauptamtlichen Tätigkeit für das MfS daran gewöhnt habe, mit anderer Identität zu arbeiten und zu leben.

Das MfS hat gegen Sie ein Todesurteil erwirkt. Fürchten Sie um Ihr Leben? Ist es unter diesen Umständen nicht trotzdem gefährlich, jetzt mit einem Buch an die Öffentlichkeit zu treten und so nicht nur erneut die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken, sondern auch durch notwendige Kontakte die Gefährdung zu erhöhen?

Stiller: Das gegen mich ergangene Todesurteil in der DDR läßt mich natürlich nicht kalt, zumal ich weiß, daß das MfS niemals aufgeben wird, mich aufzuspüren. Andererseits erscheinen mir die Schutzvorkehrungen des BND für meine Person derart perfekt, daß ich mich doch sehr sicher fühle.

Natürlich habe ich mir meine Entscheidung über diese Veröffentlichung nicht leicht gemacht, zumal mir von seiten des BND schon unmittelbar nach meinem Übertritt von einem solchen Schritt abgeraten worden war. Da jedoch eine Steigerung des Zorns des MfS auf meine Person nicht möglich ist und ich für alle Verhandlungen mit einem Schweizer Literaturagenten eine sehr vertrauenswürdige Mittelsperson eingeschaltet habe, erschien mir das Risiko vertretbar.

Ist es richtig, daß Werner Stiller nicht Ihr richtiger Name ist? Wie hießen Sie früher tatsächlich?

Stiller: Mein richtiger Name ist tatsächlich Werner Stiller.

Wieviel Zeit wird Ihrer Meinung nach das MfS benötigt haben, um den durch Ihren Einsatz verursachten Schaden auszugleichen?

Stiller: Es ist schwer, hierauf eine seriöse Antwort zu geben. Als ich das MfS verließ, dürfte der Bereich Wissenschaft/Technik wieder bei „Null" oder wahrscheinlicher sogar bei einem erheblich niedrigeren Stand angefangen haben, da ja potentielle Quellen erheblich verunsichert worden waren. Wie rasch ein derartiger Schaden wieder ausgeglichen werden kann, hängt sehr stark von Qualität und Einsatzbereitschaft der eingesetzten Personen ab.

Wie schätzen Sie die Wirkungen ein, die Ihr Fall auf das Offizierskorps des MfS genommen hat?

Stiller: Die Wirkung dürfte sich von „Schock" bis insgeheimer Freude/Zustimmung erstreckt haben. Für das „Elitebewußtsein" der Mitarbeiter des MfS war es mit Sicherheit desillusionierend. Andererseits hatte mein Schritt wohl kaum irgendwelche Signalwirkung auf die Absprungbereitschaft von MfS-Angehörigen.

Seit Ihrem Wechsel gab es spektakuläre Ereignisse. Da war der Fall des Überläufers Tiedge aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz, der sich nach Ost-Berlin abgesetzt hat. Haben Sie, als Sie noch beim MfS waren, den Namen Tiedge jemals gehört oder in Akten gelesen?

Stiller: Der Name Tiedge war mir während meiner Tätigkeit in der DDR nicht zu Ohren gekommen.

Wie wird ein Mann wie Tiedge, der viel weiß, vom MfS längerfristig behandelt?

Stiller: Zunächst wird ein Überläufer wie Tiedge hofiert und erstklassig betreut. Seine langfristige Betreuung hängt davon ab, ob er bereits als Quelle tätig war – in diesem Fall wird er nicht fallengelassen – oder ob er ein Abspringer ohne „Vorlauf" ist – dann wird er später recht bescheiden unterstützt, wenn er nicht mehr von Nutzen ist.

Wie sieht die Zukunft eines solchen Mannes aus? In Ihrem Buch berichten Sie davon, daß selbst MfS-Agenten nach einem Westeinsatz bei Rückkehr in die DDR voller Mißtrauen empfangen werden!

Stiller: Bei Rückkehrern aus dem Westen wird automatisch mit der Möglichkeit gerechnet, daß sie den Verlockungen der kapitalistischen Welt nicht widerstehen konnten. Für eine bestimmte Zeit leuchtet hier ein „Rotlicht". Dies gilt aber ganz allgemein, also auch für Reise- und Auslandskader.

Haben Sie Informationen oder Verdachtsmomente, wonach das MfS beim Verfassungsschutz oder beim Bundesnachrichtendienst über „Maulwürfe" verfügt – Spione, die eingeschleust werden konnten?

Stiller: Während meiner Tätigkeit als Doppelagent habe ich mehrfach zu testen versucht, ob das MfS Agenten in den bundesdeutschen Diensten eingeschleust hat. Im Hinblick auf den BND bin ich mir sicher, daß es zum damaligen Zeitpunkt keinen „Maulwurf" gegeben hat.

Im Juli ist der DDR-Professor Herbert Meißner nach einem versuchten Kaufhausdiebstahl zum BND gegangen, hat sich als „inoffizieller Mitarbeiter" des MfS offenbart und Informationen unter anderem über Machtverhältnisse und Personalentscheidungen in der SED-Führung bloßgelegt. Nachdem er beim BND „ausgepackt" hat, suchte er die Ständige DDR-Vertretung in Bonn auf und kehrte schließlich nach Ost-Berlin zurück. Worauf ist aus Ihrer Sicht ein solcher Stimmungsumschwung zurückzuführen?

Stiller: Hierzu kann ich – lediglich informiert durch die Presselektüre – nichts sagen. Die Entscheidung muß wohl in der Persönlichkeitsstruktur des M. gelegen haben.

Wie wird ein Mann wie Meißner behandelt, wenn er, aus welchen Motiven auch immer, in die DDR zurückgekehrt ist?

Stiller: Er wird ähnlich behandelt wie etwa Rauschenbach. Nach angemessener Zeit – je nach Opportunität – wird er aus dem Verkehr gezogen.

Das Interview führte Manfred Schell

Shanghai empfing die Queen mit Glockenklang

Von JOCHEN HEHN

Die hektische Betriebsamkeit kam für einen Augenblick zum Stillstand. Vom nahen Glockenturm des ehrwürdigen, im Tudorstil erbauten Shanghaier Zollgebäudes waren gerade heimatliche Klänge zur königlichen Yacht „Britannia" herübergetragen worden, wo Queen Elizabeth II. und Prinzgemahl Philip die letzten Vorbereitungen für das festliche Bord-Bankett zu Ehren des chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannian verfolgten.

Die dröhnenden Big-Ben-Glockenschläge ließen auch die quirligen Shanghaier, die gerade von der Arbeit zurückkehrten und vor der hereinbrechenden Dunkelheit ihre Einkäufe erledigten, einen Moment innehalten.

Viele, vor allem die Jüngeren, müssen sich erst noch an das Glockenspiel gewöhnen, das Europäern so vertraut ist. Sie haben noch den Lobgesang auf den „Großen Steuermann" Mao Zedong in den Ohren, der 1966, kurz nach Beginn der Kulturrevolution, das Geläute verstummen ließ und seitdem aus 40 Lautsprechern über Chinas größte Stadt schepperte: „Der Osten ist rot, die Sonne steigt auf. China hat hervorgebracht einen Mao Zedong."

Eilig repariert

„Rote Garden" hatten die mächtige, mit 5,8 Metern Durchmesser größte Glocke Chinas außer Funktion gesetzt und statt dessen die Mao-Hymne „installiert", die zum meistgesungenen Lied Chinas und auch vom ersten chinesischen Satelliten um die Welt getragen wurde.

Der Lobgesang auf Mao, so befand die Shanghaier Parteiführung, sei nicht mehr zeitgemäß, und wies vor zwei Wochen, gerade noch rechtzeitig vor dem königlichen Besuch aus England, einen Techniker an, das beschädigte Schlagwerk instandzusetzen. „Wir hoffen, die Königin wird sich heimisch fühlen, wenn sie Shanghai besucht", zitierte die chinesische Nachrichtenagentur „Neues China" den mit der Reparatur beauftragten Chen Maoxun.

An Bord ihrer im Shanghaier Hafen dümpelnden Yacht dürfte sich gestern abend ein solches Gefühl tatsächlich eingestellt haben. Möglicherweise aber wollten die Chinesen in Shanghai eher unliebsame Erinnerungen an die Kulturrevolution vermeiden, die ja in ihrer Stadt die kräftigsten Blüten getrieben und auch Ausländer, darunter die Engländer, weit härter als alle anderen, getroffen hatte. Von der Zerstörung westlicher Symbole des Kapitalismus einmal abgesehen, kam es damals in Hongkong zu gewalttätigen Ausschreitungen, und in der Hauptstadt Peking stürmten blindwütige Rotgardisten die britische Gesandtschaft und brannten das Kanzleigebäude nieder.

Doch auch Briten waren schon einmal sengend durch die „Nördliche Hauptstadt" – so die Übersetzung des Namens Peking – gezogen. Zusammen mit französischen Truppen hatten sie den prachtvollen kaiserlichen Sommerpalast geplündert und dem Erdboden gleichgemacht.

Dieser sinnlose Zerstörungsakt vor 126 Jahren und die beiden vorausgegangenen Opium-Kriege, die von China die „ungleichen Verträge" und auch die Abtretung von Hongkong erzwangen, hatten England für die Chinesen zum Inbegriff des Imperialismus werden lassen.

Die vor zwei Jahren getroffene chinesisch-britische Vereinbarung über die Rückgabe der Kronkolonie Hongkong am 1. Juli 1997 war es schließlich, die Großbritannien und das britische Königshaus endgültig von dem Ruf des raffgierigen Kolonialisten befreite.

Der historische Besuch der Queen am Drachenthron, der erste einer britischen Regentin in China überhaupt, ist für Peking somit mehr als nur ein Schlußstrich unter eine lange historische Entwicklung. Die Vergangenheit ist tot. Es lebe die Zukunft, die chinesisch-britische Freundschaft.

Für die Queen war der „Platz des himmlischen Friedens" in ein Blumenmeer verwandelt worden. Im Stechschritt paradierende, glanzvoll herausgeputzte Einheiten der Volksbefreiungsarmee wetteiferten mit singenden Kindern in weiß-roten Kostümen. Doch wer eine Königin in Gold und Geschmeide erwartet hatte, sah sich enttäuscht.

Elizabeth II. erschien bei der Begrüßungszeremonie in leuchtendem Rot, der Farbe der chinesischen Nationalflagge Reverenz erweisend.

Bescheiden, so wie die chinesischen Medien die britische Monarchin ihrer Bevölkerung vorgestellt hatten – sie führt das Leben einer einfachen Hausfrau, bleibt gern zu Hause und sieht fern –, so gab sich die Königin dann auch bei ihren Auftritten. Wie ein normaler Tourist erklomm sie mit ihrem Gemahl die steilen Stufen der Großen Mauer, die allerdings – weil sonst hoffnungslos überfüllt – in diesem Abschnitt für sie abgesperrt worden war.

Nicht nur die Führungsspitze des Landes wird den hohen Gast aus Europa zu Gesicht bekommen. Etwas widerstrebend zwar kamen die chinesischen Organisatoren dem ihnen sehr seltsam anmutenden Verlangen der britischen Seite nach, die Queen in einem Wagen ohne Vorhänge durch die Straßen der chinesischen Städte zu fahren.

Der königliche Wunsch nach Blickkontakt mit der chinesischen Bevölkerung wird nämlich von den Kadern der kommunistischen Partei Chinas wie auch von den Offizieren der Volksbefreiungsarmee keineswegs geteilt. Ihr privilegiertes Leben in Chinas klassenloser Gesellschaft führen sie streng abgeschirmt vor den Augen der Öffentlichkeit.

Chinesisch gelernt

Ob der Kontakt zur chinesischen Bevölkerung so weit führen wird, daß die Königin auch ihre in den letzten neun Monaten mühsam erworbenen Kenntnisse der chinesischen Sprache wird anwenden können, darf bei den sicherheitsbewußten Chinesen bezweifelt werden.

Königin Elizabeth I. hatte es vor 400 Jahren noch mit einem auf Lateinisch abgefaßten Schreiben versucht, Kontakt zum chinesischen Kaiserhaus aufzunehmen. Die Botschaft, übrigens die erste Kontaktaufnahme zwischen England und China überhaupt, erreichte Drachenthron und Himmelssohn. Als Übersetzer boten sich Jesuiten an, die in Peking in einflußreiche Stellungen aufgestiegen waren.

UNO-Gehälter attraktiv vor allem für die Dritte Welt

Es mangelt an Bewerbern aus den Industriestaaten

kad. Bonn

Die Vereinten Nationen wehren sich gegen den wiederholt vorgebrachten Vorwurf, die UNO zahle ihrem Personal überzogene Gehälter. Auch sei sie kein „Paradies für Bürokraten, deren Hauptinteresse Cocktail-Parties gilt".

Die Zeitschrift „Vereinte Nationen", die von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen herausgegeben wird, resümiert in ihrer kommenden Ausgabe, „daß die Gehälter keinen extravaganten Lebensstil erlauben, und daß die Kritiken oft auf falschen Informationen und Fehldeutungen beruhen".

Der UNO-Besoldung liegt das Noblemaire-Prinzip zugrunde, das heißt, es müssen die Beschäftigungsbedingungen des Personals attraktiv genug für Staatsbürger aus dem Land mit dem höchsten Gehaltsniveau sein.

Leitlinie war und ist das Gehaltsniveau im amerikanischen öffentlichen Dienst. Da die Besoldung der USA seit 1978 jedoch willkürlich niedrig gehalten werde, habe sich die Situation für das UNO-Personal kontinuierlich verschlechtert, heißt es. Dazu kämen unmittelbare Einbußen durch Schwankungen des Dollarkurses. Außerdem seien die UNO-Gehälter seit 1984 in den wichtigsten Dienstorten eingefroren. Seit 1971 sei die Kaufkraft der UNO-Gehälter kontinuierlich gesunken.

Gegenwärtig verdient ein typischer Bediensteter mit zehn Jahren Berufserfahrung (vergleichbar mit A 6 in der Bundesrepublik Deutschland) im Monat 2616 Dollar netto; dazu kommt ein Kaufkraftzuschlag, der beispielsweise für New York 1140 Dollar, für Nairobi 122 Dollar beträgt.

Außerdem müsse man folgende Faktoren berücksichtigen: die geringe Stabilität einer Beschäftigung bei internationalen Organisationen, die schlechteren Karriereaussichten, höhere Lebenshaltungskosten im Ausland und sonstige Erschwernisse. Ferner müsse die Fähigkeit, in einer Fremdsprache und in einer multinationalen Umwelt zu arbeiten, belohnt werden.

Einige Hauptbeitragszahler – darunter die USA, Japan und die Bundesrepublik Deutschland – seien bereits unterrepräsentiert, weil die UNO-Gehälter im Vergleich zu den üblichen Sätzen bei Auslandsverwendungen im öffentlichen Dienst oder von Privatfirmen unattraktiv seien.

„Das Paradoxe ist, daß die Rekrutierungsschwierigkeiten in erster Linie die Staaten treffen, die heute zu den vehementesten Kritikern der UNO-Besoldung gehören – die westlichen Industrieländer. Für Bewerber aus der Dritten Welt und aus den osteuropäischen Ländern werden die Gehälter wegen des niedrigen Gehaltsniveaus in ihren Heimatländern nach wie vor attraktiv bleiben", bemerkt das Bulletin.

In dem Beitrag wird die Frage aufgeworfen, ob es bei der Kritik in Wirklichkeit nicht um Einschränkung des Handlungsspielraumes der UNO gehe. Sollte die Attraktivität der UNO sinken und das Personal durch Abordnung weisungsgebundener nationaler Beamter aufgefüllt werden müssen, so würde damit auch „das Konzept eines unabhängigen internationalen öffentlichen Dienstes zu Grabe getragen".

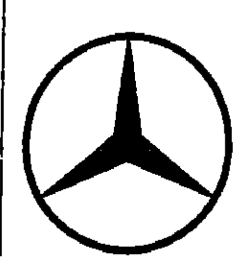




Das Automobil im Wandel der Zeit.

Wir leben in einer Zeit, die mehr als je zuvor vom Fortschritt der Technik geprägt ist.
Einer Technik im Dienste des Menschen.
Das Automobil, als Symbol für den Wert moderner Technik, spielt dabei eine dominierende Rolle.
Dadurch, daß es dem Menschen eine fast unbegrenzte Mobilität verleiht, hat es ihm auch ein hohes Maß an persönlicher Freiheit gegeben.
Es hat seine Phantasie und Kreativität beflügelt.
Und es hat natürlich auch die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen von Grund auf verändert. Mit der Folge, daß unsere Lebensqualität auf breiter Basis gestiegen ist.

Gleichwohl: Die Gesichtspunkte, nach denen der Wert einer Entwicklung beurteilt wird, unterliegen einem ständigen Wandel.
Wer fragte zum Beginn der Automobilzeit schon nach mehr Sicherheit?
Wer fragte nach geringerem Energieverbrauch? Oder nach weniger Lärm? Nach verminderter Schadstoffemission?
Damals waren andere Dinge von Wert. Die Vorteile des Automobils sollten nicht nur wenigen Privilegierten, sondern möglichst vielen Menschen zugute kommen. Diese Entwicklung hat viele neue Fragen aufgeworfen. Sie hat aber auch immer wieder zu neuen Lösungen geführt.
So haben gerade die Diskussionen der letzten Jahre über die Themen Sicherheit, Energie und Umwelt die größten Innovationsschübe seit der Erfindung des Automobils ausgelöst.
Und die Entwicklung geht weiter.
Vor allem unter längerfristigen Gesichtspunkten sehen wir den Schwerpunkt unserer zukünftigen Arbeit auf dem Gebiet der „intelligenten Technik“. Einer Technik, die den Menschen entlasten und noch besser vor Gefahren schützen soll.
Für das Auto der Zukunft eröffnen sich heute Perspektiven, die weit über die klassische Automobiltechnik hinausgehen. Ihnen dürfen wir uns nicht verschließen.
Damit das Automobil auch in Zukunft seinen besonderen Wert behält.



„Die Japaner sind hier noch ein wenig langsam“

Die Bilderbuchkarriere der beiden diesjährigen Physik-Nobelpreisträger Gerd Binnig und Heinrich Rohrer

Von DIETER THIERBACH

Heinrich Rohrer weiß genau, was jetzt auf die Entwicklungsingenieure zukommt. In einem Interview gab er erst kürzlich zu Bedenken, daß sehr viel Engineering nötig sein wird, um das „Scanning Tunneling Microscope zur Serienreife zu bringen“.

Der Schweizer Physiker glaubt, daß mit Hilfe der Raster-Tunnelmikroskopie beispielsweise in gezielt verunreinigtem Silizium die Positionen der Fremdatome, die entscheidend für die Eigenschaft des Halbleitermaterials und für die Leistung von daraus hergestellten Chips sind, erkannt werden können. Weltweit arbeiten derzeit rund ein Dutzend Forschergruppen mit dem revolutionären System, so an den Universitäten München und Bochum, Marseille und Nijmegen, Madrid, Basel und Cambridge.

Weitere Teams forschen in den Vereinigten Staaten. „Nur die Japaner“, resümierte Heinrich Rohrer noch vor einem Vierteljahr „sind auf diesem Gebiet noch ein wenig langsam“.

Mediziner könnten schon bald das neuartige Mikroskop benutzen, um genauere Abbilder von Viren zu gewinnen. Mit Hilfe der Tunnelmikroskopie lassen sich möglicherweise sogar Techniken entwickeln, die ideal ebene Oberfächen schaffen, so daß z.B. die Reibung von Maschinenteilen drastisch reduziert wird.

Der Schweizer Physik-Nobelpreisträger, Bürger von Buchs im Kanton Sankt Gallen, wurde 1933 geboren. Von Oktober 1951 bis 1955 studierte er an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, wo er mit einer Dissertation zum Thema „Druck- und Volumeneffekte in der Supraleitung“ promovierte. Längere Zeit war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Universitäts-Institut für kalorische Apparate und Kältetechnik tätig.

Seine wissenschaftliche Karriere führte Rohrer wiederholt in die USA. Von 1974 bis 1975 verbrachte er ein Jahr an der University von Kalifornien in Santa Barbara. Zu dieser Zeit war er bereits am Zürcher Forschungslaboratorium von IBM tätig, in das er im Jahre 1963 eingetreten war und in dem er gegenwärtig Abteilungsleiter ist.

Bei seiner Tätigkeit bei dem Computerhersteller beschäftigte er sich zunächst mit sog. Kondo-Systemen, Phasenübergängen und multikritischen Phänomenen, später mit der Tunnel-Elektronenmikroskopie.

Rohrer und Binnig wurden 1984 gemeinsam mit dem Hewlett-Packard-Preis der Europäischen Physikalischen Gesellschaft ausgezeichnet. Im vergangenen Jahr erhielten sie den Internationalen König-Feisal-Preis für Naturwissenschaften sowie den IBM Corporate-Award zugesprochen.



Dieses Foto, erst vor wenigen Wochen mit Hilfe des Tunnelmikroskops entstanden, zeigt die Atomlagen von Siliziumdioxid bei 10 000 000facher Vergrößerung. FOTO: DIE WELT

Der 39jährige Gerd Binnig ist gebürtiger Frankfurter. Geboren am 20. Juli 1947, besuchte er in seiner Heimatstadt das Goethe-Gymnasium und studierte an der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität Physik. Nach dem Studium, das er am 23. Oktober 1973 als Diplom-Physiker abschloß, widmete er sich bei seiner Dissertation dem Phänomen der Supraleitfähigkeit.

Gerd Binnig ist Stipendiat des internationalen Computerkonzerns IBM (IBM Fellow), in dessen Forschungslabor in Zürich er seit 1978 an der Entwicklung des Tunnel-Elektronenmikroskops arbeitete. Für seine Forschungsarbeiten bei IBM wurde er mit zwei Firmenpreisen (IBM Outstanding Contribution Award) ausgezeichnet, dem Physikpreis der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (1982) und dem Otto-Klung-Preis (1983).

Kriminalistisches Gespür für neugeborene Moleküle

Der Chemie-Nobelpreis zeichnet drei Nordamerikaner für Forschungen über die Dynamik chemischer Reaktionen aus

Von VERA ZYLKA

Der diesjährige Nobelpreis für Chemie ist gestern zu gleichen Teilen an den Amerikaner Dudley R. Herschbach, den aus Taiwan gebürtigen Yuan Tseh Lee und den aus Berlin stammenden Kanadier John Charles Polanyi vergeben worden. Die drei Wissenschaftler wurden für ihre Beiträge zur Dynamik chemischer Elementarprozesse ausgezeichnet.

In der Begründung des Preiskomitees für die Auswahl der drei Forscher heißt es, sie hätten durch die Erforschung der Dynamik von Elementarprozessen die Entwicklung eines neuen Bereiches in der Chemie, der sogenannten Reaktionsdynamik, ermöglicht.

Der am 18. Juni 1932 in St. Jose (Kalifornien) geborene Herschbach lehrt Chemie an der Harvard-Universität. Er entwickelte das Verfahren der „gekreuzten Molekülstrahlen“, welche die detaillierte Untersuchung chemischer Reaktionen ermöglichte.

Yuan Tseh Lee, geboren im Jahr 1936, ist seit 1974 Professor für Chemie an der Universität von Kalifornien in Berkeley. Er gehört ebenso wie der 57jährige Polanyi zu den zahlreichen Nobelpreisträgern, die aus Europa und anderen Teilen der Welt nach Nordamerika eingewandert sind. Lee hat anfangs zusammen mit Herschbach das Verfahren der gekreuzten Molekülstrahlen so weiterentwickelt, daß es auch für allgemeine Reaktionssysteme gilt. Weiterhin bediente er sich der Methode, um wichtige Reaktionen von größeren Molekülen zu studieren.

Polanyi, der am 23. Januar 1929 in Berlin geboren wurde, lehrt seit 1962 Chemie an der Universität von Toronto (Kanada). Er entwickelte die Methodik der infraroten Chemie-Lumineszenz, mit der das von neu gebildeten Molekülen ausgesandte, äußerst schwache Licht registriert und analysiert werden kann. Damit konnte die Umwandlung von Energie bei chemischen Reaktionen ergründet werden.

Die Aufklärung chemischer Elementar-Reaktionen gehört in das allgemeine Gebiet der Kinetik, die harte „Experimentierkunst“ und nicht selten kriminalistisches Gespür erfordern. So werden die Forschungen unter anderem dadurch erschwert, daß die Reaktionen der Gase die Gefäßwände angreifen, wodurch die Prozesse verfälscht werden können. Herschbach und Lee versuchten dieses Problem zu umgehen, indem sie ihre Untersuchungen von chemischen Reaktionen mit Hilfe von Strahlen vornahmen.



Nobelpreisträger für Chemie: Dudley R. Herschbach, Yuan Tseh Lee und John Charles Polanyi (von links) FOTOS: DPA

Molekularstrahlen sind im wesentlichen Ströme von Gasteilchen, die sich mit annähernd gleicher Geschwindigkeit in einer Richtung im leeren Raum (Vakuum) fortbewegen. Solche Molekularstrahlen kann man entweder in eine Kammer „schießen“, wo bereits ein anderes Gas vorhanden ist. Dort können beide dann eine Reaktion eingehen. Eine Alternative sind die gekreuzten Molekularstrahlen, die den Vorteil bieten, daß sie definierte Versuchsbedingungen schaffen. Mit Hilfe aufwendiger Nachweisapparaturen ist es dann möglich, die Einzelheiten des Reaktionsablaufs festzuhalten.

Man kann sich solche Reaktionen wie die Bewegung eines Teilchens vorstellen, das sich in einer enrgetischen „Gebirgslandschaft“ befindet. Im Normalzustand bewegt es sich in einer Talsohle. Kommt nun ein zusätzlicher Energiebetrag von außen hinzu, gibt er dem Teilchen soviel Schwung, daß es über den „Bergsattel“ gehoben wird und im nächsten Tal eine neue Reaktion ausführen kann. Die zusätzliche Energie bezeichnet man als Aktivierungsenergie.

NOTIZEN

Mann mit zwei Herzen

St. Louis (AP) – Einem 44jährigen Patienten ist am vergangenen Samstag in der Universitätsklinik von St. Louis (USA) ein zweites Herz eingepflanzt worden, wie der Chirurg Dr. Kirk Kanter gestern mitteilte. Die Implantation wurde in einer siebenstündigen Operation vorgenommen, von der sich der Patient gut erholt hat. Das eingepflanzte Organ soll das eigene, geschwächte Herz des Patienten in seiner Funktion unterstützen und im Laufe der Zeit mehr und mehr dessen Pumparbeit übernehmen. An eine Entfernung des körpereigenen Organs ist nicht gedacht, weil wegen Bluthochdrucks Komplikationen befürchtet werden.

Glas-Wiederverarbeitung

Brüssel (dpa) – Drei Millionen Tonnen Glasabfall sind in der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1985 auf dem Wege des Recycling neu verarbeitet worden. Diese Menge ist mehr als ein Viertel des EG-Jahresverbrauchs, wie EG-Kommissar Stanley Clinton Davis in Brüssel erklärte. Sie entspricht etwa zehn Milliarden Glasflaschen oder 100 Flaschen pro Familie in der EG. Die Niederlande stehen beim Glas-Recycling-Prozeß mit 53 Prozent an der Spitze, gefolgt von der Bundesrepublik und Belgien mit über 30 Prozent.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Arche Noah für Wetterpropheten“ – Wilhelm Denker über Rettungsaktionen für den grünen Laubfrosch.

*

„Baumriesen ruhen im Winterschlaf“ – Vom Fund eines prähistorischen Waldes erzählt Matthias Glaubrecht.

*

Wie Nahrungsmittel jetzt mit Schallwellen konserviert werden können, beschreibt Arno Nöldechen.

Plasmatechnik

Düsseldorf (lnw) – Eine „Arbeitsgemeinschaft Plasmaphysik“ (APP) haben die Universitäten Bochum, Essen und Düsseldorf gemeinsam mit der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) in Düsseldorf gegründet. Plasma ist technologisch nicht nur für die Energiegewinnung interessant, sondern von hoher Bedeutung für die Grundlagenforschung. Bei der Computer-Chip-Herstellung, der Oberflächenbehandlung von Werkstoffen sowie bei Umwelt- und Entgiftungsverfahren stellt die Plasmaforschung eine Schlüsseltechnologie dar. Für die APP arbeiten mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft rund 130 Wissenschaftler.

Erfolglose Suche nach den Verwandten im All

Radioastronomen auf der Spur außerirdischer Lebewesen

Von ANATOL JOHANSEN

Im Grunde ist die Überlegung einfach: Wenn man bedenkt, daß allein in der Milchstraße mehr als 100 Milliarden Sterne anzutreffen sind, die unserer Sonne ähneln, und etwa ein Drittel dieser Sonnen auch erdähnliche Planeten hat, dann müßte es doch sehr sonderbar sein, wenn sich dort nicht – wie auf der Erde – intelligentes Leben entfaltet haben sollte.

So begannen denn auch schon 1960 verschiedene Forschergruppen in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, den Himmel nach Funksignalen anderer Zivilisationen abzusuchen. Als man sieben Jahre später regelmäßig wiederkehrende Funksignale auffing, schien der Erfolg nah. Leider erklärte sich dieses Phänomen auf natürliche Weise. Man hatte die sogenannten Pulsare entdeckt, Sterne, die jeweils nur von einem Teil ihrer Oberfläche Strahlung aussenden. Sie wirkten daher wie ein Leuchtturmfeuer: Drehten sich die Pulsare um die eigene Achse, dann traf das Signal auf dem Erdboden ein, wenn die ausgehende Strahlungskeule die Erde „ins Blickfeld“ bekam.

Ungeachtet der Enttäuschung wurde die Suche nach außerirdischem Leben mit Hilfe der Elektronik sogar noch intensiviert. So berichteten Forscher der Harvard-Universität (USA) im Oktober 1985, daß sie ein Radioteleskop mit einem computerisierten, multispektralen Spektrometer verbunden haben, der gleichzeitig bis zu 8,4 Millionen Radiokanäle überwachen kann.

Zusätzlich soll im nächsten Jahr das Hubble-Weltraumteleskop gestartet werden, das mit einem Spiegel von 2,40 Meter Durchmesser in das Weltall blickt. Seine Leistung wird um den Faktor sieben größer sein als die zur Zeit besten optischen Geräte der Erde. Zu den Entdeckungen, die man mit seiner Hilfe zu machen hofft, gehört – erstmals in der Geschichte der Astronomie – die Entdeckung von Planetensystemen an anderen Sternen.

Auch die Nasa will Signale aus dem Weltall aufspüren

Schließlich überlegt die Nasa, Ende dieses Jahrzehnts das gesamte Mikrowellenspektrum mit automatischen Geräten auf „verräterische“ Signale hin zu überwachen. Andere amerikanische Wissenschaftler wollen systematisch die 200 nächstgelegenen Sterne auf etwaige, zu ihnen gehörende Planetensysteme erforschen.

Ob die verbesserten Möglichkeiten, Funksignale aus dem All zu empfangen oder ferne Planetensysteme zu entdecken, bei der Suche nach intelligentem Leben außerhalb der Erde zum Erfolg führen werden, ist dennoch äußerst fraglich. Alle Voraussagen in diesem Bereich sind Spekulationen, die zum Teil eher auf eigenen Wunschvorstellungen als auf konkreten Tatsachen basieren.

So glaubten noch vor drei Jahrzehnten einige Forscher, daß unter den dichten Wolken der Venus tropische Urwälder zu finden sein könnten, in denen Saurier ihr Unwesen trieben. Wenig später meldeten dann amerikanische und sowjetische Sonden, daß auf der Venus-Oberfläche „Backofen-Temperaturen“ zwischen 400 und 500 Grad Celsius herrschen und daher kaum länger mit Leben auf dem Nachbarplaneten der Erde zu rechnen ist.

Extraterrestrische waren eine optische Täuschung

Als unbemannte Planetenspäher den Mars anflogen, entpuppten sich auch die angeblich von intelligenten Wesen errichteten Mars-Kanäle als eine einfache optische Täuschung. Die amerikanische Mars-Sonde „Viking“, die sogar den Marsboden aufgrub, um nach eventuellen Mikroorganismen zu suchen, fand nichts dergleichen.

Inzwischen hat sich zumindest ein Amerikaner – *Allan E. Goodman* von der Georgetown-Universität (Washington D. C.) – Gedanken darüber gemacht, wie man reagieren solle, wenn man tatsächlich Botschaften ferner Welten auffangen sollte. Auf dem 37. Astronautenkongreß in Innsbruck (Oktober 1986) schlug er eine internationale Übereinkunft vor, daß Informationen über fremde Zivilisationen allen Ländern zugute kommen sollten. Jene Nation, die das Signal zuerst empfangen wird, darf dies nicht aus Eigennutz für sich behalten.

Im Grenzbereich von Wissenschaft und Science-fiction gab es bei den Russen schon vor Jahren eine seltsame Theorie für den schweren Meteoriteneinschlag in Sibirien im Jahre 1908. Ein findiger Sowjetbürger hatte errechnet, daß eine Zivilisation im Sternbild „Schwan“ die Explosion der Vulkaninsel Krakatau im Jahre 1883 als Funkzeichen von der Erde verstanden haben muß. Diese ferne, der Erde überlegene Zivilisation hätte dann ihrerseits mit einem gewaltigen Laserstrahl geantwortet, der wie ein gewaltiger Meteoreinschlag in Sibirien die Erdatmosphäre traf.

Gegenwärtig laufen in aller Welt mehr als zwei Dutzend Projekte zur Suche nach Lebenszeichen aus fernen Welten, so berichtete Goodman in Innsbruck. Wenn diese bisher nicht zum Ziel geführt haben, so konnten die Forscher jedoch eine Reihe von Erklärungsversuchen für ihre Erfolglosigkeit vorlegen. Eine der letzten lautet, es könne zwar durchaus sehr hochstehende Zivilisationen im Funkempfangsbereich der Erde geben. Doch sie würden sich weigern, mit uns „Erdlingen“ Kontakt aufzunehmen, weil die irdische Zivilisation noch einen hohen Grad von Unreife zeige.

NACHRICHTEN

Fußball-Junioren Dritte

Subotica (sid) – Die deutsche Fußball-Junioren-Nationalmannschaft unter 19 Jahre belegte nach einem 1:0-Sieg über Schottland Rang drei bei der Europameisterschafts-Qualifikationsrunde in Jugoslawien.

Vandereycken nach Berlin

Berlin (sid) – René Vandereycken, 33jähriger belgischer Fußball-Nationalspieler, wechselt für eine Ausleihsumme von 30 000 Mark vom belgischen Meister RSC Anderlecht zum Bundesligaklub Blau-Weiß Berlin.

Ermittlungen in Bielefeld

Bielefeld (sid) – Beim Fußball-Zweitligaklub Arminia Bielefeld ermittelt die Kriminalpolizei nach dem Verbleib der 120 000 Mark Ablösesumme für den Jugoslawen Boris Ticic. Bielefeld hatte das Geld angeblich an den ehemaligen Klub des Spielers, den FC Rijeka, überwiesen. Dieser erklärte, nie eine Ablösesumme gefordert oder erhalten zu haben.

Rang zehn für Golfteam

Caracas (sid) – Nach der Auftaktrunde bei den Mannschafts-Weltmeisterschaften der Golf-Amateure belegt das deutsche Damen-Team mit 152 Schlägen gemeinsam mit Schweden den Rang zehn. Großbritannien führt mit 143 Schlägen.

Finale ohne Wilander?

Stockholm (sid) – Das Finale im Tennis-Daviscup zwischen Australien und Pokalverteidiger Schweden vom 26. bis 28. Dezember in Melbourne wird voraussichtlich ohne den Weltranglisten-Zweiten Mats Wilander ausgetragen. Der 22jährige Schwede wird in der letzten Dezemberwoche heiraten.

Kankkunen führt

San Remo (sid) – Bei der Rallye San Remo führen die Finnen Juha Kankkunen/Juha Piironen auf Peugeot 205 Turbo nach 29 von 41 Wertungsprüfungen mit 14 Sekunden vor den Italienern Massimo Biasion/Tiziano Siviero auf Lancia Delta.

ZAHLEN

FUSSBALL

EM-Qualifikation, Gruppe 7: Luxemburg – Belgien 0:6. – **EM-Qualifikation „U 21"**, Spiel um Rang drei: Bundesrepublik Deutschland – Schottland 1:0.

HOCKEY

Weltmeisterschaft in London, Gruppe B: Bundesrepublik Deutschland – Indien 2:2, Spanien – Kanada 3:1, Australien – Polen 4:2.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, vorgezogenes Spiel vom 5. Spieltag: Osnabrück – Gießen 73:83.

TENNIS

Damen-Turnier in Filderstadt, 1. Runde: Mandlikova (CSSR) – Fairbank (Südafrika) 6:7, 6:4, 6:2, Croft – Durie (beide England) 3:6, 6:4, 6:4, Henrickson (USA) – Krapl (Schweiz) 3:6, 7:6, 6:3, Shriver (USA) – Temesvari (Ungarn) 6:4, 6:2, Reggi (Italien) – Hanika (Bundesrepublik Deutschland) 5:7, 6:3, 6:2, Moulton (USA) – Cecchini (Italien) 6:4, 6:2, Scheuer-Larsen (Dänemark) – Demongeot (Frankreich) 7:6, 6:4, Garrison (USA) – Gildemeister (Peru) 6:0, 6:1. – Doppel, 1. Runde: Bunge/Lindqvist (Bundesrepublik Deutschland/Schweden) – Bundarova/Holladay (CSSR/USA) 6:2, 6:0.

IOC-SESSION

Tennis muß auf seine Zulassung noch warten

sid, **Lausanne**

Der Weg zu offenen Olympischen Spielen ist lang. Das zeigte sich erneut bei der 91. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Lausanne: Die Entscheidung über ein Tennisturnier der Weltbesten in Seoul 1988 wurde auf die nächste Sitzung im Mai 1987 in Istanbul vertagt.

Bei den IOC-Beratungen vor den Asienspielen in Seoul hatte sich das kuwaitische IOC-Mitglied Fahad al Sabah zum Sportsprecher der Dritten Welt und Asiens gemacht. Er kündigte Opposition gegen ein Olympia mit Profis an: „Die Chancenungleichheit würde dann für uns noch größer."

Doch das IOC ist auch Druck von zwei Seiten ausgesetzt, dem es kaum entgehen kann. Und so sieht Willi Daume, Vorsitzender der Zulassungskommission, die Vertagung nicht als Niederlage an: „Die Mitglieder brauchen Zeit, sich mit den Details vertraut zu machen. Deshalb habe ich dafür plädiert, die Entscheidung lieber zu vertagen, als eine Abstimmungsniederlage zu riskieren."

Auf der einen Seite steht der internationale Tennis-Verband ITF, dessen Präsident Philippe Chatrier droht, ohne die Top-Spieler werde es in Seoul kein Tennisturnier geben. Auf der anderen Seite steht die US-Fernsehgesellschaft NBC, die die Rechte in Seoul für mindestens 300 Millionen Dollar erworben hat. NBC pocht auf den Vertrag, in dem es heißt, daß alle Sportarten, die für Seoul zugelassen sind, auch ausgetragen werden müssen – auch Tennis.

STAND PUNKT

Tour de Berlin

Tour-de-France-Direktor Felix Levitan ist zäh wie ein Rad-Star beim Anstieg zu einem Alpengipfel. Unbenommen der bisherigen Ablehnung der „DDR" hält er (noch) an dem Plan fest, die Tour 1987 nach dem Start in Berlin durch die „DDR" zu führen. Levitan kündigte in Paris weitere Verhandlungen in Ost-Berlin an. Anlaß dazu war die Präsentation der Start-Stadt Berlin vor 500 Gästen.

Sicher würde die „DDR", deren Staatsratsvorsitzender Erich Honekker seit längerem einen Besuch in Paris plant, den Franzosen gern entgegenkommen. Aber für sie ist die Tour auf ihrem Territorium, abgesehen von technischen Problemen, ein Politikum. So viel Gemeinsamkeit mit Berlin (West) paßt nicht ins Konzept, selbst nicht unter dem Dach eines solchen sportlichen Spektakels.

So blieb in Paris offen, wie es nach dem Auftakt auf dem Kurfürstendamm weitergeht. Die Alternative bei einem Nein der „DDR" hat Levitan schon in der Schublade: Verfrachtung des gesamten Trosses in Düsenjets. Nur das Ziel der Karawane will er noch nicht preisgeben – Straßburg vermutlich oder eine weitere Etappe von deutschem Boden aus.

Berlin läßt sich die Tour rund 4,5 Millionen Mark kosten. Wie Kritiker meinen, „zu viel kosten". Aber zur 750-Jahr-Feier der Stadt mit einem Etat von rund 100 Millionen Mark sollten auch sportliche Glanzlichter zählen. Berlins Vertreter in Paris konnten jedenfalls überzeugende Vorstellungen entwickeln. Bis zum 1. Dezember will Levitan für Klarheit darüber sorgen, wo es nun im Juli 1987 langgeht – durch die „DDR" oder nicht ...

DIETER DOSE

FUSSBALL / Vorbehalte der Bundesliga-Vereine gegen Olympia-Auswahl

Trotz der Kritik träumt Hannes Löhr von den Olympischen Spielen in Seoul

BERND WEBER, **Hannover**

Am Dienstag, dem 28. Oktober, findet im Essener Georg-Melches-Stadion ein Freunschaftsspiel der neuzubildenden deutschen Olympiamannschaft gegen Schweden statt – der erste Auftritt und die erste Nagelprobe für den neuen Auswahltrainer Hannes Löhr. Der sagt: „Ich freue mich auf den Start." Die Frage freilich ist, ob diese Freude ungetrübt sein wird. Nach all der bissigen Kritik an dieser Olympia-Auswahl für Seoul 1988 ist eher zu vermuten, daß der Weg für Löhr hart sein wird.

Da gibt es beispielsweise folgendes Zitat von Bayern Münchens Manager Uli Hoeneß: „Solange ich im Amt bin, werden wir weder einen Spieler für die Olympia-Qualifikation noch einen für das olympische Turnier abstellen." Und Borussia Mönchengladbachs Helmut Grashoff hat per Brief an alle Bundesliga-Vereine erklärt, er halte es für falsch, daß Profis bei Olympia spielen dürfen.

Gespräch mit Trainern

Doch dies ist wahrscheinlich nur ein vorgeschobener Einwand. Die Mönchengladbacher, wie natürlich auch die Münchener und andere Vereine, sind vielmehr dagegen, ihre Profis neben Spielen für die A-Nationalmannschaft und für die Junioren-Auswahlteams jetzt auch wieder für die Olympia-Mannschaft abzustellen.

Ungeachtet dessen will Löhr, so sagte er am Rande des Länderspiels der A-Mannschaft gegen Spanien in Hannover, „mit Enthusiasmus und Freude" an seine neuen Aufgaben herangehen. „Ich glaube", sagte er, „daß ich mit meinen Kollegen eine gemeinsame Basis finden kann." Die letzten Tage hat Löhr zu einem Werbefeldzug genutzt. Bis auf Nürnbergs Heinz Höher und Bernd Hoss von Blau-Weiß 90 Berlin habe er mit allen Erstliga-Trainern gesprochen. Und die hätten ihm signalisiert, sie wollten ihn unterstützen.

Dabei sei er durchaus konzessionsbereit: Er habe, sagte Löhr, zum Beispiel mit Otto Rehhagel von Werder Bremen abgesprochen, daß „ich angesichts der prekären personellen Lage dieser Mannschaft vorläufig keine Werder-Spieler nominieren werde."

Dies indes sei ein Ausnahmefall. Grundsätzlich baut Löhr darauf, daß die Klubs laut DFB-Spielordnung verpflichtet sind, ihre Spieler für den Olympiakader freizugeben. Und wenn sich die deutsche Mannschaft für die Olympischen Spielen, die vom 17. September bis zum 2. Oktober 1988 dauern, qualifizieren sollte, hält der Trainer auch schon einen Vorschlag bereit: „Dann sollte der DFB während dieser Zeit, inklusive der einwöchigen Vorbereitung, den Bundesliga-Spielbetrieb ruhen. A-Länderspiele austragen und vielleicht die erste Pokalrunde durchführen lassen. Ich halte das für durchaus machbar, zumal die Bundesliga während Olympia eh im Schatten der dortigen Ereignisse stehen, das heißt Zuschauereinbußen hinnehmen wird." Aber ob dies die Vereinsvertreter genauso sehen, ist auch fraglich. Der September gilt als zuschauerfreundlicher Monat. Und die Fernseh-Olympia-Übertragungen müssen die Bundesliga wegen der Zeitverschiebung nicht unbedingt berühren.

Doch wie auch immer, Löhr bastelt längst an seiner Mannschaft – und er jongliert mit Namen: Den Uerdinger Rudi Bommer könne er sich sehr gut als Kapitän vorstellen. Mit dessen Vereinskameraden Werner Vollack, mit dem Leverkusener Rüdiger Vollborn und dem Mannheimer Uwe Zimmermann stünden erstklassige Torhüter bereit.

Reizvolle Aufgabe

„Ich denke", ergänzte Löhr, „auch an Frankfurts Verteidiger Ralf Sievers, an die Mönchengladbacher Hans-Georg Drehsen und Uli Borowka oder an Mannheims Stürmer Karl-Heinz Bührer."

Aber, das bekannte Löhr freimütig, er denke natürlich auch an sich selbst. Eine neue Mannschaft aufzubauen, das sei halt eine ausgesprochen reizvolle Aufgabe, bei der man sich profilieren könne. Und nicht zuletzt: „Ich habe immer davon geträumt, an Olympischen Spielen teilnehmen zu können."

Und dann folgt ein freundlicher Hinweis in Richtung Uli Hoeneß: „Von ihm weiß ich, wieviel Spaß die Olympia-Teilnahme macht." Der Bayern-Manager hatte 1972 in München für die Bundesrepublik Deutschland gespielt – damals war er allerdings noch Amateur.

HOCKEY

Insgeheim denkt Kleiter an das Finale

dpa/sid, **London**

Zwei Siege, drei Unentschieden und neun Tore haben der Auswahl des Deutschen Hockey-Bundes (DHB) gereicht, um bei der 6. Weltmeisterschaft zum fünften Male nacheinander das Halbfinale zu erreichen. „Jetzt werden sie auch Weltmeister", sagte Horst Wein, ein ehemaliger Nationalspieler und aufmerksamer Beobachter der Spiele, „die Mannschaft hat ihre Kräfte vernünftig eingeteilt und genügend Spieler, die ein Spiel entscheiden können."

Der Bundestrainer gibt sich vorsichtiger. „Am Samstag im Halbfinale heißt der Favorit England", sagte Klaus Kleiter. Doch insgeheim, das gibt er zu, denkt auch er schon an ein Endspiel gegen Australien.

Daran, daß Australien gegen die UdSSR das Finale erreicht, zweifelt in London niemand. Die Auswahl des Deutschen Hockey-Bundes (DHB) wird allerdings den Heimvorteil der Engländer zu spüren bekommen. Die 11 000 Zuschauer im ausverkauften Londoner Willesden Stadion standen bisher wie ein Mann hinter ihrem kampfstarken Team, das erstmals bei einer Weltmeisterschaft die Runde der letzten Vier erreicht hat. „Wir sind es gewohnt, in Pakistan gegen Pakistan zu spielen. Warum sollten wir in England nicht gegen England spielen können?" fragt Kleiter. Und Nationalspieler Eckhard Schmid-Opper fügt hinzu: „Die Engländer sind doch jetzt schon nervös."

„Alle, nur nicht Deutschland", hatte der englische Nationalspieler Norman Hughes bereits vor Wochen gesagt, als er nach seinem liebsten Gegner bei einer eventuellen Halbfinal-Teilnahme gefragt wurde. „Die Deutschen sind eine Turniermannschaft. Sie machen ein paar miese Spiele, aber wenn es um die Medaillen geht, sind sie eiskalt."

Die deutsche Mannschaft hat in der Tat nichts mehr zu verlieren. Das Halbfinale war das Pflichtziel, jetzt kann sie zur Kür antreten. Die meisten Sorgen hat dem Bundestrainer bisher die mangelhafte Auswertung der Torchancen bereitet. Australien hat mit einem Torverhältnis von 24:6 bei 9:1 Punkten gezeigt, was in der Vorrundengruppe B, in der auch das deutsche Team spielte, möglich war. Daß die Spieler – wie beim 2:2 im letzten Gruppenspiel gegen Indien – zeitweilig die Einzelaktionen übertrieben, stört Kleiter hingegen nicht: „Hockey ist immer noch ein bißchen ein Individualsport. Nur so bleibt er auch für die Zuschauer interessant."

Über die drei Ruhetage bis zum Halbfinale ist der Bundestrainer froh: „Wir brauchen die psychische Regeneration. Jedes Spiel muß erst mal verarbeitet werden." Leichtes Training und viel Ruhe stehen auf dem Programm. Stefan Blöcher und Michael Hilgers benötigen die Schonzeit für ihre Zerrungen. Nach dem Halbfinale wäre bei einem Sieg nicht mehr viel Zeit zum Ausruhen. Knapp 24 Stunden nach Spielende wird am Sonntag um 15.00 Uhr das Finale angepfiffen.

HANDBALL / Vier-Länder-Turnier vier Monate vor der B-WM – WELT-Interview mit Bundestrainer Simon Schobel

„Das spielerische Niveau der Bundesliga ist zur Zeit erschreckend"

SEPPL SIMON, **Bonn**

Von morgen an findet in Stuttgart und Offenburg das 17. Vier-Länder-Turnier im Hallenhandball statt. Vier Monate vor der B-Weltmeisterschaft in Italien (17. bis 28. Februar), dem Qualifikationsturnier für die Olympischen Spiele 1988, bietet Bundestrainer Simon Schobel eine weitgehend neuformierte Mannschaft auf, die in Südtirol die Rückkehr in die Weltspitze schaffen will und muß. Ansonsten bliebe der Deutsche Handball-Bund auf Jahre hin zweitklassig. Und auch das Amt des Bundestrainers stände zur Disposition. Die WELT sprach mit Simon Schobel.

WELT: Herr Schobel, gehen Sie nicht so kurz vor der B-WM ein unnötiges Risiko ein, wenn Sie Ihre Mannschaft total umkrempeln?

Schobel: Ein Risiko ist immer dabei, vor allem, wenn man bedenkt, was auf dem Spiel steht. Aber nachdem fast die halbe WM-Mannschaft aus der Schweiz ihre internationale Karriere beendet hat, blieb mir nichts anderes übrig. Außerdem hat gerade die Weltmeisterschaft zu Beginn des Jahres gezeigt, daß einige Spieler den Anforderungen eines solchen Turniers nicht gewachsen sind. Wir brauchen Vollblut-Handballspieler und keine Touristen.

WELT: Es geht in Italien um die Zukunft des deutschen Handballs – aber auch um Ihren Kopf, sagt man.

Schobel: Wenn wir die Qualifikation für Seoul nicht schaffen, dann ist das für unseren Sport eine sehr schlimme Sache. Was meine Person angeht, sind alle Spekulationen erlaubt. Dazu aber werde ich mich noch gesondert äußern, damit jeder früh genug weiß, woran er ist.

WELT: Heißt das, daß Sie möglicherweise im Falle eines erneuten Scheiterns sogar von selbst den Hut nehmen werden?

Schobel: Wie gesagt, dazu werde ich bei anderer Gelegenheit detailliert Stellung nehmen. Ich weiß, wie groß der Druck ist, ich weiß auch, daß ich die Verantwortung trage. Und dem werde ich mich nicht entziehen.

WELT: Sie haben einmal gesagt, daß Sie sich nicht noch einmal, wie in der Schweiz geschehen, die „Hölle bereiten lassen". Was heißt das speziell für Sie?

Schobel: Ich werde mich nicht wie in der Vergangenheit von Strömungen außerhalb der Mannschaft beeinflussen lassen. Die Erfahrungen der letzten Monate haben mich nüchterner werden lassen. Ich gehe jetzt meinen Weg, weil ich auf die Hilfe anderer nicht bauen kann.



Mit neuen Spielern zum Erfolg: Simon Schobel FOTO: WIDLER

WELT: Aus Ihren Worten spricht Resignation. Ist das schon die Angst vor der erneuten Pleite?

Schobel: Die Angst vor der Pleite ist es sicherlich nicht. Dann könnte ich die Brocken sofort hinwerfen. Resignation ist auch falsch. Ernüchterung ist präziser. Obwohl man im Verband sehr genau weiß, was auf dem Spiel steht, wird mir von der Spielleitungsstelle noch ein Knüppel zwischen die Beine geworfen. Meisterschaftsspiele wie in der vorigen Woche am Donnerstag und Freitag sind in erster Linie medienunfreundlich, zum anderen bringt unsere Vorbereitung, die ohnehin viel zu kurz ist, nichts.

WELT: Aber Sie haben es doch mit gestandenen Bundesligaspielern zu tun, die von sich aus dieses Manko beheben müßten.

Schobel: Wenn man wie ich die Bundesliga aufmerksam verfolgt, dann kann einem angst werden. Das spielerische Niveau ist zur Zeit erschreckend. Ich habe jedenfalls noch kein Spiel gesehen, das das Prädikat „Spitze" verdient hätte. Die vielen technischen Fehler liegen weit über dem internationalen Schnitt, außerdem sind die Varianten im Abschluß mehr als bescheiden. Ich werde also beim Lehrgang in Steinbach wieder das nachholen müssen, was woanders versäumt wurde; das heißt, den Torschuß trainieren.

WELT: Einer, der Tore am Fließband produziert und auch am Sonntag wieder sicher traf, ist Erhard Wunderlich. Doch dieser Name fehlt, obwohl Wunderlich seine sofortige Bereitschaft zur Rückkehr signalisiert hat.

Schobel: Das Thema Wunderlich ist nicht vom Tisch. Auch wenn er ein paar Pfunde zu viel hat, ist er immer noch einer, der das Spiel herumreißen kann, wenn nichts mehr läuft. Aber ich möchte in Stuttgart und Offenburg die jungen Spieler testen, ihnen die Verantwortung übertragen, damit sie endlich zeigen, was sie können. Erst danach werde ich mich entscheiden, ob ich in Italien mit oder ohne Wunderlich spielen werde. Wunderlich ist aber nur ein Name.

WELT: Viel Zeit zum Experimentieren bleibt Ihnen wirklich nicht. Sie müssen schon bald Nägel mit Köpfen machen.

Schobel: Das ist richtig. Nach dem Vier-Länder-Turnier sehe ich klarer. Dann werde ich auch entscheiden, ob ich überhaupt mit 16 oder nicht vielleicht nur mit 14 Spielern nach Italien fahren werde. Wie schon gesagt: Wir brauchen keine Touristen. Südtirol ist zwar ein schönes Skigebiet, aber deshalb fahren wir im Februar nicht dorthin.

Die Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks trauern um

Gertrud Kamrad

Leiterin der Hörfunk-Sportredaktion und Stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Sport des NDR

Sie verstarb im Alter von 60 Jahren nach schwerer Krankheit.

Seit 1946 war Gertrud Kamrad für die Sport-Berichterstattung des Rundfunks in Norddeutschland tätig. Als eine der ersten Sportjournalistinnen in Deutschland hat sie dieser Berichterstattung durch Persönlichkeit, Fachwissen und unermüdliche Einsatzbereitschaft wichtige Impulse vermittelt.

Sie war den Kollegen ein geachtetes Vorbild, den Sporthörern im Sendegebiet des NDR ein Begriff.

Der NDR wird ihr Andenken in Ehren halten.

NORDDEUTSCHER RUNDFUNK

Friedrich Wilhelm Räuker, Intendant — **Sabine Seiferth**, Vorsitzende Gesamtpersonalrat

†

7292 Baiersbronn-Schönmünzach, den 13. Oktober 1986

Nach einem erfüllten Leben im Dienst der Medizin und in Liebe zu seinen Patienten verstarb

Dr. med. Hans Selzer

* 17. 1. 15 † 13. 10. 86

Wir trauern um einen hervorragenden Mann, der durch aufopferungsvolle Hingabe sich der Erforschung der multiplen Sklerose verdient gemacht hat.

Als Gründer der Privatklinik für Multiple Sklerose schuf er vor 30 Jahren ein Unternehmen, das er durch seine außergewöhnliche Persönlichkeit ausbaute und voranführte.

Herr Dr. Selzer war nicht nur mit Leib und Seele Arzt, er kümmerte sich auch mit hohem Einfühlungsvermögen jederzeit um alle menschlichen Belange seiner Patienten und Mitarbeiter.

PRIVATKLINIK FÜR MULTIPLE SKLEROSE
Dr. med. Hans Selzer GmbH & Co. KG
Baiersbronn-Schönmünzach

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 17. 10. 1986, um 14.00 Uhr in Schwarzenberg statt.



CDU-Appell an „einsichtige" Gewerkschafter

DW. Wiesbaden

Heiner Geißler, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union (CDU), hat den Deutschen Gewerkschaftsbund zu parteipolitischer Unabhängigkeit ermahnt. In Wiesbaden appellierte der Unionspolitiker an die „Einsichtigen" innerhalb der Arbeitnehmerorganisation, dafür zu sorgen, daß der „*Filz an der Spitze des DGB* mit einer bestimmten Partei" endlich beseitigt werde. Die Unabhängigkeit, so der Generalsekretär, müsse wiederhergestellt werden.

Als ein Beispiel für die Einseitigkeit gewisser Gewerkschaftsführer nannte Geißler den Zweiten Vorsitzenden der IG-Metall, Franz Steinkühler, der Arbeitnehmer gegen die Politik der Bundesregierung mobilisieren will.

Fairneßabkommen unterzeichnet

Nea. Mainz

Die rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden von CDU, SPD und FDP, Bernhard Vogel, Rudolf Scharping und Rainer Brüderle, haben im Hinblick auf die Landtagswahl am 17. Mai kommenden Jahres in Mainz ein Wahlkampfabkommen unterzeichnet.

Wichtigste Punkte des Abkommens sind die Verpflichtung zu einem „sachlichen und fairen Wahlkampf", Verzicht auf persönliche Verunglimpfungen und Beschränkung der Plakatierung auf die letzten 20 Tage vor der Wahl.

Flüchtlinge müssen Adresse angeben

DW. Kassel

Flüchtlinge haben keinen Anspruch auf Asyl, wenn sie in der Bundesrepublik Deutschland untertauchen und sich weigern, den zuständigen deutschen Behörden ihre Anschrift mitzuteilen. Mit diesem Urteil hat der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel die Klage eines *Türken abgelehnt, der 1984 ohne* Visum einreiste und seitdem an einem unbekannten Ort im Bundesgebiet lebte. Aus dem Untergrund heraus ließ er sich bisher bei allen behördlichen Verfahren nur durch seinen Anwalt vertreten. (Az.:10 UE 1246/86)

„DDR" läßt Exil-Iraner streng überwachen

Mitglieder der Tudeh-Partei dürfen sich nicht treffen

WERNER KAHL, Berlin

Während des offiziellen Besuchs des iranischen Ministerpräsidenten *Hossein Moussawi hat die Ostberliner* Führung die in der „DDR" im Exil lebenden Angehörigen der im Iran verbotenen kommunistischen Tudeh-Partei unter eine Art Hausarrest gestellt. Das wurde aus diplomatischen Kreisen in Ost-Berlin bekannt. Tudeh-Mitglieder wurden angewiesen, jegliche Zusammenkünfte und sei es nur ein Kaffeehaus-Treffen, an den Besuchstagen des iranischen Staatsgastes zu unterlassen. Die Kon*trolle übt das Ministerium für Staats*sicherheit aus. Selbst eine – in der Zeitung „Die Wahrheit", dem Organ des westlichen Ablegers der „DDR"-Einheitspartei – für West-Berlin an*gekündigte Tudeh-Kundgebung* wurde ohne Angabe von Gründen abgesagt.

Die SED-Führung hatte in den letzten Jahren ebenso wie die DKP wiederholt zur Rettung der *Tudeh-Mit*glieder vor den Nachfolgern des *Schah aufgerufen. Flüchtlinge* aus dem Iran werden jedoch in Ost-Berlin handverlesen sortiert: Nur Mitglieder des Tudeh-Zentralkomitees und andere Funktionäre mit ihren Familien werden in der „*DDR" aufgenommen;* die Masse der Mitglieder wird nach West-Berlin und in das übrige Bundesgebiet als Asylbewerber geschleust.

Bis zum Verlassen Persiens durch Schah Reza Pahlewi war der Sitz der Exilorganisation der Tudeh in Leipzig. Dort residierte Generalsekretär Khianouri. Nach dem Sturz des Schah führte in Ost-Berlin der langjährige Leiter der Partei-Auslandsabteilung im Kreml, Boris Ponomrjow Gespräche mit der Tudeh-Leitung. *Beim Wechsel von der Herrschaft des* Schah zum Revolutionsregime Khomeinis hatte die Tudeh-Partei angeblich etwa 250 000 organisierte Mitglieder, die sich auf Weisung Moskaus Khomeini *zunächst als „Bündnis*partner" anschlossen. Für Parteichef Khianouri, der bis dahin als Stalinist galt, erfüllte sich jedoch nicht seine Vorstellung von einer „Front der pro*gressiven Kräfte, einschließlich* der progressiven Geistlichkeit". Das neue *Regime verurteilte* ihn zum Tod: Der Tudeh-Führer klagte sich schließlich selbst als Spion Moskaus an. Sein Schicksal ist ungewiß.

Jugoslawen begehren auf

Wachsende Streiklust / Lohnfragen im Vordergrund

DW. Belgrad

Die Streikbereitschaft der jugoslawischen Arbeitnehmer hat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres zu*genommen. Das geht aus gestern in* Belgrad veröffentlichten Zahlen der jugoslawischen Gewerkschaften hervor. Den Angaben zufolge gab es von Januar bis Juni 1986 insgesamt 383 Streiks. Das sind 12,3 Prozent mehr als in der gleichen Periode des Vorjahres.

Die Proteste richteten sich gegen die niedrigen Löhne, die zudem durch die enorme Teuerung und Inflation des Dinar entwertet werden. Binnen drei *Jahren ist* der Lebensstandard der Arbeiterschaft um mehr als 20 Prozent gesunken und eine Besserung ist nicht in Sicht.

Die Arbeitskämpfe – dies hat sich inzwischen geändert - dauern in Jugoslawien heute durchschnittlich mehrere Tage, während es früher meist nur einige Stunden waren. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich die Anzahl der Streikaktionen im Vergleich zum Jahr *1984* verdoppelt.

In 95 Prozent der Arbeitsniederle*gungen geht es um Lohnfragen. Für* höhere Löhne und Gehälter streikten in diesem Jahr neben Arbeitern auch die Ärzte des staatlichen Gesundheitswesens, Lehrer und die Fahrer und Schaffner der *städtischen* Nahverkehrsbetriebe. Streiks sind in Jugoslawien noch immer illegal, zahlreiche Appelle von Intellektuellen und in der Presse zur Legalisierung des Arbeitskampfes verhallten bisher ungehört.

Die Gewerkschaften, deren Abhängigkeit von der regierenden Kommunistischen Partei gerade von der Arbeiterschaft immer offener kritisiert wird, verurteilen Streiks. Sie stünden, so die offizielle Argumentation, im „ideologischen Gegensatz zu den Optionen der jugoslawischen sozialistischen Selbstverwaltung".

NH-Betriebsräte machen dem DGB schwere Vorwürfe

dpa, Hamburg

Art und Umstände des Verkaufs *der Neuen Heimat (NH)*„durch Topmanager des DGB" haben die Gewerkschaften nach Auffassung der Betriebsräte von NH-Muttergesellschaft und zwei Tochtergesellschaften „in eine Vertrauenskrise gestürzt".

In einem gestern in Hamburg veröffentlichten Offenen Brief an den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) erklären die Arbeitnehmervertretungen der NH-Holding sowie der Neuen Heimat Nord und der Nordwestdeutschen *Siedlungsgesellschaft* (NWDS), der „angerichtete Schaden für die gewerkschaftliche Arbeit und die Durchsetzung der Forderungen" sei „unübersehbar".

Dem DGB wird vorgeworfen, Arbeitnehmerinteressen verletzt zu haben. Dadurch sei „auch die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften in Frage gestellt". Die „gewerkschaftliche Forderung auf umfassende und rechtzeitige Information der Arbeitnehmer *ist* beim Verkauf der NH auf der Strecke geblieben", heißt es in dem Brief. Erste und weitergehende Informationen „*haben wir der Presse entnehmen müssen*".

Die Betriebsräte kritisieren, daß der DGB „über die Köpfe der Be*triebsräte hinweg mit dem neuen* Eigentümer vereinbart" habe, „daß 400 Mitarbeiter – alles Gewerkschafter – ihre Arbeitsplätze kurzfristig bei der NH verlieren sollen; der neue Eigentümer kann die verbleibenden Mitarbeiter auswählen". Falsch sei die Darstellung des DGB, daß der *vorgesehene* Personalabbau von 2 500 auf 2 100 Arbeitsplätze gemeinsam mit den Arbeitnehmern vereinbart worden sei. „Bis heute liegt den Betriebsräten *keine Personalplanung* vor."

„Gemessen an Euren Aussagen *und Forderungen*", schreiben *die* Betriebsräte an den DGB-Vorstand, „können und wollen wir Euch nicht aus der Verantwortung für die Mitarbeiter entlassen. Wir fordern Euch deshalb auf, im Interesse der Ehrlichkeit und der Glaubwürdigkeit unserer Organisation, Euch der Verpflichtung gegenüber den Arbeitnehmern bei der NH nicht zu entziehen." An den Schluß des Briefes stellten die Betriebsräte den Satz: „Bevor Ihr darangeht, die Welt zu verbessern, geht dreimal durch das eigene Haus."

Zeuge Hoffmann lehnte die Gedächtnisstütze ab

DIETHART GOOS, Bonn

Bis zum überraschenden Besitzerwechsel – vom Deutschen Gewerkschaftsbund zum Berliner Unternehmer Horst Schiesser – stand er an der *Spitze der einst so mächtigen* Neuen Heimat: Diether Hoffmann. Gestern wurde er vor den Untersuchungsausschuß des Bundestages zitiert. Die elf Parlamentarier konnten sich den prominenten *Zeugen allerdings nur im* Sinne der Vergangenheitsbewältigung vornehmen.

Befragt nach Einzelheiten des Kaufvertrages kam die lapidare Antwort, er habe das Vertragswerk zwar gelesen, aber den Text nicht bei sich und könne *daher Detailfragen nicht* beantworten. Als ihm der FDP-Abgeordnete Josef Grünbeck ein Exemplar des Kaufvertrages als Gedächtnisstütze übergab, schob Hoffmann das Papier von sich.

Pünktlich hatte der 57jährige Vater *von vier Kindern in Begleitung* seines Rechtsanwalts Frank Dahrendorf auf dem Zeugensessel Platz genommen und umfangreiches Aktenmaterial ausgebreitet. Zum anthrazitfarbenen Einreiher trug Hoffmann eine auffallend rote Krawatte. Er griff in die Zigarrenschachtel und zündete sich eine Dunhill „Senorita" an.

Nüchtern und in der kühlen Distanz des ausgeschiedenen Managers schilderte Hoffmann dem Ausschuß *das ganze wirtschaftliche* Elend seiner ehemaligen Firma. Als er 1982 von der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) zur Neuen Heimat wechselte, war die Mißwirtschaft seiner gefeuerten Vorgänger offenkundig.

Fehleinschätzungen

Mit mehr als zwei Milliarden Mark belasteten unbebaute Grundstücke *die Bilanz*. Ergebnis von Fehleinschätzungen und unverantwortlicher Vorratswirtschaft. Trotz schwieriger Marktverhältnisse wurde der Bestand verringert. Mitte dieses Jahres betrug sein Wert weniger als 900 Millionen Mark.

Eklatant auch das Mißmanagement in der Baupolitik: Seit Ende der siebziger Jahre hatte die NH Eigentumswohnungen und Kaufeigenheime auf Vorrat gebaut, 1982 waren es mehr als 700 000 Objekte im Werte von zwei Milliarden Mark. Hoffmann bezifferte die Verluste der Neuen Heimat von 1981 bis 1984 auf 1,5 Milliarden, der drohende Zusammenbruch konnte nur durch erhebliche Zuschüsse der Gewerkschaften und ge*wagte finanzielle Transaktionen* hinausgeschoben werden.

Vergeblich versuchte der Ausschuß, durch immer neue Fragen von Koalitions- und Oppositionsabgeordneten dieses Dickicht zu durchdringen. Doch der clevere Ex-Manager, dessen Vertrag mit *der Neuen Heimat* noch im vergangenen Jahr bis 1990 *verlängert* worden war, sagte nur das Nötigste. Als die Parlamentarier nachhakten, drohte Hoffmann aus der Fassung zu geraten. Beruhigend legte ihm Anwalt Dahrendorf die *Hand auf den Arm.*

Kredittransfer der BfG

Finanzielle Transaktionen vom gemeinnützigen Unternehmensbereich in die nichtgemeinnützige Neue Hei*mat Städtebau zu Lasten* der Sozialmieter habe es nicht gegeben. Man habe die hochverschuldete Städtebau aber sanieren müssen, um den gesamten Konzern vor dem Konkurs zu retten. *Dies geschah durch Kredit*transfer der BfG auf andere Bankinstitute und durch Verzicht auf Rückzahlungsforderungen. Damit rutschte die BfG von der ersten auf die vierte Position der Hauptkreditgeber. Das Gesamtvolumen dieser Operation bezifferte Hoffmann auf 1,5 Milliarden Mark.

War es nicht unverantwortlich, bei einer derartig dramatischen Zuspitzung der Geschäftslage die gemeinnützige Neue Heimat (sie wurde durch zehn Milliarden Mark öffentliche Gelder gefördert) so eng an die Neue Heimat Städtebau zu binden, wollte der Ausschußvorsitzende Heinz Günther Hüsch wissen.

Mit einer Spur von Selbstkritik antwortete der Zeuge: „Diese Frage habe ich mir immer wieder gestellt. Ich kann nicht beantworten, ob es so richtig war."

Entschieden wies Hoffmann allerdings ein Protokoll des Aufsichtsrats *der Neuen Heimat vom vergangenen* Jahr zurück, wonach das Gehalt der NH-Geschäftsführer um zehn Prozent erhöht worden war. „Mein Gehalt hat sich seit 1980 – damals noch bei der BfG – bis Ende September dieses Jahres nicht verändert." Über *die ganze Zeit* blieb es bei Jahresbezügen von 400 000 Mark.

„Truppenstärke in Afghanistan ist Geheimnis"

RMB. Moskau

Die Sowjetunion hat gestern mit dem Rückzug von sechs Regimentern aus Afghanistan begonnen. Wie Generaloberst Nikolaj Tscherwow auf *einer Pressekonferenz in Moskau* bestätigte, werden insgesamt 8000 Soldaten aus einem Panzer-, zwei Motor-Schützen- und drei Fliegerabwehrregimentern mit Technik und Bewaffnung abgezogen.

Die Frage nach der Gesamtzahl der *in Afghanistan* stationierten Sowjet-Truppen beantwortete Tscherwow nicht, weil sie ein „militärisches Geheimnis" sei. Im übrigen sei die Zahl nicht das wesentliche, sondern der *politische Schritt überhaupt*, den die Sowjetunion unternommen habe. Den Vereinigten Staaten hielt er vor, diesen „konstruktiven Schritt" zu torpedieren.

Den USA und anderen Staaten, namentlich nannte er auch Israel, warf er *Einmischung in Afghanistan vor*. Er beschuldigte sie, in diesen Krieg „chemische Waffen und die Spielzeug-Attrappen" einzusetzen. Amerikanische Experten würden zudem von *pakistanischem Territorium aus* afghanische „Banditen" in der Kriegsführung unterweisen.

Auf die Frage, welche Rolle die sowjetischen Soldaten in Afghanistan erfüllten, sprach Tscherwow davon, daß es ihre Aufgabe sei, Transportwege, *bedeutende* Objekte *und natürlich* die afghanische Bevölkerung zu schützen. Bei Angriffen der „Banditengruppen" auf diese, würden diese Truppen dann allerdings „selbstverständlich auch Kampfhandlungen durchführen".

Auf der Pressekonferenz wurde ein Bulletin verteilt, das „die Position der UdSSR bei der Regelung der Lage um Afghanistan" sowie den „nichterklärten Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen *Afghanistan*" darlegt. Die USA werden darin beschuldigt, im Juni 1978, zwei Monate „nach dem Sieg der Nationaldemokratischen Aprilrevolution" in Afghanistan, während eines Symposiums in der amerikanischen Stadt Annapolis beschlossen *zu haben, den* Widerstandskämpfern Unterstützung zu erweisen. Aufgrund dieser Umstände hätte sich Kabul an die Sowjetunion mit der Bitte um Hilfe gewandt. Dies entspreche dem Artikel 51 der UNO-Charta, in dem das unveräußerliche Recht jedes *Staates auf kollektive* Selbstverteidigung fixiert sei.

Mit den kleinen „Glimmstengeln" haben die Zigarettenfirmen jahrelang gutes Geld verdient. Doch die goldenen Zeiten sind vorbei. Konsequenz: Viele Unternehmen investieren in andere Bereiche. Daß Philip Morris in diesem Jahr General Foods übernommen hat, ist nur ein weiteres Beispiel. (S. 16) FOTO: SVEN SIMON

FÜR DEN ANLEGER

Schneider Rundfunkwerke: Die Aktien des Börsenneulings sind gestern zum Kurs von 820 DM in den Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse eingeführt worden. Ausgegeben worden waren sie für 540 DM.

Elf Aquitaine: Die Emission der Gesellschaft ist fünffach überzeichnet. Zeichnungen von Kleinaktionären wurden sämtlich erfüllt. Für Kaufaufträge von mehr als zehn Aktien wurden im Verhältnis 1 : 6 repartiert. Die Zuteilung für institutionelle Anleger und Ausländer erfolgt im Verhältnis 100 : 766 und 100 : 1010.

Hamburg: Die Hansestadt begibt morgen eine Anleihe im Volumen von 250 Mill. DM zu pari. Sie wird fällig am 25. September 1996, verzinst mit 6,5 Prozent.

Bayern Hypo: Ab Anfang 1987 sollen an allen führenden Börsen der Schweiz die Aktien des Instituts amtlich notiert werden. Im Ausland werden sie bislang nur in Wien gehandelt.

Allianz: Die Bezugsrechte für die Genußscheine werden vom 27. Oktober bis zum 5. November gehandelt; der Bezugspreis wird am 16. Oktober nach Börsenschluß festgelegt. Auf vier Aktien entfällt vermutlich ein Bezugsrecht.

Japan: Die Bank of Japan hat ihre an zehn einheimische Großbanken vergebenen Kreditlinien um etwa 66 Prozent auf 5 Bill. Yen (64,25 Mrd. DM) ausgeweitet.

UdSSR: Die sowjetische Währung ist neu bewertet worden. 100 DM sind nunmehr 33,96 (33,79) Rubel wert.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 272,02 (272,63); Chemie: 160,49 (161,65); Elektro: 335,38 (336,77); Auto: 706,89 (707,67); Maschinenbau: 147,23 (147,84); Versorgung: 162,07 (163,39); Banken: 403,56 (403,99); Warenhäuser: 180,10 (179,13); Bauwirtschaft: 546,37 (553,85); Konsumgüter: 178,45 (178,12); Versicherung: 1394,51 (1388,02); Stahl: 145,19 (146,01).

Kursgewinner:	DM	+ %
Sanyo El.	5,10	6,25
Verseidag	194,00	4,81
Atlas Copco	61,3	4,79
Nabisco	100,00	4,71
Hartmann & Braun	2000,0	4,71

Kursverlierer:	DM	– %
Rio Tinto	15,50	20,5
Hitachi	1260,0	5,62
Barlow	8,60	4,44
Seitz Enziger	165,00	4,35
Münchner Rück	2240,0	4,27

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: leichter

MÄRKTE & POLITIK

Subventionen: Nachholbedarf bestehe bei nachwachsenden Rohstoffen, meinte Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle gestern. Bonner Finanzhilfen seien zu gegebener Zeit vorgesehen.

Großbritannien: Die Bank von England hat gestern ihre Geldmarkthandelssätze um einen Prozentpunkt heraufgesetzt. Damit hat sie die Leitzinserhöhung vom Dienstag um einen Punkt auf elf Prozent bestätigt.

Makler: Die Mieten ziehen in der Bundesrepublik erstmals seit 1984 wieder an. (S. 15)

WELTWIRTSCHAFT

EWS: Die Vollmitgliedschaft Großbritanniens ist näher gerückt, nachdem sich die Labour Partei überraschend bereiterklärt hat, einen Beitritt „unter gewissen Bedingungen" zu befürworten.

Japan: Die Industrieproduktion wird 1986 erstmals seit elf Jahren sinken, vermutet Regierung. Im August lag sie – nicht saisonbereinigt – 2,7 Prozent unter der des Vormonats.

Fälschungen: Mindestens drei Prozent des Welthandels sind nachgeahmte Produkte. Neben Markenartikeln sind immer mehr industrielle Erzeugnisse betroffen. (S. 14)

EG: Die Kommission sagt der Bundesrepublik für 1987 den höchsten Verbrauchszuwachs seit über 15 Jahren voraus. (S.14)

Frankreich: Die Konjunktur bessert sich. Binnennachfrage und Exporte innerhalb Europas haben sich deutlich belebt. (S. 14)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	14. 10. 86	13. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	166,50	167,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	66,00	68,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	116,00	117,50	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Daimler Benz: Das Unternehmen drohe keinesfalls mit einer anderen Standortentscheidung für das neue Werk, erklärte Vorstandsmitglied Reuter gestern vor der Industrie- und Handelskammer Esslingen. (S. 15)

IKB: Das Institut, das vor allem Investitionen von Mittelstandsunternehmen finanziert, hat seine Kundenforderungen im ersten Halbjahr um eine Milliarde auf 13 Milliarden DM gesteigert. (S.15)

Coca Cola: Bei der Sec liegt ein Antrag für die Emmission von 71,4 Mill. Stammaktien vor. (S. 14)

Apple Computer: Das amerikanische Unternehmen hat seinen Jahresüberschuß im vergangenen Geschäftsjahr (28. September) mehr als verdoppelt.

Diebold Deutschland: Die Hersteller von Personal Computern können trotz sinkender Gewinnspannen mit dem ersten Halbjahr 1986 zufrieden sein, hat die Managementberatungsgesellschaft festgestellt. (S. 22)

Christie's: Das Auktionshaus hat gestern zahlreiche Presseberichte dementiert, nach denen das Londoner Konkurrenzunternehmen Phillips eine Übernahmeofferte vorbereite.

Dresdner ABD: Das in diesem Frühjahr von der Dresdner Bank-Gruppe gegründete Institut hat gestern seinen Geschäftsbetrieb in Japan aufgenommen; das Unternehmen wird sich auf Investmentbanking konzentrieren.

Banco Central: Die schweizerische Finanzgruppe GSM Securities Management hat 3,5 Millionen Aktien des spanischen Instituts für 14,5 Mrd. Pesetas (218,9 Mill. DM) erworben. Das sind rund fünf Prozent des Kapitals.

WER SAGT'S DENN?

Finanzinnovationen sind Instrumente, die zum Leidwesen der Analysten das Unkalkulierbare noch unkalkulierbarer machen.

Adolf Ratjen

Bonn greift den Küstenländern mit 420 Millionen Mark unter die Arme

Bundesregierung einigt sich auf Maßnahmenpaket – Werfthilfe wird verbessert

ARNULF GOSCH, Bonn

Ein umfassendes Maßnahmenpaket zugunsten der unter der weltweiten Werftenkrise leidenden vier norddeutschen Küstenländer hat das Bundeskabinett gestern beschlossen. Wie Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann anschließend vor der Presse erklärten, werden diesen Ländern insbesondere für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und damit zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen insgesamt 420 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

300 Millionen Mark für die Jahre 1987 und 1988 sieht der Entwurf eines Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes nach Artikel 104a Grundgesetz vor. Davon erhalten Schleswig-Holstein 105 Millionen, Bremen 75 Millionen, Niedersachsen und Hamburg jeweils 60 Millionen Mark.

Hinzu kommt eine Aufstockung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur um insgesamt 120 Millionen Mark, verteilt auf die Jahre 1987 bis 1989. Hiervon profitiert allerdings nicht Hamburg, weil es kein Fördergebiet ist. Die Aufteilung auf die Länder soll entsprechend dem in ihren Anträgen darzulegenden Bedarf an Ersatzarbeitsplätzen (insgesamt dürften noch 10 000 Arbeitsplätze verlorengehen) erfolgen. Die Entscheidung hierüber wird am 5. November im Planungsausschuß fallen. Erforderlich ist die Zustimmung von sechs Ländern.

Wie Bangemann weiter mitteilte, setzt sich die Bundesregierung für eine verstärkte Förderung von Umschulungen und zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit ein. Auch sollen die Werft- und Reederhilfe künftig flexibler gehandhabt und die Förderrichtlinien insgesamt verbessert werden. Das betrifft eine Erweiterung der Zweckbestimmung, höhere Zinszuschüsse bei Fremdwährungsfinanzierungen und verbesserte Konditionen bei Aufträgen aus Entwicklungsländern. Nach Auffassung des Wirtschaftsministers ist dieser Beschluß durchaus OECD-konform.

Sowohl Stoltenberg als auch Bangemann halten das Maßnahmenpaket und insbesondere das Finanzhilfegesetz für großzügig und zu diesem Zeitpunkt auch für vertretbar, weil andernfalls in dieser Wahlperiode keine Entscheidungen mehr getroffen werden könnten.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß in Gesprächen mit den betroffenen Ländern befriedigende Regelungen für die inhaltliche Ausgestaltung der Länder-Richtlinie „Gewährung von Umstrukturierungshilfen an Seeschiffswerften" gefunden werden. Nach Bangemanns Worten muß insgesamt gewährleistet sein, daß EG-rechtliche Vorschriften nicht verletzt und die Bonner Position in Brüssel bei den Verhandlungen über die 6. EG-Schiffbaurichtlinie nicht durchkreuzt werden.

Die Beratung der jetzt beschlossenen Maßnahmen im Bundesrat und Planungsausschuß könne nur zu den angestrebten Ergebnissen führen, wenn es den Küstenländern gelinge, die übrigen Länder von der Angemessenheit und Notwendigkeit der zusätzlichen Hilfen des Bundes zu überzeugen. Stoltenberg hofft auf eine zügigen Verabschiedung.

Finanzausgleich wird vorab geregelt

Kabinett beschließt Abschlagszahlung für Bremen und Nordrhein-Westfalen

ARNULF GOSCH, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern eine Vorabregelung zum Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern beschlossen. Danach soll eine Abschlagszahlung auf den Nachteilsausgleich bei den Bundesergänzungszuweisungen bereits Anfang 1987 ermöglicht werden. Wie Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vor der Bundespressekonferenz erläuterte, sieht dieser Entwurf vor, als erste Rate eines pauschalierten Nachteilsausgleichs bei den Ergänzungszuweisungen im Jahr 1987 zunächst 100 Millionen Mark an Bremen und 75 Millionen Mark an Nordrhein-Westfalen zu zahlen. Nach Stoltenbergs Angaben zeichnet sich für Bremen ein Nachteilsausgleich von insgesamt 200 Millionen Mark ab, während die Lage bei NRW noch ungeklärt sei. Das Land selbst habe einen Anspruch für vier Jahre errechnet, dem Bonn noch nicht folgen könne. Insgesamt belaufen sich die Bundesergänzungszuweisungen auf 1,7 Milliarden Mark.

Der endgültigen Entscheidung über die Ausgestaltung des Nachteilsausgleichs und der umfassenden Neuegelung des Finanzausgleichsgesetzes werde durch diese vorläufige Vorabregelung nicht vorgegriffen. Der Bundesfinanzminister wird in enger Abstimmung mit den Ländern einen Gesetzesvorschlag zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen für den Beginn der nächsten Legislaturperiode erarbeiten. Mit den Ländern bestehe im Grundsatz Einigkeit darüber, daß die umfassende Neuregelung noch im Haushaltsjahr 1987 in Kraft treten und haushaltswirksam werden soll.

Aus diesem Grunde auch will Stoltenberg den Finanzministern „in Kürze" ein entsprechendes Thesenpapier übersenden. Dieses soll zunächst nur die unstrittigen Punkte enthalten. Gegensätzliche Positionen will Stoltenberg in Frageform kleiden. Der Minister neigt unverändert dazu, dieses jetzt und nicht, wie von einigen Ministerpräsidenten vorgeschlagen, erst nach der Bundestagswahl zu machen. Im letzteren Fall wäre nämlich eine Verabschiedung schon im nächsten Jahr, wie vom Verfassungsgericht gefordert, nicht gewährleistet.

Ausgangspunkt des gestern beschlossenen „Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Durchführung des Paragraphen 11a des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern im Jahr 1987" ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni dieses Jahres. Danach ist ein Nachteilsausgleich bei den Ergänzungszuweisungen zugunsten jener Länder geboten, die in der Zeitspanne von 1983 bis 1986 zeitweise leistungsschwach waren und keine Ergänzungszuweisungen erhalten haben.

Banken lehnen Kontoführung meist nicht ab

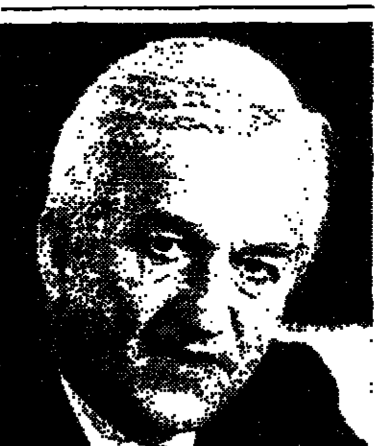
VWD, Bonn

Wer beim Antrag auf Eröffnung eines Girokontos die Unterzeichnung der Schufa-Klausel verweigert, muß nicht grundsätzlich befürchten, daß die Kontoführung von den Kreditinstituten abgelehnt wird. Das hat der Zentrale Kreditausschuß (ZKA) dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mitgeteilt.

Nach seinen Informationen sei es in diesen Fällen üblich, schreibt der Ausschuß, unter Würdigung der Umstände des Einzelfalles abzuwägen, ob eine Kontoeröffnung möglich sei. Dies werde in aller Regel dann zu bejahen sein, wenn das Konto auf Guthabenbasis unter Verzicht auf die Ausgabe einer Scheckkarte geführt werden solle. Betont werden müsse allerdings, daß letztlich die Entscheidung des jeweiligen Kreditinstituts maßgeblich sei und auch die Zurückweisung eines Eröffnungsantrages nicht generell ausgeschlossen werden könne.

Das gleiche gilt nach Darstellung des ZKA, wenn sich im Zusammenhang mit dem Antrag auf Eröffnung eines Girokontos herausstellt, daß Negativmerkmale bei der Schufa gespeichert sind. Gravierender erscheine dagegen beispielsweise die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung.

AUF EIN WORT



„Noch nie zuvor in der Geschichte hat jeder einzelne Mensch so große Ansprüche an unseren Mutterplaneten gestellt, ihn für das eigene materielle Wohlergehen so weitgehend ausgenutzt. Jeder Bürger der Bundesrepublik verbraucht im Durchschnitt heute eine Energiemenge, die der Leistung von 500 Arbeitssklaven der Antike entspricht."

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident. FOTO: WERNER SCHÜRING

Dollar fällt auf den niedrigsten Stand seit 1981

dpa/VWD, Frankfurt

Die recht starken Interventionen der europäischen Zentralbanken haben den Kursrückgang des Dollar bisher nicht gestoppt. In Frankfurt sank der amtliche Mittelkurs der US-Devise weiter und erreichte mit 1,9782 (1,9814) Mark den niedrigsten Stand seit dem 12. Januar 1981 mit 1,9736 DM. Auf dem Goldmarkt setzte sich der Preisrückgang fort: 422 (428,80) Dollar für die Feinunze und 27 100 (27 530) Mark für den Kilobarren lauteten gestern die Notierungen in London und Frankfurt.

In dieser anhaltenden Baisse-Stimmung versuchten die Devisenhändler gestern erstmals wieder, mit neuen Konjunkturdaten aus den USA Geschäfte und Kurse zu machen. Aus Washington kam die Meldung von einem Anstieg der US-Einzelhandelsumsätze im September um 4,6 Prozent. Bei näherer Analyse zeigte sich jedoch, daß nach Ausschaltung der Sondereinflüsse im Autoverkauf in den USA nur ein mageres Plus von 0,1 Prozent bleibt. Der Dollar gab dann nachbörslich noch eher nach.

Das Pfund Sterling konnte von der Zinserhöhung in London nur leicht und kurzfristig profitieren. Gestern notierte es in Frankfurt mit 2,8430 (2,8530) Mark schon wieder schwächer.

SPD fordert Institut für Arzneimittel

Pharmazeutische Industrie warnt vor erheblichen Nachteilen für Patienten und Ärzte

THOMAS LINKE, Bonn

Wer ist für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen verantwortlich ? Die SPD hat in einem Gesetzentwurf eine neue Ursache ausgemacht: Fehlende Vertragsbeziehungen zwischen Krankenkassen und Arzneimittelherstellern haben entscheidenden Anteil an den unzulänglichen Verhältnissen auf dem Pharmamarkt, die zu hohen Preissteigerungsraten geführt hätten und derzeit noch führen würden.

Für die Opposition ist der Pharmamarkt ein „angebotsdominierter Markt" ohne Gleichgewicht. Schlußfolgerung: Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Herstellern müssen gesetzlich geregelt werden. Krankenkassen und Kassenärzte gründen laut SPD-Entwurf gemeinsam ein unabhängiges Arzneimittelinstitut für die kassenärztliche Versorgung, das den Krankenkassen aus der Fülle des Arzneimittelangebots die Präparate vorschlägt, die für die kassenärztliche Versorgung geeignet sind. Dieser Gesetzentwurf stand gestern zur Diskussion im Sozialausschuß des Bundestages.

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie verneinte jede Kausalität zwischen dem Fehlen gesetzlicher Beziehungen im Verhältnis von Krankenkassen und pharmazeutischen Unternehmen und dem Anstieg der Arzneimittelausgaben. Vielmehr hätten sich die Ausgaben für Pharmazeutika langfristig sogar unterdurchschnittlich entwickelt: So kletterten alle Leistungsausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung zwischen 1970 und 1985 um 355 Prozent, die Ausgaben für Arzneimittel lediglich um 292 Prozent.

Die Lösung für das laut Pharmaverband nicht vorhandene Problem – die vom Arzneimittelinstitut zu erarbeitende Positivliste – bringe hingegen nur Schwierigkeiten: „Sie beeinträchtigt die Arzneimittelversorgung der Patienten, schränkt die ärztliche Therapiefreiheit ein und fügt der pharmazeutischen Industrie schweren Schaden zu." Ein Marktgleichgewicht zwischen den Arzneimittelanbietern (Pharma-Unternehmen) und den Nachfragern (Krankenkassen) werde durch die Vorschrift gerade nicht geschaffen, vielmehr werde den Krankenkassen eine dominierende Stellung eingeräumt.

Die Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenversicherung begrüßten dann auch erwartungsgemäß den von der SPD-Fraktion eingebrachten Entwurf. Ihrer Meinung nach wird eine notwendige Kostendämpfung dadurch erschwert, daß die verordnungsfähigen Arzneimittel bisher nicht einer Prüfung nach Qualität und Preis unterzogen worden sind. „Auf dem deutschen Arzneimittelmarkt ist der Preiswettbewerb unterentwickelt", hieß die Klage der Kassenvertreter. Als Beweis werteten sie die Tatsache, daß das Pharmapreisniveau erheblich über dem des Auslands liege. Teilweise würden Preisunterschiede bis zu 1000 Prozent festgestellt.

Opec am Ende?

Bm. – Die zweite Woche neigt sich dem Ende zu, da die Herren des Öls in Genf um Quoten ringen. Der Zeitraum ist nicht ungewöhnlich. Schon im Frühjahr brauchten sie drei Wochen, um zu einem faulen Kompromiß zu finden.

Doch die Ausgangslage ist jetzt kritischer. Die Saudis sind es leid, den Swing-supplier zu spielen, immer dann mit der Förderung herauf- oder herunterzufahren, wenn es der Opec angemessen erscheint. Sie wollen – gezwungen vom Mangel an Petro-Dollar – Federn wieder holen, die sie über Jahre lassen mußten.

Bei gleicher Fördermenge für die Opec von 16,8 Mill. Faß pro Tag bedeutet das für die übrigen zwölf Förderländer, die eigene Förderung noch mehr als bisher schon zu drosseln. Da aber auch sie in Defiziten zu ertrinken drohen, weigern sie sich bisher strikt.

Doch auch die übrigen, nicht zur Opec gehörenden Förderländer sind an einer Stabilisierung der Ölpreise brennend interessiert. Und da sie – wie Norwegen – Förderabstinenz signalisiert haben, darf davon ausgegangen werden, daß es in Genf wieder einen zähen Kompromiß gibt.

Die Alternative, der Bruch der Opec, würde niemandem dienen. Die Saudis würden den Weltmarkt überschwemmen und mit heruntergewirtschaftetem Ölpreis eine Einigung im zweiten Anlauf erzwingen.

Die Opec ist nicht am Ende. Totgesagte leben lange.

Schonzeit für Stahl

Von JOACHIM GEHLHOFF

Ohne den mehr als erwünschten Lichtblick für ihr Geschäft sind die deutschen Stahlindustriellen in der letzten Woche vom Weltstahlkongreß des International Iron and Steel Institute (IISI) aus Rio de Janeiro zurückgekehrt. Der Weltstahlverbrauch wird nach aktualisierter IISI-Prognose bis 1990 nur um ein mageres Prozent auf 730 Mill. Tonnen Rohstahl wachsen. Er wird dann noch um etwa drei Prozent unter der bisherigen, 1979 erreichten Höchstproduktion der Weltstahlindustrie liegen.

Anders sieht es im Gastgeberland aus. Brasiliens Rohstahlausstoß, in den letzten zehn Jahren schon auf das Zweieinhalbfache der 1974er Zahl gestiegen, könnte sich bei Anhalten der nun wiedergewonnenen Wachstumskraft der Wirtschaft seines Landes bis zur Jahrtausendwende auf 40 Mill. Jahrestonnen verdoppeln.

Das „Schwellenland" würde dann die Bundesrepublik als größtes Stahlerzeugerland Westeuropas übertrumpfen – wie seit 1982 bereits die Chinesen. Solche Visionen zeigen einmal mehr, wie radikal sich die Struktur der Weltstahlindsutrie seit mindestens einem Jahrzehnt verändert. Sie sind auch Bestandteil jener dürftigen IISI-Wachstumsprognose für die Zeit bis 1990. Denn diese ist das Resultat aus weiterem Stahlverbrauchsrückgang in den alten Industrieländern, auch im Ostblock, und anhaltend kräftigem Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern.

Dagegen befinden sich die deutschen Stahlerzeuger 1986, dem zwölften Jahr der in Westeuropa währenden Strukturkrise ihrer Branche, wieder einmal auf Talfahrt. Ihr Rohstahlausstoß, 1985 noch um 2,8 Prozent erhöht, zeigt bis Oktober eine Minusrate von sieben Prozent und läßt für das volle Jahr nur noch knapp 38 Mill. Tonnen erwarten. Das ist wenig mehr als in den schlimmsten Krisenjahren 1982 und 1983.

Die magere Tonnenzahl allein ist noch kein Drama. Von ihrer 1974er Höchstproduktion (gut 53 Mill. t) haben im EG-Konzert der unerläßlichen Kapazitätskürzungen in den alten Industrieländern auch die Deutschen längst Abschied genommen. Zwischen 35 und 40 Mill. Rohstahltonnen pro Jahr liege der je nach Konjunkturlage mit Aussicht auf Rentabilität ausnutzbare Korridor heimischen Stahlpotentials.

Die deutsche Stahlindustrie will sich den in der EG noch notwendigen Kapazitätsabbau nicht von den Staatskonzernen in der Gemeinschaft auf ihre Schultern und Arbeitsplätze abladen lassen.

Für das neu heraufziehende Drama, das 1987 die Branche zu stigmatisieren droht und das drastisch von der positiven Konjunkturentwicklung der deutschen Wirtschaft abweicht, sorgen Sonderfaktoren. Bei stark rückläufigen Exporten in Länder außerhalb der EG und noch stärker steigenden Importen von dort auf den deutschen Stahlmarkt rutschen den meisten deutschen Erzeugern nach den Verlustlawinen bis 1983 nun die seit 1984 endlich wieder erzielten Produktgewinne erneut ins Negative.

Auch das ist eine frappierende Stahl-Besonderheit. Der Dollarkursverfall, in Tonnen und Erlösen für die Deutschen beim Drittlandexport ein Negativum, brächte an sich weit Positiveres aus Kostenersparnis beim Vormaterialeinsatz. Doch anders als in anderen Branchen gibt die Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft solche Kostenersparnis gleich mehr als komplett mit Stahlpreissenkung an die Kundschaft weiter. Für diese nun wieder bis zur Verlustzone drängende Preispolitik gibt es vor allem zwei Erklärungsgründe.

Erstens ist das EG-Stahlpotential zu mehr als der Hälfte bei Staatskonzernen konzentriert, die im Zweifel eher Beschäftigungstherapie denn Gewinnerzielung praktizieren. Zweitens massieren sich billige Drittland-Stahlimporte mit nun schon 14 Prozent „Versorgungsanteil" auf dem deutschen Markt.

In solcher Lage und mit Blick auch auf die ihren Konkurrenten in der EG bis 1985 zugeflossenen gut 100 Mrd. DM Subventionen plädiert die deutsche Stahlindustrie an Bundesregierung und EG-Kommission für eine Schonzeit, ehe das Produktionsquoten-Krisenkorsett, wie von der Kommission ab 1987 geplant, für ein zweites Fünftel der quotierten Walzstahlprodukte aufgehoben wird. Technisch-wirtschaftlich fühlt sich die Branche zwar jeder fairen Auslandskonkurrenz gewachsen. Aber den in der EG noch notwendigen weiteren Kapazitätsabbau um etwa ein Siebtel will sich die deutsche Stahlindustrie nicht von den EG-Staatskonzernen auf ihre Schultern und ihre Arbeitsplätze abladen lassen. Ein ausnahmsweise vernünftiges Plädoyer für den Dirigismus-Fortbestand. Über seinen Erfolg entscheidet am 20. Oktober der EG-Ministerrat.

Balladur setzt auf Belebung der Konjunktur

J. Sch. Paris

Die konjunkturellen Voraussetzungen für die Verwirklichung des neuen französischen Haushaltsplans bezeichnete Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur *zur Eröffnung* der Budgetdebatte vor der Nationalversammlung als günstig. In den letzten Wochen habe sich die Binnennachfrage wesentlich belebt, ebenso wie der Export in die meisten europäischen Staaten. Marktanteile wurden dort allerdings noch nicht hinzugewonnen.

Daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs wieder verschlechtern könnte, nachdem der Preisanstieg im Dezember mit 0.4 Prozent überdurchschnittlich ausgefallen war, erwartet Balladur nicht. Dieser Ausrutscher sei zufallsbedingt. In diesem Jahr würde die Inflationsrate wie geplant 2,3 Prozent nicht überschreiten, und für 1987 sieht der Haushaltsplan nur noch zwei Prozent vor. Deshalb will der Minister auch von seinem Plan, bis zum Jahresende die volle Preisfreiheit herzustellen, keine Abstriche machen.

Noch wichtiger als die Preisstabilität sei das Ziel, den Anstieg der Lohnstückkosten auf 1,1 Prozent in diesem Jahr und null Prozent im nächsten Jahr zu begrenzen und so schnell wie möglich dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen. Nach der diesjährigen Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus könnte für 1987 erstmals wieder mit einer positiven Bilanz gerechnet werden. Allerdings erwartet Balladur vorerst noch keinen Rückgang *der Arbeitslosigkeit.*

Das Budget sieht eine Ausgabensteigerung von lediglich 1,8 Prozent auf 1053 Mrd. Franc vor, denen Einnahmen von 925 (890) Mrd. Franc gegenübergestellt werden. Damit würde sich das Defizit auf 129 (145) Mrd. *Franc oder 2,51 (2,94) Prozent* des Bruttosozialprodukts vermindern.

Europäer müssen sich stärker auf sich selbst besinnen

EG-Kommission sagt der Bundesrepublik für kommendes Jahr den höchsten Verbrauchszuwachs seit 1971 voraus

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Gemeinschaft ist nach Meinung der EG-Kommission noch zu schwach, um einen deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. „Die Entwicklung geht in die *richtige Richtung*", sagte der deutsche Kommissar Alois Pfeiffer gestern bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts der Brüsseler Behörde, „aber wir haben das Klassenziel nicht erreicht".

Pfeiffer erinnerte an die von den EG-Regierungen vor einem Jahr beschlossene „kooperative Strategie für Wachstum und Beschäftigung". Danach ist ein jährliches Wachstum von drei bis 3,5 Prozent für die gesamte Gemeinschaft erforderlich, um bis 1990 die Zahl der Arbeitslosen um 30 bis 50 Prozent abzubauen. Gegenwärtig rechnet die Kommission mit einer Beschäftigtenzunahme von 0,7 bis 0,8 Prozent. Notwendig seien jedoch Zuwächse von einem bis 1,5 Prozent im *Jahr.*

Nach dem Bericht dürfte sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der EG 1987 zwar etwas beschleunigen (1985: 2,4 Prozent, 1986: 2,5 und 1987: 2,8 Prozent). Da jedoch die Erwerbsbevölkerung ebenfalls weiter wächst, ist im EG-Durchschnitt nur ein geringer Rückgang der Arbeitslosenquote (1985: zwölf Prozent, 1986: 11,9 und 1987: 11,7 Prozent) zu erwarten. Generell wird das *Wachstum von der Inlandsnachfrage* abhängen. Die dynamischsten Elemente sind zur Zeit die Anlageinvestitionen (1986: 6,1 Prozent, 1987: 6,9 Prozent) und der private Verbrauch (1986: 3,7 und 1987: 3,5 Prozent).

Erhebliche Risiken gehen dagegen nach Auffassung der Brüsseler Konjunkturexperten vom außenwirtschaftlichen Umfeld aus. Pfeiffer sieht deshalb keinen anderen Ausweg, als daß sich die „Europäer wirtschaftspolitisch stärker auf sich selbst besinnen". Er plädiert dafür, die vorhandenen Spielräume besser *zu nutzen* um das Wirtschaftswachstum beschäftigungswirksamer zu gestalten. Einerseits gelte es eine raschere Zunahme der Investitionen (auch der öffentlichen) zu fördern, andererseits (auf mittlere Sicht) die Lohn- und Einkommensteuern sowie die Sozialabgaben zu senken, um auch von der Nachfrageseite her Wachstumsimpulse geben zu können. Notwendig sei auch weiterhin ein mäßiger Anstieg der Reallöhne.

Verzichtet hat die Kommission auf Empfehlungen an die Bundesregierung, sich im Sinne der „Lokomotivtheorie" zu verhalten. Kein Land könne entscheidende Änderungen *in der* Wirtschaftsentwicklung bewirken, sagte Pfeiffer – auch nicht durch eine Senkung der Leitzinsen. Worauf es ankommt, ist, daß Bonn darauf vorbereitet sei die Binnennachfrage zu verstärken, wenn die Auslandsnachfrage nachlasse. Auch der Gemeinschaft und der Weltwirtschaft sei damit eher gedient als mit einer Zinssenkung von einem halben Prozent.

In der Bundesrepublik herrschen nach Meinung des früheren DGB-Vorstandsmitglieds „fast ideale Konstellationen". Trotzdem reichten nationale Maßnahmen zur Förderung des Wachstums nicht aus. Die Kommission sagt für das Bruttoinlandsprodukt eine Zunahme von 3,2 Prozent, für den privaten Verbrauch von 4,2 Prozent (höchste Rate seit 1971) und für den Export von drei Prozent (bei einer Importsteigerung von sechs *Prozent) im kommenden Jahr voraus.* Die Preissteigerungsrate dürfte nach ihrer Schätzung bei 1,1 Prozent (EG-Durchschnitt: 3,1 Prozent) liegen, die Arbeitslosenquote bei 7,7 Prozent.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sieht daher in dem Kommissionsbericht die *Beschäftigungs- und* Sozialpolitik der Bonner Koalition „eindrucksvoll bestätigt". Der Wirtschaftsbericht lese sich „seitenweise wie die in nüchterne Zahlen und Fakten gegossene Positiv-Bilanz unserer vierjährigen Amtszeit", ließ der CDU-Politiker in Brüssel erklären.

Coca-Cola plant große Neuemission

In Zukunft Beschränkung auf 49 Prozent – Plazierung auch außerhalb der USA

VWD, Atlanta

Der amerikanische Getränkehersteller Coca-Cola Enterprises Inc. hat bei der Börsenaufsichtsbehörde, der US Securitiy and Exchange Commission (Sec), einen Antrag für eine öffentliche Neuemission von 71,4 Mill. Stammaktien eingereicht. Nach Angaben des *Unternehmens* wird die Coca-Cola Co. nach Durchführung der beabsichtigten Emission noch 68 Mill. Aktien, bestehend aus 49 Prozent des umlaufenden Aktienkapitals der Coca-Cola Enterprises, halten.

Von den 71,4 Mill. Aktien sollen 60 690 000 Aktien zunächst in den USA und Kanada und 10 710 000 Aktien anderweitig angeboten werden. Die Emission – es handelt sich um die *bisher größte Privatplazierung* in der Geschichte der USA – soll über Allen + Co., First Boston Corp., Salomon Bros. Inc. und Shearson Lehman Bros. Inc. abgewickelt werden. Die Aktienplazierung außerhalb der USA und Kanada soll von einem Konsortium, bestehend aus Credit Suisse First Boston Ltd., Allen + Co., Commerzbank AG, Hoare Govett *Ltd.*, Nomura International Ltd., Salomon Bros. International Ltd., Shearson Lehman Bros. International Inc. und Swiss Bank Corp. International *Ltd.* vorgenommen werden.

Zu Coca-Cola Enterprises, größter Abfüller von Coca-Cola-Getränken in der Welt, gehören auch die kürzlich von der Coca-Cola Co. übernommenen Abfüllbereiche von JTL Corp. und Beatrice Cos sowie andere Abfüllwerke im Besitz der Coca-Cola Co. Diese hat bereits angekündigt, daß die Erträge aus der Emission zum Teil für die Reduzierung der 2,4 Mrd. Dollar Verbindlichkeiten genutzt werden sollen, die im Zusammenhang mit dem Kauf der JTL- und Beatrice-Werke entstanden sind. Die Emission wird für November erwartet.

Im ersten Halbjahr 1986 hat Coca-Cola Enterprises rund 1,57 Mrd. Dollar umgesetzt gegenüber 1,4 Mrd. Dollar im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In einer Mitteilung des Unternehmens heißt es, daß ein stabiles, solide finanziertes Abfüllersystem das Wachstum sowohl der Coca-Cola Company als auch der Abfüller fördere; dabei sei es unerheblich, ob die Gesellschaft Eigentümerinteressen an den Abfüllbetrieben habe oder nicht.

Internationale Finanzen

Superanleihe: *Mit einem* Rekordvolumen von 200 Mrd. Yen begibt die Toyota Motor Co. Ltd. im Dezember eine Wandelanleihe, die größte Emission einer japanischen Gesellschaft. Mit dieser Anleihe wird der Markt in Tokio mit dem Rekordvolumen von mehr als 700 Mrd. Yen in Anspruch genommen. Offensichtlich wollen die Emittenten mit ihren Mittelbeschaffungen der Privatisierung der Nippon Telegraph and Telephone im Januar zuvorkommen.

First Boston: Durch ein Konsortium *unter alleiniger Führung* der Großbank wird die bisher größte Emission am US-Kapitalmarkt begeben. Die Schuldverschreibungen im Volumen von 4 Mrd. Dollar durch Asset-backed-securities Corp., einer Tochter von First Boston, die durch Automobilkredite der General Motors Acceptance Corp. gedeckt werden, kommen in drei Serien mit Renditen von 6,297, 6,958 und 7,266 Prozent auf den Markt.

Hongkong: Auf Beschluß der Hauptversammlung wird die Hongkong Land Co. den Lebensmittelbereich der Dairy Farm Co. ausgliedern. Ihren Aktionären wird das Unternehmen Aktien einer neuen Gesellschaft mit Namen Dairy Farm International Ltd. zu noch nicht bekannten Konditionen anbieten. Der Bezugsrechthandel soll am 3. November, der Aktienhandel am 3. Dezember beginnen.

Aktiensplit: Eine Optionsanleihe über 1,5 Mrd bfr will die belgische GB-Inno-BM S. A. im November auflegen. Die Konditionen sind noch nicht bekannt. Ferner plant die Einzelhandelskette einen Aktiensplit im Verhältnis zehn zu eins.

Hewlett-Packard: Eine Doppelwährungsanleihe über 15 Mrd. Yen legt das Unternehmen am Euromarkt *auf. Fälligkeit ist* der 30. Oktober 1991, die Verzinsung beträgt acht Prozent bei Ausgabe 101,625 Prozent. Bei festem Yen-Dollar-Verhältnis von 168 werden die (je 1 Mill. Yen) Bonds mit 5950 Dollar getilgt.

Wandelanleihe: Mit Fälligkeit 31. Oktober 1994 und einem Kupon von 2,5 Prozent legt die Tokushu Paper Manufactoring eine Wandelanleihe über 3,5 Mrd. Yen auf. Der Wandelkurs wurde auf 621 Yen fixiert. Sollte allerdings der Durchschnittskurs der Aktie an *der Tokioter Börse in der Zeit* vom 15. bis 22. Oktober – multipliziert mit 1,05 – unter 621 Yen fallen, wird die Anleihe nicht aufgelegt.

Stimmungswandel bei Labour

Vollmitgliedschaft Großbritanniens im EWS rückt näher

REINER GATERMANN, **London**

Während sich die Londoner City von der Heraufsetzung des Basiszins um einen Prozentpunkt nicht beeindrucken ließ, hat sich auf der politischen Szene ein überraschender Wandel vollzogen, der wahrscheinlich Großbritannien einer Vollmitgliedschaft im Europäischen Währungs-System (EWS) einen bedeutenden Schritt näher brachte. Die oppositionelle Labour Party, seit der Etablierung des EWS vor sieben Jahren einer seiner heftigsten Gegner, erklärte nun, einen Beitritt „unter gewissen Bedingungen" zu befürworten.

Auch in Regierungskreisen gewinnt die Frage an Gewicht, ob Großbritannien mit seiner Außenseiterrolle *nicht einen allzu hohen Preis zahlt.* Es ist bekannt, daß hohe Beamte im Schatzamt schon seit langem für einen Anschluß an den Währungsverbund plädieren. Inzwischen hat offenbar auch deren Chef, Schatzkanzler Nigel Lawson, seinen rigorosen Widerstand aufgegeben. Die Entscheidung liegt aber allein bei Premierministerin Margaret Thatcher.

Seit Jahren hält sie die stereotype Antwort parat, „die Zeit für einen Beitritt ist noch nicht reif". Kritiker meinen jedoch, der wahre Grund ihrer Weigerung liege in ihrem Wunsch, dem Pfund Sterling eine Sonderrolle zu bewahren, sowie in ihrem immer noch vorhandenen Widerwillen, ihr Land voll und ganz in Europa zu integrieren.

Der Sinneswandel der Labour Party hat wahrscheinlich zwei Gründe: Einmal erkannte die Parteiführung, daß – in Regierungsstellung – die extremen Wechselkursschwankungen negative Auswirkungen *auf ihre* Wirtschaftspolitik haben würden, und zum anderen ist die Labour Party seit kurzem bestrebt, sich ein positiveres internationales Image zu geben.

Der Schatzkanzler im Labour-Schattenkabinett, Roy Hattersley, nannte für eine Vollmitgliedschaft folgende Bedingungen: Das Währungssystem müsse einer expansiven Wirtschaft und der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit in der EG dienen, die finanziellen und wirtschaftlichen Zielsetzungen der Mitglieder einander anpassen, gemeinsam die Währungen unterstützen sowie die Expansionswünsche der Mitgliedsländer mit schwacher Wirtschaft fördern. *Ob das* Thatcher-Kabinett ebenfalls einen Positionswechsel vorhat, wird man frühestens heute abend erfahren, wenn Nigel Lawson seine jährliche finanz- und wirtschaftspolitische Programmrede hält.

In der City besteht jedenfalls kein Zweifel, daß *Großbritannien* für seinen Luxus, eine – scheinbar – eigenständige und starke Währung zu haben, einen nationalökonomisch zu hohen Preis zahlen muß, in erster Linie in Form von extrem hohen Realzinsen. Für persönliche Überziehungskredite liegen sie jetzt zwischen 11,6 und 12,6 Prozent.

Subventionsbedarf bleibt hoch

Verbraucher in der „DDR" werden stärker begünstigt

dpa/VWD, **Berlin**

Auf einen Abbau des Subventionsbedarfs im Staatshaushalt der „DDR" deute derzeit nichts hin. Im abgelaufenen Planjahrfünft habe lediglich eine verstärkte Umverteilung finanzieller Mittel zwischen den einzelnen Unternehmen des sozialistischen Wirtschaftssektors stattgefunden, schreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in *seinem jüngsten* Wochenbericht. Wesentlicher Grund für die Umverteilung seien vielmehr Diskrepanzen zwischen der Entwicklung der staatlich festgesetzten Kosten und der Verkaufspreise.

So habe der Entschluß, die im abgelaufenen Planjahrfünft gesstiegenen Preise für Energie und Rohstoffe auf dem Weltmarkt auch auf das Inland zu übertragen, zunächst nur zu Kostensteigerungen geführt. *Die* Anpassung der Verkaufspreise an die höheren Kosten folgte erst verzögert und außerdem nicht auf allen Ebenen. Auf diese Weise sei zwar die Subventionslast auf den Vorleistungsebenen verringert worden, nicht aber *der tendenziell steigende* Subventionsbedarf insgesamt.

Der Staatshaushalt der „DDR" für 1986 sehe erneut eine überproportionale Zunahme um 13,5 Prozent für die Verbraucherpreissubventionen vor. Die „DDR" setze damit die seit 1984 betriebene Politik der Verlagerung der Subventionen von der Produktions- auf die Verbraucherebene fort, schreibt das DIW.

Der „DDR"-*Staatshaushalt* hat in diesem Jahr einen Umfang von etwa 263 Mrd. Ost-Mark. Dies entspricht einem Anstieg auf der Ausgabenseite von 3,5 Prozent und auf der Einnahmenseite von etwas über drei Prozent. Die Zuwendungen an die volkseigene *Wirtschaft sind* für dieses Jahr vier Prozent höher veranschlagt als im Plan 1985.

Ausbau der Kernenergie ungewiß

In Spanien geht die *staatliche Holding* INH an die Börse

Gö. **Madrid**

Den Verkauf von Aktien des Instituto Nacional de Hidrocarburos (INH), der staatlichen Holding der spanischen Ölindustrie, an der Börse hat jetzt der Minister für Industrie und Energie, Luis Croissier, vor dem spanischen Parlament angekündigt. Ohne daß er Details mitteilte, wird in Madrid *angenommen*, daß die Holding in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden soll, in der der Staat mit 50 Prozent Hauptaktionär bleiben wird.

Zur INH gehören Hispanoil, eine Fördergesellschaft, EMP, eine Raffineriegesellschaft, Butano S. A., die aus Petroleum gewonnenes Flüssiggas vertreibt, Enagas, die mit dem Vertrieb von eigenem und importiertem Naturgas betraut ist, sowie Campsa, die staatliche Vertriebsgesellschaft für Benzin und Diesel. Campsa wird zur Zeit im Zuge der Modernisierung staatlicher Unternehmen umstrukturiert. Ihre Geschäftsführung soll nach Wettbewerbsgesichtspunkten neu gegliedert werden, da sich Spanien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auf die Zulassung internationaler Ölgesellschaften auf dem Binnenmarkt vorbereitet. *Die Gesellschaften der* INH sind in ihren Sparten Monopolunternehmen.

Wie der Minister weiter mitteilte, soll die Entscheidung über den weiteren Ausbau der Kernenergie bis 1988 aufgeschoben werden. Das bedeutet anhaltende Ungewißheit über fünf Kernkraftwerke, deren Bau beziehungsweise Planung 1983 bei der Revision des ersten Kernenergie-Planes *zunächst zurückgestellt wurde.* Betroffen sind mehrere internationale Baufirmen, darunter auch die deutsche KWU.

Zur Sanierung der Industrie insgesamt, die mit der Entlassung von 66 000 Arbeitskräften verbunden war, berichtete Croissier, daß die spanische Industrie in diesem Jahr einen Produktionszuwachs um drei Prozent verzeichne und seit Mitte vergangenen Jahres 48 300 Arbeitsplätze neu geschaffen habe. Die Investitionen nehmen 1986 um 6,5 Prozent zu. Auch habe sich die finanzielle Situa*tion der spanischen Unternehmen* laut Statistik verbessert. (SAD)

„Jedes zweite Tonbandgerät ist gefälscht"

Mindestens drei Prozent des Welthandels von betrügerischen Nachahmungen betroffen

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die Internationale Handelskammer (CCI) will ihren Kampf gegen Fälschungen und betrügerische Nachahmungen verstärken. Ihr im Februar 1985 eingerichtetes Ermittlungsbüro hat bereits zahlreichen Aktivitäten dieser Art ein Ende bereitet, stellte die Kammer auf einem Symposium in Paris fest. Insgesamt aber nahm die Palette der gefälschten Ar*tikel weiter zu. Neben ausgesproche*nen Markenartikeln werden auch immer mehr andere industrielle Erzeugnisse nachgeahmt.

Besser organisiert

Mindestens drei Prozent des gesamten Welthandels betreffen nach den Feststellungen der Kammer diese Fälschungen. Im letzten Jahr soll *ihr Umsatz etwa 60 Mrd. Dollar* erreicht haben. Besonders betroffen fühlt sich die französische Luxusbranche (zum Beispiel Mode, Parfüm), die ihren jährlichen Schaden auf mindestens zwei Mrd. Franc beziffert.

Auch *die amerikanische* Industrie hat unter den Fälschungen schwer zu leiden. Weltweit eliminieren die Fälscher etwa 1,5 Mill. Arbeitsplätze, davon 100 000 in der Europäischen Gemeinschaft und 130 000 in den USA, hieß es auf dem Symposium. Erwiesen ist, daß in 43 Ländern der Welt Fälscherwerkstätten bestehen. Während die Fälscher früher eher auf eigene Faust tätig wurden, haben sie sich inzwischen immer besser organisiert. Etwa die Hälfte aller weltweit vertriebenen Tonbandgeräte beispielsweise sind – über Singapur vertriebene – Fälschungen.

Aber auch in Europa versuchen immer mehr Unternehmen durch Nachahmungen schnelles Geld zu verdienen. Neben der Türkei und Spanien gilt Italien als Hochburg. Dort hat sich inzwischen die Mafia dieses lukrativen Wirtschaftszweigs angenommen. Mit den ihr eigenen Methoden hält sie die zahlreichen Zulieferer – oft mehr als 100 für das gleiche Produkt – unter Druck.

Dies erschwert die Verfolgung, zumal die Polizei nicht nur in Italien kein allzu großes Interesse zeigt, den Fälschern auf die Spur zu kommen, weil sie sich mehr auf die Bekämp*fung des Drogenhandels*, des Waffenschmuggels und der Falschmünzerei konzentriert. In den Entwicklungsländern tritt dazu noch die Überlegung, daß exportierte Nachahmungen Devisen bringen. Im allgemeinen sind die polizeilichen und gerichtlichen Verfahren viel zu langsam und zu umständlich, bemängelt die Kammer. Auch seien die nationalen Gesetze meist nicht abschreckend genug, und die Gerichte *würden zu milde* Strafen verhängen.

Schwierige Kontrolle

Und schließlich sei es um die Entschädigung der Unternehmen, deren Erzeugnisse gefälscht werden, durchweg sehr schlecht bestellt. Nach Auffassung der Kammer müssen Fälschungen *und Nachahmungen wie* ein echter Diebstahl behandelt werden. Auf entsprechende Gesetzesänderungen will sie vor allem in der EG hinwirken. Hier wird ab Ende dieses Jahres bereits der Import von Fälschungen ausdrücklich verboten. Aber *ob die Zollbeamten tatsächlich* Fälschungen von echten Artikeln unterscheiden können, ist eine andere Frage. Außerdem fordert die Kammer im Rahmen des Gatt-Programms über den internationalen Schutz des intellektuellen Eigentums einen besonderen Wohlverhaltungskodex.

Die Mieten ziehen leicht an

Neubauwohnungen im Süden teurer als im Norden

HANS BAUMANN, Bonn

Einen leichten Anstieg der Mieten registriert der Ring Deutscher Makler im laufenden Jahr, nachdem 1984 zum erstenmal bei der Erstvermietung von Wohnungen in der Bundesrepublik fallende Mietpreise beobachtet wurden. Lediglich in den Großstädten der Ballungsräume werden bei Erstvermietungen noch minus zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr ermittelt. Dies gilt auch für norddeutsche Großstädte.

Im Durchschnitt der Bundesrepublik und West-Berlins sind die Mieten für Wohnungen der Baujahre bis 1948, die sogenannten Altbauwohnungen, um 1,4 Prozent gestiegen, die *Neubauwohnungen (von 1949 an)* wurden um 0,8 Prozent teurer.

Die Mietentwicklung zwischen norddeutschen und süddeutschen Städten differiert nach wie vor. Während *im Norden die Mieten für Alt*bauwohnungen um 2,6 Prozent angezogen haben, erhöhten sich die Preise im Süden für Wohnungen aller Kategorien. Für Wohnungen der Baujahre nach 1948 und für erstvermietete Neubauwohnungen zogen die Mieten um 1,8 beziehungsweise 1,7 Prozent an. Die Mieten für Neubauwohnungen liegen damit im Süden um 6,6 Prozent über denen im Norden.

Deutlich stärkere Mieterhöhungen werden für einfache Altbauwohnungen registriert. In den Großstädten der Ballungsgebiete sind die Mieten für diese Häuser sogar um 6,4 Prozent erhöht worden. Über alle Kategorien von Wohnungen gerechnet betrug die Steigerung der Mieten 3,5 Prozent. Dem Ring Deutscher Makler fällt auf, daß die Mietpreise auch in kleineren Großstädten und in Mittelstädten wieder steigen, während sie im vorigen Jahr noch abbröckelten.

Die Spannweite der Mieten in den verschiedenen Wohnungskategorien ist nach wie vor erheblich. Während eine Wohnung mittleren Wohnwertes in Nürnberg 4,50 DM je Quadratmeter kostet, müssen Mieter in Hamburg und Düsseldorf bis zu 8,50 DM und in *München sogar 9,30 DM bezahlen.*

Die billigsten Mieten für Wohnungen mit einfachem Wohnwert werden zur Zeit aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, aus norddeutschen *Küstenstädten*, aber *auch* aus einigen süddeutschen Großstädten wie etwa Regensburg und Freiburg gemeldet. Sie betragen um 3 DM je Quadratmeter.

Die *teuersten* Altbauwohnungen haben Hamburg mit 11,50 DM und München mit 12,40 DM bei gutem Wohnwert. Spitzenmieten für Neubauwohnungen mit gutem Wohnwert werden aus München mit 14,50 DM und aus Wiesbaden mit bis zu 15 DM gemeldet.

Am preiswertesten sind Neubauwohnungen mit gutem Wohnwert *zwischen 7 und 8 DM in Hamm*, Hildesheim, Bremerhaven, Flensburg, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Nienburg, Oldenburg und Koblenz.

Die Tabelle bezieht sich auf die *dominierende Kategorie der Wohnun*gen mit mittlerem bis gutem Wohnwert.

	1984 DM/m²	1985 DM/m²	1986 DM/m²	Veränderung 1985/86 in %
Wiedervermietung				
Baujahre bis 1948	6,25	6,30	6,39	+1,4
Baujahre ab 1949	7,65	7,55	7,61	+0,8
Erstvermietung Neubau	9,15	9,00	9,00	–
Großstädte der Ballungsgebiete				
Wiedervermietung				
Baujahre bis 1948	7,30	7,40	7,41	+0,1
Baujahre ab 1949	8,95	9,10	9,06	-0,4
Erstvermietung Neubau	10,80	10,80	10,59	-2,0
Großstädte unter 500 000 Einwohner und Mittelstädte				
Wiedervermietung				
Baujahre bis 1948	5,95	6,05	6,03	-0,3
Baujahre ab 1949	7,15	7,05	7,11	+0,9
Erstvermietung Neubau	8,55	8,40	8,45	+0,6
Norddeutsche Städte				
Wiedervermietung				
Baujahre bis 1948	6,69	6,83	7,01	+2,6
Baujahre ab 1949	8,00	7,85	7,82	-0,4
Erstvermietung Neubau	9,20	9,00	8,83	-1,9
Süddeutsche Städte				
Wiedervermietung				
Baujahre bis 1948	6,30	6,70	6,74	+0,6
Baujahre ab 1949	7,55	7,90	8,04	+1,8
Erstvermietung Neubau	9,20	9,25	9,41	+1,7

Daimler-Benz will keine „ökologische Extrawurst"

Vorstandsmitglied Edzard Reuter sieht keinen Druck des Unternehmens auf den Verhandlungspartner

WERNER NEITZEL, Esslingen

„Wir alle befinden uns in einem mühsamen Lernprozeß, der zum Ausgleich ökonomischer und ökologischer Maßstäbe führen muß." Auf dieses Faktum verwies Edzard Reuter, Vorstandsmitglied und Finanzchef der Daimler-Benz AG in einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer Esslingen und merkte in diesem *Zusammenhang an*, die Erfahrungen seien auf jenem Gebiet so gering, daß Widerspruchs- und Prozeßrisiken *nicht* zuverlässig eingeschätzt werden könnten. Jeder wisse, daß es heute nirgendwo in der Bundesrepublik eine Gewerbefläche geben könne, auf der ein größeres Industrieprojekt *noch ohne Konflikt zu* verwirklichen sei.

Daimler-Benz beanspruche selbstverständlich in keiner Weise, daß man dem Unternehmen – wie es Reuter formulierte – „in Rastatt eine ökologische Extrawurst brät – das wäre in einem Rechtsstaat auch völlig abwegig". Man drohe demnach auch nicht *mit einer anderen Standortent*scheidung, um auf diese Weise den Verhandlungspartner unter Druck zu setzen. Aber das Unternehmen stehe in dem unangenehmen Zwang, möglicherweise neu entscheiden zu müssen, wenn sich der ins Auge gefaßte Genehmigungshorizont erheblich *hinausschieben sollte. Reuter wört*lich: „Nur dies meinen wir, wenn wir von parallelen Planungen in Bremen sprechen, und auf diesen Zusammenhang ist aus meiner Sicht in der öffentlichen Diskussion viel zu wenig geschaut worden."

Es sei bekannt, daß Daimler-Benz *in Bremen über erschlossenes und* baureifes Gelände verfüge, auf dem man ohne längeren Genehmigungsprozeß gewisse noch vorhandene Reservekapazitäten nutzen könnte. Reuter: „Aber wer außer den selbst ernannten Propheten, deren Qualifikation wir alle kennen, sagt uns, daß die Nachfrage nach unseren Personen*kraftwagen damit ihre Obergrenze er*reicht hätte?" Das Management würde doch nachgerade seine Sorgfaltspflicht verletzen, wenn es nicht vorbereitet wäre, auch für eine weitere positive Entwicklung handlungsfähig zu bleiben. Deshalb werde nach einem dritten Standort gesucht, und *Rastatt liege aus Gründen des dort* möglichen betriebswirtschaftlich gesunden Ausbaus vorhandener Flexibilität des Programmangebots am nächsten.

Natürlich sei, so führte Reuter weiter aus, ein Investitionszuschuß von 8,75 Prozent, wie er in Bremen mög*lich wäre, kein Pappenstiel. Zu unter*streichen sei aber auch hier, daß die Politik sich durch eigenes Verschulden oder Versagen in einem regional- und sektoral-politischen Subven*tionswettlauf befinde, der von der* mittlerweise falschen Vorstellung geleitet werde, man könne dadurch wirklich noch strukturpolitische Zie*le erreichen. Nehme man alles in al*lem, so verhalte es sich eher so, „daß der Wust angebotener öffentlicher Hilfen sich letztlich gegenseitig neutralisiert". Reuter hält allein die öffentliche Technologieförderung für geeignet, entscheidende strukturpolitische Vorteile zu erringen.

Zum Kernpunkt seines Vortrags, dem Verhältnis von Großunternehmen und mittelständischer Industrie, sagte Reuter, er meine, daß kleine, mittlere und große Unternehmen hier im Lande im Rahmen des ihnen Möglichen ihren Beitrag dazu leisteten, daß unsere Volkswirtschaft international Schritt halte. Wenn wir uns in den zentralen Fragen der Wirtschafts- und Industriepolitik von dogmatischer Enge befreiten, dann müsse der herrschende Politikbetrieb auch an *seine strategischen Aufgaben* erinnert werden.

Kostensteigerung im Krankenhaus ist ungebremst

tl. Bonn

Die Zuzahlungen der Versicherten zu den Krankenhauskosten betrugen im *letzten Jahr etwa 285 Mill. DM.* Diesen Betrag nannten die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung gestern vor dem Sozialausschuß des Bundestages.

Das Haushaltsbegleitgesetz 1983 bestimmt, daß der Versicherte von Beginn der Krankenhauspflege an für längstens 14 Tage 5 Mark je Tag selbst zahlen muß. Die Zuzahlungspflicht hat nach Angabe der Kassen die Kostenentwicklung im Krankenhaus aber nicht gedämpft.

Auch der Ausschluß bestimmter Arzneimittel aus der Leistungspflicht der Kassen, der Einsparungen in Höhe von rund 380 Mill. DM jährlich brachte, konnte den Ausgabenanstieg bei Arzneimitteln nicht bremsen, vor allem aufgrund der offensichtlichen Substitution durch stärkere, verschreibungsfähige Pharmazeutika.

Industriekreditbank im Aufschwung

J. G. Düsseldorf

Im ersten Halbjahr 1986/87 (31. 3.) sind die langfristigen Kundenforderungen der Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank (IKB), Düsseldorf, *um gut 1 Mrd. auf 12,8 Mrd.* DM gestiegen. Vorstandssprecher Walter Krüger warnte auf der Hauptversammlung dieses der Investitionsfinanzierung von Mittelstandsunternehmen dienenden Instituts zwar davor, so starkes Wachstum aufs volle Jahr hochzurechnen. Aber ein Beleg ist es für ihn immerhin dafür, daß die Aufstockung der IKB-Dividende auf 8 (7,50) DM für 1985/86 keine Eintagsfliege ist und daß die Investitionsdynamik der Wirtschaft anhält.

Auch nach jüngsten Erfahrungen aus dem breiten IKB-Kundenkreis erwarten *vier Fünftel der Unternehmen* 1986 gleiche oder höhere Erträge als im schon guten Vorjahr. Die Voraussetzungen zum weiteren Expandieren und Investieren seien damit gegeben. *Die Anlageinvestitionen des verarbei*tenden Gewerbes dürften 1986 mit „knapp zweistelliger" Wachstumsrate weiter steigen.

Seit etwa zwei Jahren beobachte die Bank, daß in ihrem Kundenkreis die größte Investitionsdynamik „in *ausgewählten Sektoren des verarbei*tenden Gewerbes" herrsche, während das zuvor stark expandierende Dienstleistungsgewerbe mit dieser „bisweilen schon stürmischen" Ent*wicklung nur bedingt* Schritt *halte.* Das widerlege die zu Beginn des Jahrzehnts zahlreichen Prognosen über eine zwingende Tendenz der Ent-Industrialisierung der deutschen Wirtschaft. „Für uns stellt sich die deutsche Industrie im internationalen Vergleich als äußerst leistungsstark und wettbewerbsfähig dar."

Betriebsrente auch für Teilzeitbeschäftigte

Das Bundesarbeitsgericht bestätigte die Ansprüche einer Kaufhaus-Verkäuferin

SIEGFRIED LÖFFLER, Kassel

Der Ausschluß von Teilzeitarbeitskräften von der betrieblichen Altersversorgung – durch den mehr Frauen *als Männer betroffen werden – stellt* nach der Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts 3 AZR 66/83 eine unzulässige „mittelbare Diskriminierung" dar. Teilzeitbeschäftigte Frauen (sie *machen von den knapp* zwei Millionen Teilzeitbeschäftigten 90 Prozent aus) können daher anteilige Ansprüche auf betriebliche Altersrente durchsetzen, sofern unter Be*rücksichtigung der Dauer der Be*triebszugehörigkeit auch Vollzeitbeschäftigte mit einer Betriebsrente rechnen dürfen.

Die Grundsatzentscheidung des *Bundesarbeitsgerichts* gibt den Frauen aber nicht das Recht, die volle Altersrente zu fordern; sie können lediglich einen Anspruch in der Relation ihrer Teilzeitbeschäftigung zur Vollzeittätigkeit durchsetzen und das – unter Berücksichtigung der allgemein für Lohnansprüche geltenden zweijährigen Verjährungsfrist – auch rückwirkend.

Wenn zum Beispiel ein vollbeschäftigter Arbeitnehmer 800 DM monatlich erhält, dann kann eine nur halbtags tätig gewesene Arbeitneh*merin – die gleiche Betriebszugehö*rigkeit und den gleichen Lohn vorausgesetzt – nicht mehr als 400 DM erwarten.

Daß Männer und Frauen im Arbeitsleben *unterschiedlich behandelt* werden, ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten müssen die Arbeitsgerichte Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und vertragliche Einheits*regelungen darauf überprüfen, ob* Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes oder Artikel 119 des EWG-Vertrages verletzt sind, weil einzelne Regelungen nur für Männer oder nur für Frau*en gelten. In* derartigen Fällen spricht man von einer „unmittelbaren Diskriminierung".

Neu ist das Problem der „mittelbaren Diskriminierung". Sie kommt dann in Betracht, wenn Leistungsvoraussetzungen zwar geschlechtsneutral formuliert wurden, von Frauen aber gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig großen Schwierigkeiten erfüllt werden können. Bereits in der Grundsatzentscheidung RS 96/80 vom 31. 3. 1981 hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, daß es durch *eine „mittelbare Diskriminierung"* zu einer Verletzung des Lohngleichbehandlungsgebotes kommen kann.

Im konkreten Fall hatte eine Frau als Verkäuferin in einem großen Kaufhaus von April 1961 bis September 1972 als Vollzeitarbeitskraft, von *Oktober 1972 bis April 1976* aber *nur* noch als Teilzeitbeschäftigte gearbeitet. Als sie nach 15 Jahren aus dem Betrieb ausschied, stand ihr – im Gegensatz zu den Vollzeitbeschäftigten – eine Anwartschaft auf Betriebsrente nicht zu. Sie hätte 20 Jahre in dem Kaufhaus arbeiten müssen, davon 15 Jahre als Vollzeitbeschäftigte.

Nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts handelt es sich hier um eine „mittelbare Diskriminierung". Das Kaufhaus konnte die Richter in Kassel mit dem Argument nicht überzeugen, *man habe den Verkäuferinnen* einen Anreiz bieten wollen, Vollzeitarbeit zu leisten.

PERSONALIEN

Franz Morat, Seniorchef und Bei*ratsvorsitzender der Franz Morat* KG Framo-Antriebstechnik, Eisenbach, ist im Alter von 76 Jahren gestorben.

Hans Ritz, Vorstandsmitglied der Citibank AG, Frankfurt, wird zum Jahresanfang *1987 als* geschäftsführender Gesellschafter in die TRV-Treuhand-Vermögensverwaltung GmbH (Matuschka-Gruppe), München, eintreten.

Dr. **Wilhelm Diekmann,** Abteilungsdirektor in der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, ist als Nachfolger für den in den Ruhestand getretenen Dr. **Günter Müller** zum neuen Kammerdirektor gewählt worden.

Dr. **Wilhelm Tigges,** *Ehrenpräsi*dent und Ehrenmitglied des Zentralausschusses der Werbewirtschaft e.V., Bonn, starb im Alter von 82 Jahren.

Karl Glaudo wurde zum neuen *Vorsitzenden des Fachverbandes des* Deutschen Fliesengewerbes gewählt. Er löst **Karl Körner** ab, der 30 Jahre lang den Fachverband geführt hatte.

Reinhard L. Jagdt wurde zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer (IHK) für Rheinhessen wiedergewählt. Auch Vizeprädident **Manfred W. Asbach** und **Karl-Heinz Jennewein** wurden in ihrem Amt bestätigt.

Otmar F. Winzig (31) wurde mit Wirkung vom 1. Oktober zum Pressesprecher der Gesellschaft für Zahlungssysteme mbH, Frankfurt, berufen.

Dr. **Hermann Priester** (44), bisher Stadtsparkasse *Frankfurt, ist in die* Geschäftsleitung der Landesbausparkasse Hessen mit Zuständigkeit für Vertragsgeschäft, Organisation und Verwaltung berufen worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: Karl Reichhardt, Homberg/Ohm-Nieder-Ofleiden; **Bad Homburg:** Corvallis Team Ges. f. Software-Systeme mbH, Friedrichsdorf/Ts.; **Beckum:** ES Eisen- u. Stahl-Agentur GmbH, Drensteinfurt; **Detmold:** HGF Handelsges. f. Holzfertigteile mbH, Kalletal-Lüdenhausen; **Herford:** Watzlaw Beteiligungsges. mbH, Gütersloh; **Mainz:** Weingut, Weinkellerei u. Sektkellerei Georg Friedrich Kehl GmbH, Nierstein; **Neumünster:** Heinrich Harder KG, Bauunternehmung; **Norderstedt:** *BLFV, Bau-, Leistungs- & Finanz-*Vermittlung Gunter Eß (GmbH & Co.); Behr Bau & Immobilien GmbH, Wakendorf 2; IWP Innenausbau u. Warenpräsentations GmbH, Kaltenkirchen; **Reutlingen:** Nachl. d. Elisabeth Erbacher geb. Schucht, Grafenberg; **Schwelm:** E. W. S. Europäische Waren Speditions GmbH, Gevelsberg; **Wiesbaden:** HSF-KH-Hotelbetriebs-GmbH; HSF-KH-Hotelbetriebs GmbH Hotel-Verwaltungs-KG; **Wuppertal:** Nachl. d. Brigitte Bredemeyer.

Vergleich beantragt: Baden-Baden: Elebau Elektronische Bauteile GmbH, Bühl.

Textilien aus Italien weniger gefragt

Steigende Lohnstückkosten und hoher Realzins belasten die Hersteller

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nur wenn sie in den nächsten Jahren ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert, hat die italienische Textil- und Bekleidungsindustrie eine Chance, ihre weltweiten Positionen zu halten *und auszubauen. Das* ist die Schlußfolgerung des in Mailand veranstalteten Jahreskongresses des Gesamtverbandes der italienischen Textilindustrie über Fragen der Innova*tion.*

Die Tatsache, daß sich die Ausfuh*ren der Branche in der Zehnjahres*spanne 1975–85 real verdreifacht haben, darf Verbandspräsident Giancarlo Lombardi zufolge nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Branche ständig sinkt. Faktoren dafür sind nicht nur die trotz der in den letzten zwölf Mo*naten von über acht auf unter sechs* Prozent gesunkenen italienischen Preisrate unverminderte Inflationsdifferenz gegenüber dem Ausland, sondern auch die weiter stärker steigenden Lohnstückkosten und die höhere reale Zinsbelastung der Unternehmen.

Im Durchschnitt der gesamten italienischen Industrie belief sich die *Zunahme* der *Lohnstückkosten* im ersten Halbjahr dieses Jahres noch immer auf 3,9 Prozent gegenüber 7,2 Prozent in der gleichen Vorjahreszeit. Die Steigerung war damit wesentlich höher als in allen übrigen westeuropäischen Ländern. Am 1. Januar dieses Jahres beliefen sich nach italienischen Verbandsangaben die durchschnittlichen Arbeitskosten je Stunde in der italienischen Textil- und Bekleidungindustrie auf 9,74 Ecu gegenüber 7,86 in Frankreich und 9,84 in der Bundesrepublik Deutschland.

Unter diesen Umständen werden Rationalisierung und Innovation in den nächsten Jahren noch größere Bedeutung gewinnen als bisher. Die stärksten Investitions- und Innovationsschübe erlebte die italienische Textil- und Bekleidungsindustrie zwischen 1975 und 1981. In dieser Zeitspanne stieg der Investitionsindex je *Beschäftigten (1970 = 100)* von 123 auf 130. In den zwei darauffolgenden Jahren trat dagegen eine starke Abnahme ein, die erst 1984 (104) und 1985 (112) wieder etwas korrigiert *wurde. Insgesamt beliefen sich die* Brancheninvestitionen im Jahre 1985 auf 1200 Milliarden Lire. Das entsprach bei einem Umsatz von 53 000 Milliarden Lire (davon Ausfuhr 18 500 Milliarden Lire) einem Investitions-Umsatz-Verhältnis von knapp 2,3 Prozent. Beinahe doppelt so hoch (4,2 Prozent) war dieses Verhältnis in der Maschenwarenindustrie, die im vergangenen Jahr 450 Milliarden Lire investiert hat und gegenwärtig in einer Phase ausgeprägter Innovation steckt. *Dabei ist es wohl kein Zufall*, daß die Maschenwarenindustrie mit rund Zweidritteln den höchsten Exportanteil aufweist.

In der Branche waren Ende 1985 insgesamt etwa 890 000 Personen beschäftigt, 40 000 weniger als im Jahr vorher und 245 000 weniger als 1980. Damit war der Arbeitsplatzverlust in den vergangenen zehn Jahren um rund ein Viertel niedriger als in den übrigen EG-Ländern. Verantwortlich dafür war das starke Produktions- und Exportwachstum, das alle Bereiche der italienischen Textil- und Bekleidungsindustrie seit Mitte der 70er Jahre gekennzeichnet hat. Mit der Zeitspanne 1975–85 stieg die Ausfuhr real um 211 Prozent, der Umsatz um 35 Prozent. Damit erreichte Italien am gesamten Textil- und Bekleidungsumsatz der Europäischen Gemeinschaft nach Verbandsangaben 1985 einen Anteil von 35 Prozent und am EG-Außenhandel dieses Bereichs von fast 28 Prozent.

Ergebnis je Aktie durchschnittlich plus 8,9 Prozent

cd. Frankfurt

Bei anhaltend günstiger Konjunkturentwicklung ist nach Schätzung der Wertpapieranalysten der BHF-Bank 1987 mit einer durchschnittlichen Verbesserung des Ergebnisses je Aktie um 8,9 Prozent bei 60 börsennotierten Gesellschaften aus Industrie und Handel zu rechnen. Für dieses Jahr schätzt die Bank die Ergebnisverbesserung wegen der von der Dollarabwertung in den Ertragsrechnungen vieler Unternehmen hinterlassenen Spuren nur auf 2,7 Prozent.

Die stärksten Gewinnsteigerungen werden im Einzelhandel erwartet, und hier vor allem bei Horten (Ergebnis je Aktie von sechs Mark nach vier Mark 1986) und Karstadt (12,50 nach 10 DM). Vom guten Konsumklima werde auch die Autoindustrie profitieren, und zwar besonders BMW (44 nach 39,50DM) und Daimler (92 nach 83 DM), während für Porsche wegen der Dollarschwäche ein Ertragsrückgang auf 75 (92) DM unterstellt wird. Den VW-Ertrag sieht die Bank bei 61 (57,50) DM je Aktie.

Auf dem Wege zur Besserung sei die Bauwirtschaft, vor allem Holzmann (28 nach 18 DM). Von der günstigen Entwicklung in dieser Branche und in der Autoindustrie dürfte auch die Chemieindustrie als wichtiger Zulieferer profitieren. Die größte Gewinnsteigerung trauen die Analysten BASF (34 nach 30,50 DM) zu. Die Elektro-und Elektronikindustrie sehen sie als Nutznießer der Investitionsgüternachfrage an, und hier Siemens (60 nach 55 DM) und Nixdorf(29 nach 25 DM) als Favoriten. Differenziert wird die Entwicklung im Maschinenbau beurteilt, negativ die in der Stahlindustrie. Günstiger als 1986 werden die Ertragsperspektiven der Grundstoffindustrie eingeschätzt.

Philip Morris, ein kreatives Kraftwerk

Zusammen mit General Foods erstmals mehr als 25 Milliarden Dollar Umsatz – Marlboro auf dem Sprung nach China

JAN BRECH, New York

White Plains, ein Vorort von New York, ist seit 22 Jahren der Sitz des Nahrungsmittel-Konzerns General Foods. Im Vergleich zu den Geschäftszentren anderer US-Multis in den brodelnden Straßenschluchten Manhattans ist die Hauptverwaltung von General Foods eine Idylle. Der schneeweiße Palast mit einer Kuppel aus Glas ist von Wäldern und künstlichen Teichen umgeben, auf denen Schwäne paddeln. Kein parkendes Auto und keine Menschenansammlungen stören den Postkarten-Anblick.

Die äußere Beschaulichkeit der Stätte täuscht jedoch über das hinweg, was sich seit geraumer Zeit hinter den Kulissen vollzieht. General Foods gehört seit einem Jahr zum Tabak-Konzern Philip Morris, dessen Führungsmaxime der große, „alte Mann" des Konzerns, George Weissman, so umschreibt: „Wir haben Schwung, Energie und Kraft und wir sind aggressiv." Ein Zeichen dieser Aggressivität ist die „friedliche" Übernahme von General Foods Mitte vergangenen Jahres, für die Philip Morris mehr als elf Mrd. DM bar auf den Tisch legte und damit in den Kreis der weltgrößten Konsumgüter-Produzenten vorrückte. Mit einem Gesamtumsatz von 23 Mrd. Dollar liegt der Konzern Kopf an Kopf mit Unilever.

Der Kauf von General Foods ist der jüngste und spektakulärste Expansionsschritt des Philip-Morris-Konzerns, der in den USA in dem Ruf steht, ein „kreatives Kraftwerk" zu sein. Der General Foods Erwerb fügt sich nahtlos in die seit Jahren verfolgte Politik, den üppigen Cash-flow aus dem Zigarettengeschäft in andere Konsumgütermärkte zu lenken, die großes Volumen, Wachstums- und Ertragsreserven haben. So erwarb Philip Morris 1970 die konkursreife Brauerei Miller, überrollte die schlafende Bierkonkurrenz und avancierte zum zweitgrößten Brauhaus der USA. 1978 folgte mit der Übernahme der Gruppe „seven up" der Einstieg in den Riesenmarkt der Limonade.

Wenn Philip Morris nun mit General Foods den dritten und weitaus größten Coup landet, so nicht ohne Grund. Trotz aller Diversifikationsanstrengungen drohte das Wachstum des Tabakkonzerns ins Stocken zu geraten. Das weltweite Zigarettengeschäft bringt nicht mehr die Zuwachsraten früherer Jahre, und bei Bier ist Philip Morris, nachdem es jahrelang der regionalen Konkurrenz Marktanteile abgejagt hatte, in direkte „Feindberührung" mit dem überragenden Marktführer Anheuser-Busch geraten.

Im Limonadengeschäft erlitt Philip Morris sogar völligen Schiffbruch. Hatten die US-Brauer Philip Morris als „newcomer" noch unterschätzt, ließen die Limonaden-Riesen Coca Cola und Pepsi Cola gar nichts erst anbrennen. Sie entfachten derart rigorose Wettbewerbsgefechte gegen „seven up", daß sich Philip Morris kurzerhand wieder zurückzog. Das internationale Geschäft verkaufte der Konzern für 246 Mill. Dollar an Pepsi, das Konzessionsgeschäft in den USA ist dieser Tage für 240 Mill. Dollar an eine Gruppe von Investoren aus Dallas gegangen.

Mit General Foods, so glaubt man bei Philip Morris, ist nunmehr die richtige Braut gefunden worden. Die Mitgift von General Foods ist auf den ersten Blick in der Tat überzeugend. Der größte US-Nahrungsmittelkonzern wird in diesem Jahr rund zehn Mrd. Dollar umsetzen und eine Rendite von sieben bis acht Prozent halten. Am US-Markt stammt jedes zehnte verpackte Nahrungsmittel aus einer der 24 inländischen Fabriken von General Foods. 80 Prozent des Inlandsumsatzes bringen zudem Produkte, die Marktführer sind.

Laut Präsident P. L. Smith soll General Foods Umsatz und Gewinn jährlich real um drei bis fünf Prozent bei einer durchschnittlichen Marktausweitung von ein bis zwei Prozent steigern.

Bei Philip Morris wird man die ehrgeizigen Pläne wohlwollend zur Kenntnis nehmen, es aber kaum dem Zufall überlassen, ob sie auch verwirklicht werden. Ein Jahr Beobachtung dürfte Philip Morris gereicht haben, um bei General Foods trotz solider Marktpositionen Schwachstellen auszumachen. Da sind einmal Zweifel an der Innovationskraft. Neue Produkte sind in den letzten Jahren überwiegend zugekauft worden. Zudem hat das Unternehmen erheblichen Nachholbedarf bei Sachinvestitionen. Der Maschinenpark ist zum Teil veraltet. Damit einher geht ein noch nicht abgeschlossener Rationalisierungsprozeß. Allein im letzten Jahr hat General Foods Möglichkeiten gefunden, im „overhead"-Bereich 85 Mill. Dollar einzusparen.

Schließlich fehlt General Foods ein starkes internationales Geschäft und somit Wachstumspotential außerhalb der weitgehend gesättigten Märkte in den Industriestaaten. Trotz Marktführerschaft mit Snack Artikeln in Kanada, mit Kaugummi in Frankreich, Eiskrem in Brasilien und Dosenfleisch in Italien macht das Auslandsgeschäft nur zehn Prozent vom Gesamtumsatz aus. Größte Auslandsgesellschaft ist der deutsche Ableger Hag GF AG in Bremen mit gut einer Mrd. DM Umsatz. Für die Hag AG, die mit der General Foods GmbH zusammengelegt worden ist, hatten die Amerikaner einst 190 Mill. DM bezahlt, ohne bislang einen Pfennig der Investitionen zurückzubekommen. Nach kostspieliger Umstrukturierung ist Hag GF 1985 erstmals wieder in die Gewinnzone gekommen.

Die nahezu unbegrenzten Finanzierungsmöglichkeiten, die Philip Morris zur Erweiterung der eigenen Basis und auch zur Expansion über General Foods einsetzen kann, verdankt der Konzern nach wie vor der Zigarette, die zwei Drittel zum Umsatz von 15,9 Mrd. Dollar, aber fast 90 Prozent zum Gewinn von 1,26 Mrd. Dollar beiträgt. Weltweit produziert Philip Morris fast 500 Mrd. Zigaretten pro Jahr, eine Menge, die die Inlandsproduktion der gesamten deutschen Industrie um das fünffache übersteigt. Vom US-Markt hält Philip Morris 36 Prozent, vom Weltmarkt 6,6 Prozent. Paradepferd im Reigen der rund 160 Marken ist die „Marlboro", die in den USA mit 22,4 Prozent ebenso Marktführer ist wie in zahlreichen anderen Ländern, so auch der Bundesrepublik.

Die Anfeindungen und Diskussionen um die Zigarette schrecken Philip Morris nicht sonderlich. Das Wachstum in den Märkten der westlichen Welt ist zwar stark eingeschränkt, doch neues Terrain öffnet sich durch die Liberalisierung der Staatsmonopole in Japan und China. Beides sind Märkte mit riesigen Volumina und die „Marlboro" steht auf dem Sprung.

Mehr Umsatz und Ertrag zapft Philip Morris zudem wieder aus dem Braugeschäft. Miller stößt rund 37 Mill. Barrel Bier pro Jahr aus und hält 21 Prozent des US-Marktes. Ein neues Feld der Expansion scheint Philip Morris schließlich in ihrer „Credit Corporation" entdeckt zu haben, die Kundenfinanzierung, Leasing und andere finanzielle Dienstleistungen betreibt.

Die Entwicklung des Konzerns in dem ersten Halbjahr 1986 läßt vermuten, daß 1986 zusammen mit General Foods zum ersten Mal mehr als 25 Mrd. Dollar umgesetzt werden. In den ersten sechs Monaten ist der Umsatz um 77 Prozent auf 12,5 Mrd. Dollar gestiegen, der Netto-Gewinn um 20 Prozent auf 693 Mill. Dollar.

Ob Philip Morris mit Tabak, Bier und Nahrungsmitteln endgültig die Felder gefunden hat, auf denen die Wachstumsschlachten der kommenden Jahre geschlagen werden sollen, bleibt offen. Berücksichtigt man, daß der 5,6-Mrd.-Dollar-Brocken General Foods erst einmal verdaut werden muß, wird die Aussage glaubhaft, daß „zur Zeit keine großen Übernahmen geplant sind". Undefiniert bleibt jedoch, was „groß" bedeutet. Der selbstgezimmerte Anspruch, weltweit das beste Unternehmen für verpackte Konsumgüter zu sein, erlaubt keinen Stillstand. Weissman's Motto heißt: „If you don't do anything, you will never go anywhere."

Der Vormarsch der Deutschen Philip Morris GmbH, München, hält an. In den ersten neun Monaten dieses Jahres ist die Tochtergesellschaft des US-Konzerns Philip Morris als einziges Tabakunternehmen am deutschen Markt weiter gewachsen. Der Inlandsabsatz stieg um 11,6 Prozent auf 20,4 Mrd. Stück, der Marktanteil verbesserte sich auf 23,6 Prozent. Der Abstand zu den beiden noch führenden Unternehmen Reemtsma und BAT wird zusehends kleiner. Rechnet man den Export von 12,5 Mrd. Stück hinzu, ist Philip Morris zum größten deutschen Zigarettenproduzenten avanciert. Getragen wird das Wachstum fast ausschließlich von der „Marlboro", die ihren Marktanteil inzwischen auf 19 Prozent ausgeweitet und ihre Position als größte deutsche Marke wesentlich gefestigt hat. Der Anteil der gesamten Produktfamilie „Marlboro" liegt bei 21,5 Prozent. Ein Ende dieses Siegeszugs sieht Günter Wille, Vorsitzender der Geschäftsführung, noch nicht. Wo die obere Grenze erreicht sein könnte, läßt er offen. Reserven sind offenbar noch vorhanden. Auch die „Marlboro" hat ein starkes Süd-Nord-Gefälle. Während im Süden die Anteile 30 Prozent und mehr erreichen, liegen sie im Norden erst bei durchschnittlich 15 Prozent.

Aggressive Verkaufsmethoden

Augenoptiker beklagen Konkurrenz durch Kaufhäuser

adh. Frankfurt

Der Druck von Großfilialisten und Augenoptik-Abteilungen in Kaufhäusern und Verbrauchermärkten nimmt zu, gleichzeitig wachse die Zahl jener mittelständischen Kollegen, die versuchen, ihre Marktposition durch aggressive Verkaufsmethoden zu sichern. So kennzeichnet die Einkaufs- und Marketinggemeinschaft optic actuell GmbH, Mainz, die Situation am deutschen Augenoptikermarkt.

Die Branche werde zunehmend unruhiger, hieß es in einem Pressegespräch in Mainz, zumal auch die Anzahl der Anbieter, die augenoptische Produkte in Deutschland vertreiben möchten, immer größer werde.

Das erste Halbjahr dieses Jahres war für die Optiker dadurch gekennzeichnet, daß zwar die Stückzahlen im Verkauf etwas sanken, der wertmäßige Umsatz durch den Trend zu hochwertigeren Fassungen und Gläsern aber leicht anstieg. Dies trifft aber nicht auf die Billiganbieter zu, die in der Menge weiter zulegten. Die Entwicklung des Marktes fällt übrigens zwischen Nord- und Süddeutschland deutlich auseinander. Während in Norddeutschland der Anteil der sogenannten Kassenfassungen beim Brillenverkauf rund 42 Prozent erreicht, sind es in Süddeutschland nur rund 30 Prozent (Bundesdurchschnitt 36,9 (i.V. 35,6) Prozent. Der Anteil der Brillenfassungen in mittlerer Preislage (bis 250 DM) verliert weiter an Boden.

Stark steigend ist, vor allem in Süddeutschland, der Anteil der Markenfassungen im Preisbereich über 300 DM, der insgesamt um gut 37 Prozent wuchs und im Süden Deutschlands schon auf einen Anteil von gut 15 (im Norden knapp 12) Prozent aller verkauften Brillenfassungen kommt. Die 118 Gesellschafter bei optic actuell mit ihren 213 Mitgliedsbetrieben wollen vor diesem Hintergrund auch in Zukunft weiter auf bekannte Marken setzen. In diesem Jahr erwartet die noch junge Gruppe einen Umsatz von 110 Mill. DM, davon 28 (i. V. 21,4) Mill. DM Eigenumsatz. Für das kommende Jahr wird die Einführung einer weiteren Exklusivmarke angestrebt.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Henkel stärker in USA

Düsseldorf (J. G.) – Vorbehaltlich Zustimmung der US-Behörden kauft die Henkel KGaA, Düsseldorf, dem Ford-Konzern seine Tochter Parker Chemical Co., Madison Heights/-Michigan, ab. Die Firma produziert Produkte für die Behandlung metallischer Oberflächen, industrielle Schmiermittel und Klebstoffe. Henkel nennt den Erwerb einen wichtigen Schritt zum Ausbau seines US-Chemiegeschäfts. der 1985 bis 288 Mill. Dollar angelangte Umsatz der Dachgesellschaft Henkel of America, New York, dürfte durch diesen auf ein Drittel größer werden.

Mainzer Genüsse plaziert

Frankfurt (cd.) – Die Landesbank Rheinland-Pfalz hat mit der vollen Plazierung von 190 Mill. DM Genußscheinen bei Sparkassen des Landes ihr Eigenkapital von 768 auf 958 Mill. DM aufgestockt. Die Verzinsung der 12jährigen Genüsse, die von der Bank nach fünf Jahren mit einer zweijährigen Frist gekündigt werden können, orientiert sich an Marktzinsen.

Fritz-Conzen-Stiftung

Köln (dpa/VWD) – Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) wird in Köln eine Stiftung errichten, die künftig Preise, Stipendien und Forschungsmittel im Bereich der handelswissenschaftlichen Forschung und kaufmännischen Berufsbildung vergeben will. Die Stiftung, die den Namen des HDE-Ehrenpräsidenten Fritz G. Conzen tragen soll, wird außerdem beispielhafte architektonische Lösungen im Einzelhandel auszeichnen.

Steinweg steigerte Umsatz

Braunschweig (VWD) – Bei der Braunschweiger Pianofortefabrik Grotrian-Steinweg GmbH & Co. KG verlief das Geschäftsjahr 1985/86 (31. März) positiv. Das Unternehmen steigerte im abgelaufenen Geschäftsjahr den Umsatz um nahezu 6 Prozent auf fast 16 Mill. DM. Insgesamt wurden 250 (1984/85: 267) Flügel und 1135 (1151) Klaviere verkauft. Grotrian-Steinweg beschäftigt derzeit 145 Mitarbeiter.

Ford will investieren

London (VWD) – Der US-Konzern Ford Motor Co. will in den kommenden fünf Jahren 1,46 Mrd. Pfund Sterling in seine britischen Betriebe investieren. Ein Drittel der geplanten Mittel soll in die Bereiche Motoren und Getriebe fließen. Zielsetzung sei es, den britischen Standort zum Zentrum der Motorentechnologie zu machen, von dem aus Motoren in andere europäische Länder geliefert werden sollen. Seit 1979 hat Ford 1,6 Mrd. Pfund in seine britischen Werke investiert.

Bootsparade in Hamburg

Hamburg (dpa) – Die internationale Bootsausstellung „Hanseboot '86" vom 25. Oktober bis zum 2. November zeigt 1200 Segel- und Motoryachten, Dickschiffe und Jollen aller Klassen sowie Zubehör. Vertreten sind 650 Direktaussteller aus 25 Ländern, darunter alle Bootsbaunationen Europas. Alle zwölf Messehallen mit 55 000 Quadratmetern Fläche sind belegt. Vor der „Hanseboot" finden am 23. und 24. Oktober wieder die Emtec-Handelstage statt. Sie sind für Facheinkäufer gedacht und gelten als wichtiger Ordertermin für die internationale Bootswirtschaft.

Grundig steigt bei Atek ein

München (sz.) – Mit einer Mehrheit hat sich die Grundig AG, Fürth, an der schweizerischen Atek NC-Systems AG, Brugg, beteiligt. Die Atek, ausgestattet mit einem Aktienkapital von 510 000 sfr, ist seit 13 Jahren in der Automatisierung und Fertigungstechnik tätig und erzielte im Geschäftsjahr 1985 mit 45 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 8 Mill. sfr.

Vertriebskooperation

Stuttgart (dpa/VWD) – Die von der Daimler-Benz AG, Stuttgart, Anfang 1986 in Japan gegründete Vertriebsgesellschaft Mercedes Benz Japan hat mit dem japanischen Mercedes-Vertriebspartner Yanase einen Vertrag für den Verkauf von Mercedes-Personenwagen in Japan geschlossen. Wie Daimler-Benz mitteilte, wird der Import der Mercedes-PKW auf Mercedes Benz Japan übertragen, während sich Yanase auf den Vertrieb in Japan beschränkt. Daimler-Benz erwartet für 1986 in Japan einen Absatz von 13 000 Personenwagen.

Kontrollorgan

London (VWD) – Lloyd's of London hat ein neues Kontrollorgan für den Londoner Versicherungsmarkt eingesetzt. Es soll darüber wachen, daß die Agenturen und Broker die Vorschriften einhalten.

Konkurs angemeldet

Gütersloh (dpa/VWD) – Der Gütersloher Fahrradhersteller Julius Sprick hat gestern beim zuständigen Amtsgericht Konkurs angemeldet. Von der voraussichtlichen Stillegung sind nach Angaben des Konkursrichters 140 Mitarbeiter betroffen.

Post-Großauftrag für Loewe Opta

mdl. Köln

Einen Großauftrag für Bildschirmtelefone hat die Bundespost an die Kooperation Loewe Opta/Hagenuk erteilt. Von den rund 50 000 bei der Industrie bestellten Btx-Telefonen in verschiedenen Ausführungen werden allein 20 000 von der Firmenkooperation geliefert. Die Farb-Multitels, interne Bezeichnung BTT 500, wurden auf Grund der Ergebnisse eines Feldversuches der Bundespost mit Modellen verschiedener Anbieter als Standard-Farb-Btx-Telefon ausgewählt.

Schon in diesem Jahr beginnt Loewe Opta mit der Auslieferung der ersten 3000 Geräte, bis zum Frühjahr 1988 soll der Auftrag abgeschlossen sein, versicherte Helmut Ricke, Vorsitzender der Geschäftsführung von Loewe. Die von der Bundespost bestellten Geräte, eine Kombination von Komforttelefon und Btx-Dialog-Terminal, verfügen über einen eingebauten Speicher für etwa 350 Telefonnummern und rund 16 Btx-Seiten. Bereits Anfang 1986 erhielt diese Ausführung die Postzulassung. 78 DM wird die Monatsgebühr für das Btx-Telefon betragen.

Es gibt kein „Armenhaus im Norden"

CDU-Wirtschaftsrat warnt vor einer Überbewertung des Süd-Nord-Gefälles

MARCEL LOKO, Bonn

Der Begriff „Nord-Süd-Gefälle" wird ungern gebraucht. Man verbindet damit ein „Armenhaus im Norden" oder eine schicksalhafte, langfristig wirkende, unumkehrbare Verlagerung von Norden nach Süden.

Trotz des dramatisch klingenden und inzwischen inflationär gebrauchten Begriffs: ein bundesdeutsches „Mezzogiorno" oder „Nordengland" gibt es nicht. Von Einkommens- und Wachstumsgefällen wie zwischen Italiens Norden und Süden kann nicht die Rede sein. Vom Ungleichgewicht zwischen Europas Norden und Süden oder dem enormen Nord-Süd-Gefälle im Weltmaßstab ganz zu schweigen.

Doch in den Köpfen der Bundesbürger hat sich der Begriff schon festgesetzt. Eine neue Emnid-Erhebung zeigt, daß mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Bürger vom bundesdeutschen Nord-Süd-Gefälle schon „gelesen oder gehört" haben. Die Studie betont die Assoziationen, die der Begriff auslöst: höhere Arbeitslosigkeit und Rückständigkeit im Norden, bessere Wirtschaftslage im Süden.

Solch verkürzte Gedankengänge können gefährliche Folgen haben: Nach dem Prinzip der sich selbst bestätigenden Erwartungen könnten gerade viele mittlere und kleine Unternehmer wegen der vermeintlichen Aussichtslosigkeit auf Investitionen im Norden verzichten, und gerade hochqualifizierte Bewerber könnten abwandern.

Des „Süd-Nord-Gefälles" nahm sich Anfang Oktober auch der Wirtschaftsrat der CDU bei einer Fachtagung in Dortmund an. Trotz der Gefahren werteten einige Redner die Situation sogar als „Chance" für einen durchgreifenden Wandel zugunsten des Nordens.

„Denn die wirtschaftsstarken Regionen von heute sind die wirtschaftsschwachen Regionen von gestern", wie der niedersächsische Staatssekretär Stefan Diekwisch betonte. So könnte, da auch die heutigen Standortbewertungen einem Wandel unterliegen, der Norden der „Gewinner von morgen" sein. Für eine derartige Wendung gäbe es, so Diekwisch, bereits erste Anzeichen.

Der Hauptgeschäftsführer des Wirtschaftsrates Walter Aden wies darauf hin, daß das Ruhrgebiet die dichteste Hochschullandschaft Europas ist. Dies könne durch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den mittelständischen Unternehmen in wirtschaftliche und innovative Energie umgesetzt werden. Trotzdem bleibt der Begriff „Süd-Nord-Gefälle" nur die oberflächliche Beschreibung der Strukturprobleme in den „altindustrialisierten Gebieten" Nordrhein-Westfalens und des Saarlands sowie in den Hafenstädten Norddeutschlands.

Der Göttinger Professor Carsten Thoroe sieht das Problem im Zusammenhang mit der „Umbewertung der Standortfaktoren". Wichtige Argumente für Unternehmen, sich im Norden anzusiedeln, seien weggefallen. Die Küstenlage Norddeutschlands sei wegen der Unabhängigkeit des Überseehandels von der Transportschiffahrt kein Investitionsargument mehr. Ebenso sind die rohstoffreichen Gebiete des Westens wegen der immer geringeren Abhängigkeit von Steinkohle kein Grund mehr dort zu investieren.

In der Bundesrepublik handelt es sich um Strukturanpassungsprobleme und nicht um prinzipielle Ungleichheiten. Auch hat die Bundesrepublik keine Hauptstadt, die alle Wirtschaftsaktivitäten anzieht und somit die Überwindung der Krise im Norden erschwert. Fazit der Dortmunder Tagung: Das Süd-Nord-Gefälle ist ein gewichtiges Problem, das man weder überbewerten noch passiv hinnehmen sollte.

Weitere Wirtschaftsberichte auf S. 22

Konica U-BIX

KOPIERER TELEFAX BÜRO-SYSTEME

Hier stellt sich KONICA U-BIX vor. Die neue Marke für klare Kommunikation.
Schnell – zuverlässig – wirtschaftlich sind wichtige Informationen zur Stelle – durch Kopierer, Telefax und Büro-Systeme von KONICA U-BIX. Hinter KONICA U-BIX steht die weltweite Kraft der Unternehmensgruppen Konishiroku und Mitsubishi sowie das 15jährige Büro-Know-how von U-BIX. Ein bewährtes Team – für die Aufgaben Ihrer Bürokommunikation.



Kopierer von KONICA U-BIX verkürzen den Weg vom Original zur Kopie.
Wo früher Handarbeit angesagt war, müssen Sie heute keinen Finger rühren. Alles geht vollautomatisch: Originale vom Stapel einziehen. Beidseitig beschriebene Originale wechseln, wenden, vorder- und rückseitig kopieren. Immer die richtige Belichtung wählen. Immer im richtigen Format kopieren – bis hinauf zum Plakatformat A2. Kopie für Kopie ins richtige Fach sortieren. . .



Telefax von KONICA U-BIX befördert Ihre Post in Sekundenschnelle.
Von überallher nach überallhin. Direkt von Telefon zu Telefon. Ob Briefe, Verträge, Zeichnungen, Manuskripte: Ein Telefonanruf genügt. . . und die Fernkopie geht ab. Nach nur 20 Sekunden ist der Empfänger im Bilde. Schwarz auf weiß. Originalgetreu. In Text und Bild. Unmißverständlich.



Büro-Systeme von KONICA U-BIX ersparen Doppelarbeit am Schreibplatz:
Text- und Datenverarbeitung arbeiten Hand in Hand. Was der Manager an seinem Arbeitsplatz rechnet, wandert auf Knopfdruck in den Brief der Sekretärin. Zeitraubendes Abschreiben ist überflüssig. So wird die Teamarbeit zwischen Manager, Sekretärin oder Sachbearbeiter noch effektiver. Einfach und verständlich durch die komfortable Software und die Bedienerführung in Deutsch.

Auf der Orgatechnik '86 vom 16.–21. 10., Halle 13.3., Gang W/V, Stand 10/9.

KONICA BUSINESS MACHINES INTERNATIONAL GmbH
Frankenstraße 12 · D-2000 Hamburg 1
Telefon: 040/236 02-0 · Telex: 215 340
Telefax: 040/23 60 22 02

KONICA U-BIX. Für klare Kommunikation.

Lustlose Aktien

Standardwerte überwiegend leicht rückläufig

DW. – Die zuversichtlichen Konjunkturprognosen von Bundesbank und Bundeswirtschaftsministerium vermochten dem Aktiengeschäft keinerlei Anregungen zu geben. Der Handel blieb schleppend und die Kurse der meisten Standardwerte gaben leicht nach.

Lebhaft blieben die Umsätze in VW-Aktien, die aber nur wenig unter den Notierungen des Vortages blieben. Sollte es hier noch offene Verkaufsoptionen gegeben haben, so fielen sie nicht ins Gewicht, obwohl der Markt der VW-Aktien nach der Placierung der Vorzüge insgesamt noch empfindlich geblieben ist. Die Hinweise auf den glänzenden Absatz von Pkw im Inland, vermochten auch den übrigen Autoaktien keinen Auftrieb zu geben. Weder bei Daimler, noch bei BMW konnten die von weiteren Steigerungen ausgehenden Gewinnschätzungen für 1987 anregend wirken. Zu den wenigen Papieren, die noch kräftig aufwärtsstrebten, gehörten Springer-Aktien. Einen Rückschlag gab es bei RWE, weil sich die Gerüchte über eine Ausgliederung der Beteiligungen bisher nicht erhärtet haben. Die immer noch wachsende Konsumbereitschaft hat erneut die Warenhausaktien in den Vordergrund gerückt, bevorzugt war Kaufhof. Banken waren im allgemeinen nur knapp behauptet. Ihnen macht offensichtlich der Zinsanstieg zu schaffen.

Nachbörse: leichter

DW-Ak.ind.: 272,02 (272,63)
DW-Ums.ind.: 2804 (3100)
Adv.-decline-Zahl: 85 (182)
38-Tg-Linie: 278,16 (278,52)
200-Tg-Linie: 279,92 (279,92)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Warenpreise – Termine

Deutliche Abschläge waren am Dienstag bei den Edelmetallen an der New Yorker Comex hinzunehmen. Kupfer hingegen konnte sich festigen, ebenso Kakao. Kaffee notierte schwächer.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	14.10.	13.10.
Dez.	279,75-280,00	277,75-278,25
März	269,50-270,00	268,00-267,50
Mai	254,25	252,00-255,00

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

14.10.	13.10.
geschl.	25,50

Devisenterminmarkt

Am 15. 10. gab es am Devisenterminmarkt keine nennenswerten Veränderungen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,76-0,66	1,42-1,22
Pfund/Dollar	0,65-0,63	1,94-1,91	3,74-3,69
Pfund/DM	2,30-0,90	5,50-4,10	9,90-8,50
FF/DM	19-3	44-28	70-54

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 15.10.: Tagesgeld 4,35-4,45 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent, FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.
Privatdiskontsätze am 15.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 15.10.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 15.10.; Redaktionsschluß 14,30 Uhr:

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

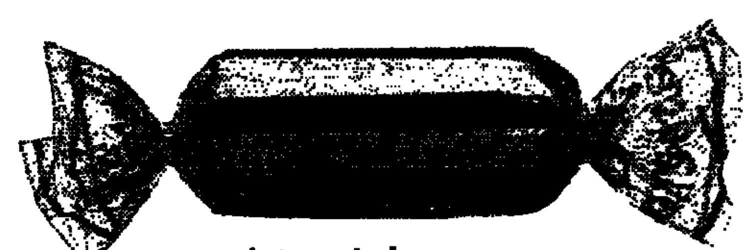
SZR-Wert

Acht Bonbons für zwei neue IBM Schreibmaschinen.

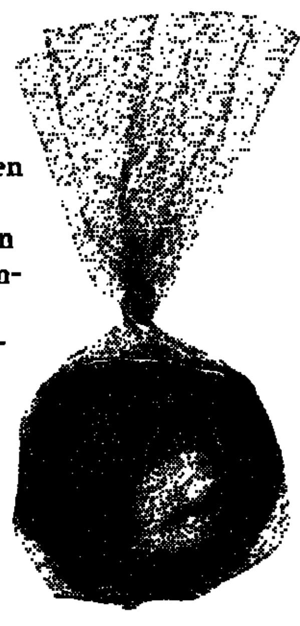
GGK

Zwei neue IBM Schreibmaschinen können Ihnen jetzt die tägliche Schreibarbeit etwas versüßen. Die eine ist die superleise Thermoschreibmaschine IBM 6750-2. Die andere ist die komfortable Typenradschreibmaschine IBM 6747-2. Beide helfen Ihnen auf Knopfdruck mit vielen automatischen Funktionen und auf Wunsch auch mit einer elektronischen Korrekturhilfe für Deutsch und verschiedene Fremdsprachen. Außerdem können Sie die beiden natürlich als Schönschreibdrucker an den IBM PC anschließen. Mehr Informationen erhalten Sie von IBM Deutschland, Kennwort Bonbon, 7000 Stuttgart 80, Postfach 80 08 80. Aber sehen Sie sich die beiden Neuen doch selbst einmal an. Zu haben sind sie bei allen Autorisierten Händlern für IBM Schreibmaschinen, in allen IBM Läden oder bei IBM Direkt. Die Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-45 67.

Vom 16.–21.10.1986 können Sie sich die zwei auch auf der ORGATECHNIK in Köln, Halle 14.2, Stand K 19 / L 20 ansehen.



Automatisch unterstreichen.
Sie können jetzt wählen zwischen Unterstreichungen, die in einem Stück durchlaufen, oder Unterstreichungen, die automatisch alle Zwischenräume freilassen.



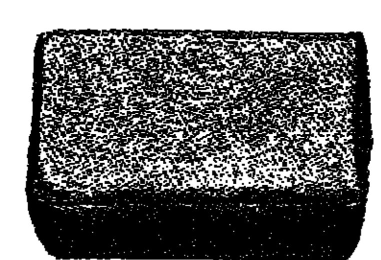
Formate speichern.
Häufig benutzte Schreibformate müssen Sie nur noch einmal eingeben. Dann haben Sie bis zu acht Randeinstellungen und Tabulatorpositionen abrufbereit im Speicher.



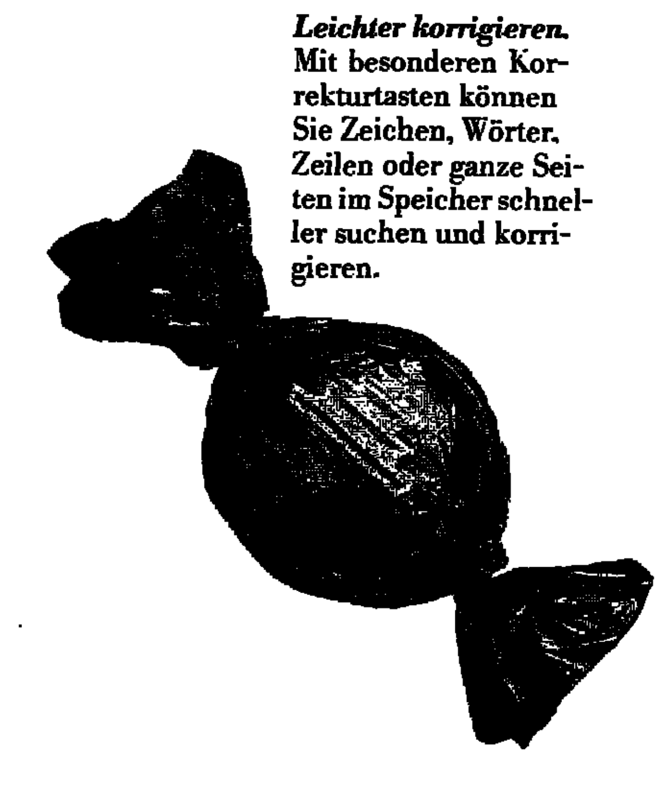
Verzeichnis ausdrucken.
Damit Sie das neue Speicherangebot ohne Probleme nutzen können, drucken die neuen Modelle auf Wunsch auch ein Speicherverzeichnis aus.



Schneller zurückgehen.
Mit der neuen Expreß-Rücktaste kommen Sie ruck, zuck zum linken Rand zurück, ohne gleichzeitig in die nächste Zeile zu wechseln.



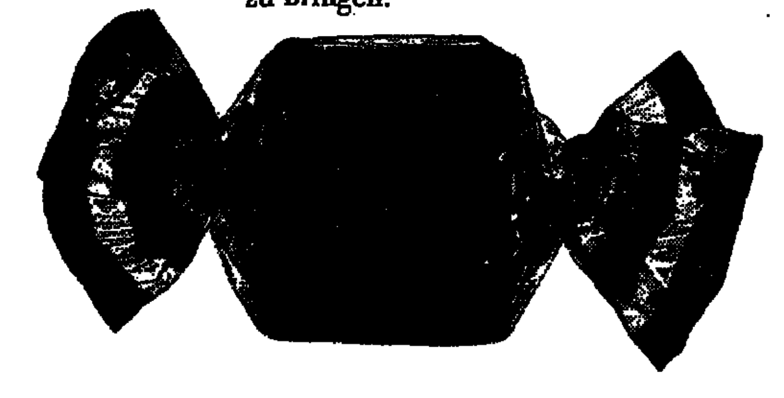
Auf Block setzen.
Mit wenigen Handgriffen können Sie Ihre Texte jetzt nicht nur auf Mitte, sondern auch auf Block setzen und alle Dezimalzahlen nach Kommastellen ordnen.



Leichter korrigieren.
Mit besonderen Korrekturtasten können Sie Zeichen, Wörter, Zeilen oder ganze Seiten im Speicher schneller suchen und korrigieren.

Mehr speichern.
Die beiden neuen Schreibmaschinen haben jetzt einen erweiterten Speicherplatz von 31 000 Zeichen. Das sind immerhin ganze 20 Seiten.

Formulare steuern.
Der Formatspeicher nimmt es Ihnen auch ab, Vordrucke mit immer denselben Zeilenschaltungen und Leertasten in die richtige Schreibposition zu bringen.



IBM

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Renten weiter unter Druck

Obwohl in den USA die Hoffnungen auf eine Leitzinssenkung noch nicht aufgegeben worden sind, zogen die Renditen die US-Bonds noch einmal kräftig an. Deutsche öffentlichen Anleihen setzten ihren Kursabstieg diesmal dagegen verhalten fort, obwohl das Angebot zuzunehmen scheint. Die Kurse der Langläufer gaben um 0,35 Prozentpunkte nach. Die 6¾prozentige Anleihe von Baden-Württemberg konnte mit 99,75 nur um einen halben Punkt unter dem Emissionskurs in den Börsenhandel eingeführt werden.

Optionsanleihen

Währungsanleihen

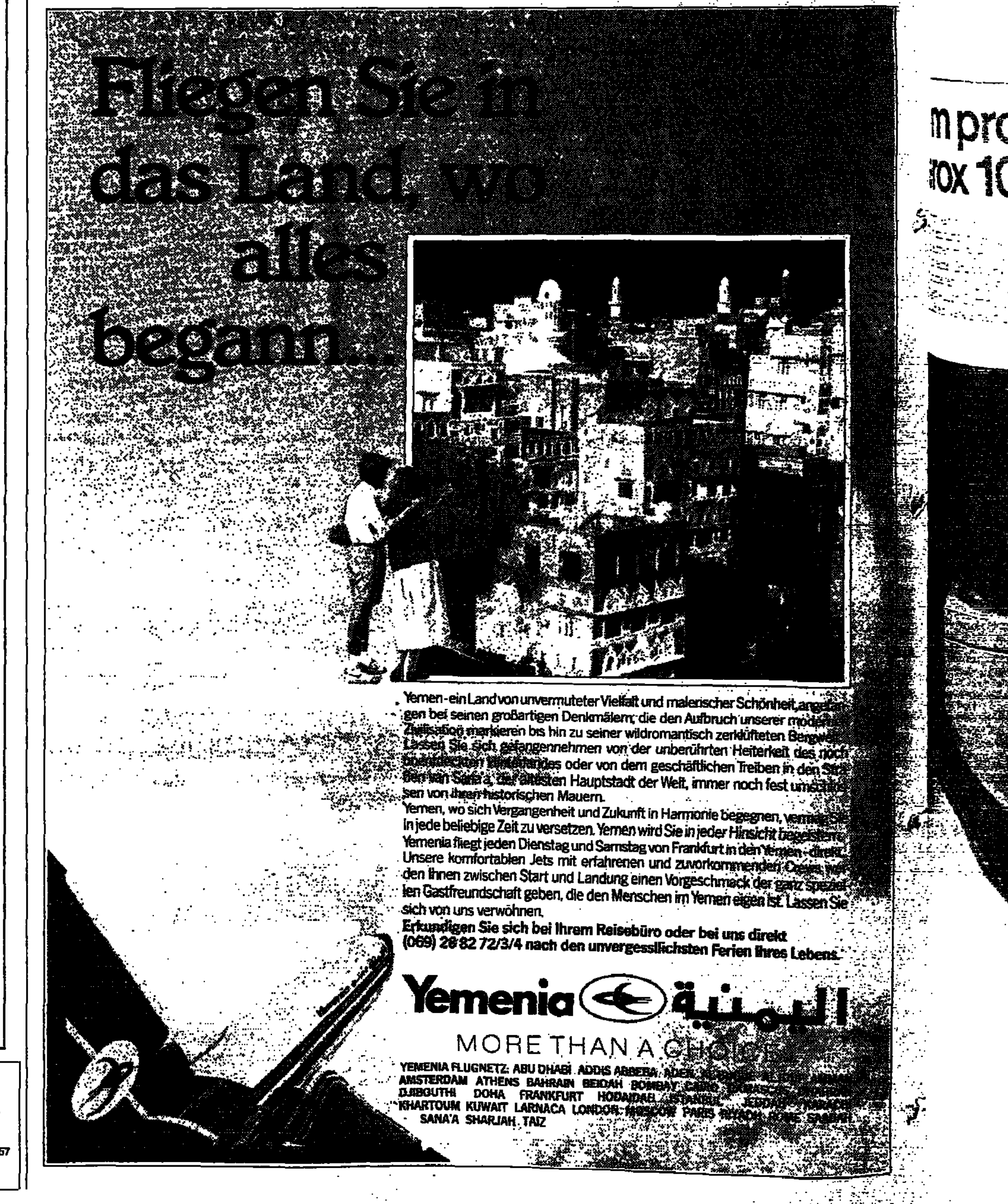
Wandelanleihen

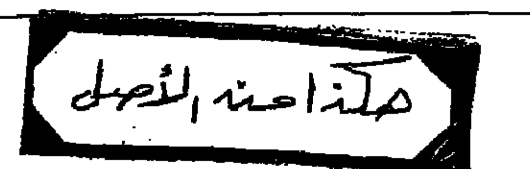
Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen





Ausland

Amsterdam

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Sydney

[illegible]

Oslo

[illegible]

Tokio

[illegible]

Toronto

[illegible]

Wien

[illegible]

Zürich

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Rentenoptionen

[illegible]

Devisenmärkte

Der hohe Anteil der durch Sonderprogramme geförderten Autoverkäufe am Anstieg der amerikanischen Einzelhandelsumsätze im September von 4,6 Prozent wurde von den Marktteilnehmern am 15. 10. noch wie vor als schwaches Konjunkturbild gewertet. Nach Bekanntgabe der Zahl gab der Dollarkurs sukzessive bis knapp über 1,97 nach. Am Vormittag wurde er in einem ruhigen Handelsgeschehen auf Basis der amtlichen Notiz von 1,9782 gehandelt. Das Britische Pfund verlor 1 Pfennig auf 2,843. Neue historische Tiefstkurse verzeichneten der Belgische Franc mit 4,812, die Schwedische Krone mit 29,92 und die Spanische Pesete mit 1,507. Der Japanische Yen gab um 0,3 Pfennig auf 1,282 nach, da sich der Yen nicht in gleichem Maße wie die DM gegenüber dem US-Dollar befestigen konnte. Gegenüber den übrigen wichtigen Währungen überwogen ebenfalls leichte Kursgewinne der DM. US-Dollar in: Amsterdam 2,233; Brüssel 41,0975, Paris 6,4675; Mailand 1369,20; Wien 13,917, Zürich 1,6174; Ir. Pfund/DM 2,721; Pfund/Dollar 1,4372; Pfund/DM 2,843.

Devisen und Sorten

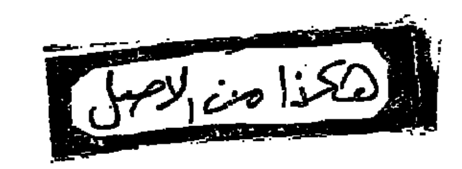
15.10.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	1,9742	1,9822	1,9718	1,93	2,05
London[2]	10,0	2,836	2,850	2,794	2,77	2,92
Dublin[2]	16,5	2,714	2,728	2,655	2,65	2,80
Montreal[1]	8,58	1,4214	1,4294	1,4125	1,38	1,48
Amsterd.	5,00	88,345	88,565	88,285	87,50	89,25
Zürich	4,00	122,20	122,40	122,26	121,00	123,75
Brüssel	8,00	4,802	4,822	4,774	4,68	4,86
Paris	9,50	30,45	30,61	30,17	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,49	26,61	26,22	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,11	27,23	26,49	26,25	28,00
Stockh.	8,00	28,94	29,10	28,73	28,00	29,75
Mailand[3]**	12,0	1,439	1,449	1,421	1,41	1,49
Wien	4,00	14,195	14,235	14,159	14,11	14,32
Madrid	8,00	1,500	1,512	1,479	1,45	1,57
Lissabon**	14,5	1,352	1,372	1,321	1,10	1,65
Tokio	3,50	1,2805	1,2835	1,2825	1,24	1,30
Helsinki	8,50	40,80	41,00	40,10	39,75	41,75
Belgrad* **	–	–	–	–	0,22	0,62
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,458	1,512	–	0,90	1,65
Ankara* **	–	–	–	–	0,19	0,38
Sydney*	–	1,2605	1,2795	–	1,20	1,32
Johannbg.*	10,5	0,865	0,897	–	0,70	0,95
Hongkong *	–	25,21	25,49	–	23,00	30,00

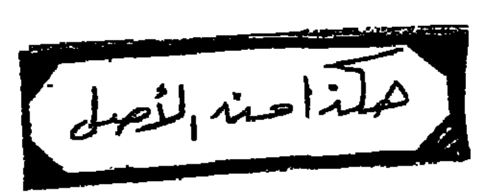
Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2900B. Düsseldorf: BMW 585, Goldschm. 244G, IKB 265, Lehnkering 210G, O & K 131,5, Thüga 460G. Frankfurt: BMW 582, Frankona Vz. 620bG, Fuchs St. 172, Fuchs Vz. 160bB, Goldschm. 245,5, IKB 269T, Magdeburger Feuer NA 530G, Magdeburger Feuer 1150T, Mainkraft 550, Mercedes 1070, Thüga 478, Ymos Vz. 175,5. Hamburg: –. München: Mercedes 1050, Stumpf 125G, VAB 2850TB.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Ver. Seide 15,2, Frankfurt: Magd. Feuer 68, Ver. Seide 15,2, München: –. Stuttgart: Allg. Renten „D" 2100.





Optimismus zur Igedo: Neue Mode überzeugt

Py. Düsseldorf

Nach dem bislang nicht sonderlich erfolgreichen Jahresverlauf für Hersteller und Handel kann die deutsche Damenoberbekleidungs-Branche auf eine gute Herbst/Winter-Saison 1986/87 hoffen. Sprecher von Industrie und Handel betonten anläßlich der bevorstehenden letzten Mode-Orderrunde, der 151. Igedo – Internationale Modemesse (19. bis 21. Oktober in Düsseldorf) –, daß die Kundinnen „offensichtlich froh darüber sind, daß ihr eine neue sympathische Mode in neuer Optik und vielfältigen Variationsmöglichkeiten angeboten wird". Dabei habe sich das schöne spätsommerliche Wetter nicht gerade förderlich auf das Geschäft mit Herbst- und Winterware ausgewirkt.

Im Handel wird insbesondere das gute Geschäft mit Mänteln und Kleidern, Röcken und Blusen hervorgehoben. Auch Lederbekleidung wurde in den letzten Wochen lebhaft gekauft. Das befürchtete Nachlassen des Strickwarengeschäfts trat nicht ein. Neben den Nachorders für Herbst/Winter-Ware bietet die 151. Igedo dem Handel noch die Möglichkeit, die Frühjahr/Sommer-Programme 1987 zu komplettieren. Für das bald einsetzende Weihnachtsgeschäft steht eine Vielzahl von Anbietern von Accessoires (Modeschmuck, Tücher, Gürtel) auf der Igedo bereit, zu der 630 Aussteller aus dem In- und Ausland erwartet werden.

Die Zuversicht der Branche dokumentiert sich in der Umsatzerwartung für 1986. Der Textil-Einzelhandel erwartet ein Plus von vier bis fünf Prozent, die DOB-Industrie rechnet mit vielleicht 3,5 Prozent. Neuerliche Exporterfolge, nicht zuletzt in den USA, kompensierten das bislang schwache Inlandsgeschäft. Die Beschäftigtenzahl ging jedoch zurück.

Sehr zufrieden mit Computerabsatz

dpa/VWD, Frankfurt

Die Hersteller von Personalcomputern (PCs) waren mit dem Absatz im 1. Halbjahr 1986 vollauf zufrieden. Wie die Beratungsgesellschaft Diebold Deutschland GmbH, Frankfurt, mitteilte, wurden mehr als 94 000 PCs der Preisklasse von 5000 DM bis 25 000 DM abgesetzt. Die Gewinne der Anbieter seien jedoch bei scharfem Wettbewerb und Preissenkungen zwischen zehn und 35 Prozent eher geschrumpft. Im halbprofessionellen Bereich (Preisklasse 3000 bis 5000 DM) würden 60 000 Geräte abgesetzt, viele davon in Schulen und als Terminalersatz in Universitäten und Forschungsbetrieben.

Marktführer IBM konnte der Untersuchung zufolge seinen Anteil von 29 Prozent halten. Olivetti baute seine 2. Position mit speziellen Angeboten für mittelständische Betriebe und Selbständige auf elf Prozent aus. Auf den 3. Platz (unter mehr als 100 Anbietern) schob sich mit neun Prozent der im Oktober 1985 erstmals angetretene Neuling Tandon, der IBM-kompatible PCs anbietet. Siemens fiel mit 6,3 Prozent auf Rang vier zurück. Es folgten Commodore (5,8 Prozent), Apple (5,0), Victor (4,8), TA (4,3) und Compaq (3,7). Als starke Konkurrenz auf dem (Industrie-)Markt für IBM-kompatible Geräte wird Börsenneuling Schneider angesehen, der für Homecomputer ab 2000 DM bekannt ist.

Hoher Mittelzufluß bei Immobilienfonds

dpa/VWD, München

Das Volumen der neun deutschen offenen Immobilienfonds wird zum Jahresende voraussichtlich zehn Milliarden DM erreichen. Ende September belief sich das Volumen auf 9,5 Milliarden DM. Das erklärte der Geschäftsführer der Degi Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH, Frankfurt, und Angehörige des Immobilien-Ausschusses des BVI Bundesverband Deutscher Investment-Gesellschaften, Klaus Hohmann, in München.

Aus dem Mittelzufluß werde 1986 ein Investitionsvolumen von gut einer Milliarde (1985: 749,5 Millionen) DM zur Verfügung stehen, sagte Hohmann. Die Immobilienfonds hätten in den vergangenen zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 6,5 Prozent plus einer jährlichen Wertsteigerung aus Vermietung von einem Prozent erreicht. Ihre Vorteile seien Anlagesicherheit, Ertrag und jederzeitige Verfügbarkeit. Die Investmentkontos der 500 000 Sparer seien seit 1976 von durchschnittlich 20 000 DM auf 30 000 DM gewachsen. Kritik äußerte Hohmann an der „Gängelung" durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, das die „großen Vermögensvernichter" wie die Anbieter von Bauherrenmodellen nicht beaufsichtige.

Die Anlagestrategie der Fonds ziele auf Gewerbe-Immobilien in den Schwerpunktregionen München, Stuttgart, Rhein-Main, Rhein-Ruhr und Hamburg. Der Anteil der Einzelhandelsflächen sei je nach Fonds auf zehn bis 35 Prozent geschrumpft, könne jedoch durch die starke Nachfrage nach Büroflächen in München und Frankfurt ausgeglichen werden. Der Anteil Bayerns am Grundstücksvermögen habe sich seit 1977 von 9,5 Prozent auf 14 Prozent erhöht.

Peter Maffay – einer der Stars, die zugunsten der Kinder-Krebshilfe singen

Freiheits-Träume häppchenweise

In Peter Maffays Haus am Starnberger See sind die Wände über und über mit Goldenen Schallplatten behangen; hier und da blitzt sogar Platin – Zeichen einer prosperierenden Karriere im Musikgeschäft. Mehr noch, im letzten Oktober erhielt er, als erster Solo-Interpret der Unterhaltungsbranche, den Deutschen Musikpreis, der vom Gesamtverband Deutscher Musikfachgeschäfte und dem deutschen Musikverleger-Verband gestiftet wurde.

Angefangen hat der 1949 im rumänischen Kronstadt geborene Maffay – die Eltern wollten 1963 über Deutschland nach Amerika auswandern, blieben aber im oberbayerischen Mühldorf hängen – als Amateurgitarrist und Sänger. Der Texter und Produzent Michael Kunze entdeckte ihn und riskierte, mit dem Nobody eine Schallplatte zu machen. Gleich seine erste Single wurde ein großer Erfolg: „Du", eine bombastische Schnulze, blieb Anfang 1970 wochenlang auf Platz Eins der Hitparade.

Zwar bemühte Maffay sich in den nächsten Jahren, vom Image des Schmalziers wegzukommen, was ihm (mit Abstrichen) auch gelungen ist – aber die „echten" Rockmusiker haben ihn nie als einen der ihren akzeptiert.

„Ich kam aus einer tiefen Schlagerecke und hatte danach reichlich zu schaffen, diesen Stempel einigermaßen loszuwerden", gibt Maffay zu. Sein Publikum rekrutiert sich aus fast allen Altersgruppen, vor allem den jüngeren, aus jener Klientel, die der genuinen Rock-Musik eher skeptisch gegenübersteht und in Maffay einen Sänger gefunden hat, der ihre geheimen Träume von Freiheit und Abenteuer stellvertretend in Fünf-Minuten-Häppchen durchlebt.

Wie auch immer man zur Musik Peter Maffays stehen mag – unbestreitbar ist, daß er sie und sich häufig und gern für karitative oder politische Ziele einsetzt. Die ZDF-Sendung heute abend ist nur eine von vielen Veranstaltungen dieser Art, an denen er teilnimmt. Im August dieses Jahres war er – neben Udo Lindenberg, Klaus Lage und Inga Rumpf – einer der Stars beim Konzert „Rock gegen Atom" auf der Loreley. Der Erlös dieses Konzertes, bei dem alle ohne Gage auftraten, war bestimmt für medizinische und soziale Hilfe für die Kinder von Tschernobyl.

Künstler für Kinder – ZDF, 19.30 Uhr

Jüngst flog Maffay nach Pakistan, um afghanischen Flüchtlingen in Peschawar einen Scheck über 50 000 Mark zu bringen – Erlös eines Wohltätigkeits-Konzertes in Bad Segeberg. Er wolle wissen, wohin sein Geld gehe, begründete Maffay seinen Entschluß dahinzufliegen.

Unbestreitbar bleibt der Nutzeffekt solcher Sendungen und Benefiz-Konzerte: die „Sogwirkung", die Künstler auf die Spendenfreudigkeit des Publikums ausüben – mögen die Grenzen zwischen Publicity und Nächstenliebe hier auch schwer zu ziehen sein. Angesprochen auf dieses Problem, meinte Maffay: „Glaubwürdigkeit kann man nicht erzwingen, sondern nur erarbeiten. Kritiken daran sind immer noch an der Tagesordnung. Sie sind inzwischen zwar differenzierter geworden. Aber so ganz ungeschoren komme ich bei solchen Sachen nach wie vor nicht weg. Allerdings: Ich finde, daß es für mich wichtig ist, bei einem solchen Festival (auf der Loreley) durch meine Präsenz mein Anliegen zu dokumentieren." RAINER NOLDEN

*

Die heutige Sendung, eine Live-Show aus Böblingen, ist eine Aktion des ZDF, der Illustrierten „stern" und der Deutschen Krebshilfe. Sabine Sauer, Frank Elstner und Thomas Gottschalk stellen – neben Peter Maffay – vor: Angelo Branduardi, Udo Jürgens, Klaus Lage, Udo Lindenberg, Milva, Nana Mouskouri, Konstantin Wecker, Senta Berger, Toni Schumacher, Gabriele Henkel, Otto Rehagel, Justus Frantz, Peter Scholl-Latour, Claudia Kohde-Kilsch, das „Traum-Theater Salomé" und einige andere.

Während der Sendung kann man zugunsten der Kinder-Krebshilfe spenden: Man wählt 01 81 92 (in Berlin 26 52) plus eine Ziffer, die davon abhängt, wieviel man zahlen will: die 1 für 10 Mark, die 2 für 20 Mark usw. Für Spenden über 90 Mark gilt die *Nummer 040 / 420 50 50.*


Peter Maffay
FOTO: SVEN SIMON

„Schwarzwaldklinik": ZDF gewinnt vor Gericht

Vergewaltigung noch mal?

Die in der Serie „Schwarzwaldklinik" am 1. Feburar gezeigte Folge „Gewalt im Spiel" ist von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften zu Unrecht auf den Index gesetzt worden. Das entschied, wie wir bereits gestern in einem Teil der Auflage meldeten, vorgestern das Kölner Verwaltungsgericht, das damit einer Klage des ZDF stattgab. Die Prüfstelle hatte aufgrund eines Antrages des Neusser Jugendamtes indiziert.

In der Folge waren eine Vergewaltigung und die Selbstjustiz des Opfers gezeigt worden. Das Gericht entschied jedoch nicht darüber, ob dies jugendgefährdend war. Es entschied, daß das Bundesgesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften auf Rundfunksendungen nicht angewendet werden könne, weil „dem Bundesgesetzgeber die Gesetzgebungskompetenz fehlt, die spezifisch rundfunkrechtlichen Fragen des Jugendschutzes zu regeln".

Mit der Entscheidung der Kölner Richter ist erstmals von einem Gericht überprüft worden, ob das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften auf Rundfunk und Fernsehen angewandt werden kann. Aus diesem Grunde ließen die Richter eine Sprungrevision gegen ihr Urteil unmittelbar zum Bundesverwaltungsgericht zu. Ob die Bonner Prüfstelle dies macht, oder sich zunächst an des Oberverwaltungsgericht Münster wendet, war gestern noch nicht entschieden.

Das Kölner Gericht folgte der Rechtsauffassung des ZDF, das – wie auch die privaten Fernsehveranstalter – von der Prüfstelle Empfehlungen, aber keine Weisungen entgegennimmt. ZDF-Justitiar Enno Friccius sagte gestern der WELT, es sei noch nicht entschieden, ob die umstrittene Folge im Rahmen der Wiederholung der „Schwarzwaldklinik" im nächsten Jahr gezeigt wird. Auf die für den 3. Februar geplante Wiederholung im Vormittagsprogramm hatte das ZDF nach den Zuschauerprotesten verzichtet.

Laut Staatsvertrag habe das ZDF, so sagte Friccius, strengere Kriterien anzuwenden als die Bonner Stelle; der Sender müsse prüfen, ob eine Sendung „nicht jugendgeeignet" sei (verantwortlich dafür sind die Redaktionen), bei der Prüfstelle gehe es um „Jugendgefährdung". Nach der Sendung am 1. Februar habe das ZDF-Justitiariat festgestellt, daß die Folge nicht jugendgeeignet sei, also nicht vor 21 Uhr hätte ausgestrahlt werden dürfen (sie lief um 19.30 Uhr). da/AP

KRITIK

Bhagwan Bahro

Zweifellos eine der schillerndsten Persönlichkeiten, die je aus „DDR"-Gefängnissen den Weg 'rüber fanden, ist Rudolf Bahro, den **Konstraste** (ARD) portraitierte. Es ist still geworden um diesen Sonderling, der den Ostberliner Behörden mit seinem Buch „Die Alternative" unangenehm aufgefallen war und dafür nach Bautzen mußte. Er kam im Herbst 1979 frei. Als Kommunist und Marxist, wie er sich selbst bezeichnete, stieg er in den Vorstand der Grünen auf. Doch auch diese Partei behagte ihm nicht.

Er schimpfte sie Nazis und trat im Juni 1985 aus. „Kontraste" grub ihn nun aus und präsentierte einen neuen Bahro. Dieser fühlt sich der Bhagwan-Sekte verbunden, ist auf dem Weg zu einer neuen Kirche, fühlt sich in Biedenkopfs Nähe. Verschwommen wie eh und je gipfelt seine Erkenntnis in der These, daß die letzten 200 Jahre der Evolution der Menschheit falsch verlaufen seien. Schafft das Industriezeitalter ab, vom Kanonenofen bis zur Atomkraft, von der Handgranate bis zur Feststoffrakete – und alles wird gut.

Warum stellt uns das Fernsehen diesen Mann erneut vor? „Auch ein sogenannter Spinner kann durch Verschwiegenheit anzeigen, daß etwas bei uns *nicht* stimmt", das war die Begründung Jürgen Engerts. Noch fehlen Bahro neue Gefolgsleute, aber für die Werbung zur besten Sendezeit sollte er sich allemal bedanken. SIEGFRIED IHLE

Vernichtungen

Die ZDF-Reportage **Kaum ein Morgen ohne Sorgen** war eine der besten politischen Sendungen des Jahres. Dabei war nicht von Politik die Rede in Ursula Scheichers Bericht; da erzählten nur ein paar Bauern, was sie beim Schützenfest für Pommes frites zahlen und was sie selbst an Kartoffeln verdienen.

Da war die Rede davon, was ein Betriebsprüfer erlebt, wenn er auf einem Hofe sagen muß: „Es hat keinen Sinn mehr"; die Frauen weinen dann. Da saßen Jungbauern am Stammtisch und plauderten; einer will nun Schweine züchten, dies sei seine einzige Chance. Sie erzählten, was Roggen bringt und was man in ihn investiert (etwa genausoviel), was eine Kartoffel-Forke kostet und wie viele Kartoffeln man dafür verkaufen muß (50 Zentner). Da sprach kein Politiker über Sachzwänge – es ging darum, wie Agrarpolitik unten ankommt: vernichtend. da

ARD

9.45 Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Fußball-Länderspiel
Deutschland – Spanien

15.50 Tagesschau
16.00 Abdimstörche und Reiherläufer
In Jemen gibt es eine Region, die sich klimatisch stark vom Hochland unterscheidet. In dieser „Tihama", die vom Gebirgsabfall bis zur Küste des Roten Meeres reicht, haben sich alle Lebewesen auf ihre Weise der glühenden Hitze angepaßt. Der Abdimstorch beispielsweise brütet nur in der Regenzeit.
16.45 Die Kinder vom Mühlental
17.10 Kein Tag wie jeder andere
17.35 Der Clown im Hinterhof
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Votum – Das Fernseh-Hearing
Bundestagspräsident Philipp Jenninger stellt sich Fragen junger Leute zu Erscheinungen außerparlamentarischer Opposition
Leitung: Wolf Feller
21.00 Der 7. Sinn
21.05 Oktoberglück
Zwischenbilanz der Glücksspirale
Mit Rene Kollo, Marianne und Michael, Tony Marshall, Andrea Jürgens, G. G. Anderson, Lena Valaitis, Ramona, Wind, Supercharge und Matia Bazar
Regie: Harald Schäfer
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Geburtstagsgrüße
Von Herbert Lichtenfeld
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken



11.55 Umschau
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Bühnenzauber
Die Kosten liegen im Detail
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Kingstontown am Schotterteich
Die Schlacht
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 S. Y. Arche Noah
Die Girls von Guernsey
Mit Jörg Pleva, V. Kraeft, Pinkas Braun. Musik: James Last
19.00 heute
19.30 Künstler für Kinder
Mit Udo Jürgens, Nana Mouskouri, Milva, Klaus Lage, Peter Maffay, Udo Lindenberg, Konstantin Wekker. Moderation: Sabine Sauer, Frank Elstner, Thomas Gottschalk
Regie: Pit Weyrich
21.00 Telemotor
Mit Harry Valerien
Themen: Leitsysteme der Autofahrer – sinnvoll oder Schnickschnack? Automatik- oder Schaltgetriebe? Test: Opel Omega GL 2,0 i mit Katalysator
21.45 heute-journal
22.05 Was nun, Herr Kohl?
Fragen an den Kanzler von Klaus Bresser, Wolfgang Herles und einem Überraschungsgast
23.05 Regentropfen
Film von Michael Hoffmann und Harry Raymon
0.35 heute



Der Lehrer lehrt den Hitler-Gruß – auch Judenjunge Bennie muß ihn lernen. „Regentropfen" ist ein Film, der ehrlich und einfach die Geschichte einer jüdischen Familie im Dritten Reich schildert (ZDF, 23.05 Uhr)
FOTO: RÖHNERT

SAT 1

15.35 Lassie
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
16.25 Die Waltons
17.00 Lou Grant
18.00 Jennifers abenteuerliche Reise
18.30 APF blick
18.45 Aufgeblättert
Themen: Tierpark Hellabrunn, Catherine Deneuve, Mode, Altern, Bratwurst, Elisabeth Teissier
19.45 Cluny Brown auf Freiersfüßen
Amerikanischer Spielfilm (1946)
21.30 APF blick
22.15 VIP-Fashion
Herbst-Winter-Mode 86/87
22.45 Hawaii Fünf-Null
Das zweite Tonband
23.30 APF blick

1 plus

19.00 Titel, Thesen, Temperamente
20.00 Tagesschau
20.15 Heinrich (von Kleist)
Film von Helma Sanders-Brahms
22.25 Das war Mord, Mr. Doyle
Amerikanischer Spielfilm (1957)
23.50 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZiB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.30 Derrick
Das Alibi
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Die Scheinwerfer verlöschen
Amerikanischer Spielfilm (1980)
23.20 Kennwort: Kino

RTL plus

18.15 Starmix/Regional 7
18.35 Gemüse in der Kruste
18.53 7 vor 7
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Es war die erste Liebe
Deutscher Spielfilm (1958)
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye, der Drachentöter
22.15 Neu im Kino
22.45 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Scarface – Das Narbengesicht
Amerikanischer Spielfilm (1932)
Mit Paul Muni, Ann Dvorak, George Raft, Boris Karloff
Regie: Howard Hawks
21.45 Ein streitbarer Träumer
Armin T. Wegner (1886–1978)
22.15 Kulturszene
23.00 Die März-Akte
Prüfungen der Literaturszene
0.20 Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Wenn Luther das wüßte
Evang. Klöster in Deutschland
19.00 Schulorchester stellen sich vor
19.15 Hochsaison für Hirsche
Film von Werner Czarnecki
19.30 Hunger und Schulden
Zum Welternährungstag
20.00 Tagesschau
20.15 Rhythmus hinter Gittern
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Elvis Presley, Judy Tyler
Regie: Richard Thorpe
21.50 Kultur aktuell
Leitung: Manfred Eichel
22.40 Ich kann alleine!
Sprachfähigkeiten von Kindern
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.33 Hessen-Rallye
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Der Besuch
Italienischer Spielfilm (1963)
21.25 Analphabetismus (10)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Projekt Atlantis
23.15 Hannah Arendt, Philosophin

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Dingsda
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Aeneas, Held von Troja
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Politik/Neues/Landtag
21.45 Sport unter der Lupe
22.30 Rolf Knie – Porträt
0.00 Schach-WM '86

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Der Fischer vom Heiligensee
Deutscher Spielfilm (1955)
20.25 Flash Gordon
20.45 Edith Stein – Porträt
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.25 Ein gewisser Tag

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Gunter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik). Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Hartzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Literatur als Information: Erzählungen aus Taiwan

Die Insel voller Heimweh

Politik verengt den Blick. Auch und gerade in der Kunst. Das macht das Beispiel China deutlich. Seit der Kulturrevolution gilt das Augenmerk – von Maoisten und Bewunderern des „chinesischen Weges" genauso wie von Skeptikern – dem Festland. Und wenn die Geschichte – und infolgedessen auch die Literaturgeschichte – der Volksrepublik China nun binnen kurzer Zeit zum wiederholten Male umgeschrieben werden mußte, weil Worte als Tatsachen und Tatsachen nicht zur Kenntnis genommen wurden, so tat das dieser Sichtverengung keinen Abbruch. Die Republik China auf Taiwan schien jedenfalls keiner Beachtung wert. Als chinesische Literatur galt – von ein, zwei Ausnahmen abgesehen – nur, was in Peking oder Shanghai, nicht aber, was in Taipeh gedruckt wurde. Und über der Begeisterung, daß unter Dengs Regime der Literatur nun einige Freiheiten zugebilligt



werden (formal wie inhaltlich, solange sie sich auf die Kritik des späten Maoismus und der „Viererbande" beschränkt), wird vergessen, daß diese Freiheiten jenseits der Formosa-Straße schon immer gegeben waren.

Das macht die Anthologie „Der ewige Fluß" mit 14 Erzählungen aus Taiwan, von Kuo Heng-yü als Band 9 der „Berliner China-Studien" herausgegeben, bewußt. Sie umfaßt die Zeit von 1949, als die Insel zur Zuflucht der nichtkommunistischen Chinesen wurde, bis zur Gegenwart. Wobei zu bedenken ist, daß Formosa, das erst unter der Qing-Dynastie 1661 zum chinesischen Reich kam, nach der Niederlage im chinesisch-japanischen Krieg durch den Frieden von Shimonoseki 1895 an Japan gefallen war und erst nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegeben wurde. Deshalb empfanden die Einwohner Taiwans, so wenig sie die japanische Besatzung schätzten, die Festlandchinesen als Fremde. Aber auch die Nationalchinesen, durch die Niederlage zwar demoralisiert, aber vorerst nicht ohne Hoffnung auf eine baldige Rückkehr zum Festland, zeigten wenig Bereitschaft zur Anpassung.

Das spiegelt sich in den Geschichten der ersten Jahre. Sie beschwören zumeist die Vergangenheit, registrieren den Verlust, ohne deshalb das, was einst war, zu verklären. Die folgende Generation, als Kinder nach Taiwan gekommen oder bereits dort geboren, schildert vorwiegend den Konflikt zwischen den Alten, die von den Erinnerungen nicht loskommen und sich mit den neuen Entwicklungen, vor allem der Lockerung des Familienverbandes, nicht abfinden können. Die jüngste Gruppe der Autoren schließlich greift, von Themen und Erzählweisen der westlichen Literatur beeinflußt, Alltagsgeschichten auf. Sie schildern die soziale Situation, die Spannung zwischen den Generationen, den Drang, ins Ausland zu gehen, weil dort ein besseres Leben möglich scheint, und zugleich das schlechte Gewissen, das die Ausgewanderten bedrückt. Die herrschende Guomindang samt den Problemen, die eine Einparteienherrschaft aufwirft, sind – in dieser Auswahl – allerdings kein Thema.

Die unterschiedlichen Erzählformen sind in der Übersetzung nur andeutungsweise zu spüren. Die meisten Geschichten laufen entweder chronologisch ab oder bedienen sich einer Rückblende. Aber der deutsche Leser wird sich diesen Erzählungen auch weniger als literarischem Ereignis – was bei übersetzter Literatur aus einem völlig anderen Kulturkreis sowieso fragwürdig ist – zuwenden, sondern um etwas über das Leben in einer ihm nicht vertrauten Sphäre zu erfahren. Das Informationsbedürfnis rangiert also vor dem Kunsterlebnis.

Das ist keineswegs eine negative Feststellung. Denn in poetischer Verdichtung spiegeln sich Vergangenheit und Gegenwart einer fremden Welt oft als in Geschichtswerken oder dürren Tatsachenberichten. Schon aus diesem Grund ist die Auswahl von Kuo lesenswert. Und noch etwas fällt auf: Im Gegensatz zu der weitverbreiteten Meinung, daß China eine ausgeprägte Männergesellschaft sei, stammen mehr als ein Drittel der Erzählungen von Frauen.

Politik verengt den Blick. Dieser Erzählungsband aber ist geeignet, ihn zu erweitern. PETER DITTMAR

„Der ewige Fluß", Hrsg. von Kuo Heng-yü, Minerva Publikation Saur, München, 298 S., 39 Mark



Unheimliche Blätter aus einer primitiv-phantastischen Fabelwelt: Adalbert Trillhaases Ölbild „Der barmherzige Samariter". Aus der Neusser Ausstellung FOTO: KATALOG

Eine große Gedenkausstellung für den Maler Adalbert Trillhaase in Neuss

Heitere Träume auf der Jakobsleiter

Man rechnet ihn, weil er das Malen nicht berufsmäßig und scheinbar unbeholfen betrieb, zu den naiven Künstlern. Aber Adalbert Trillhaase (1858–1936) war kein naiver Naiver und schon gar kein Sonntags- oder Hobbymaler. Man hat ihn den „deutschen Rousseau" genannt. Ohne Zweifel nimmt er hierzulande einen ähnlichen Rang ein wie der „naive" Zöllner in Frankreich. Auf den ersten Blick mögen sich bildhafte Ähnlichkeiten im Werk der beiden anbieten. Aber wer einmal Mensch und Tier, Natur und Umwelt hier und dort genau betrachtet, wird bei Trillhaase alles andere als die idyllische, heile Welt des Zollpensionärs finden.

Auf den ersten Blick möchte mancher vielleicht auch an Chagall sogar denken. Die beiden kannten sich übrigens. Aber es ist anzunehmen, daß sie mehr Fremdes als Verwandtes aneinander wahrgenommen haben. Nicht anders ergeht es auch dem Betrachter. Die Bilder Trillhaases haben so gut wie nichts von dem, was die Bilder Chagalls vor allem auszeichnet: Heiterkeit und Liebe. Immerhin ist Trillhaase imstande, derlei Vergleiche anzuregen: mit einigen Zeichnugnen und biblischen Bildern, vor allem mit der „Jakobsleiter". Hier hat ein Träumer einen Traum gemalt, den Traum Jakobs aus dem 1. Buch Moses; und dieses durchaus heitere Traum-Bild Trillhaases – mit einer Engelschar, die vermutlich vom Zirkus kommt – könnte man fast für einen Chagallschen Einfall halten.

Aber es war kein Einfall; Trillhaase hatte keine Einfälle. Keinem Menschen fällt ein Bild ein wie das grausige „Martyrium der ersten Christen". Das Thema, daß Menschen in einer römischen Arena wilden Tieren vorgeworfen werden, ist nicht neu in der Malerei. Wer aber Selbstbildnisse Trillhaases und dazu das erbarmungslos realistische, beinahe grotesk karikierende Familienbild der Trillhaases von Otto Dix kennt und sich dieses „Martyrium" genau ansieht, der erkennt bestürzt in den Physiognomien der wilden Bestien die des Malers wieder und in dem blutigen Gesicht ihres Opfers die Züge der Frau Trillhaases. Ein bildgewordener Alptraum ist das – kein Fall mehr für den Kunstkritiker, sondern für den Psychoanalytiker.

Allen Berichten zufolge war Adalbert Trillhaase ein schwieriger Mensch, weltfremd, ohne Beziehung zu seiner Umgebung. Als Kaufmann und Unternehmer mehrmals gescheitert, kam er nach dem Tod seines Schwiegervaters zu einem beträchtlichen Vermögen, das er in Haus- und Grundbesitz anlegte. Mit 60 Jahren begann er zu malen und fand Anerkennung durch die antiakademischen Maler des „Jungen Rheinland" aus dem Kreis der Mutter Ey.

Aus Anlaß des 50. Todestags von Adalbert Trillhaase zeigt das Clemens-Sels-Museum in Neuss eine Ausstellung mit 41 Gemälden und rund hundert Zeichnungen, von denen die meisten noch nie öffentlich zu sehen waren. Es sind zum Teil beklemmende, erschütternde, gespenstische Bilder und Blätter aus einer primitiv-phantastischen Fabel- oder Traumwelt, von bohrender Intensität und rätselhaftem, bisweilen skurrilem, bisweilen „surrealem" Zauber, dem man sich schwer entziehen kann. Niemand, der nicht ausschließlich auf Anatomie und Perspektive achtet, wird sie naiv nennen (Bis 2. 11. 86; anschließend Königswinter. Katalog 25 Mark). EO PLUNIEN

Der weite Weg zur Restaurierung historischer Gärte

Wo Wildwuchs droht

Heimatverbände zeigen gern, wie traditionsbewußt die Heimat gepflegt wird. Der Niedersächsische Heimatbund wagte das Gegenteil und machte damit nicht minder tiefen Eindruck.

Schloß und Park Wrisbergholzen (südlich von Hildesheim) beispielsweise sind so heruntergekommen, daß man am Aufkommen zweifeln muß. Die Fassade des kaum bewohnten Schlosses wird gegenwärtig restauriert, doch – um es mit Lehár zu sagen – „wie's da drin aussieht, geht niemand was an". Privatbesitz. Der zugehörige neun Hektar große Park ist dermaßen verwildert, daß es detektivischer Fähigkeiten bedarf, um die letzte nennenswerte Umformung vor 120 Jahren wiederzufinden, einen Landschaftsgarten mit Blumenparterre zum Gebäude hin, Entwurf von Gustav Meyer, Gartendirektor von Berlin, Schüler von Lenné.

Zwei Studenten, angehende Landschaftsgärtner, haben diesen Sommer im Wildwuchs Spuren gesichert. Zwei morastige Teiche sind vorhanden, ein windschiefer Teetempel auf einem künstlichen Hügel, ein paar Grottenreste, ein verschlammter Wasserfall. Gepflegt ist nur ein Familiengrab, das in diesem Frühjahr einen Grafen Georg aufnahm. Er hat die Weisung hinterlassen, der Familie den Besitz zu erhalten.

Der Park Wrisbergholzen wurde 1984 unter Naturschutz gestellt, klugerweise mit der Klausel, daß restaurierende Arbeiten erlaubt sein sollen. Ein Park unter Naturschutz ist ja ein Widerspruch in sich: Ein Park muß auch vor der Natur geschützt werden. Natur- und Denkmalschutz sind für die jeweiligen Besitzer der schutzbedürftigen Anlagen selten willkommen, denn dadurch wird ihnen Handlungsfreiheit genommen. Andererseits müßten die Privateigentümer öffentliche Hilfe irgendwie bezahlen, mindestens mit Verfügungsrecht. Oft wäre zur Kompensation alter Grundbesitz vorhanden, aber den halten sie zurück.

Ein anderer Trauerfall ist der Bergpark Ohrberg, den der derzeitige Freiherr von Hake auf Ohr offenbar auch nicht mit Hilfe von Stadt und Land Hameln hinreichend pflegen kann. Der große Landschaftsentwurf aus den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts, der das Rittergut im Wesertal mit dem Bergpark verband, ist durch Wildwuchs entstellt und von Bebauung bedroht. Ein beliebter Ausflug, meist von Hameln herüber, führt a[uf] den 150 Meter hohen Hügel, denn s[eit] 21 Jahren krönt ihn ein Gartenlok[al]. Dann spaziert man auf mühsam [er]haltenen Wegen durch einen Park, dem die Vitalität einheimischer Bä[u]me das dendrologisch Interessan[te] immer mehr ruiniert. Wenn Pfle[ge] längere Zeit aussetzt, ist der A[n]schluß verpaßt und Sanierung wi[rd] zur Kur für Jahrzehnte.

Der Deutsche Heimatbund in Bo[nn] hat die schützenswerten Grünanl[a]gen der Bundesrepublik inventa[ri]siert. Dazu gehören nicht nur histo[ri]sche Gärten, sondern auch alte Frie[d]höfe, Alleen und öffentliche Anlage[n], die erst wenige Jahrzehnte alt sin[d]. Die Liste enthält bisher etwa 20[00] Objekte, davon etwa 400 in Niede[r]sachsen und rund 300 in Nordrhei[n-]Westfalen.

Wahrscheinlich ist die Zahl der ta[t]sächlich vorhandenen schützenswe[r]ten Objekte wesentlich höher. Ur[nd] von der Klassifizierung zur Restauri[e]rung ist meistens ein weiter Weg. Im[]merhin ist es kein Streitfall mehr, [daß] Gärten überhaupt „Denkmäler" se[in] können. Tatsächlich verändert B[e]wuchs sich rasch, dauerhaft sind n[ur] die Bodenformationen, etwaige Te[r]rassen zum Beispiel. Die Hinfälligke[it] macht Gärten besonders schutzb[e]dürftig.

Um Privatbesitz konnten sich d[ie] Denkmalsämter bisher kaum küm[]mern. Man ist froh, wenn man sic[h] um ihn nicht kümmern muß. Ein po[]sitives Beispiel ist der Gutspark Ha[]perde bei Bad Münder. Der derzeitig[e] Besitzer Graf Adelmann, ein Diplom[-] Landwirt, pflegt seine zwei Hekta[r] Park als kleines Prunkstück im Rah[]men einer 140 Hektar großen Land[]wirtschaft. Daß die Rechnung auf[]geht (Parkpflege etwa 12 000 Mark im Jahr), ist auch einem Vorfahren z[u] danken, der das zugehörige Schlo[ß] verkauft hat.

Wichtiger als solche einzelne[n] Punkte wäre, daß die Landschaft al[s] Ganzes intakt bliebe. Aber damit is[t] es weitgehend vorbei. Die Gegend, von der hier die Rede war, eine welli[]ge Bördelandschaft, wird neuerding[s] vom nördlichen Ende einer künftiger Renommierstrecke der Bundesbahn durchfurcht. Sie soll von 1991 an di[e] Fahrzeit von Hannover nach Würz[]burg von dreieinhalb Stunden auf ei[]ne Stunde und 45 Minuten verkürzen. Natürlich hat auch dieser Fortschritt eine ökologische Kehrseite.

HANS DAIBER

Bevor die Schratt kam

egw – Ein Tagebuch beunruhigt die Österreicher. Und mancher möchte hoffen, daß es sich – wie bei der deutschen „Stern"-Stunde – um ein geschicktes Falsifikat handele. Aber die Tatsachen sprechen dagegen. Es geht um die handschriftlichen Aufzeichnungen der Anna Nahovski, die erst nach ihrem Tode, 1976, herausgegeben werden durften. Das hat nun Friedrich Saathen im Verlag Böhlau, sparsam kommentiert, getan.

Anna Nahovski war die Mutter der Frau des berühmten Komponisten Alban Berg, von der bereits zu Lebzeiten des Kaisers Franz Joseph I. gelegentlich geflüstert wurde, daß sie eine Kaisertochter sei. Aus den Aufzeichnungen Anna Nahovskis geht nun mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Kaiser ihr 14 Jahre lang nahegestanden war und sie erst um der Burgschauspielerin Katharina Schratt willen verlassen hat. Nur ein detektivisches Auge vermag darin einen Hinweis darauf zu finden, daß die bildschöne Helene eine Tochter des Kaisers war.

Was aber manche Leser so sehr erschüttert, ist der Umstand, daß die katholische apostolische Majestät, deren Korrektheit über allen Zweifel erhaben war, zu einer so langjährigen und nun gewiß nicht platonischen Beziehung bereit gewesen sein soll. Sogar der amtliche Sachwalter, Baron Mayr, der nach diesem Tagebuch Frau Nahovski 200 000 Gulden, Gegenwert etwa eines Rittergutes, zum Abschied aushändigte, soll von der Sache überhaupt erst durch sie erfahren haben. Soviel Diskretion ist wohl nur mit der beispiellosen Anhänglichkeit der näheren Umgebung des Kaisers und der von allen Wissenden, ähnlich wie im Fall Mayerling, geübten Solidarität zu erklären.

Eine gewisse Rolle spielt dabei natürlich auch der Wunsch zur Idolatrie: Man wollte den Monarchen als Vorbild eines über allem Irdischen erhabenen Menschen sehen und mißgönnte ihm dabei menschliche Regungen für das andere Geschlecht, die über die Ehe hinausgegangen wäre. Auch die Beziehung zu Frau Schratt wurde und wird ja hartnäckig als bloße Kameradschaft gehandelt. So ist es halt, wenn die Welt der Vorstellung die Wirklichkeit der Welt nicht wahrhaben will.

EG-Moritat aus dem „finsteren Mittelalter" – Jean-Jacques Annauds Film „Der Name der Rose" nach Umberto Eco läuft an

Der unbesiegbare Doktor im Kloster der Ratten

Hübsch häßlich habt ihr's hier", hätte zweifellos Father Brown geseufzt, wäre er, statt Williams von Baskerville, mit den Ermittlungen im Mordfall „Der Name der Rose" beauftragt gewesen. Wirklich, dieser Film ist ein wahrer Ausbund an Häßlichkeit. Der Ort der Handlung, die Abtei in den Bergen – trotz architektonischer Großartigkeit ein Vorhof der Hölle, kalt und zugig, sowohl geistig wie körperlich ohne die geringste Annehmlichkeit. Die Mönche darin – eine Ansammlung apokalyptischer Visagen, für die sich ein Krokodil bedanken würde, jeder für sich ein Glöckner von Notre Dame, mit Triefaugen und Zahnstummeln wie überalterte Hirscheber.

Regisseur Jean-Jacques Annaud, bekannt geworden durch seinen Altsteinzeitfilm „Am Anfang war das Feuer", hält ganz offensichtlich immer noch bei den Neandertalern. Zwar läßt er seine Mönche hier drehbuchgemäß klassische Philosophentexte abschreiben und wunderschöne Illustrationen dazu anfertigen, aber was ihre anthropologisch-intellektuelle Entwicklung betrifft, so sind sie allem Anschein nach nicht übers Paläolithikum hinausgekommen. Wenn sich einmal eine Ratte in ihre Bibliothek verirrt, quietschen sie vor Schreck wie angestochene Schweine. Kein Zuschauer versteht, wieso sich diese Kretins wegen eines unbekannten Aristoteles-Textes in tödliche Gefahr begeben.



William (Sean Connery) und sein Schüler (Christian Slater) vor der Leiche eines Mönchs

FOTO: DIE WELT

Immerhin, der Produzent wird wohl auf seine Kosten kommen, denn das ganze Elend ist gut und wirkungsvoll fotografiert. Es gibt einen Großinquisitor von der Hinterlist und Mordlust eines Jack the Ripper (F. Murray Abraham), es gibt papistische Gesandte, die weiter nichts im Sinn haben, als arme Bauern auszusaugen, und am Ende lodern die Scheiterhaufen der Ketzer. Kerkerketten rasseln, Folterräder drehen sich ächzend. Erschauernd fühlt sich Dr. Lieschen Müller im Parkett in seinen schlimmsten Vermutungen bestätigt: „Ja, so war es eben, das finstere Mittelalter."

Dabei können sich Annaud und seine Drehbuchschreiber darauf berufen, daß sie sich bis in die kleinsten Einzelheiten hinein getreu an den Roman von Umberto Eco gehalten haben. Selten sah man einen Film, der seiner literarischen Vorlage so viel Respekt entgegenbringt. Uns fiel nur eine einzige Abweichung auf: Das Bauernmädchen, dargestellt von Valentina Vargas, wird am Ende nicht verbrannt, sondern entkommt irgendwie und stellt sich zur Schlußapotheose mit dem jungen Baskerville-Assistenten Adson von Melk (Christian Slater). Sonst findet sich für jede Filmsequenz die entsprechende Stelle im Buch.

Doch das ist eben die Kalamität mit Literaturverfilmungen: Übertragungstreue sichert nie und nimmer Sinntreue. Ein konstitutives Element des Ecoschen Originaltextes ist der augenzwinkernde, postmoderne Humor, das heitere Spiel mit dem Genre „Kriminalroman", das behagliche Ausbreiten von Wissensfülle über mittelalterliche Zustände. Mit alledem wird Distanz zum Gegenstand geschaffen, eine Distanz, die notwendig ist, um dem dargestellten Zeitalter die Ehre zu geben und nicht in kurzschlüssige Aktualisierungen zu verfallen. Der Film hätte diese Distanz durch ihm angemessene eigene Methoden nachschaffen müssen, und genau daran scheitert er.

Er nimmt jedes seiner Bilder furchtbar ernst, wodurch sich das Bild der Epoche insgesamt grotesk verzerrt. Das Hochmittelalter um 1300 war ja, trotz Pest und Klimaschwankung, eine reiche und geistig hochsensible Zeit, mit einer herrlichen Blüte der Baukunst und mit philosophischen Diskussionen, die so „sophisticated" geführt wurden, daß heutige Seminare sich dagegen wie knarrende Laubsägearbeiten ausnehmen. Schon Ecos Buch selbst vermittelt davon einen nur sehr unzureichenden Begriff; im Film dann reduziert sich alles auf ein grobes Palaver über Kirchenpracht und Kirchenarmut, geführt in einer Umgebung von Ignoranz und Kulturlosigkeit, der man nicht einmal ein ordentliches Gespräch über die Zusammenstellung des nächsten Mittagessens zutraut.

Schmerzlicher Niveauverlust auch bei der Figur des Hauptdarstellers, des Ermittlers William von Baskerville. Sein historisches Vorbild ist der berühmte Nominalist William von Occam, der schneidend war wie Schwefelsäure, einer der größten Debattierer, die je gelebt haben, *doctor invincibilis*, der „unbesiegbare Doktor". Bei Eco schnurrt der Mann zu einer Art geschöntem Sherlock Holmes zusammen, zu einem Holmes ohne Unarten, ohne Geige und Kokain, aber wenigstens noch mit phänomenalem Wissen. Im Film geht es dann noch einmal steil bergab: Sean Connery macht aus William einen bieder-anständigen Null-8/15-Kommissar in Kutte, der treuherzig in die Runde blickt und seine Untersuchungen völlig routinemäßig, gewissermaßen ohne Punkt und Komma, führt, so daß der Zuschauer nichts davon hat.

Wer das Buch und seine Pointe nicht kennt, wird größte Schwierigkeiten haben, die Raffiniertheit von Ecos „Plot" nachzuvollziehen. Daß ein alter Ex-Abt (gespielt vom Schaljapin-Sohn Feodor) ein kostbares Aristoteles-Manuskript über das Wesen des Lachens hütet und seine frechen, zum Scherzen aufgelegten, zum Teil homosexuell aktiven Mit-Fratres, die in den Text Einblick nehmen wollen, durch Arsen umbringt, indem er die Seiten des Buches mit dem Gift einreibt – das ist eine Lösung, wie sie sich umständlicher auch eine Agatha Christie nicht hätte einfallen lassen.

Es bedürfte luzidester Regie, um das auch Kinobesuchern einigermaßen glaubhaft auseinanderzubröseln. Doch Luzidität ist nun einmal Annauds Sache nicht.

Seine tapernden, hexenzähnigen und rattenbäuchigen Mümmelmönche (unter ihnen Helmut Qualtinger in seiner letzten Rolle als Klosterküchenchef und heimlicher Ex-Ketzer) sind, wie gesagt, weder physisch noch psychisch in der Lage, sich aktiv für Aristoteles zu interessieren. So muß der Hauptteil der Zusammenhänge aus dem „Off" erzählt werden, und statt auf die Offenbarung der Pointe konzentriert sich alles auf die Entdeckung der diversen Leichen. Eine steckt kopfüber im Rotweinfaß, eine andere schwimmt wie ein toter Riesenfrosch in der Badewanne. Zum Schluß, da das ganze Kloster in Flammen aufgeht, trifft es auch noch den schurkischen Abgesandten des Heiligen Officiums, dessen Kutsche mit attraktivem Gepolter in den Abgrund stürzt.

Kameramann Tonino Delli Colli hat viel zu tun, und auch die Requisiteure, Ausstatter, Maskenbildner und Spezialeffektler sind voll ausgelastet. Es handelt sich beim „Namen der Rose" um einen jener hoffnungsvollen EG-Filme, die sich neuerdings anschicken, Hollywood aussichtsreiche Konkurrenz zu machen. Über fünfzig Millionen Mark wurden von europäischen Geldgebern aufgebracht und ausgegeben. Der Werbeaufwand für den Start war opulent und wirkte außerordentlich professionell. Zur italienischen Textvorlage, zum deutschen Produzenten, zum französischen Regisseur und zum englischen Hauptdarsteller gesellte sich ein internationales Team von Schauspielern und Produktions-Assistenten, dessen handwerkliche Leistung sich nicht zu verstecken braucht.

Nur eben: Was für eine „Unendliche Geschichte", für „Boot" oder „Momo" gerade richtig sein mag, reicht für ein intellektuell so ambitioniertes Unternehmen wie „Der Name der Rose" noch lange nicht. Hier käme es vor allem darauf an, einen Regisseur der allerersten Garnitur und erlauchte Drehbuchschreiber zu verpflichten, die wenigstens einen Teil des literarischen Anspruchs auf der Leinwand einlösen können. Denn schöne Bauten retten den Film nicht, wenn sie nur von Ratten bevölkert werden. GÜNTER ZEHM

Skandinavische Klassiker unserer Zeit beim Nordischen Musikfest von Göteborg

Lavagestein unter der Schneedecke

Zentraleuropäischer Hochmut, der nördlich der Ostsee die kulturelle Provinz vermutet, entspringt barer Unkenntnis. Was sich am Nordrand Europas zwischen Reykjavik und Helsinki zumindest musikalisch begibt, ist seit Jean Sibelius und Carl Nielsen weit über regionale Heimarbeit, die eines „kontinentalen" Aufhebens nicht wert wäre, hinausgewachsen. Gleichwohl stößt ein „Nordisches Musikfest", wie es sich jetzt – eine abgerissene Tradition wieder aufgreifend – im schwedischen Göteborg fünf Tage lang präsentierte, außerhalb der fünf Länder mit dem Balkenkreuz am Fahnenmast auf allgemeines Desinteresse.

Ziel des „Projekts" war es, einem breiten Publikum die skandinavischen „Klassiker unserer Zeit" nahezubringen. Die Initiatoren des Festivals (Universität, Musikhochschule, Rundfunk, Göteborgs Symphoniker und Domkirche) hatten überdies noch im Sinn, die Musikstudierenden, die hier wie allerorten im Überpensum von Bach bis Bartók befangen sind, mit lebenden Komponisten unmittelbar in Berührung zu bringen. Darum hielten die eingeladenen Komponisten aus Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark und Island Workshops ab, in denen sie jungen Musikern ihre Partituren erklärten und für ungeläufige Klangfiguren Verständnis weckten.

Viel Zulauf und Beifall fanden die abendlichen Aufführungen im akustisch gelungenen Konzerthaus am Götaplatz. Sveriges Radio zeichnete sie sämtlich auf und übertrug die beiden Konzerte mit Göteborgs Symphonikern unter Leitung des Franzosen Diego Masson direkt. Natürlich gaben die zehn Komponisten aus fünf Ländern kein einheitliches satztechnisches und ästhetisches Hochplateau ab, sondern boten sich als ein reich gegliedertes, unebenes Panorama dar. Dabei traf der von der Festspielleitung in Anspruch genommene Begriff moderner Klassizität am ehesten auf den Finnen Einojuhani Rautavaara, den noch der greise Jean Sibelius entdeckte und förderte, zu.

Ob in seinen live dargebotenen, inhaltlich gebundenen Kompositionen (Orchester-„Hommage" auf Zoltan Kodaly oder Gitarrenserenaden auf das mythische Einhorn) oder in seinen im Begleitseminar autobiographisch erläuterten, vom Band beigesteuerten fünf Sinfonien – immer verwandelt sich der Fundus kalkulierten Materials in ein Gespinst poetischer Klangcharaktere. Architektonische Koordinaten und vegetative Wachstumskräfte stimmen zusammen.

Einblick in die kirchlich-kultisch wie auch literarisch inspirierte Klangwelt des Schweden Ingvar Lidholm gewährten das Orchesterstück „Kontakion", worin eine alte russische Hymne auf die Abgeschiedenen anklingt, und der Dante-Chor „... a riveder le stelle" über die Schlußzeilen des Inferno-Teils aus der Göttlichen Komödie.

Die jüngere Tonsetzer-Generation Schwedens war mit Mikael Eklund vielversprechend vertreten. Neben Rautavaara stand Aulis Sallinen für das europäische Gewicht der finnischen Musik ein, während Per Nørgård und sein Schüler Hans Abrahamsen für Dänemark Ehre einlegten. Norwegen tendiert mit Arne Nordheim ins Weltschmerzlich-Grüblerische (Cellokonzert „Tenebrae"), mit Olav Anton Thommessen hingegen zu „postmoderner Collage-Kultur" und deftiger Medienkritik. Auf Island sinniert Jón Nordal über lange Winternächte, während Atli Heimir Sveinsson unter der Schneedecke minimaler Klangbewegung schwarzes Lavagestein ahnen läßt.

LUTZ LESLE

Michael Bogdanovs Wanderbühne „The English Shakespeare Company"

Samstags gibt's Seifenopern komplett

Die Engländer haben das Glück, daß ihr größter Klassiker gegen den Staub der Geschichte immun ist. Shakespeare brauchte nicht erst von dem Polen Jan Kott als unser Zeitgenosse entdeckt zu werden. Er behauptet sich mühelos auf den „Hitlisten" der Spielpläne. In England ist die Nachfrage nach Shakespeare auf der Bühne so groß, daß in seiner Geburtsstadt Stratford-upon-Avon das ganze Jahr über Stücke von ihm zu sehen sind. Obwohl die Royal Shakespeare Company regelmäßig auf Reisen geht, nach London und in die Provinz, entstand ihr jetzt ein Konkurrenzunternehmen: Soeben wurde „The English Shakespeare Company" gegründet.

Es ist eine Wanderbühne mit einem 25köpfigen Ensemble, die mit Shakespeare durchs Land reist, aber auch in London und in Kulturzentren des Auslandes auftreten wird. Idee und Finanzierung dieses ehrgeizigen Unternehmens weisen neue Wege für den Kulturbetrieb. Das Ensemble steht auf den drei Säulen Mäzenatentum, Subventionen und Sponsorship. Diese sonst eher unheilige Trinität wäre nicht Wirklichkeit geworden, wenn sich nicht zwei erstrangige Talente des britischen Theaters zusammengetan hätten: der Regisseur Michael Bogdanov, durch fantasievolle und gar nicht konventionelle Inszenierungen für die Royal Shakespeare Company und das National Theatre ausgewiesen, und der Charakterschauspieler Michael Pennington.

Bogdanov und Pennington bieten auf einen Schlag dreimal Shakespeare: „Man könnte dabei von der ersten Seifenoper sprechen", sagte recht despektierlich Pennington zur Wahl der Königsdramen „Henry IV.", erster und zweiter Teil, und „Henry V.". Mit dieser hochpolitischen „Serie" aus der englischen Geschichte gehen die neuen Shakespeare-Players mit Bogdanov als Regisseur, Pennington als Prinz Hal und Heinrich der Fünfte und John Woodvine als Falstaff ab November durch elf Städte der englischen Provinz, wobei die königliche „Seifenoper" samstags komplett gegeben wird. Toronto und New York sind die ersten Tourneestationen im Ausland.

Im März wird diese Truppe ohne festes Haus sechs Wochen im Londoner Old Vic auftreten. Dessen Besitzer, der kanadische Kaufhauskönig Ed Mirvish, hat sich zum ersten Mal als Mäzen dieser Truppe bei einer Eigenproduktion engagiert. Bisher beschränkte er sich auf den „Einkauf" von Publikumsschlagern für sein Londoner Haus.

Um die Wanderbühne, die sich ganz auf das klassische Repertoire eingeschworen hat, flott zu machen, waren 315 000 Pfund, also knapp eine Million Mark, erforderlich. Mäzen Mirvish machte 125 000 Pfund locker, der Arts Council, die Vergabestelle staatlicher Subventionen, fand, wegen der gezielten kulturellen Förderung der Provinz, 100 000 Pfund, eine irische Bank schloß als Sponsor die Lücke. So einfach kann es gehen, wenn Staat und Kommerz von den richtigen Leuten vor den Thespiskarren gespannt werden.

Kodirektoren Bogdanov und Pennington sind die jüngsten Beipiele für einen Trend im englischen Theater: das Ausbrechen markanter Künstler aus dem subventionierten Kulturbetrieb. John Dexter, lange dem National Theatre verbunden, und Sir Anthony Quayle, aus den Annalen der Royal Shakespeare Company nicht wegzudenken, waren vorausgegangen. Es sind die Individualisten, die sich nicht länger dem „Stil des Hauses" verschreiben wollen. Wir dürfen auf die neuen Shakespeare-Players gespannt sein. SIEGFRIED HELM

Tradition gepaart mit Experimentierfreude: Bilanz des Brucknerfestes in Linz

Leinentücher für die Unendlichkeit

Beim Brucknerfest in Linz denkt der Musikfreund zunächst einmal an die berühmt gewordene „Linzer Klangwolke", die seit einigen Jahren zur Festspielzeit die Linzer Bevölkerung mit sinfonischen Monumentalwerken beschallt. Die Idee zu diesem Open-air-Spektakel hatte der Münchner Klangarchitekt Walter Haupt, der im Bereich des experimentellen Musiktheaters schon längst kein Unbekannter mehr ist. In diesem Jahr ließ er Mahlers erste Sinfonie durch den Donaupark erschallen. Doch auch um andere unkonventionelle Einfälle waren die Linzer Festspieldirektoren keineswegs verlegen. So verpflichteten sie die Gruppe „Krypton", um unter Leitung von Giancarlo Cauteruccio und Pina Izzi Wagners „Rheingold" als Licht- und Laser-Show zu visualisieren.

In einer „phantastischen Landschaft" wollte das Regie-Team die Sänger agieren lassen, in einem Raum, der „sich auffächert in die Unendlichkeit der Horizonte". Diese „Unendlichkeit" bestand aus drei Leinentüchern, auf denen dickbauchige Nibelungenzwerge als Schattenspiel Alberichs Gold beibrachten, grün-bläuliche Lichtorgeleffekte wohl den Rhein darstellen sollten und spärliche Laserstrahlen Wotans von Sorg' und Furcht gefesselten Sinn illuminierten. Die Gruppe Krypton schien mit Wagners Werk ebenso wenig anzufangen wie der Dirigent Bruno Moretti. Um so mehr Freude hatte man dafür an den Sängern, besonders an Hartmut Welker, dessen satte und schwarze Stimme für den Alberich wie geschaffen ist.

Aus eingefahrenen Repertoire-Gleisen scheren die Linzer gerne aus. So war es schon etwas Besonderes, das Eröffnungskonzert Krzysztof Penderecki mit seinem „Polnischen Requiem" anzuvertrauen. Sogar ein Kompositionsauftrag wurde für das Brucknerfest vergeben. Immer wieder bereicherten selten gespielte Werke die Programme für das Festspielpublikum. Dabei dachte man auch an den Nachwuchs: Unter dem Motto „Junge österreichische Preisträger" gehörte an fünf Abenden das Brucknerhaus der Generation der Anfangs- und Mittzwanziger.

Unvorhergesehen gab es noch eine weitere junge Künstlerin zu hören: Als Ersatz für Katia Ricciarelli sprang Sona Ghazarian ein. Dazu gehört viel Mut, doch die Sängerin hielt der Herausforderung beeindruckend Stand. Ihre Kostprobe aus Puccinis „Bohème" war von berückender Schönheit. Als Partner stand ihr in diesem Arien- und Duett-Abend der stimmkräftige Lando Bartolini zur Seite.

Begeisterungsstürme gab es auch für Michel Plasson, der mit seinem Orchestre du Capitol de Toulouse das Abschlußkonzert dirigierte und in Saint-Saëns „Orgel-Sinfonie" gewaltige Klangtürme errichtet hat. Doch auch an Sensibilität fehlte es ihm nicht, in Mahlers Ausschnitten aus „Des Knaben Wunderhorn" kostete er jede Nuance aus, was man sich eigentlich auch von der Solistin Christa Ludwig gewünscht hätte. Sonst aber ist die Rechnung des internationalen Brucknerfestes aufgegangen: Im Brucknerhaus verband sich Tradition mit Experimentierfreude, wirkten international bekannte Stars und bewährten sich engagierte und zum Teil hoffnungsvolle Nachwuchskräfte. JÖRG RIEDLBAUER



Ein festliches Open-air-Spektakel zur Erinnerung an einen großen Komponisten: Anton Bruckner

FOTO: KEYSTONE

Neue Einsichten über Europas ältesten Menschen

Fußmarsch nach Orce

Der älteste Mensch Europas lebte in Südspanien. Er hauste vor etwa 1,3 Millionen Jahren in Orce in der Nähe von Granada. Nach langen Kontroversen haben sich jetzt Paläontologen und Archäologen auf das Alter des „Menschen von Orce" geeinigt, von dem nur ein Schädelbeinknochen erhalten blieb.

Katalanische Archäologen hatten den Ur-Spanier im Sommer 1982 ausgegraben. Ihrer Ansicht nach stammt das Knochenteil von einem 17 Jahre alten und 1,50 Meter großen Hominiden. Der „Mensch von Orce" zählt zur Menschenform Homo erectus, die im Laufe der Evolution ausstarb. Von ihm weiß man, daß er aufrecht ging, kleiner als der heutige Mensch war, einen robusten Knochenbau hatte, einen starken Kauapparat und mächtige Überaugenwulste besaß.

Der Sensationsfund von Granada war seit seiner Entdeckung umstritten. Nicht wenige Paläontologen behaupteten, das Knochenfragment von Orce müsse von einem Tier stammen. Mit Hilfe der biochemisch-serologischen Verwandtschaftsanalyse gelang es den Wissenschaftlern im August 1986 zu belegen, daß der Schädelbeinknochen frühmenschlicher Herkunft ist. Bislang glaubte die Forschung, den ältesten Menschen Europas in Griechenland gefunden zu haben: In der Höhle von Petralona bei Saloniki stieß im Jahre 1960 ein Schafhirte auf einen menschlichen Schädel. Er stellt heute das beste Exemplar eines Schädels jener Menschen dar, die vor etwa 250 000 bis 400 000 Jahren in Europa wohnten.

Der Homo erectus – ein Vorgänger des Homo sapiens – war der erste Hominide, der sich aus dem tropischen Ostafrika in den kälteren Rest der Welt hinauswagte. Im Verlauf von einer Million Jahren wanderte er nach Europa. Auf welchem Wege er dorthin kam, ist unklar. Einige Forscher glauben, daß er vom Nahen Osten kommend über den Bosporus nach Mittel- und Südeuropa gelangt sei. Andere dagegen vermuten, daß der Homo erectus über Tunesien und Sizilien oder über die Straße von Gibraltar nach Europa kam. Dieser Theorie würde der Fund von Orce sehr entgegenkommen.

ROBERT LUTZ

JOURNAL

Projektvorschläge für Kulturabkommen

dpa, **Bonn/Berlin**

„Projektvorschläge der Länder für den ersten Arbeitsplan im Rahmen des Kulturabkommens mit der DDR" ist der umständlichen Titel einer Wunschliste, die seit kurzem in den Schubladen der bundesdeutschen Länder-Kultusministerien liegt. Das Papier mit einer fast unübersehbaren Menge von Vorstellungen zeigt auf 39 Seiten den Versuch, mit dem Partner in Ost-Berlin – nach Abschluß des Kulturabkommens im vergangenen Mai – ins konkrete deutsch-deutsche Kulturgespräch zu kommen und neue Desavouierungen zu vermeiden.

Uni Münster bietet Musiktherapie an

dpa, **Münster**

Erstmals wird an einer staatlichen Universität ein Studiengang Musiktherapie angeboten. Studenten, die die erste Lehramts-Staatsprüfung mit dem Hauptfach Musik bestanden haben, können an der Universität Münster mit Beginn des Wintersemesters das viersemestrige Zusatzstudium absolvieren. Zu dieser Ausbildung gehören medizinische, musiktheoretische und musikpraktische Kenntnisse. Wer das Examen schafft, darf sich Musiktherapeut nennen. Den Absolventen dieses in Münster neuen Fachs werden allgemein gute Berufsaussichten eingeräumt.

Hamburger Gitarrentage ohne Andrés Segovia

a. tz. **Hamburg**

Eine Kieferoperation letzte Woche und deren Folgen sind der Grund für die Absage des Konzertes, mit dem der in Madrid lebende Andrés Segovia (93) am morgigen Freitag die 3. Hamburger Internationalen Gitarrentage eröffnen sollte. Segovia wird sein Konzert Ende November/Anfang Dezember in der Großen Musikhalle nachholen. Die Karten bleiben ebenso gültig wie der Rest des Festivals: Am Samstag gastiert in der kleinen Halle Pepe Romero, Sonntag gefolgt von dem peruanischen Gitarristen Raúl Garcia und dem Charangisten Ernesto Cavour aus Bolivien. Zum ersten Mal gibt es, am 23. 10., einen reinen Jazzabend, mit Bireli Lagrene und Philip Catherine, Solo, und Rudolf Dásek und Toto Blanke im Duo. Den Abschluß macht, am 30. 10., das klassische Frankfurter Gitarrenduo.

Zeichner entwerfen „Comics für Afrika"

DW. **Dormagen**

Was den Musikern recht ist, ist den deutschen Comic-Zeichnern billig: Der Band „Comics für Afrika" versammelt 27 Zeichengeschichten unterschiedlicher Art – und nur einige wenige greifen das Thema Afrika auf. Sie wurden von den Künstlern kostenlos zur Verfügung gestellt, damit der Ertrag des Bandes einer karitativen Stiftung für deren Arbeit in Afrika zur Verfügung gestellt werden kann. („Comics für Afrika", Edition Quasimodo, Am Steinpfahl 85, 4047 Dormagen, 96 S., 19,80 Mark)

Die elften Filmtage von Karthago begannen

AFP. **Tunis**

Mit dem algerischen Film „Le Moulin" wurden soeben in Tunis die 11. „Filmtage von Karthago" eröffnet. Im Rahmen der zweiwöchigen Veranstaltung stellen 17 arabische und afrikanische Länder rund 30 Filme vor. Eine Retrospektive ist Filmen gewidmet, die seit dem Bestehen des Festivals prämiert wurden. Am Rande des Filmtreffens zeigen die Kinos in Tunis rund 150 Filme aus Europa und Amerika.

Britische Ehrung für W. Lutoslawski

JGG. **Köln**

Als 23. Musiker hat jetzt der 73jährige polnische Komponist Witold Lutoslawski in London aus der Hand seines britischen Kollegen Michael Tippet die Goldene „Medal Royal Philharmonic Society" erhalten.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Zur Neueröffnung des Museums Ludwig in Köln ist die längst überfällige, erste Monographie des Sammlers Peter Ludwig erschienen. „Peter Ludwig, Sammler" heißt denn auch schlicht das von dem Kölner Arzt, Privatgelehrten in Sachen Proust und Avantgarde-Sammler Reiner Speck verfaßte Buch, das mit Materialfülle, übersichtlicher Ordnung und zahlreichen Farbtafeln (die freilich besser gedruckt als ausgewählt sind) in das fünf Staaten und 17 Städte umfassende Stiftungs- und Leihgaben-Imperium Ludwigs einführt. Die Nützlichkeit des Buches wird freilich durch das verschraubte und prätentiöse Schreiben des Autors sehr gemindert. ebi.

Reiner Speck: „Peter Ludwig, Sammler", insel, 348 S., 20 Mark

Weinlese: Nur ein mäßiger Jahrgang

Die Leut' gucke aus'm Fenster und sagen: Seit 14 Tag' scheint die Sonne, das muß doch mindestens einen Jahrhundertwein geben", grämt sich Winzer Heinz Knapp aus dem Rheinhessischen. „Aber zu deutschem Wein gehört eben mehr als nur ein paar sonnige Wochen . . ."

Damit ist über den Weinjahrgang '86, den eine Jury kürzlich auf den Namen „Süffelsaft" taufte, eigentlich schon fast alles gesagt. Der Wein wird nicht so gut wie im August erhofft, aber besser als im September befürchtet. Prognose mit Ausschlägen nach oben und unten, nachdem etwa die Hälfte der deutschen Weinbergsfläche gelesen ist: Menge und Qualität werden nur durchschnittlich sein.

An einem Vergleich wird es deutlicher: Beim Deutschen Weinbauverband schätzt man – bei aller Vorsicht, da der Wein bekanntlich erst im Keller verläßlich beurteilt werden kann – zur Zeit für den Jahrgang '86 zwischen fünf und zehn Prozent einfachen Land- und Tafelwein, 80 Prozent Qualitätswein und zehn bis 15 Prozent Prädikatswein. 1985 waren es 40 Prozent Qualitäts- und 60 Prozent Prädikatswein.

Schuld ist das ungewöhnliche Wetter. Ein wunderschöner Sommer mit jähem Ende. In der Nacht vom 5. auf den 6. September gab es in der Pfalz sogar Bodenfrost, danach in weiten Bereichen Niederschläge, „wie ich sie in den letzten 20 Jahren nicht mehr erlebt habe" (Hans Ambrosi, Chef der Hessischen Staatsweingüter in Eltville/Rheingau). In dieser Phase, sagt Ambrosi, sei nicht nur die Vegetation der Reben zum Stillstand gekommen, sondern auch seine Voraussage, es werde heuer wieder einen Kometenwein geben, zunichte gemacht. Es trat Fäulnis auf, teilweise fielen die Beeren schon zu Boden, wenn man sie nur scharf anschaute.

Doch nun holt die Sonne, soweit noch möglich, Versäumtes nach. Jochen Freihold, rühriger Direktor des Fränkischen Weinbauverbandes, sagt für sein Gebiet bei den sogenannten spätreifenden Rebsorten wie Silvaner, Kerner, Scheurebe und natürlich Riesling gar „überwiegend Prädikatsweine" voraus, falls das schöne Wetter anhält. Die Beeren schrumpfen, der natürliche Zuckergehalt, gemessen in Öchslegraden, steigt. Die Erntemengen sinken.

Sogar von der Mosel, oft Jammertal der Winzer, kommen in diesem Jahr durchaus zuversichtliche Töne. „Dort, wo wir bewußt auf Mengenertrag verzichtet haben, kriegen wir ganz hervorragende Riesling-Weine", berichtet Verbandsbürgermeister Franz Dötsch, Vorsitzender der Erzeugergemeinschaft Deutsches Eck in Kobern-Gondorf. „Teilweise mit einer Reife, die man selten erlebt. Endlich einmal war die Mosel mit dem Wetter besser dran als andere."

Dennoch will man hier bewußt mit Spät- und Auslesen sehr vorsichtig sein und es lieber bei wirklich guten Kabinett- oder Qualitätsweinen bewenden lassen. Dötsch: „Eine ganze Winzergeneration wurde zu falschen Rebsorten, zu großer Menge, zu hochgestochenen Prädikaten und zu großer Süße verführt. Leider denken noch lange nicht alle um."

Absatzprobleme werden diese Betriebe vermutlich nicht haben. Ein Beispiel aus dem Rheingau: Für die traditionelle Herbstversteigerung der Staatsweingüter im Kloster Eberbach am 7. November sind die Gästekarten (zu 50 Mark) schon seit Tagen ausverkauft.

Ein Tip an die Weinfreunde: Jetzt noch ältere Weine besorgen (81er, 83er, beim 82er ist schon Vorsicht geboten); beim 86er empfiehlt es sich, bis zum März oder April zu warten.

JOACHIM NEANDER



Zurückhaltung bei Spät- und Auslesen: Winzer in Beilstein an der Mosel · FOTO: MAURITIUS

Die Kartoffel ist bei Deutschen „Nummer 1"

AP, Bo[nn]

Die Kartoffel ist bei den Deutsch[en] weiterhin praktisch die „Nummer [1"] auf dem Speisezettel. „Sie ist e[in] wichtiger Bestandteil unserer täg[li]chen Mahlzeiten", sagte gestern d[er] Geschäftsführer der Centralen Ma[r]ketinggesellschaft der Deutsche[n] Agrarwirtschaft (CMA), Helm[ut] Fahrnschon. Er rät den Verbra[u]chern, die günstigeren Herbsternt[e-] Preise zu nützen und sich einen Vo[r]rat anzulegen. Deutsche Qualitätska[r]toffeln werden nach seinen Angabe[n] unter der Gemeinschaftsmarke „Al[]kergold" angeboten, entsprechen[d] den Verbraucherwünschen in de[n] drei Klassen festkochend, vorwi[e]gend festkochend und mehligk[o]chend, in Packungen zwischen 1 und zehn Kilogramm.

Stadtplan für Behinderte

dpa, Erlange[n]

Erlangen hat als erste Stadt d[er] Bundesrepublik einen Stadtplan f[ür] Behinderte entworfen. Er enthält In[]formationen über Vergünstigunge[n] im öffentlichen Nahverkehr und An[]gaben über behindertengerechte Te[]lefone und Toiletten.

Glückspilz aus Stuttgart

AFP, Monac[o]

Ein Stuttgarter hat im Spielcasin[o] von Monaco den Jackpot von 500 00[0] Francs (rund 160 000 Mark) gewon[]nen. Der Glückspilz hatte den Spiel[]automaten mit nur drei Fünf-Franc[-] Münzen gefüttert und sofort die Kom[]bination 77777 erzielt.

Rache für kaltes Essen

dpa, Argenteu[il]

Mit einem Rasiermesser ging ei[n] 50jähriger Friseur in Argenteuil be[i] Paris einem Kellner an die Kehle. Dieser hatte ihm kurz zuvor kaltes Essen serviert. Das Messer verfehlte nach Polizeiangaben nur knapp die Halsschlagader des Opfers.

Jubiläums-Marke

R. Z. Bonn

An „50 Jahre Tag der Briefmarke" erinnert eine Sonderausgabe der Deutschen Bundespost, die von heute an erhältlich ist. Sie zeigt eine Postkutsche und frühere Ausgaben zum „Tag der Briefmarke". Dieser



geht auf die Anregung des deutschen Philatelisten Major a. D. Hans von Rudolphi aus dem Jahre 1933 zurück. Die ersten, die seinem Ruf folgten, waren 1935 die Österreicher. Wenige Wochen später zogen die deutschen Vereine nach. Auf einer denkwürdigen Sitzung in Berlin-Pankow am 7. Januar 1936 beschlossen sie einen jährlichen „Tag der Briefmarke" und die Gründung des „Reichsverbandes Deutscher Philatelisten". Die erste Ausgabe zum „Tag der Briefmarke" erschien 1941.

Neue Main-Brücke

dg. Frankfurt

Mit der neuen Flößerbrücke über den Main hat Frankfurt gestern eines der wichtigsten Verkehrsbauwerke der Nachkriegszeit in Betrieb genommen. Die 221 Meter lange und 50 Millionen Mark teure Brücke verbindet die Innenstadt mit dem östlichen Teil von Sachsenhausen. Sie wird täglich von 16 000 Fahrzeugen frequentiert werden. Um das Bauwerk hatte es heftige Diskussionen gegeben, weil es den Strom in spitzem Winkel überquert und mit seinen massigen Pylonen als „häßlich" und unvereinbar mit der Silhouette der Stadt empfunden wird.

ZU GUTER LETZT

„Pfeifen wie Ilse Werner – eine Herausforderung für jeden Schwulen." Aus der Programmvorschau der „Comedia Colonia" zur Revue „Wir machen Musik".

WETTER: Im Norden etwas kühler

Lage: Ein schwacher Tiefausläufer greift von der Nordsee her langsam auf das Bundesgebiet über.

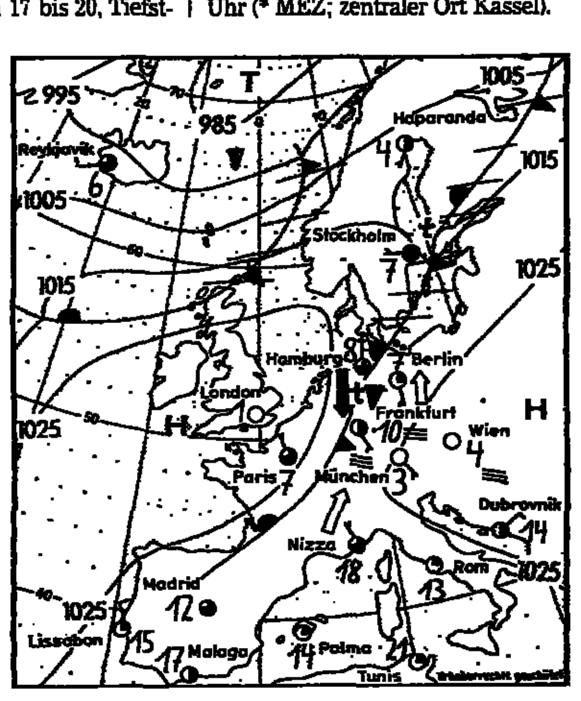
Vorhersage für Donnerstag: Im Norden stark bewölkt oder neblig-trüb und zeitweise leichter Regen. Temperaturen 15 bis 18, Tiefstwerte nachts um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nordwest. Im Süden nach Auflösung von Nebelfeldern überwiegend heiter und trocken. Temperaturen 17 bis 20, Tiefstwerte nachts 7 bis 4 Grad. Schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Aufgelockerte Bewölkung und weitgehend trocken. Wenig geänderte Temperaturen.

Sonnenaufgang am Freitag: 6.48 Uhr*, Untergang: 17.26 Uhr; **Mondaufgang:** 17.17 Uhr, Untergang: 6.12 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 16. Okt., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 13 Uhr (MEZ):

Ort	°C	Wetter
Deutschland:		
Berlin	18	wl
Bielefeld	23	bw
Braunlage	21	he
Bremen	21	bw
Dortmund	23	he
Dresden	17	wl
Düsseldorf	22	bw
Erfurt	20	he
Essen	21	bw
Feldberg/S.	11	he
Flensburg	16	bw
Frankfurt/M.	18	wl
Freiburg	20	he
Garmisch	19	he
Greifswald	20	he
Hamburg	19	bw
Hannover	22	he
Kahler Asten	17	he
Kassel	19	he
Kempten	18	he
Kiel	17	bw
Koblenz	22	he
Köln-Bonn	22	bw
Konstanz	15	he
Leipzig	19	wl
List/Sylt	15	bd
Lübeck	20	bw
Mannheim	19	he
München	13	wl
Münster	22	bw
Norderney	16	bw
Nürnberg	16	wl
Oberstdorf	19	wl
Passau	16	wl
Saarbrücken	20	he
Stuttgart	18	wl
Trier	19	bw
Zugspitze	5	he
Ausland:		
Algier	28	bw
Amsterdam	18	bw
Athen	18	he
Barcelona	22	he
Belgrad	16	he
Bordeaux	20	bw
Bozen	17	wl
Brüssel	20	he
Budapest	16	he
Bukarest	15	he
Casablanca	23	he
Dublin	13	hr
Dubrovnik	21	he
Edinburgh	13	he
Faro	21	bw
Florenz	22	wl
Genf	19	he
Helsinki	8	bd
Hongkong	25	bw
Innsbruck	18	he
Istanbul	18	bw
Kairo	27	he
Klagenfurt	11	bd
Konstanza	14	bw
Kopenhagen	13	bw
Korfu	17	bw
Las Palmas	24	he
Leningrad	12	he
Lissabon	19	he
Locarno	20	he
London	15	bw
Los Angeles	15	bw
Luxemburg	17	bw
Madrid	15	bw
Mailand	19	wl
Malaga	22	bw
Mallorca	28	bw
Moskau	13	he
Neapel	25	he
New York	8	bw
Nizza	22	bw
Oslo	11	bw
Ostende	15	bd
Palermo	25	bw
Paris	20	he
Peking	11	bw
Prag	14	wl
Rhodos	21	he
Rom	23	he
Salzburg	17	he
Singapur	31	bw
Split	23	he
Stockholm	12	bw
Straßburg	19	he
Tel Aviv	28	he
Tokio	21	Rs
Tunis	28	he
Valencia	23	he
Varna	14	R
Venedig	20	he
Warschau	16	wl
Wien	15	he
Zürich	17	wl

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Sommertage mitten im Oktober

S. HAMMELRATH, Bonn

In den Straßencafés herrscht bis in den späten Abend Hochbetrieb, Eisdielenbesitzer verschieben ihren Jahresurlaub, und bei 15 Grad Celsius morgens um sieben Uhr kann man das Frühstück ruhig auf der Terrasse einnehmen. Die Heizungen bleiben kalt, in den Modehäusern kommt der Absatz von Winterkleidung nur schleppend voran, denn das Wetter verlangt eher nach Shirts und Shorts: „Altweibersommer"!

Seit der zweiten Septemberhälfte bestimmt ein kräftiges Hoch mit Mittagstemperaturen um 20 Grad Celsius und sehr milden Nächten unser Wetter. Verantwortlich dafür ist ein Azorenhoch, das sich über Mitteleuropa stabilisiert hat und Tiefdruckgebiete nach Norden abdrängt. An seiner Westflanke fließt warme Luft aus südlichen Richtungen ein. Diese Kombination von sehr milder, windstiller Luft und Sonneneinstrahlung verursacht die derzeitigen Spitzentemperaturen: In Münster wurden am Dienstag mittag fast 24 Grad Celsius gemessen, Hannover erlebte mit 25,3 Grad einen „Sommertag im Oktober", auch wenn das noch nicht rekordverdächtig ist, verglichen mit den 28 Grad Celsius am 3. Oktober 1984 in Bonn. Auffällig hoch sind auch die Nachttemperaturen: In Essen waren es in der Nacht zum Mittwoch 15,5 Grad. Das gab es in den letzten 40 Jahren nur 1949 und 1979.

Die derzeitige Wetterlage ist allerdings nicht untypisch für die Jahreszeit: Nach Angaben des Wetteramtes Essen kommt es im Frühherbst sehr oft zu einer Folge von Hochs, die eine längere Periode mit ruhigem, trockenem Wetter bringen. Die statistische Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Hochs ist sogar in den ersten Oktoberwochen am größten. Aus dem Rahmen fällt höchstens die Länge der Hochdruckphase.

Wie lange der Spätsommer noch anhält, darüber können auch die Meteorologen nur spekulieren. Nach einer kurzen unbeständigen Phase ist zum Wochenende jedenfalls wieder freundliches, mildes Wetter angesagt. Allerdings werden Dunst und Nebel zunehmen, was die Sonneneinstrahlung reduziert und die Temperaturen sinken läßt.

Gentleman mit grauen Schläfen

GERHARD KLUSSMEIER, Bonn

Die Musik von einer mehr als 50 Jahre alten Schallplatte mit dem Titel „Wagneriana" ist morgen das Geburtstagsständchen für den Berliner Schauspieler Friedrich Schoenfelder. Er feiert seinen siebzigsten.

Der Mime, den man zu seinem Leidwesen eher mit der Operette in Verbindung bringt, entdeckte seine Vorliebe für heißen Jazz mit eben dieser Aufnahme eines Piano-Duos. „Das war so um 1928 herum, und ich erlebte dann die Entwicklung dieser faszinierenden Musik ganz direkt mit." Sie hat ihn bis heute nicht losgelassen. Aus seiner Plattensammlung stellt er regelmäßig swingende Radio-Sendungen zusammen, die er fachgerecht kommentierte.

Genauso souverän beherrscht Schoenfelder das Spiel mit der Gänsehaut: „Nur für starke Nerven" heißt es seit mehr als zwölf Jahren regelmäßig zu später Stunde, wenn er von ihm ausgewählte Gruselgeschichten im Sender Freies Berlin vorträgt.

Größtes Kapital des gebürtigen Niederlausitzers ist dabei seine Stimme, die vielen inzwischen vertrauter ist als sein Gesicht. Vergeht doch kaum ein Tag, an dem nicht über irgendeinen Fernsehkanal einer der ganz großen Filmstars mit Schoenfelders Stimme spricht: Rex Harrisson, David Niven, James Mason, Peter Lawford oder William Powell (in den Filmen vom „Dünnen Mann").

Hinter der Leinwand, hauptberuflich auf der Bühne und im Fernsehen sowie im wirklichen Leben ist Schoenfelder immer der elegante Herr. „Dabei würde ich viel lieber einmal einen durch und durch miesen Charakter darstellen. Eine Rolle, die mir auch mehr abverlangen würde", meint er bedauernd.

Doch mit seinem Gentleman-Image wird er vorerst weiter leben müssen – es sei denn, irgendein Produzent erfüllt ihm sein Begehren als Geburtstagsgeschenk. In „Mr. Harris geht nach Moskau" (zu Weihnachten im Fernsehen), der Fortsetzung von Inge Meysels Fernseh-Erfolg „Freund mit Rolls Royce", ist Schoenfelder jedenfalls noch ganz der Alte. Neben der politisierenden Putzfrau tritt er als – wie kann es anders sein – britischer Botschafter auf. Nach einer erfolgreichen Tournee mit Kishons „Es war die Lerche" gab es für den beliebten Schauspieler eine selbstgewählte Theater-Pause.



Wird morgen 70 Jahre alt: Friedrich Schoenfelder FOTO: TEUTOPRESS

„Im nächsten Jahr geht's weiter." Dann steht der (echt) weißhaarige als „Romeo mit grauen Schläfen" und mit einer „Komödie im Dunkeln" wieder im (Berliner) Rampenlicht. Daneben laufend Synchron-Arbeit als Regisseur und Sprecher (an Disneys „Mäuse-Detektiven") und Rundfunk-Sendungen. Doch diese Tätigkeit sieht er jetzt gefährdet: „Denn auch in Berlin übernimmt der Pop das Regiment. Doch ich frage mich: Man kann doch nicht auf Dauer 24 Stunden am Tag dümmste und auf die Nerven gehende Musik für Gehörlose und Verblödete machen. Es muß doch auch einmal wieder Sendungen, einige wenige wenigstens, für erwachsene, einigermaßen gebildete Menschen geben."

Die werden dann sicherlich zu Gast sein, wenn „Dr. Doolittle" alias „Professor Higgins" (den er mehr als 500 Mal auf deutschen Bühnen spielte), morgen in Berlin-Spandau mit Familie und Freunden feiert.

Jacqueline Picasso beging Selbstmord

SAD, Cannes

Jacqueline Picasso, die zweite Frau des Malers Pablo Picasso, beging gestern morgen in ihrer Villa „Notre-Dame de vie" in Mougins in den südfranzösischen Seealpen mit einer Pistole Selbstmord. Nach Angaben ihres Hausarztes litt die 60jährige seit einiger Zeit unter Depressionen.

Picasso hatte die damals 35jährige nach dem Tod der ersten Frau 1961 geheiratet. Bei seinem Tod 1973 hinterließ er ihr und seinen Kindern aus erster Ehe Hunderte von Gemälden und andere Kunstwerke, deren großen Teil sie jedoch nach jahrelangen Erbauseinandersetzungen dem französischen Staat vermachten.

El Salvador Hilfe angeboten

dpa, San Salvador/Bonn

Das Erdbeben vom vergangenen Freitag in El Salvador hat nach offiziellen Angaben 976 Todesopfer gefordert. Inoffiziell wird jedoch mit etwa 2000 Toten gerechnet. Der durch die Naturkatastrophe angerichtete Sachschaden beläuft sich auf etwa zwei Milliarden Dollar.

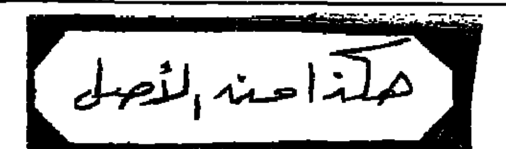
Präsident José Napoleon Duarte hofft auf die Möglichkeit eines Moratoriums der Außenschulden in Höhe von einer Milliarde Dollar, da El Salvador seine Verpflichtungen immer eingehalten habe. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke (CSU), hat El Salvador Hilfe beim Wiederaufbau angeboten.

Suchtprobleme immer größer

idea, Hofgeismar

Die wachsende Zahl suchtkranker Menschen stellt die Hilfeorganisationen vor immer größere Probleme. Darauf wies der Präsident des Diakonischen Werks der EKD, Pfarrer Karl Heinz Neukamm, auf der Diakonischen Konferenz hin. So sei in der Bundesrepublik die Zahl der Alkoholiker in den letzten zehn Jahren um die Hälfte auf 1,5 Millionen und die der von Medikamenten Abhängigen auf 800 000 gestiegen. Daneben gibt es rund 50 000 Rauschgiftsüchtige.

Ein neues Phänomen seien für die Diakonische Praxis Eß- und Magersüchtige sowie die durch Geldspielautomaten verursachte Spielsucht.



Ungarn muß neue Märkte in aller Welt erschließen

Von TAMÁS BECK

Im Sommer dieses Jahres fand die VII. Generalversammlung der Ungarischen Handelskammer statt, auf der die Teilnehmer die Arbeit der Periode nach der Anfang 1981 abgehaltenen VI. Generalversammlung überblickten und auswerteten. Während dieser fünf Jahre hat sich die Tätigkeit der Kammer in der einer Anordnung des Ministerrates vom Jahre 1980 entsprechenden Richtung entwickelt. Zur neuen zentralen Aufgabe wurden die Interessenvermittlung, die Interessenabstimmung und die Interessenvertretung.

Die Stärkung des gesellschaftlichen Charakters der Kammer bedeutete jedoch kein Verblassen der herkömmlichen Funktionen, u. a. der Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Das Wesen unserer Tätigkeit bestand darin, daß wir die Wirtschaftsprozesse aus der Sicht der Mitgliedsunternehmen verfolgten und bestrebt waren, den Wirtschaftslenkungsorganen entsprechende Hinweise zu vermitteln.

Die Arbeit der Kammer hat sich – während die Zahl ihrer Mitglieder von 484 im Jahre 1980 auf 1230 stieg – beachtlich entwickelt, die Kammer ist immer mehr zum Interessenvertretungsorgan der Unternehmen geworden. Gleicherweise gestiegen sind die Erwartungen, die die Wirtschaftslenkung und die Unternehmen an die Arbeit der Kammer knüpften.

Wie vermochten wir dem gerecht zu werden? Nach unserer vorangegangenen Generalversammlung haben wir die Möglichkeit der Meinungsäußerung zu wirtschaftlichen Entscheidungen durch Vereinbarungen über Zusammenarbeit gesichert, die wir mit den einzelnen Behörden schlossen. So ist es nach und nach zur Regel geworden, daß mehrere Lenkungsorgane bereits im frühen Stadium der Entscheidungsvorbereitung die Unternehmen nach ihrer Meinung befragten.

Für ein grundlegendes Problem unserer Arbeit halten wir, daß wir der Wirtschaftslenkung vorerst nur in seltenen Fällen Alternativvorschläge wenigstens auf Ressortebene unterbreiten können, die den Interessen der Unternehmen entsprechen oder einen besseren Kompromiß darstellen. Entwickelt hat sich immerhin unsere Informationstätigkeit zwischen den Unternehmen und der Wirtschaftslenkung.

Die besten Beispiele dafür sind jene Sitzungen des Präsidiums der Kammer oder von deren Geschäftsleitung, an denen führende Mitarbeiter der Regierung teilnehmen.

Bedeutend erweitert haben sich die Beziehungen zwischen den Berufssektionen und den Zweigministerien, beziehungsweise den Territorialausschüssen und den Komitatsorganen.



Manches ist noch auf dem Gebiete der Interessenabstimmung zwischen den Unternehmen derselben Branche beziehungsweise den verschiedenen Branchen zu tun.

Wir haben es im Berichtszeitraum wieder als unsere Aufgabe betrachtet, mit den uns eigenen Mitteln dazu beizutragen, daß die ungarischen Wirtschaftsorganisationen auf dem Außenmarkt präsent sind.

Die der Kammer zur Verfügung stehenden Möglichkeiten sind begrenzt. Mit Hilfe unserer Partner jedoch konnten wir daran mitwirken, daß unsere Mitglieder neue Geschäftsbeziehungen anknüpfen, daß sie über zuverlässigere und tiefere Informationen über die Märkte verfügen als früher.

Wir betrachteten es als besondere Aufgabe, an der Öffnung in Richtung jener Regionen der Welt mitzuwirken, wo unsere Waren noch keine Tradition haben. Eine Rolle bei unserer diesbezüglichen Entscheidung spielte, daß uns Westeuropa zwar nichts ersetzen kann, dort aber die Voraussetzungen für den Absatz schwieriger werden. Wir müssen also solche für Ungarn nicht traditionellen Märkte erschließen, wie die USA, die Türkei, die Gegend des Arabischen Golfs und Südostasien.

Natürlich hat sich auch die Intensität unserer Beziehungen zu den Kammern der befreundeten sozialistischen Länder verstärkt. Die Arbeit hier ist von anderem Charakter, als mit den Ländern mit entwickelter oder sich entwickelnder Marktwirtschaft. Unser Bestreben geht dahin, die direkten Beziehungen zwischen den Unternehmen zu stärken, und dadurch den Integrationsmechanismus effektiver zu gestalten.

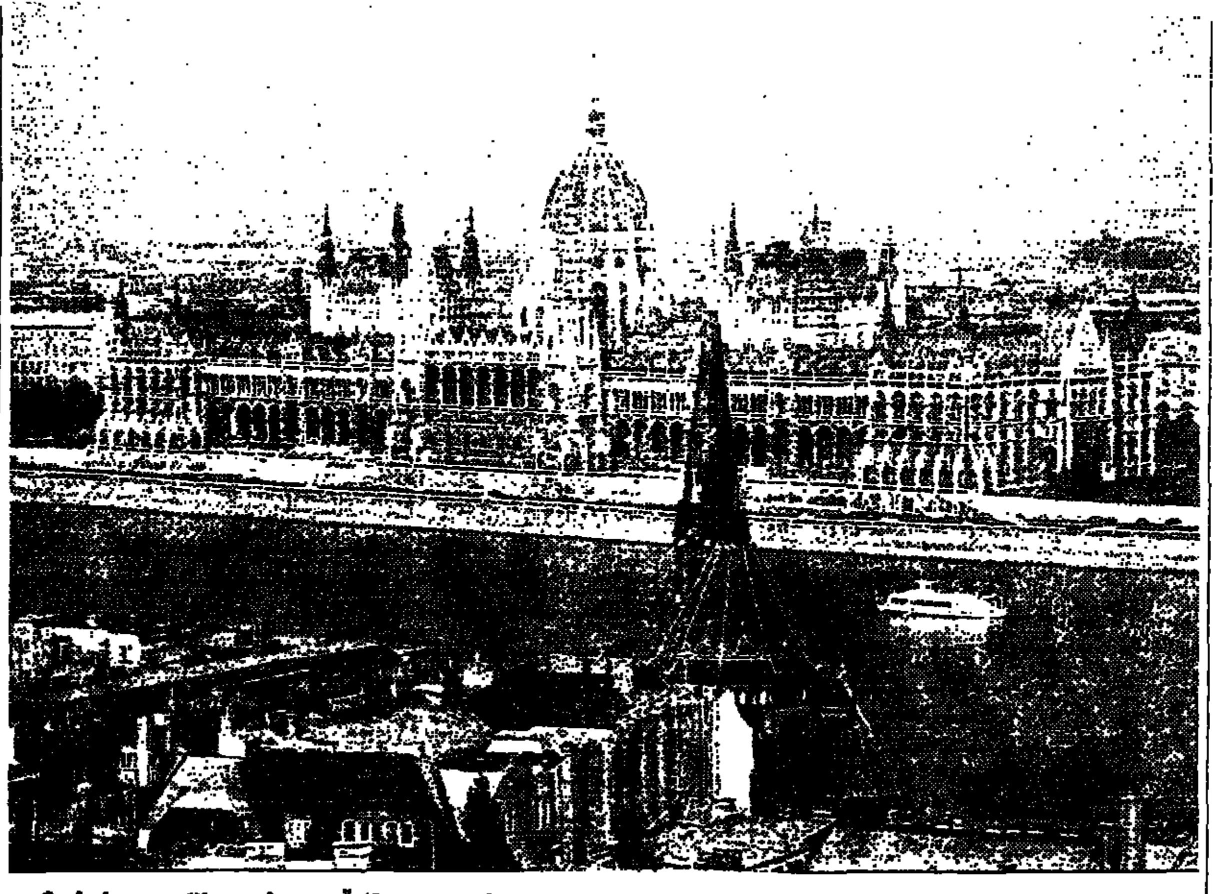
Die Ergebnisse der Entwicklung der Kammer, die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Situation, die geplante Weiterentwicklung des Systems der Wirtschaftslenkung erforderten, alle jene Ziele, die in der Anordnung des Ministerrates vom Jahre 1980 formuliert wurden, auf eine höhere Stufe zu heben und sie den praktischen Erfordernissen gemäß zu ergänzen. Im Ergebnis dessen erließ der Präsidalrat der Volksrepublik Ungarn im Juni 1985 eine Anordnung mit Gesetzeskraft über die Arbeit der Handelskammer.

Diese Anordnung erklärte die ohnehin mit gesellschaftlichem Charakter wirkende Kammer zum gesellschaftlichen Organ und setzte die weitere Stärkung ihrer Funktion zur Interessenabstimmung, Interessenvermittlung und Interessenvertretung zum Ziel.

Um dies zu fördern, erklärt das Gesetz zum Beispiel für verbindlich, daß vor Entscheidungen über die Wirtschaftslenkung die Meinung der Kammer einzuholen ist. Die Kammer erhielt auch das Recht, dem Ministerrat in einzelnen Fragen ihre Gegenmeinung zu unterbreiten. Natürlich werden wir auch unsere außenwirtschaftliche Tätigkeit unverändert fortsetzen, ja diese stärken und effizienter gestalten.

Die neue Verordnung mit Gesetzeskraft sichert der Kammer größere und bessere Möglicheiten; diese gilt es zu nutzen.

Tamás Beck ist Präsident der Ungarischen Handelskammer



Spielraum für weitere Öffnungen ist vorhanden: Blick auf das Parlament in Budapest
FOTO: H. H. H.

Ein Millionenspiel zu dritt

Von H.-H. HOLZAMER

„Nun lobt uns nicht zu sehr." Tamás Beck, Präsident der Ungarischen Handelskammer, mußte die Euphorie seiner Gäste, einer Delegation des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, bremsen. Zusammengekommen waren die Experten beider Länder, um die Herausgabe des „Investitionsführers Ungarn" mit einem Symposium zu feiern.

Tatsächlich sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern gut. Die Horizonte für ein noch engeres Zusammengehen zeigen keine Wolken, seitdem sich die Ungarn durch Gorbatschows neuen Wirtschaftskurs im eigenen Reformbestreben bestätigt fühlen dürfen. Und doch haben sie die bittere Lektion des Jahres 1956 nicht verlernt. Man weiß, wo man steht, und achtet sorgsam darauf, daß dies von westlicher Seite respektiert wird. Daher auch die Warnung von Beck, es mit den Umarmungen nicht zu übertreiben.

Der Spielraum für weitere Öffnungen ist nach Auffassung der Ungarn groß genug. Tatsächlich dürften heute die Probleme für eine noch engere Kooperation bis hin zu Joint-ventures weniger im Politischen als im Wirtschaftlichen liegen. Womit sollen die Ungarn bezahlen? Das Land ist mit mehreren Milliarden Dollar im Westen verschuldet. Und für die von den Ungarn forcierten gemischten Unternehmen ist der Absatzmarkt Ungarn mit zehn Millionen Einwohnern zu klein. Die Deutschen blicken, wie es Hans-Otto Thierbach, Leiter der Delegation, deutlich machte, auf den Markt des RGW mit seinen 400 Millionen Menschen.

Aber auch die Sowjetunion hat die Chancen der Joint-ventures erkannt und ihre kategorische Ablehnung Anfang des Jahres aufgegeben. Nur will sie die Firmen im eigenen Land haben. Dagegen sträubt sich die deutsche Industrie, weil die Sowjets kein Gefühl für Profit und Gewinn hätten. Thierbach brachte ein Beispiel: „Ich bekomme drei Tonnen Leder", hätte ihm jüngst ein russischer Manager gesagt, „und soll daraus 2,5 Tonnen Schuhe machen. Wo liegt denn nun der Profit?"

Die Lösung bringt Ungarn in den Mittelpunkt. Sie könnte in einem Joint-venture zu dritt liegen. Die Deutschen liefern Kapital und Know-how, die Ungarn den Produktionsstandort mit all den Vorteilen ihrer Reformpolitik und ihren traditionellen Kontakten zum deutschen Raum, die Sowjets schließlich garantieren den Zugang zum größeren Markt. Wie gangbar der Weg ist, dürfte die Zukunft zeigen.

Die Ungarn jedenfalls sind entschlossen, den Vorsprung, den sie fraglos haben, und die Flexibilität eines kleinen Landes zu nutzen. Ihre Suche gilt dem Markt, daher auch ihr großer Auftritt in Hannover. Aber auch auf Märkten, die von den Deutschen übersehen oder vergessen wurden, sind die Ungarn präsent.

Ein Service für deutsche Feriengäste

Unter Begleitung eines vielstimmigen Chores westlicher Medien begann am 1. Juli 1986 der erste ungarische touristisch-kommerzielle Rundfunksender seine Tätigkeit.

Der ungarische Rundfunk verfolgte mit der Etablierung der neuen Station vor allem das Ziel, den Ungarnbesuchern in der Hauptsaison des Fremdenverkehrs einen zusätzlichen Service anzubieten. Es handelt sich um einen Feriensender, der in den Sommermonaten (bis zum 30. September) täglich elf Stunden Information und Musik anbot. Und da unter den jährlich über 15 Millionen Ungarngästen die deutschsprachigen am stärksten vertreten sind, handelt es sich um einen Service in deutscher Sprache. Der Name des Senders, Radio Danubius, weist auf den lateinischen Namen der Donau hin.

Ein späteres Ziel ist es, das heutige Sendegebiet, also Westungarn, mit dem Zentrum Balaton zu erweitern und die das Land in nordwest-südöstlicher Richtung durchquerende Transitstraße mit ins Sendegebiet einzuziehen. Das würde dann etwa der Linienführung der ungarischen Donaustrecke entsprechen.

Radio Danubius ist ein ungarischer Sender mit lockerem Ton, viel Musik, darunter auch Zigeunermusik, Operette, Evergreens, vor allem aber aktuelle Pop- und Rockmusik und mit vielen, kurzen und nützlichen Informationen.

In fast jeder vollen Stunde gab es internationale Nachrichten und eine verhältnismäßig ausführliche Berichterstattung über das politische, kulturelle und Sportgeschehen und die Alltagsereignisse in den Herkunftsländern der Hörerschaft. Dutzende von während und nach der Sendezeit eingetroffenen Briefen lobten den humorvoll gestalteten Ungarisch-Kurs des Senders, aber auch die Reiseführer-Serie und vor allem die flotte Information über die aktuelle Verkehrs- und Wetterlage, sowie die Lage an den Grenzübergangsstellen.

An der Gestaltung der Sendungen von Radio Danubius nahmen außer den sprachlich geeigneten Mitarbeitern des Ungarischen Rundfunks Kräfte fast aus der ganzen deutschsprachigen Presse in Ungarn teil. Eine große Hilfe boten auch die zur Verfügung stehenden Inlandsdienste deutschsprachiger Nachrichtenagenturen, die bei den internationalen Nachrichten verwendet wurden, womit viel Zeit gespart werden konnte. Gute Dienste leistete Radio Danubius mit der Veröffentlichung der Reiserufe des bundesdeutschen Automobilklubs ADAC; schade daß eine derartige Zusammenarbeit mit dem österreichischen ÖAMTC nicht zustandekommen konnte. Der Sender konnte in seiner ersten Saison auch direkte Hilfe zum Beispiel zum Wiederfinden von vermißten Kindern und dringend gesuchten Familienmitgliedern innerhalb Ungarns bieten.

In der Definition des Senders kommt auch der Ausdruck „kommerziell" vor. Der Hintergrund: Der staatliche Ungarische Rundfunk leistet mit Radio Danubius zwar einen neuen Service, erhielt aber dazu aus dem Budget keine zusätzlichen Mittel. So ist es Aufgabe von Radio Danubius geworden, sich selbst zu finanzieren. Das erste Probejahr ist auch in dieser Hinsicht vielversprechend, es gab bereits – trotz der etwas verspäteten Aufnahme der Aquisitionstätigkeit – Werbeaufträge aus Österreich und der Bundesrepublik, und auch die Verträge für 1987 sind bereits zum Teil unter Dach gebracht.

GABOR GYÖRGY

Der Handel mit der Bundesrepublik hat ein Volumen von 5,3 Milliarden Mark erreicht

Von MIKLOS KOZMA

Die Veranstaltung ist ein bedeutendes Ereignis in der Reihenfolge der Aktionen im Interesse der ungarischen Exportsteigerung.

Seit vielen Jahren strebt Ungarn bewußt und regelmäßig nach Bekanntmachung und Einführung seiner exportfähigen Produkte, sowie auch nach Präsentierung seiner Wirtschaft. Der Markt der Bundesrepublik bedeutet für Ungarn traditionell geltende Handelsbeziehungen.

Wir halten es deswegen für besonders wichtig, unsere Produkte auch auf Gebieten bekanntzumachen, die noch nicht zu unseren traditionellen Partnern zählen. Unter diesen Territorien denken wir in erster Reihe an Nordgebiete der Bundesrepublik.

Die konzentrierte Präsenz der ungarischen Unternehmen in Hannover bietet für uns die besondere Möglichkeit, einerseits unsere Produkte in Niedersachsen und in nördlichen Teilen des Landes für die Konsumenten, für die potenziellen Verbraucherfirmen zu präsentieren, andererseits können auch die ungarischen Lieferanten die Gelegenheit ausnützen, die Ansprüche des Marktes an Ort und Stelle kennenzulernen. Die ungarischen Unternehmen haben sich zum Ziele gesetzt, ihren Umsatz weitgehend den spezifischen Forderungen des lokalen Marktes entsprechend zu entwickeln.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn haben sich im vergangenen Jahrzehnt dynamisch entwickelt, und der Handel hat im Jahre 1985 einen Wert von 5,3 Milliarden Mark erreicht. Man rechnet auch im Jahr 1986 mit ähnlichem Umsatz im bilateralen Warenverkehr.

Die bisherige Dynamik des Umsatzes war beeinflußt nicht nur durch die einmaligen Handelsbeziehungen, sondern auch durch die kraftvollen Kontakte im Kooperationsbereich zwischen den Firmen beider Länder. Die ungarischen Unternehmen haben sehr aktive, vielseitige Kooperationsbeziehungen mit deutschen Firmen ausgebaut. Mit der Weiterentwicklung des Beziehungssystems sind auf dem begonnenen Weg weitere Ergebnisse zu erwarten.

Zwecks einer wirksamen Weiterentwicklung muß zwischen den Beteiligten eine fortdauernde, feste Beziehung aufgrund der gemeinsamen Interessen zustande kommen.

Die ungarische Regierung sichert auch in ihrer Gesetzgebung günstige Bedingungen zur Gründung sogenannter Wirtschaftsassoziationen mit ausländischer Beteiligung. Den neuen Verordnungen gemäß ist in den volkswirtschaftlich bevorzugten Wirtschaftsbereichen in den ersten fünf Jahren keine Steuer zu entrichten und auch in den weiteren sind Steuervergünstigungen zugeteilt. Es werden Garantien gewährt für die Transfermöglichkeit des Gewinnes und für die Erreichung der Mehrheitsbeteiligung für den ausländischen Beteiligten.

Wir sind überzeugt, daß die aufgrund der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen zustandegekommenen Produktionsassoziationen recht bald die Ziehkraft für die ungarische Industrie bilden werden, nicht nur auf dem Gebiet ihrer technischen Entwicklung, sondern auch vom Standpunkt ihrer Konkurrenzfähigkeit.

Der „Joint-ventures-Vorteil" bietet für die ausländischen Beteiligten – und hier denken wir aufgrund der Traditionen hauptsächlich an deutsche Unternehmen – nicht nur den realisierten Profit, sondern auch die Möglichkeit der Umsatzausweitung und die Anschaffung neuer Märkte.

In der Geschichte der Entwicklung der ungarischen Industrie haben auch in der Vergangenheit deutsche Firmen die bedeutendste Rolle gespielt. Aufgrund des ausgebauten engen Beziehungssystems sind sie auch auf weiterhin präferiert, besonders dann, wenn ihre Präsenz durch Entstehung von Produktionsassoziationen noch kraftvoller und stabiler wie früher gesichert ist.

In der gegenwärtigen Phase der Entwicklung der Industrie, in der Zeit der Einführung der Elektronisierung wird es sowohl von deutschem wie auch von ungarischem Interessenstandpunkt aus für sehr wichtig beurteilt.

In der Weiterentwicklung unserer Beziehungen ist es ein bedeutendes Ereignis, daß eine Vereinbarung zwischen EG und RGW bald zustande kommen kann, wobei wir uns von beiden Seiten bemühen, verträgliche Beziehungen zwischen der EG und Ungarn ins Leben zu rufen. Von dem bilateralen Vertrag erwartet Ungarn den Abbau der in Handelsbeziehungen noch wirkenden Beschränkungen und die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten ungarischer Produkte. Dies ist von besonderer Bedeutung auf dem Markt der Bundesrepublik, der in unserem Außenhandel der zweitgrößte Partner ist.

Auch auf dem Markt der landwirtschaftlichen und Lebensmittel-Produkte strebt Ungarn nach Verbesserung der Absatzmöglichkeiten als traditioneller Produzent.

In Kenntnis der bisherigen Entwicklung der bilateralen Beziehungen beziehungsweise der Möglichkeiten beider Wirtschaften sind wir überzeugt, daß die Zielsetzung bezüglich der dynamischen Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen beziehungsweise des bilateralen Umsatzes als reell betrachtet werden kann. Daran sind beide Partner interessiert und zielbewußt ambitioniert.

Miklos Kozma ist Ungarns Handelsrat in Köln

Das Ansehen ist gewachsen

Mit privaten Initiativen wollen die Planer das Wirtschaftswachstum steigern

Von GERD BIRO

Die ungarische Wirtschaftspolitik hat die schwierige und komplexe Aufgabe, die Anpassung an die Gegebenheiten des Weltmarktes in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wesentlich zu beschleunigen.

Während die in der ersten Hälfte der achtziger Jahre erzielte bedeutende Verbesserung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts vor allem durch die Verringerung der in frei konvertierbarer Währung getätigten Einfuhren sowie der Investitionen erreicht wurde, soll nun die Stabilisierung dieses Gleichgewichts durch die Beschleunigung des Wachstums gewährleistet werden.

Zur Lösung dieser Aufgabe soll der *Nutzeffekt der Planwirtschaft durch* eine Erhöhung der Selbständigkeit der Unternehmen gesteigert werden. Die gemeinsame Plattform von Plan und Markt soll so erweitert werden.

Im Jahre 1985 begann die Bildung von *gewählten Körperschaften*, die Ende 1986 an der Spitze von drei Vierteln der ungarischen staatlichen Unternehmen stehen und unter anderem auch über die Unternehmensstrategie und die Person des Direktors entscheiden werden.

Als Modell hierfür dienten die seit annähernd drei Jahrzehnten bei den *landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften* in diesem Bereich gewonnenen Erfahrungen.

Man hofft, daß das Mitbestimmungsrecht dazu führen wird, daß die Belegschaft sich intensiver als *bisher mit den Fragen des Unternehmens* beschäftigen wird. Aus dieser Sicht hat Bedeutung, daß immer mehr führende Posten in den Unternehmen auf der Grundlage von Ausschreibungen besetzt werden.

Durch die von der Weltbank finanzierten Projekte sowie die Gründung gemischter Unternehmen wird sich die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Investitionen wesentlich steigern.

Der Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Industrie soll durch eine Reihe zentraler Programme im Bereich der pharmazeutischen Industrie, der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln, der Anwendung der *Elektronik*, der Energierationalisierung, der Rationalisierung der Verwendung von Rohstoffen, des Ausbaus der Zulieferungsindustrie und der Entwicklung der Biotechnologien gefördert werden.

Der gegenwärtige Zeitpunkt, in dem die Prioritäten der Produktionspolitik für die zweite Hälfte der achtziger Jahre gleichzeitig mit der Weiterentwicklung der Reform des Wirtschaftslenkungssystems formuliert wurden, erschien deshalb besonders geeignet, der Gründung von in Ungarn tätigen gemischten Unternehmen durch die Gewährung einer Reihe von Präferenzen weitere Impulse zu verleihen.

In Betracht gezogen zu werden verdienen auch die finanzielle Bonität Ungarns, das gewachsene *internationale Ansehen des Landes und die* stabile gesellschaftlich-politische Lage. Schließlich gilt es zu beachten, daß Dienstleistungen, Wasser und Strom, Baustoffe und Grundstücke in Ungarn vergleichsweise billig sind.

Beachtung verdient *auch die Umwandlung* der ungarischen Investitionsstruktur. Während sich in früheren Jahren die internationalen Bezüge der Strukturpolitik überwiegend auf Vereinbarungen über Produk*tionskooperation und Spezialisierung* im RGW beschränkten, sind in den vergangenen Jahren mit der Weltbank abgestimmte strukturbildende Kreditoperationen *hinzugekommen.*

Der Autor ist Generaldirektor der *Ungarischen Handelskammer.*

AUF EINEN BLICK

Staatsform
Volksrepublik
Fläche
93 030 Quadratkilometer.
Einwohnerzahl: 10 640 000
Grenzen
Österreich, CSSR, Sowjetunion, Rumänien, Jugoslawien.
Hauptstadt
Budapest mit 2,1 Millionen Einwohnern.
Sprache
Ungarisch; Deutsch und bei jüngeren Englisch werden weitgehend verstanden.
Währung
Forint. Ein Forint = 100 Filler.
Praktische Hinweise
Für Ungarn besteht noch Visumspflicht. Man erhält das Visum jedoch auch an der Grenze.
Beschäftigte
In Ungarn herrscht Vollbeschäftigung. Das Recht auf Arbeit ist in der Verfassung niedergelegt. Es gibt sogar einige Wirtschaftszweige, zum Beispiel in der Bauindustrie, in denen *Arbeitskräftemangel zu verzeichnen ist*. In der Industrie sind 32 Prozent der Beschäftigten tätig, in der Bauindustrie acht Prozent, in Land- und Forstwirtschaft 21, im Transport- und Nachrichtenwesen acht und im Handel zehn Prozent. Die restlichen 21 Prozent arbeiten in den nicht produzierenden Sektoren.

Klima

Kontinental mit mediterranen und atlantischen Einwirkungen. Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt bei zehn Grad Celsius. Der kälteste Monat ist der Januar mit null bis *minus vier, der wärmste der Juli mit* 18 bis 23 Grad Celsius. Im ganzen Jahr werden durchschnittlich 1800 Sonnenstunden und 600 Millimeter Niederschlag gezählt.

Wichtige Anschriften

Botschaft der Volksrepublik Ungarn, Turmstr. 30, 5300 Bonn 2, Tel. 0228-375797 und 376791. – Handelsabteilung, Sachsenring 40, 5000 Köln 1, Tel. 0221-322056/58

Malev, Baseler Str. 46–48, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 069-234043, Salvatorstr. 2, 8000 München 2, Tel. 089-293434, – Ungarische Handelskammer, 1055 Budapest V, Kossuth Lajos Ter 6–8, Tel. 533333.

Ibusz Ungarisches Reisebüro und Handelsgesellschaft mbH, Baseler Str. 46/48, 6000 Frankfurt a.M., Tel. 069-252018, Dachauer Str. 5, 8000 München 2, Tel. 089-557217, Mauritiussteinweg 114–116, 5000 Köln 1, Tel. 0221-219103/04, Kronprinzenstr. 6, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-296233.

Ungarische Nationalbank, Friedenstr. 4, 6000 Frankfurt a. M. 1, Tel. 069-294168 oder 283387.

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 1024 Budapest II, Ady Endre U. 18, Tel. 150644 oder 358568. Konsularabteilung, Budapest, Izso U. 5, Tel. 225895,225277 oder 420381.

Ausbildung

In Ungarn basiert das Unterrichtssystem auf der achtklassigen Grundschule, deren Besuch nach Vollendung des sechsten Lebensjahres Pflicht ist. Darauf folgt der Mittelschulunterricht, der mit dem Abitur abgeschlossen wird. Entsprechend den wachsenden Anforderungen in fast allen Arbeitsgebieten wächst die Zahl der Mittelschulabsolventen (Abiturient) unter den in das Berufsleben eintretenden Jugendlichen.



6000 Jäger kommen aus Deutschland

In Vecsés bei Budapest wurde die modernste Wildverarbeitungsanlage Europas errichtet

Daß Ungarn als Jagdparadies bezeichnet wird, ist keine Übertreibung: Die „Weltrangliste" der Rothirsche wird durch die Trophäe eines *Hirsches angeführt, der in Ungarn* von einem Jäger aus der Bundesrepublik erlegt wurde. Die schwerste Trophäe von 17,4 Kilogramm konnte im vergangenen Jahr stolz ein amerikanischer Jäger mit nach Übersee nehmen. *Platz Nummer eins bei den* Damschauflern nimmt gleichfalls Ungarn ein; in der Rangfolge sind ausschließlich kapitale Trophäen des Wildbestandes von Gyulaj zu finden.

Der gute Ruf ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen bewußten Wildwirtschaft und eines aktiven Naturschutzes. Neben der reichen Beute wird auch das Wilderhaltungsvermögen des gegebenen Jagdgebietes sowie das gesunde Gleichgewicht zwischen Umwelt und Wildbestand gesichert. Mit einer Jahreseinnahme von 35 bis 40 Millionen US-Dollar trägt die Wildwirtschaft zur Verbesserung der Handelsbilanz und auch des Budgets der Wildeigentümer bei.

Das in Vecsés bei Budapest vor drei Jahren erbaute Wildverarbeitungswerk ist das größte und modernste Europas; es arbeitet mit bundesdeutscher und schweizerischer Technologie. Die wichtigsten Kunden sind bundesdeutsche, italienische und österreichische Firmen, aber auch schweizerische, französische, niederländische, schwedische und griechische Importeure.

Den Aufträgen entsprechend starten die Kühlcamione mit jährlich zirka 4000 Tonnen Wildbret – mit Haut und Haaren, enthäutet oder zerlegt – selbstverständlich unter Einhaltung der strengsten veterinärmedizinischen Vorschriften der EG in Richtung Bestimmungsort.

Seit 1957 können auch ausländische Weidmänner in ungarischen Jagdgründen ihr Glück versuchen. Wie enorm das Interesse gewachsen ist, demonstrieren einige Zahlen: *Während im ersten Jahr nur 17 Jäger* in Ungarn weilten, waren es in diesem Jahr schon mehr als 17 000, die meisten davon kommen als Stammgäste wieder. Die ausländischen Jäger opfern jährlich über 35 Millionen *Mark für ihre Leidenschaft. Die meisten* Jäger kommen aus der Bundesrepublik (etwa 6000), Italien (6000) und aus Österreich (4000).

Entsprechend den unterschiedlichen Ansprüchen und Traditionen bevorzugen die deutschsprachigen Jäger in der Jagdsaison das an Hochwild reiche Transdanubien. Die Italiener und Franzosen (jährlich mehr als 600 Gruppen) lassen ihre Büchsen lieber in der an Niederwild reichen Ungarischen Tiefebene östlich der Donau knallen.

MIKLOS KOVACS

Who is who in der ungarischen Wirtschaft?

WELT-Interview mit der Redakteurin des in Deutsch erschienenen Buches „Geschäftsleute"

Wer ist wer im Wirtschaftsleben? Das ist die Gretchenfrage, die sich ein Handelsfachmann stellen muß, bevor er einen internationalen Kontakt anknüpfen und einem Geschäft nachgehen will.

Unlängst hat die Ungarische Handelskammer in deutscher und englischer Sprache ein Nachschlagewerk unter dem Titel „Geschäftsleute in Ungarn" bzw. „Managers in Hungary" herausgegeben. Mit Judit Fekete-Gyárfás sprach für die WELT Judit Reményi über das Werk.

WELT: Welche Anregungen führten zur Veröffentlichung des Handbuches?

Judit Fekete-Gyárfás: Rund 50 Jahre ist es schon her, daß in Ungarn ein Nachschlagewerk des Wirtschaftslebens vom Typ eines „Who is who" als Zusammenstellung des damaligen Arbeitgeberverbandes erschien. Jeder kennt das Problem: Im Außenhandel braucht man zum Aufbau und zur Pflege der Kontakte in erster Linie Informationen. Und zwar nicht nur über die Firma und ihre Waren, sondern auch über den Partner, der diese Firma vertritt.

Hungaropress, der Informationsdienst der Ungarischen Handelskammer, erkannte diese Marktlücke und machte sich daran, ein detailliertes Nachschlagewerk herauszugeben.

WELT: Was enthält der Band?

Judit Fekete-Gyárfás: Der Band enthält Daten über 2400 Führungskräfte und Mitarbeiter aus dem Wirtschaftsleben: von den verschiedensten Außenhandelsunternehmen und industriellen Großfirmen bis zu den Genossenschaften und sogar bis hin zu den privaten Arbeitsgemeinschaften.

WELT: Wessen Daten sind im Band gespeichert?

Judit Fekete-Gyárfás: Das Personen-Lexikon stellt jene Persönlichkeiten vor, die Entscheidungsträger in den Handelskammer-Mitgliedsfirmen sind. Eine Vielzahl persönlicher und beruflicher Daten sind verzeichnet, damit ein Vorhaben nicht daran scheitert, daß man nicht weiß, an wen man sich in der betreffenden Angelegenheit wenden könnte.

WELT: Welche Daten konkret?

Judit Fekete-Gyárfás: Abweichend von den in Westeuropa üblichen vergleichbaren Werken werden weder die Familienverhältnisse – zum Beispiel Zahl und Name der Kinder – noch ein Hobby angegeben; aber es wird *ausführlich* über Adresse, Geburtsdaten, berufliche Laufbahn – den gegenwärtigen und den vorherigen Posten – über das Fachgebiet, die Position im Unternehmen, über die abgeschlossenen Studien, über internationale und öffentliche Funktionen und über die Sprachkenntnisse Bericht erstattet.

Dies ist in einem Land, dessen Sprache von sämtlichen indoeuropäischen Sprachen absolut abweicht, besonders wertvoll.

Im zweiten Teil des Nachschlagewerkes findet man zur leichteren Orientierung alphabetisch jene Handelskammermitglieder, deren Führungspersönlichkeiten im ersten Teil angeführt wurden.

WELT: Wie und wo kann man das Handbuch beziehen?

Judit Fekete-Gyárfás: Es kann für 120 Mark über Intercooperation AG, *Budapest, oder direkt über unsere* Handelskammer (H-1389 Budapest, Pf. 106) erworben werden.

Mehr Wettbewerb bei den Banken durch bessere Dienstleistungen

Von LÁSZLÓ BÓDY

Das Banken- und Kreditsystem wird am 1. Januar 1987 eine wesentliche Veränderung erfahren. Zu diesem Zeitpunkt wird die kommerzielle Banktätigkeit organisatorisch von der Ungarischen Nationalbank abgetrennt. Damit verbleiben der Ungarischen Nationalbank jene volkswirtschaftlichen Aufgaben, für die sie ursprünglich geschaffen wurde: Regulierung der im Lande in Umlauf befindlichen Geldmenge, Einfluß auf das Preisniveau mit ökonomischen Mitteln, die zentralen Aufgaben der Devisenwirtschaft sowie die Aufgabe eines Bankiers der Regierung.

Drei Handelsbanken scheiden aus der Nationalbank aus, es beginnen insgesamt fünf Banken mit allgemeinen Vollmachten zu wirken. Sie können die Konten der Betriebe führen, deren Einlagen entgegennehmen und ihnen Kredit gewähren; ferner können sie mit ihrem Grundkapital und zu Lasten ihres realisierten, nach der Besteuerung verbleibenden Gewinns auch mit Kapital an vorhandenen Betrieben oder der Gründung neuer Betriebe teilnehmen. Damit hört die Bindung der Unternehmen an eine Bank auf, denn der Kreis jener Banken, unter denen sie wählen können, ist verhältnismäßig breit. Auch werden die Banken gegenüber den ihnen zugewiesenen Kunden keinen Kreditzwang haben, da sie ihre Schuldner selbst wählen können.

Da die Banken auf streng geschäftlicher Basis, aufgrund von Gewinninteresse und eigener Risikoübernahme wirken müssen, erstarkt der selektive Charakter der Kreditvergabe.

Dies schafft eine Wettbewerbssituation sowohl zwischen den Banken als auch den Unternehmen: Von seiten der Banken erfordert es eine Verbesserung der Dienstleistungen, straffe Konsultation, von seiten der Unternehmen eine Verbesserung ihrer Zahlungssituation und eine sorgsamere Begründung ihrer Kreditansprüche.

Gleichzeitig damit wird ein Teil der Staatlichen Entwicklungsbank zum Staatlichen Entwicklungsinstitut umgewandelt und hat die Aufgabe, der zentralen Investitionsregelung zu dienen, teils durch den Handelsbanken gewährte staatliche Garantien – was sich auch mäßigend auf den Zinssatz auswirkt –, teils durch Finanzierung der Großinvestitionen.

Bisher wurden bereits zehn spezialisierte Geldinstitute geschaffen. Diese können Einlagen sammeln und aus diesen sowie aus dem Ertrag ihrer früheren Einlagen Anlagen tätigen oder kreditieren. Mit ihrem herausragenden Sachverständnis stellen sie in Fragen der Innovationsbeurteilung, bei der Eintragung und dem Schutz von Patenten und in anderen Geschäften – zum Beispiel Leasing, Obligationen – gegenüber den anderen Banken gleichfalls eine Herausforderung zum Wettbewerb dar, wie auch die gegenwärtig in Ungarn wirkenden zwei ausländischen Joint-venture-Banken.



Neues System bringt Vorteile für die Bevölkerung: Bankangestellte in Ungarn
FOTO: H.H.H.

Dadurch, daß sich Tätigkeit und Wirkungskreis der Spargenossenschaften erweitern, kommt auch die Bevölkerung in den Genuß der durch die Umorganisation der Bank geschaffenen Wettbewerbssituation. Auch die Versicherungsinstitute gestalteten und gestalten mit dem Sparen kombinierte Versicherungsformen, die für die beiden Sparinstitute eine Herausforderung zum Wettbewerb sind. Auch die Schaffung neuer Sparinstitute ist nicht auszuschließen.

Diese Entwicklung des Bankensystems ist ein wichtiges Glied der Entwicklung des Systems der Wirtschaftslenkung und der Fortsetzung der Reformpolitik.

Ein wichtiges Mittel der Gestaltung und Verwirklichung der Wirtschaftspolitik ist die monetäre Politik und deren institutionelles System, die von der Notenbank gesteuerte Bank und die Fiskalpolitik mit dem vom Finanzministerium gelenkten System des Staatshaushalts.

Im Mittelpunkt des neuen Bankensystems steht die Notenbank, die Ungarische Nationalbank, die verantwortlich ist für die Gestaltung der monetären Politik und somit eine bedeutende Rolle bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik, in Vertretung der äußeren und inneren Gleichgewichtsinteressen, der Volkswirtschaft spielt.

Der Geldpolitik verschafft die Notenbank gegenüber den kommerziellen Banken dadurch Geltung, daß sie deren Bestand an verleihbaren Quellen durch verschiedene Mittel (verbindliche Reserverate, Refinanzierungspolitik, Kauf und Verkauf staatlicher Wertpapiere) beeinflußt.

Über den Zinssatz der Notenbank beeinflußt sie bei den Unternehmen und den Haushalten sowohl die Neigung zum Sparen als auch die zur Kreditaufnahme.

Die kommerziellen Banken müssen für die sichere und rentable Beschaffenheit ihrer Kredite, also die richtige Allokation, sorgen.

Es bildet sich so zwischen der Notenbank und den nach dem Geschäftsprinzip wirkenden Banken eine klare Arbeitsteilung heraus. Erstere gestaltet als „Bank der Banken" die Größe sämtlicher durch die Geldinstitute verleihbaren Quellen aufgrund makroökonomischer, von der Volkswirtschaft diktierter Kriterien. Letztere leisten, miteinander im Wettbewerb stehend, ausschließlich aus eigenem Gewinninteresse ihre Geschäftstätigkeit.

Die Arbeit der Banken wird neben der regulierenden Funktion der Notenbank auch durch die „staatliche Bankaufsicht" beeinflußt werden. Diese unter der Ägide des Finanzministers wirkende Organisation wird die Aufsicht über das sichere Wirken der Banken im allgemeinen ausüben und dadurch auch die Interessen der Kunden schützen.

Durch Schaffung des zweistufigen Bankensystems wird es möglich, daß ein Unternehmen mit mehreren Banken in Geschäftsbeziehungen steht, Einlagen bei mehreren Banken tätigen und auch seine Kreditaufnahme und andere geschäftliche Aktivitäten diversifizieren kann.

Auch unter den Banken und Geldinstituten werden sich Einlage- beziehungsweise Kreditbeziehungen herausbilden; es kann ein Geldmarkt zwischen den Banken zustande kommen.

Von der Weiterentwicklung des Bankensystems sind stufenweise mehrere Vorteile zu erwarten:

– Es kann sich in der Konjunkturregulierung eine sinnvollere Arbeitsteilung zwischen dem Bankensystem und dem Haushalt herausbilden.

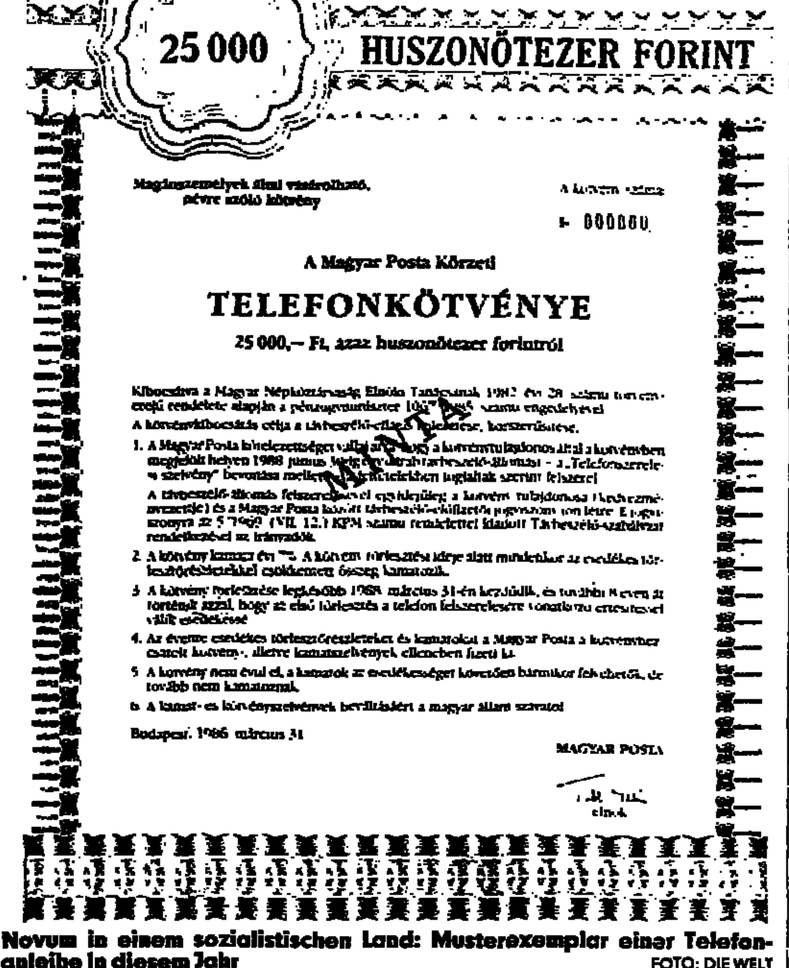
– Die Banken werden ihre Beziehungen mit den Wirtschaftsorganen festigen, sich elastischer den Ansprüchen des Marktes und der Unternehmen anpassen, sie werden ihren Kunden mit zunehmenden finanziellen Dienstleistungen zur Verfügung stehen. All dies steigert Gewicht und Rolle des Bankensystems in dem auf der Rentabilität beruhenden Kapitalstrom.

– Die Umorganisation des Bankensystems wird dazu beitragen, daß den entwickelteren Marktverhältnissen nicht entsprechende Lösungen in der Wirtschaftslenkung zurückgedrängt werden.

Die Entwicklung des Bankensystems wird 1987 nicht abgeschlossen, die laufende Einschätzung seines Funktionierens, die Nutzung der Erfahrungen, kann seine kontinuierliche Weiterentwicklung stärken.

Die Bedingungen des Lenkungssystems, das auf der Abstimmung von zentraler Planung und Ware-Markt-Verhältnissen beruht, verlangen nach einem gut funktionierenden Bankensystem, das einen positiven Einfluß auf die Rentabilität der Unternehmenswirtschaft, auf die Fähigkeit der gesamten Wirtschaft, Gewinn zu produzieren, ausübt.

László Bódy ist Vizepräsident der Ungarischen Nationalbank



25 000 HUSZONÖTEZER FORINT

Magánszemélyek által visszaváltható, névre szóló kötvény

A Magyar Posta Körzeti

TELEFONKÖTVÉNYE

25 000,– Ft, azaz huszonötezer forintról

Budapest, 1986 március 31

MAGYAR POSTA

Novum in einem sozialistischen Land: Musterexemplar einer Telefonanleihe in diesem Jahr
FOTO: DIE WELT

Käuferschlangen sind endgültig verschwunden

Attraktive Geldanlage: Obligationen für Telefonanschlüsse

Ungarn ist stolz darauf, die Schlangen los geworden zu sein – die Schlangen vor den Geschäften. Zwei indes blieben übrig, und darauf war man ebenfalls stolz. Das war einmal die Schlange vor der Deutschen Botschaft, wo sich im vergangenen Jahr 220 000 Ungarn ein Visum für die Reise in den Westen holten.

Die andere Schlange befand sich vor der staatlichen Entwicklungsbank. Dort konnte man am 21. März 1984 für 25 000 Forint Emissionen der Postverwaltung der Stadt Szeged zeichnen. Dafür bekam man eine Obligation im Nennwert von 20 000 Mark und gegen 5000 Forint als Gebühr die Zusage innerhalb der nächsten zwei Jahre einen der begehrten Telefonanschlüsse zu erhalten.

Anlage ist auf zehn Jahre festgelegt

Der Verkaufswert ist in den letzten Monaten nach unten gerutscht, weil viele das Papier verkauften, nachdem sie den Telefonanschluß erhalten haben. Heute erhält man die Telefonanleihe für nur 14 600 Forint, also 73 Prozent des Nennwertes.

Die Anlage ist auf zehn Jahre fest, und dann bekommt man 100 Prozent des Nennwertes ausgezahlt, zusätzlich sieben Prozent Zinsen jährlich. Die Entwicklungsbank kann daher dieses Papier als mit 18 Prozent Ertrag attraktive Anlage anpreisen.

Rund 50 verschiedene Anleihen werden heute im Erdgeschoß der staatlichen Entwicklungsbank gehandelt. Ein ungewöhnlicher Vorgang im marxistischen Osteuropa und doch für Ungarn so ungewöhnlich nicht. Einmal beherbergte die Stadt schon in der Zeit k. u. k.-Monarchie den größten Warenterminmarkt Europas das „ich geb", „ich nehm" der Budapester Börse ist vielen noch im Ohr, und zum anderen strebt die Volksrepublik mit ihrem neuen Wirtschaftskurs in Richtung Markt.

Das Recht, Obligationen herauszugeben, erhielten verschiedene Unternehmen, Genossenschaften, Institutionen und Ortsräte durch eine im Jahre 1982 vom Präsidialrat erlassenen Verordnung mit Gesetzeskraft. Sie fanden raschen Absatz. 50 Prozent von ihnen befinden sich in der Hand von Privatpersonen, die damit eifrig handeln, auch privat. Der Handel muß nicht im Kontor der Entwicklungsbank erfolgen.

Die staatliche Investitionsbank beteiligt sich oft um die Bonität der Unternehmen, deren Obligationen sie herausgeben will, zu überprüfen. Die Zinsen, der von der Bevölkerung gezeichneten Papiere sind in Ungarn (ebenso wie die von der Landessparkasse gezahlten Zinsen) steuerfrei.

Die große Attraktivität der Obligationen erklärt sich einmal aus einer erhöhten Spartätigkeit der Bevölkerung, um später einmal größere Investitionen, insbesondere den Erwerb von Wohnungseigentum zu realisieren. Hinzu kommt aber auch, daß der Staat die Erfüllung der in den Obligationen enthaltenen Verpflichtungen garantiert.

Monopol der Sparkassen wurde gebrochen

Im Durchschnitt beträgt der Zinsfuß 11 Prozent jährlich. Damit sind sie etwas günstiger als die Sparbücher, bei denen der höchste Zinsfuß gegenwärtig neun Prozent ausmacht. Allerdings will auch die Sparkasse bald Obligationen herausgeben, ohne daß zu erwarten ist, daß die Attraktivität der Sparkonten leiden muß, denn die Einlagen bei der Sparkasse machen insgesamt 220 Milliarden Forint aus, während bislang nur 1,5 Milliarden als Obligationen gezeichnet wurden. Man kann also sagen, daß Obligationen nicht als Alternative, sondern als zusätzliche Sparform angesehen werden. Die Obligationen bedeuten aber auch, daß das Monopol der Sparkasse im Bereich der Spartätigkeit gebrochen wurde. (WR.)

Mann zweier Kammern

Wer aus den Räumen der ungarischen Handelskammer blickt, der sieht den eindrucksvollen Bau des Parlaments mit seinen Kuppeln und Hallen. Karoly Hellner ist in beiden Gebäuden zu Hause. Er ist bei der Kammer für das Personalwesen zuständig und vertritt zugleich einen Budaer Wahlbezirk im Parlament. Der 41jährige war ursprünglich auf die politische Karriere nicht versessen gewesen.

Karoly Hellner

Vor sechs Jahren drängten ihn jedoch Nachbarn für den Distrikt zu kandidieren, und weil er dem Alphabet zufolge über seinen Mitbewerber in der Liste der Patriotischen Volksfront gesetzt wurde, „müßten die Wähler wohl gedacht haben, ich sei auch kompetenter." So kam Hellner vor sechs Jahren in den Distrikt-Rat, und im vergangenen Jahr wurde er mit 56 Prozent auch ins Parlament gewählt. Sein Gegenkandidat war eine Frau. Hellner, der mit den Möglichkeiten, die das Parlaments bietet, durchaus zufrieden ist – „ich bin 1945 geboren" –, bemüht sich um den Lebensmittelhandel in Budapest, deren Gewinnspanne – seiner Meinung nach – unzureichend ist. Sein anderes Engagement gilt den staatlichen Wohnungen, die heruntergekommen seien. Abhilfe würde schaffen, wenn man sie an die Bewohner verkaufte. Ho.

Lohnend für Investoren: Joint-venture

Bundesdeutsche Firmen beteiligten sich mit Millionenbeträgen an ungarischen Firmen

Die Schwarzkopf GmbH gründete 1985 in Ungarn mit der Fabrik für Haushaltschemikalien Caola ein Joint-venture. In der Caola-Schwarzkopf GmbH macht der Kapitalanteil der Firma aus der Bundesrepublik Deutschland 51 Prozent das heißt fast eine Million Mark aus.

Gemäß dem Abkommen besorgt Schwarzkopf die Maschinen und Technologie überwiegend aus der Bundesrepublik und Holland.

Betriebshalle vergrößert

Die ungarische Firma Caola trug mit dem Gebäude, mit Arbeitskräften und Umlaufkapital zu dem Joint-venture bei.

Das Joint-venture von Caola und Schwarzkopf arbeitet seit Februar 1986 und plant bis Ende des Jahres – zu Produktionspreisen gerechnet – die Herstellung von kosmetischen Artikeln im Wert von 50 Millionen Forint.

Wenn das Unternehmen erfolgreich ist, besteht die Möglichkeit seiner Erweiterung; es kann die derzeit 1400 Quadratmeter große Betriebshalle vergrößern.

Die zur Verpackung erforderlichen Kunststofflaschen, Verschlußkappen und die für Aerosolsprays notwendigen Metallbehälter liefert eine ungarische Firma, die Metalltuben und die mit der Aufnahme der Produktion neuer Artikel in Kürze erforderlichen Glasflaschen bezieht das Joint-venture aus dem Ausland.

Der überwiegende Teil der hergestellten Artikel wird auf dem ungarischen Markt verkauft. Ein Teil der Haarpflegemittel – insgesamt 300 000 Stück von insgesamt 1,5 Millionen Stück Shampoos und Schönspüler – gelangt durch Vermittlung von Schwarzkopf in das Ausland.

Darüber hinaus wird Caola noch in diesem Jahr 225 Tonnen Bac-Seife und 100 Tonnen Shampoo-Grundstoff an die Firma Schwarzkopf liefern.

Voraussetzung für die Erweiterung der Produktion ist die Steigerung der ungarischen Lieferungen, da auf der Export-Import-Seite ein Null-Saldo zu erreichen ist.

Mit Plus abgeschlossen

Obwohl die Gründer im ersten Jahr von ihrer „Tochter" keinen Gewinn erwarteten, konnten sie bereits das erste Halbjahr mit einem Plus-Saldo schließen.

Auf dem Markt für kosmetische Artikel verschärft sich der Wettbewerb jedoch. Auch andere westliche Firmen, wie Wella, haben einen Vertrag über Zusammenarbeit geschlossen.

EMILIA PAPP

Verwirrend: Magic-Puzzle

Erno Rubik hat wieder zugeschlagen. Der Budapester Hochschullehrer, der vor sechs Jahren den Würfel erfand, um seinen Studenten des Kunsthandwerks räumliches Denken beizubringen, hat ein „Magic-Puzzle" entwickelt, ein rechteckiges Verwirrspiel, das die des Würfelns müde wieder ins Entzücken oder zur Verzweiflung treiben wird.

15 Millionen Quadrate will Rubig im nächsten Jahr absetzen, und er hofft, daß auch für ihn, den Erfinder, „einiges" dabei herausspringt. Die Lehrtätigkeit hat er vorübergehend aufgegeben, sagt Erno Rubik „die Geschäftswelt als solche liegt mir nicht so recht. Mir geht es wie einst dem Dorfschmied, der nebenbei zahlreiche Leiden behandelte, und der vielleicht nie wieder einen Kranken vom Star heilen würde, wenn man ihm erklärte, welch kompliziertes Ding das Auge ist".

Mit der Erfahrung des Dorfschmiedes hat Rubik sich auch für den Vertrieb mit der Firma Matchbox zusammengetan, die einige Millionen Mark für die Einführung von Rubiks Magic ausgeben will.

Man hofft dadurch Fälschungen zu vermeiden, daß man sich sehr früh um das Weltpatent für Rubiks Magic bemühen will, den „ungewöhnlich hohen Werbeetat", so Jack L. Forcelledo, der Präsident von Matchbox International, hat die PR-Firma Burson und Marsteller bekommen.

Rubik hat übrigens einen Teil seines Würfel-Profits in eine Innovationsstiftung eingebracht. Von mehr als 500 begonnen Arbeiten sind noch 50 Themen aktuell, vom Orgelbau über Topfgriffe bis zu kompletten Bausystemen.

Daneben gibt er jährlich 10 000 Dollar für die Weiterbildung von jungen Kunsthandwerkern im Ausland aus; das dürften vor allen Dingen die sein, die trotz Würfel noch nicht das räumliche Denken gelernt haben.

(WR.)

Eine Chance für den Mittelstand

Deutsche Experten analysieren ihre Erfahrungen mit Gemeinschaftsprojekten

Joint-venture heißt nunmehr auch das Zauberwort im Rahmen west-östlicher Wirtschaftskooperation. Die UdSSR zeigt zunehmend Interesse an dieser intensivsten Form der Zusammenarbeit. Polen hat vor wenigen Monaten ein Joint-venture-Gesetz verabschiedet, aber ein Schwerpunkt ist fraglos Ungarn. Hier gibt es auch verwertbare Erfahrungen auf diesem Gebiet. Am 7. Oktober hat der Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft in Budapest mit dem Buch „Investitionsland Ungarn" die erste systematische Darstellung an Erfahrungen mit Joint-ventures im COMECON-Bereich überhaupt vorgelegt. Die Analyse wurde von deutschen Wirtschaftlern gemeinsam mit ungarischen Experten aus Regierung und Industrie erarbeitet.

Auf dem gemeinsamen Symposium des Ostausschusses unter Leitung des Vorsitzenden des Ungarn-Kreises, Hans Otto Thierbach, und des Präsidenten der Ungarischen Handelskammer, Tamas Beck, wies letzterer insbesondere auf den Schutz hin, den die 19 Joint-ventures mit deutscher Beteiligung (bei insgesamt 65) aufgrund des im März 1986 mit der Bundesrepublik geschlossenen Abkommen genießen. Daß die Deutschen der erste Partner im Westen seien, erkläre sich daraus, daß es „eine starke Bindung aus Tradition und Mentalität heraus" gebe.

Die ungarischen Diskussionsteilnehmer stellten im wesentlichen fünf Gründe heraus, warum sie Joint-ventures mit deutschen Firmen für sinnvoll hielten:

1. Kapitaltransfer
2. Know-how-Lieferung
3. Erfahrungen im Management
4. Schulung im Bereich exportorientierten Marketings
5. Importsubstitution.

Als Problempunkt ergab sich in der Diskussion, daß es für Joint-ventures Probleme gebe, im RGW-Bereich profitable Preise festzulegen. Wenn die gemeinsame Tochter an die deutsche Mutter liefere, werde natürlich in diesem Geschäft der Gewinn gering gehalten, damit die westliche Mutter dann bei ihrem erneuten Absatz im EG-Raum maximalen Gewinn erzielen könne. Von ungarischer Seite wurde allerdings deutlich gemacht, daß Lieferungen in die EG keine Vorbedingung für Joint-ventures seien, man begnüge sich gerne mit der Rolle eines Zulieferers.

Kein Hinderungsgrund seien auch die Planauflagen der Regierung oder die RGW-internen Absprachen. Unbedingtes Verhalten nach Plan sei in Ungarn eine Sache der Vergangenheit. Der entscheidende Punkt der Wirtschaftsreform sei, daß von staatlicher Seite nur noch eine „Rahmenplanung" vorgegeben werde, der Unternehmer aber selbst entscheide, was er produziert. Seine Aufgabe bestehe natürlich vor allen Dingen auch darin, sich die notwendigen Materialien zu beschaffen und seine Produkte in dem System durchzusetzen.

Im RGW-Bereich gebe es tatsächlich jedem Land zugewiesene Schwerpunkte, es habe sich aber gezeigt, daß man, wenn man das eigene Produkt nur etwas modifiziere, zum Beispiel Elektro- statt Dieselantrieb, sehr wohl diese Zuteilung unterlaufen könne. Praktisch produziere jeder was er wolle. Die ungarische Seite versicherte auf dem Symposium auch, daß die Überweisung von Gewinnen in die Bundesrepublik kein Problem sei. Dies werde schon durch ein Gesetz aus dem Jahre 1972 und durch den diesjährigen Vertrag mit der Bundesregierung gesichert.

Fragen tauchten auf, wie sich die Kapital-Anteile zwischen ungarischen und deutschen am sinnvollsten aufteilten. In der Diskussion wurde deutlich, daß es hierfür keine Pauschalregelung gibt wie auch keine Musterverträge existieren. Deutsche Firmenvertreter mit langjähriger Erfahrung in Ungarn wiesen darauf hin, daß es sinnvoll sei, die Entscheidung nicht ausschließlich bei einem deutschen Geschäftsführer zu belassen.

Joint-ventures bieten sich nach Auffassung deutscher Teilnehmer am Symposium insbesondere für mittelständische Firmen an. Dabei überraschte es zu hören, daß hierbei nicht einmal die Präsenz im RGW-Markt die Rolle spielt, sondern daß es für viele Firmen eine schlichte Frage des Überlebens ist aus Kostengründen, sich ein Produktionsbein in billigeren Ungarn aufzubauen. Ein Experte bezifferte die Zahl der Firmen, die aus diesen Gründen das Engagement in Ungarn suchten, mit 90 Prozent aller mittelständischen Joint-ventures. Die Ungarn fördern Joint-ventures mit gestaffelten Steuererleichterungen. Generell wird der nach dem Abzug von den Steuerfreibeträgen – dem Wagnisfonds und dem an die Beschäftigten auszahlbaren Beteiligungsfonds – verbleibenden Gewinn mit einer 40prozentigen Körperschaftssteuer belastet. Dividendensteuer fällt nicht an. Sollte jedoch das Joint-venture in der Produktion tätig sein oder ein vom Unternehmen geschaffenes Hotel betreiben, so beträgt die Körperschaftssteuer in den ersten fünf Jahren nur 20 und ab dem sechsten Jahr 30 Prozent. Eine noch höhere Steuervergünstigung kommt bei Tätigkeiten zur Anwendung, denen aus der Sicht der ungarischen Wirtschaft eine hervorragende Bedeutung zukommt. Unter besonders wichtigen Tätigkeiten verstehen die Ungarn insbesondere:

- Produktion und Anwendung von Elektronik
- Herstellung von Fahrzeugersatzteilen
- Produktion von Maschinen und Ausrüstung für die Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie
- Fertigung von Maschinenbaugruppen
- Entwicklung der Verpackungstechnik
- Erzeugung von Arzneimitteln, Pflanzenschutzmitteln und Intermediären
- Fertigung von Textil- und Konfektionsartikel mit modernen Technologien und hohem Verarbeitungsgrad und anderes mehr.

Hier kann in den ersten fünf Betriebsjahren Körperschaftssteuer ganz entfallen. Vom sechsten Jahr an wird eine 20prozentige Körperschaftssteuer erhoben. Diese Vergünstigungen sind jedoch nur dann wirksam, wenn das Kapital des Joint-ventures in den ersten fünf Jahren rund 600 000 US-Dollar ausmacht, und der ausländische Partner mit nicht weniger als 30 Prozent beteiligt ist. Bereits entrichtete Körperschaftssteuer wird zu 50 beziehungsweise zu 75 Prozent rückvergütet. Sobald die Partner – oberhalb bestimmter Grenzen – Gewinne in das Gemeinschaftsunternehmen reinvestieren.

Die Experten des Ostausschusses hoffen, die ungarischen Erfahrungen auch für die Realisierung von sowjetischen Kooperationsangeboten nutzen zu können, hat doch die Sowjetunion im Frühjahr 1986 die Ablehnung von Joint-ventures aufgegeben. Nach Auffassung des Ostausschusses belegt die Wende zwar „den Willen zum Wandel", es blieben jedoch noch viele praktische Fragen ungeklärt.

H.-H. H.

Auf der Suche nach dauerhaften Beziehungen

In zwei Jahren hat sich die Zahl von Gemeinschaftsunternehmen verdoppelt – Unterstützung durch die Banken

Von TAMÁS SUGÁR

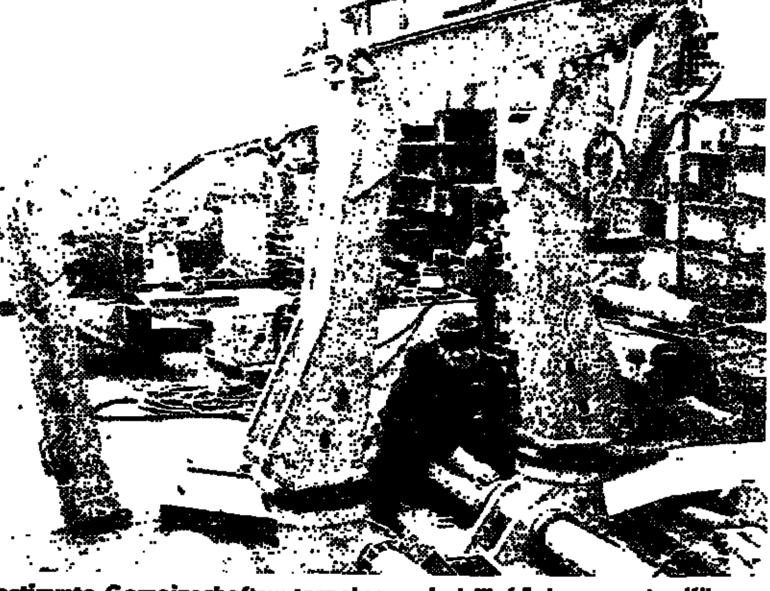
Die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Beteiligung ist in Ungarn prinzipiell seit 1972 möglich. Die wirtschaftlichen Bedingungen haben sich jedoch während der letzten zwei Jahre beträchtlich verbessert. Wirtschaftlich ging man davon aus, daß sich in unserer eng gewordenen Welt die Interdependenzen aller Länder in einem bisher unvorstellbaren Maße verstärkt haben, daß ein gegenseitig offenes wirtschaftliches Verhalten überhaupt keine Alternative mehr hat.

Man ist auf der Suche, außer und über den herkömmlichen Kaufgeschäften stabilere und dauerhaftere Beziehungen auszubauen. Kauf und Verkauf von Lizenzen und Know-how, Kooperationsabkommen, Verlegung ungarischen Kapitals ins Ausland sind schon lange geübte Gepflogenheiten. Die Einbeziehung ausländischen Kapitals in Form von Gemeinschaftsunternehmen ist eine Tätigkeit, die sich nun, infolge der neuen, für die einheimischen und ausländischen Interessenten vorteilhafter und attraktiver gewordenen rechtlichen Regelungen, erfreulicherweise belebt hat. Ende 1984 gab es 33 Gemeinschaftsunternehmen in Ungarn, gegenwärtig beträgt ihre Zahl bereits 69.

Gemeinschaftsunternehmen können ungarische und ausländische Firmen in Form von offenen Handelsgesellschaften, Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, gemeinsame Unternehmen und Kommanditgesellschaften bilden. Erfahrungsgemäß hat sich die Gesellschaft mit beschränkter Haftung als die weitaus populärste Form erwiesen. Außer den zwei Banken, welche natürlich nur Aktiengesellschaften sein können, wird überwiegend diese Firmenform gewählt.

Die wichtigsten Rechtsregeln gestalten sich wie folgt:

– Gemeinschaftsunternehmen zahlen – nach Entrichten des Sozialversicherungsbeitrags zu Lasten der Kosten – nach dem Ergebnis nur eine einzige Steuer, nämlich die Körperschaftsteuer, die 40 Prozent des steuerpflichtigen Gewinns beträgt. Überschreitet das Gesellschaftskapital die Summe von 25 Millionen Forint und die ausländische Beteiligung 30 Prozent, haben Gemeinschaftsunternehmen, die eine Produktionstätigkeit ausüben sowie gemeinsam gebaute Hotels betreiben, in den ersten fünf Jahren ihrer Tätigkeit 20 Prozent und ab dem sechsten Jahr 30 Prozent Körperschaftsteuer zu leisten. Kommt es zu einer Re-Investition in Höhe von 50 Prozent des realisierten Gewinns, jedoch von mindestens 5 Millionen Forint, werden dem gemischten Unternehmen 50 Prozent der Steuer rückerstattet; bei einer Re-Investition in Höhe von 100 Prozent des realisierten Gewinns, jedoch von mindestens 10 Millionen Forint, erhält das Gemeinschaftsunternehmen 75 Prozent seiner Steuer zurück. Gemeinschaftsunternehmen in Wirtschaftsbereichen mit besonderer Priorität sind fünf Jahre von der Körperschaftsteuer freigestellt, die dann vom sechsten Jahr an nur 20 Prozent ausmacht.





Bestimmte Gemeinschaftsunternehmen sind fünf Jahre von der Körperschaftssteuer befreit: Fabrik in Ungarn FOTO: DIE WELT

– Für die Sacheinlagen (Apporte) des ausländischen Partners, die bei der Gründung des Gemeinschaftsunternehmens in Anspruch genommen und als devisenfreie Importe genehmigt werden, kann um eine fünfjährige Zollzahlungsvergünstigung ersucht werden. Der Prozeß der Zollabfertigung wurde radikal vereinfacht.

– Die Gründungsprozedur (Genehmigungsverfahren, Eintragung in das Stammbuch der Unternehmen und die Firmenregistrierung) ist vereinfacht worden.

– Das System der sogenannten staatlichen Fondszuteilung hat man auch auf die Gründung der Gemeinschaftsunternehmen ausgedehnt; an diesen Fonds können auch die ungarischen Gründer teilhaben. Desgleichen können sie auch unter günstigen Bedingungen Bankkredite nehmen.

– Da der Außenhandelsminister eine Bestimmung über die allgemeine Vereinfachung der Erteilung des Außenhandelsrechts erlassen hat, können auch Gemeinschaftsunternehmen praktisch ohne weiteres das Recht zum Export der von ihnen hergestellten Produkte (gebrachten Dienstleistungen) und zum Import der zu ihrer Tätigkeit erforderlichen Waren für freikonvertierbare Währungen erhalten.

– Gleichzeitig mit der Bestätigung des Gesellschaftsvertrags gibt die Ungarische Nationalbank auf Antrag des ausländischen Gesellschafters Garantien bezüglich des Transfers des Gewinns und sonstiger Anteile des ausländischen Partners in der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Währung sowie der Entschädigung etwaiger Schäden infolge staatlicher Maßnahmen. Beim Austritt des ausländischen Gesellschafters aus dem gemeinsamen Unternehmen wird der ihm zukommende Vermögensanteil in der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Währung nach dem Ausland überwiesen. Kommt es zu einer Liquidierung, kann der nach dem Begleichen der Schulden verbleibende ausländische Vermögensanteil in der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Währung steuerfrei ebenfalls überwiesen werden.

– Um das Gefühl der Sicherheit bei den ausländischen Partnern weiter zu festigen, beschloß die ungarische Regierung, mit den wichtigsten potentiellen Partnerländern auf staatlicher Ebene Investitionsförderungsabkommen zu schließen. Das erste dieser Abkommen wurde mit der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet, das zweite mit Belgien. Weitere Verhandlungen sind im Gange.

– Im Vermögensbeitrag der Gesellschafter insgesamt überstieg im allgemeinen der Anteil des ausländischen Partners nicht die 49 Prozent, wovon jedoch das ungarische Finanzministerium bezüglich sämtlicher Bereiche eine Befreiung erteilen kann. Es besteht also die Möglichkeit ausländischer Majorität.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Ungarns zweitgrößter Handelspartner. Demgemäß vertritt sie mit ihren rund 20 Teilnehmern in ungarischen Gemeinschaftsunternehmen einen beträchtlichen Anteil (etwa 27 Prozent). Die Bedeutung dieses Anteils wird dadurch unterstrichen, daß sich unter den deutschen Gesellschaftern auch so große Unternehmungen befinden, wie zum Beispiel Siemens, Elastogran (ein Tochterunternehmen von BASF) und andere.

Die beiderseitige hohe Bewertung der hier behandelten Unternehmungsform spiegelt sich auch in der Tatsache wider, daß sowohl deutscher- wie auch ungarischerseits viele Interessenten auf der Suche sind, Möglichkeiten zur Gründung von Gemeinschaftsunternehmen zu finden. Besonders vielsagend sind auch die zwei beinahe gleichzeitig veröffentlichten Publikationen:

1. „Investitionsführer Ungarn", ein Buch, das eine gemischte Arbeitsgruppe beider Länder erstellt hat und die Bundesstelle für Außenhandelsinformation (Köln) und die Ungarische Handelskammer (Budapest) gemeinsam herausgeben sowie
2. die Broschüre „Gemischte Unternehmen in Ungarn" der Ungarischen Handelskammer, welche außer ins Deutsche auch in vier andere Sprachen übersetzt wurde.

Tamás Sugár ist Fachberater der Ungarischen Handelskammer

„Touristen können sich bei uns frei bewegen"

István Meggyes hat gut Lachen. Was der Frühsommer nicht versprochen hatte, nämlich einen erneuten Zuwachs an ausländischen Besuchern im Land an Theis und Donau, das hielt der Spätsommer. Mehr als 15 Millionen Besucher kamen ins Land, davon eine Million aus der Bundesrepublik und, was István Meggyes, den Präsidenten des Touristikamtes besonders freut, die Deutschen aus der Bundesrepublik bleiben länger im Lande, und sie geben mehr aus.

Neun Übernachtungen im Durchschnitt hält der Tourismusexperte der im Hotel Gellert in Budapest seine Laufbahn begonnen hat, für ein Land „ohne schneebedeckte Berge und ohne Meeresküste" für außerordentlich positiv, ein Land, das zudem Mitglied des Warschauer Vertrages ist.

Die Ungarn ernten heute die Früchte einer kontinuierlichen und sorgfältig ausgearbeiteten Werbestrategie. Waren es zunächst nur die Stadt Budapest, dann der Plattensee, die die Leute über die Grenze lockten, kamen später Urlaub auf der Pirsch, Touren zu Pferd, Pustaromantik und Urlaub auf einem Campingplatz im Wald hinzu.

Kongreßzentrum ist fast ausgebucht

Meggyes: „Die Deutschen haben gelernt, daß sie sich mit dem Wagen bei uns ungehindert bewegen können. Es wächst sogar die Zahl derer, die ohne feste Buchung ins Land kommt, ein Zeichen, wie selbstbewußt Urlauber bei uns die Angebote nutzen und auf die gegebene Infrastruktur vertrauen."

Für das Jahr 1987 erhofft sich Meggyes gar keine Steigerungen mehr, was die Zahlen angeht, wohl aber was die Qualität des Tourismus aus Westeuropa betrifft.

Kongreßtourismus und Incentivereisen gelten auch in Budapest als vielversprechende Einnahmequellen. Hilda Faragö, die Marketing-Managerin des neuen Kongreßzentrums (BKK), ist überzeugt, daß das Gebäude neben dem Novotel über mangelnde Auslastung nicht wird klagen müssen.

Im November wird der Verband der Deutschen Reisebüros erwartet, und auch für das nächste Jahr ist die Buchungsliste schon lang. Sie reicht vom Europäischen Nuklearmedizinischen Kongreß bis zum Treffen der Chöre der Bundesrepublik.

Und für das Jahr 1988 hat sie mit dem Kongreß der amerikanischen Reiseunternehmer (Asta) schon ein Highlight setzen können.

Im größten Saal ihres Kongreßzentrums, dem Patria, können 1750 Personen untergebracht werden, im zweiten, genannt Bartok, 270. Daneben gibt es eine Reihe kleinerer Empfangsräume.

Kätzchen gibt es nicht nur auf der Bühne

Als großes Plus des BKK sieht Frau Faragö, daß es in das Novotel nahezu integriert wurde. Auf drei Ebenen kann man vom Kongreßzentrum zum Hotel laufen, ohne sich den Unbillen des Wetters aussetzen zu müssen.

Nicht zu vergessen der Thermaltourismus, der nach wie vor Gesunde und Kranke auf die Margareteninsel nach Budapest oder auch nach Heviz und Sárvá lockt.

Und schließlich war es die Stadt Budapest, die sich immerhin als erstes Land auf dem Kontinent die Aufführung des Musicals Cats sichern konnte. Kätzchen gibt es nicht nur auf der Bühne, wie Champignons nach warmen Regen sprossen in der Stadt in den letzten Jahren Lokale aus dem Boden, wo Kätzchen das ganze Jahr über Saison haben.

Die Veränderungen in der Budapester Innenstadt sind vermutlich das, was in Ungarn am meisten ins Auge fällt. Heute gibt es in der Fußgängerzone Plätze, die sich mit ihrem Charme vor keiner Stadt in der Welt zu verstecken brauche.

Nicht von ungefähr beherbergte Budapest jahrelang das einzige Spielkasino und inzwischen auch die einzige börsenähnliche Institution im Bereich des RGW. Ho.

In Ungarn kein Interesse für die Steinzeit

Von MARLENE ROEDER

Während in der Weltwirtschaft der steinzeitliche Tauschhandel floriert und mittlerweile von Insidern bereits auf 15 bis 30 Prozent des Welthandelsvolumens geschätzt wird, hat Ungarn im Handel offenbar bessere Ideen als die Primitiv-Variante „Tomaten gegen Lastwagen". Von den grenzüberschreitenden Gegengeschäften der Bundesrepublik Deutschland zumal, den der Bundesverband des Groß- und Außenhandels in Bonn auf über 20 Prozent des Gesamtvolumens schätzt, entfallen nach einer Umfrage bei den zuständigen Organisationen und Kompensationsfirmen nur wenige auf den bilateralen Verkehr mit Ungarn.

Wo sich sonst renommierte Firmenchefs über den Verbleib einer für Maschinen eingehandelten Schiffsladung Kokosnüsse, eines Containers voller Konserven oder Fässern putzmunterer Wasserflöhe den Kopf zermartern, können sie in Ungarn noch D-Mark gegen Forint verbuchen. Im krassen Gegensatz zu einigen seiner Nachbarländer und auch zu vielen Drittweltländern hat sich Ungarn nach einhelliger Auffassung betroffener Verbände und Firmen in der Bundesrepublik Deutschland bisher mit seinen Kompensationsforderungen stark zurückgehalten. „Kompensation spielt so gut wie keine Rolle", heißt es dazu von zuständiger Stelle aus dem Bundeswirtschaftsministerium in Bonn. Mit schwieriger werdender Lage nehme der Tauschhandel zu. Dennoch ist es schwer, Zahlen zu nennen oder eine Grenze zu ziehen zwischen Barter und Verträgen mit gewissen Liefermodalitäten oder langfristigen Kooperationen zwischen Firmen in Ost und West. Diese Kooperationen machen nach Schätzungen des Ministeriums derzeit etwa 15 Prozent des Handels mit Ungarn aus. Zum Thema Kompensation fehlen die Statistiken, aber die Wirtschaftsstimmen klingen positiv.



Idylle an der Donau: Blick auf die Fischerbastei in Buda FOTO: H. H. H.

„Ungarn ist im Marketing schon einen Schritt weiter als andere vergleichbare Länder", meint dazu der Außenhandelssprecher des Bundesverbandes des Groß- und Außenhandels und Hamburger Handelsherr Harald Justus. Die Kombinate tummeln sich oft direkt im Außenhandel und versuchen, ihre Ware zum Weltmarktpreis loszuschlagen, berichtet Justus. Ungarn offeriere im wesentlichen ein marktgerechtes Angebot und eine der Ware entsprechende Preisgestaltung, heißt es lobend in Hamburg. Das muß nicht, kann aber heißen: billige Ware, billiger Preis. Daß Kompensation auf Dauer eher die Preise verderben kann, sei eine Lektion, die Ungarn bereits gelernt habe, sagt der Exporteur. Denn „Kompensationen sind die Krücken, an denen die Leute entlanghumpeln, die ihr Zeug nicht verkaufen können". Selbst kann Justus aus seinen eigenen Handelsverbindungen mit Ungarn nur berichten, „das Geschäft läuft glatt". Kompensationsforderungen habe ihm noch keiner seiner Partner aus dem Ostblockland auf den Tisch gelegt.

Ungarn habe hier jedoch schon immer eine andere Politik verfolgt als seine Nachbarn. Bereits vor zehn Jahren schon habe sich die ungarische Nationalbank gegen derartige Bestrebungen gewehrt. Allerdings stehe der guten Absicht nach den Beobachtungen Salzers derzeit der Devisenmangel, verbunden mit einer hohen per-capita-Auslandsverschuldung, im Wege. Um sich bei der nötigen Modernisierung der Betriebe die passenden Maschinen anschaffen zu können, versuchten viele Unternehmen jetzt, sich mittels Tauschhandels vermehrt mit Devisen eindecken zu können. Mehr als 30 Prozent des Vertragsvolumens werde dabei jedoch kaum abverlangt.

Die Gründe für die relative Enthaltsamkeit der Ungarn beim Tauschhandel sind wohl vor allem in einer westlichen Orientierung der Wirtschaft zu suchen, meint Salzer. „Die faktische Abschaffung des Außenhandelsmonopols hat so viele Handelskanäle erschlossen, die mit so viel Phantasie betrieben werden, daß keine Kompensation nötig ist", stellt Justus fest. „Je weniger zentralistisch der Außenhandel geführt wird, je mehr Anreize für den Export geschaffen werden", fügt er hinzu, „desto weniger ist Kompensation notwendig."

Bundesrepublik ist der größte Handelspartner

Von MANFRED DECKNER

Die VR Ungarn als kleinstes Land des europäischen RGW nimmt seit circa zwei Jahrzehnten die Rolle des Marktführers im Bereich der Liberalisierung des staatlichen Außenhandels ein.

Die Bundesrepublik Deutschland als größter westlicher Handelspartner stellt derzeit von circa 350 real aktiven Cooperationsvereinbarungen mit insgesamt mehr als 100 zwischen vorrangig mittelständischen Unternehmen unseres Landes und ungarischen Unternehmen den Cooperationsführer dar.

Eine solche Entwicklung seit 1968, in dem der sogenannte neue wirtschaftliche Mechanismus im Außenhandel der VR Ungarn eingeführt wurde, seit 1972 in dem das „Joint-venture-Gesetz" über Kapitalbeteiligung entstand, wagte niemand vorauszusehen.

Zwischenzeitlich haben sich ebenfalls circa 65 Joint-venture-Unternehmen, also Gemeinschaftsgründungen zwischen westlichen und ungarischen Unternehmen, etabliert, auch auf diesem Gebiet ist die Unternehmerszene der Bundesrepublik mit 19 gemischten Unternehmen führend.

Die Liberalisierung des ungarischen Außenhandels bis hin zur Tatsache, daß die klassischen Import- und Export-Profile der ungarischen Außenhandelsunternehmen seit Jahren mehr und mehr aufgeweicht werden, diese Außenhandelsunternehmen den Status eines Handelshauses erhalten, somit im Produkthandel nicht mehr beschränkt sind, ist beispiellos im gesamten RGW-Raum, spricht für sich.

Der Erwerb von westlichen Lieferungen, vor allem Investitionsgütern, auf der Basis der Eigenkapital-Finanzierung, der Fremdkapital-Finanzierung ist an Grenzen gestoßen. Das von anderen Staatshandelsländern praktizierte Wesen der Forderung nach Gegengeschäftsübernahmen wird in der VR Ungarn selbst als nicht günstiges Instrument zum Devisenerhalt angesehen, so daß nach neuen Wegen der Importgüter-Finanzierung gesucht wurde.

Wie nicht anders zu erwarten, hat sich auch in der VR Ungarn als erstem RGW-Markt eine klare gesetzliche Regelung für die Übernahme von Investitionsgütern auf der Basis des Leasingsystems durch westliche Leasingunternehmen als Leasinggeber manifestiert.

Insbesondere seit Beginn des neuen Planjahrfünfts – 1. 1. 1986 – gewinnt das Instrument des Verleasens vor allem für kleinere und mittlere Investitionsgüter-Lieferanten der Bundesrepublik derartig an Bedeutung, daß generell empfohlen werden kann, ab Größenordnungen von 100 000 Mark pro angebotenem Objekt zugleich zusätzlich ein Leasingangebot über ein Leasingunternehmen mit zu unterbreiten.

Die üblichen Investitionsgüterangebote beinhalten, jeder Investitionsgüter-Verkäufer weiß dies, ein Standardverschleißteil- bzw. Ersatzteil-Paket für die Circa-Betriebsdauer von zwei Jahren.

Beim alternativen Leasingangebot empfiehlt es sich, ein solches Paket für den Zeitraum von fünf Jahren anzubieten, da Leasingverträge nahezu grundsätzlich über die Dauer von fünf Jahren auf Wunsch der ungarischen Partner abgeschlossen werden.

Im Detail selbst fällt ins Gewicht, daß man ungarischerseits die Leasingraten vorrangig nachschüssig begleichen möchte, sei es monatlich, quartalsmäßig, im Sechs-Monats-Rhythmus. Nach Ablauf der fünfjährigen Leasingdauer sollte, und dies dürfte auch mit bundesdeutscher Rechtsprechung vereinbar sein, zwar die Möglichkeit der käuflichen Übernahme der verleasten Anlage durch Zahlung eines geringen Kaufpreises (die bisherigen Leasingraten sind steuerlich nicht als Ratenzahlung für den späteren Erwerb, vielmehr lediglich als Nutzungsgebühr zu betrachten) laut Angebot möglich sein.

Die feste Kaufoption darf nicht aus dem Leasingvertrag hervorgehen, jedoch das Angebot auf Wunsch nach Beendigung per Leasing-Laufzeit gegen eine Kaufpreiszahlung in Höhe von ein Prozent bis fünf Prozent des Gesamtanlagenobjektwertes die Eigentumsrechte an der Anlage zu erwerben, da eine Rücklieferung schon aus der ungarischen Gesetzgebung über Eigentum an Produktionsmitteln nicht in Betracht kommt.

Manfred Deckner ist seit 20 Jahren als Industrieberater im Osthandel aktiv

UNGARN
Redaktion: H.-H. Holzamer
und Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg